Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Regensburg 1919



Auf Grund der stenograph. Niederschrift hrsg. vom Vorstande



Duncker & Humblot reprints

Stenographischer Vericht

der

Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Regensburg 1919.

Schriften

bes

Vereins für Sozialpolitik.

159. Zband.

Verhandlungen der Generalversammlung in Regensburg 15. und 16. September 1919.

> Auf Grund der stenographischen Niederschrift herausgegeben vom Vorstande.



Verlag von Duncker & Sumblot. München und Leipzig 1920.

Verhandlungen

Des

Vereins für Sozialpolitik

in Regensburg 1919.

- I. Gedächtnisrede auf Guftav von Schmoller von Seinrich Sertner.
- II. Erinnerung an Eugen von Philippovich von Michael Sainisch.
- III. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Deutsch-Öfterreich mit Berichten von Ministerialdir. a. D. Lusensty und Dr. Gustav Stolper.
- IV. Probleme der Sozialisierung mit Berichten von Prof. Dr. Emil Lederer, Dr. Theodor Bogelstein, Prof. Dr. Franz Eulenburg und Prof. Dr. Leopold v. Wiese.



Verlag von Duncker & Sumblot. München und Leipzig 1920. Alle Rechte vorbehalten.

Altenburg Pierersche Hofbuchbruckerei Stephan Geibel & Co.

Inhaltsverzeichnis.

(m, m, m, s,	Sett
Erster Verhandlungstag, Montag, den 15. September 1919.	
Zur Cröffnung	1
Gedächtnisrede auf Guftav von Schmoller. Bon Beinrich gerkner	11
Erinnerung an Eugen von Philippovich. Bon Michael Sainisch .	25
Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Deutsch-Öfterreich:	
A. Bericht von Ministerialdirektor a. D. Lusensky	31
B. Bericht von Dr. Guftav Stolper	49
Uussprache	68
Schlußwort von Ministerialdirektor a. D. Lusensky	88
Schlußwort von Dr. Gustav Stolper	92
Zwe'iter Berhandlung Stag, Dienstag, den 16. September 1919. Ünderung der Sayung und geschäftliche Mitteilungen Probleme der Sozialisierung:	95
A. Bericht von Professor Dr. Emil Lederer	99
B. Bericht von Dr. Theodor Vogelstein	119
Aussprache	140
Schlußwort von Professor Dr. Lederer	193
Schlußwort von Dr. Theodor Bogelstein	201
C. Schriftlicher Bericht von Professor Dr. Franz Gulenburg	207
D. Schriftlicher Bericht von Professor Dr. Leopold v. Wiese	251
Berzeichnis ber Redner	261
Stimmzettel für die Ausschußwahlen	262
Berzeichnis der Mitglieder des Bereins für Sozialpolitik	265
Satzungen des Bereins für Sozialpolitik	276
Anhang: Berzeichnis der Schriften des Bereins für Sozialpolitik.	

Vorbemerkung.

Die äußere Gestalt des vorliegenden Verhandlungsbandes ist nach Möglichkeit der der früheren Verhandlungsbände angeglichen. Der Text beruht auf der stenographischen Niederschrift des Münchener Parlamentstenographen Vernhard Schwarz. Es ist aber allen Rednern, die umfangreichere Aussührungen gemacht haben, Gelegenheit gegeben worden, die Niederschrift zu verbessern, wovon sie zum Teil weitgehenden Gebrauch gemacht haben. Doch dürste der Zusammenhang dadurch nirgends gestört worden sein. Freilich wurde infolge dieser Durchsichten der Redner das Erscheinen des Vandes verzögert.

Dem Bande ist der Stimmzettel für die Ausschußwahlen beigefügt, weil aus ihm zum guten Teile hervorgeht, in welcher Reihenfolge die Mitglieder in den Ausschuß eingetreten sind, außerdem nach alter Ubung ein Mitgliederverzeichnis nach dem Stande vom 1. Dezember 1919 und schließlich ein bis zum Augenblick fortgeführtes Verzeichnis der Schriften des Vereins, um so einen möglichst vollständigen Überblick über den Bestand und die Arbeit des Vereins zu bieten.

Die Drucklegung wurde vom Vorsitzenden des Vereins, Herrn Gesteimen Regierungsrat Professor Dr. Herkner, von den Schriftsührern, Herrn Verlagsbuchhändler Carl St. A. Geibel und dem Unterzeichneten, und von dem Leiter der Verlagsbuchhandlung und Mitglied des Ausschusses, Herrn Dr. Feuchtwanger, überwacht.

Berlin= Salenfee, den 28. Dezember 1919.

Franz Boese.

Erste Sitzung.

Montag, den 15. September 1919.

Die Sigung wird 9 Uhr 45 Minuten burch ben Borfigenben bes Ausschuffes, Geheimer Regierungsrat Professor Dr. Seinrich herkner (Berlin) eröffnet.

Vorsitzender Geheimer Regierungsrat Universitätsprofessor Dr. Seinrich Herkner (Berlin): Sehr geehrte Damen und Herren! Als Vorsitzender des Ausschusses habe ich die Ehre, die Generalversammlung zu eröffnen. Ich heiße Sie alle herzlich willfommen, vor allem den Herrn Handelsminister als Vertreter der bayerischen Staatsregierung, sodann die anderen Herren, die im Auftrage von Reichse oder Staatsämtern und Körperschaften hier erschienen sind, alle unsere werten Gäste und Mitglieder.

Mit inniger Freude erfüllt es uns, daß wir Gelegenheit haben werben, uns mit unseren öfterreichischen Freunden hier auszusprechen. Aber nicht nur, daß wir überhaupt einmal wieder zusammenkommen, fondern auch, daß es uns vergönnt ift, gerade in Regensburg zu tagen, erscheint mir besonders erfreulich zu sein: Hier in dem alten, erinnerungs= reichen, prächtigen Reichssaale, an ber ehrwürdigen Stätte reichsstädtischer Herrlichkeit, in der wundervollen turme- und glockenreichen, altertumlichen Donauftadt, deren gahlreiche, fünftlerisch so bedeutsame Bauten und Dentmäler uns mehr als ein Sahrtaufend gemeinsamer deutscher Geschichte vor Augen führen; hier an dem majestätischen Strome, deffen Fluten nicht nur die Dombauten von Ulm und Regensburg widerspiegeln, sondern auch den Kahlen- und Leopoldiberg! Auch er ergreift uns tief als ein gewaltiges Symbol der großbeutschen Idee. Hoffentlich erhält er bald jene Verbindung mit dem Main und dem Rhein, welche dazu bestimmt ift, den Nordwesten mit dem Sudosten des deutschen Siedelungsgebietes enger zu verknüpfen. Wieviel anders ftunden wir heute in unserer Gifenbahn- und Kohlennot da, wenn wir bereits diese seit so langer Zeit heiß, aber vergeblich ersehnte Wafferstraße schon befäßen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Gewaltpolitik des Herrn Clemenceau will eine unübersteigliche Mauer zwischen den Bürgern der beutschen und der österreichischen Republik errichten und doch macht sie uns gleichzeitig zu Leidens- und Schicksalgenossen. Vielleicht ist

Schriften 159. - Berhandlungen.

gerade diese Gemeinsamkeit der Schmerzen und der Not erst recht dazu angetan, uns in eine untrennbare Ginheit zu verwandeln. Schließlich ist es doch immer der Geist, der sich den Körper baut!

Acht Sahre find verflossen, seitdem in Nürnberg unsere lette Generalversammlung stattgefunden hat. Die 1913 fällige Generalversammlung war auf 1914 verschoben worden, da die zur Vorbereitung dieser Verfammlung herauszugebenden Bände nicht rechtzeitig fertiggestellt werden fonnten. Im September 1914 wollten wir in Duffeldorf gusammenfommen. Das machte der Ausbruch des Krieges unmöglich. Wir haben darauf verzichtet, mährend des Krieges eine Generalversammlung zu ver-Abgesehen von manchen anderen Umständen war vor allem der Gesichtspunkt maßgebend, daß unter der Herrschaft des Belagerungs: zustandes diejenige Freiheit der Aussprache nicht erreicht werden konnte, welche die Seele unserer Wirksamkeit, welche die conditio sine qua non unserer ganzen Betätigung stets gebildet hat. Nur im engeren Kreise des Ausschuffes mar es möglich, frei zu diskutieren; so haben Erörterungen über die wirtschaftliche Unnäherung zwischen Deutschland und feinen Bundesgenoffen und über die Neuordnung der deutschen Finanzwirtschaft ftattgefunden. Durch den Wegfall der Generalversammlung haben die Intereffen unferer nicht dem Ausschuffe angehörigen Mitglieder eine außerordentliche Beeinträchtigung erlitten, mas vom Ausschuß und ber Bereinsleitung aufs tieffte beklagt worden ift. Mit der Wiederherftellung der Redefreiheit haben wir fofort die Einberufung einer Generalverfammlung ins Auge gefaßt. Leider haben die schweren inneren Unruhen dem Ausschuß erst gestattet, im Juni d. 38. jusammenzutreten. Obwohl die Borbereitungen für die Generalversammlung sofort in Angriff genommen wurden, erwies fich die Beit als zu furz, um die Schriften fo fruh, wie wir es gewünscht hatten, unseren Mitgliedern zugehen zu laffen. Sch möchte baher um eine nachsichtige Beurteilung bitten.

In besonderem Grade hat sich die hiesige Handelskammer um das Zustandekommen unserer Tagung verdient gemacht. Ihr und dem Ortsausschuß überhaußt möchte ich ebenso wie dem Herrn Oberbürgers meister und der Stadtverwaltung für die liebenswürdige Überlassung des stimmungsvollen und heute so sein geschmückten Reichssaules auch an dieser Stelle unseren herzlichsten und innigsten Dank aussprechen.

Das erste Geschäft, das wir vorzunehmen haben, ist die Wahl des Vorsitzenden der Generalversammlung Im Auftrage des Ausschusses gestatte ich mir als Vorsitzenden vorzuschlagen den Rektor der Universität Hamburg, Herrn Professor Dr. Rathgen. Ich frage nun, ob Sie

darüber abstimmen oder nach dem bisherigen Gebrauch einfach durch Ukklamation den Borschlag des Ausschusses bestätigen wollen?

Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß Sie mit dem alten modus procedendi einverstanden sind und ich bitte Herrn Professor Rathgen, den Borsitz zu übernehmen.

Vorsitzender Professor Rathgen: Meine Damen und Herren! Ich banke Ihnen für die Ehre, die Sie mir erweisen und ich werde mich bemühen, das vermutlich nicht allzu schwere Umt nach Ihren Wünschen zu erfüllen und darf dabei gewiß auf Ihre Unterstützung rechnen.

Nach unserem Geschäftsgebrauch ift es Aufgabe des Borsitzenden, die Bizepräsidenten zu berufen und die Schriftsührer, die das Bureau bilden, und ich erlaube mir deshalb zu berusen als Bizepräsidenten Herrn Prossessor Dr. Hartmann aus Wien, Herrn Oberbürgermeister Bleyer, Regensburg und Herrn Kommerzienrat Weidinger. Ich darf wohl die Herren um ihre Unterstützung bitten.

Als Schriftsührer bitte ich zu fungieren Hern Professor Günther und die Herren Dr. Clarus und Dr. Bingold, die auf der Handels-kammer als Syndici tätig sind. Ich darf auch die Herren Schriftsührer bitten, mich zu unterstüßen.

Ich erteile nun das Wort zur Begrußung Herrn Handelsminifter hamm.

Bayerischer Handelsminister Hamm: Im Namen der bayerischen Staatsregierung und besonders auch des Ministers für soziale Fürsorge, der sich durch eine besondere Abordnung, nämlich Herrn Dr. Potthoff, vertreten läßt, erlaube ich mir, Ihnen einen herzlichen Willsommengruß zu entbieten. Wir begrüßen Sie als willsommene gern gesehene Gäste, die zu uns gekommen sind, um geistige Vertiefung und Erneuerung zu uns zu bringen. Wir begrüßen Sie in Bayern und Regensburg mit besonderem Dank.

Im Hinblick auf den ersten Gegenstand der Tagesordnung, die wirtsschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Deutsch-Öfterzeich bemerke ich, daß diese Frage uns ganz besonders am Herzen liegt. Wir alle, das ganze deutsche Volk fühlt mit unseren Brüdern und Schwestern in Deutsch-Österreich sich eins.

Nach bem Friedensvertrage, der den Charakter der Vergewaltigung an sich trägt, soll Deutsch-Öfterreich nicht mehr Deutsch-Öfterreich heißen; aber nichtsdestoweniger fühlen wir uns in Bayern besonders mit unseren

1 *

Brüdern und Schwestern in Österreich einig und nahe und dies besonders in Regensburg. Hier in Regensburg tritt die Gemeinschaft des Stammes fraft der Nähe der Nachbarschaft und die Gemeinschaftsbeziehungen fraft so vieler Gemeinsamkeiten in Kultur und Geschichte so recht zutage. Und so glauben wir, daß wir in Bayern für das Reich eine Brücke und Bersbindung zu Österreich werden sein können. Es ist der Geist, der sich den Körper baut, sagte vorhin der Herr Vorsitzende und es ist die Seele im Wirtschaftsleben das Stärkste und Mächtigste.

Das gilt auch für den zweiten Bunkt der Tagesordnung. Wie auch das Ergebnis Ihrer Beratungen fein moge, wie eng oder wie weit der Berein für Sozialpolitit die Grenzen der Sozialifierung ziehen wird, mas er auch immer für Voraussetzungen und Möglichkeiten finden wird, bei alldem und insbesondere bei all der mir als Handelsminister besonders am Berzen liegenden Sochhaltung der perfönlichen Rraft der Betriebsleiter, die wir aus fulturellen Gründen nicht entbehren können, das eine ift sicher, daß wir eines brauchen, nämlich die Sozialisierung der Geifter. Wir steden tief im Mammonismus und in der Hingabe an den Genuß oder an das, mas man für Genuß nimmt. Demgegenüber ift Ihr Berein gerade der gewesen, der auch in früheren Zeiten der Mainmonisierung gegenüber die Idee hochgehalten hat. In dem Tagesgetriebe gerade biefer so sonnenhell scheinenden Tage, das schwer und dufter auf uns laftet, brauchen wir immer wieder, die wir die Laft der Politik getragen haben, Ginkehr in die Idee und Rückkehr in die Idee und Sinn gu der Idee.

Das ist Aufgabe Ihres Vereins. Diese Aufgabe hat er bisher erfüllt und von der Erfüllung auf dieser Tagung erhoffen wir Neues im Dienste bes deutschen Bolkes, dem zu dienen die Aufgabe von uns allen ist, dem zu dienen in Schmerzen und Treue unser Sehnen ist und in dieser Erwartung begrüße ich den Verein schon jetzt dankbar im Namen Bayerns. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender: Ich danke dem Herrn Minister für seine freundslichen Begrüßungsworte und erteile nun das Wort dem Herrn Obersbürgermeister dieser Stadt.

Oberbürgermeister Joseph Bleyer in Regensburg: Sehr geehrte Damen und Herren! Mit besonderer Freude hat die Stadt Regensburg davon Kenntnis genommen, daß der Verein für Sozialpolitik seine heurige Generalversammlung in ihren Mauern abhalten will. Wenn der Verein

heuer nach Süddeutschland gegangen ist, so will er damit wohl in erster Linie die enge Aufammengehörigkeit befunden, die zwischen den deutschen Bruderftämmen mit Ginschluß der von uns gewaltsam getrennten beutschöfterreichischen Brüder besteht, die besteht trot der dutteren Schatten, die sich über Gegenwart und Zukunft unseres Baterlandes gesenkt haben. Darum: Ihnen allen, vor allem aber auch den Gäften aus Deutsch= Öfterreich, ein herzliches Willkommen in Regensburg. Berein für Sozialpolitik hat in ben erften vier Jahrzehnten feines Beftehens ben mächtigen politischen und wirtschaftlichen Aufstieg des Deutschen Reiches miterlebt und gestützt, er wird jetzt auch in den Zeiten des Verfalls und des tiefften Niederganges unferes Staatslebens die flare Erkenntnis deffen fordern, mas not tut, um die Kräfte unferes Volkes allmählich wieder zu heben und zu ftärken. Gine wirtschaftliche Krisis, der Gründerschwindel nach dem sieareichen siebziger Kriege, hat den Berein geboren. Die gleichen Probleme, die damals auf der Tagesordnung standen, der Kampf gegen den Mammonismus, die Versöhnung von Rapital und Arbeit, die Stellung des Lohnarbeiters in der Volkswirtschaft und seine sittliche und wirtschaftliche Bebung, beherrschen auch jest wieder das innerpolitische Leben. Galt es aber damals, in den weiteften Rreisen des Volkes erst das Verständnis für eine fraftvolle Sozialpolitik zu wecken, mas ein Hauptverdienst Ihres Bereines für die Bergangenheit ift, so tobt jest ber Kampf um die Grundlagen unseres kulturellen, wirtschaftlichen und staatlichen Lebens überhaupt. Dazu fommt die gewaltige Erschütterung, die unserem Volkstum aus dem rucksichtslos uns aufgezwungenen Gewaltfrieden droht. Ihr Berein hat bisher über den Barteien stehend mit wiffenschaftlicher Schärfe und ftrenger Unparteilichfeit positive Reformarbeit geleiftet und auf die in vielen Beziehungen vorbildliche deutsche Sozialvolitik nachhaltigen Ginfluß geubt. Möge es ihm vergönnt sein, auch in der stürzenden und drängenden Gegenwart gehörig zu Wort zu kommen und deutsche Geistesarbeit, deutsche Gründlichkeit und deutschen wiffenschaftlichen Fleiß wieder zu Ehren zu bringen. Möge Ihre Tagung in Regensburg dazu beitragen, daß unfer feelisch gepeinigtes und gequältes deutsches Bolt sich entschlossen wieder auf sich selbst besinnt, daß es in klarer Erkenntnis seiner Lage sich an das Heilmittel anflammert, das ihm allein helfen kann: die positive schaffende Arbeit, das vertrauensvolle verföhnliche Zusammenwirken der Arbeitenden aller Klaffen. In diesem Sinne munsche ich Ihnen im Namen der Stadt Regensburg aufrichtig einen ersprießlichen Berlauf Ihrer wichtigen Verhandlungen.

Vorsitzender: Ich danke Herrn Oberbürgermeister für die freundlichen Worte der Begrüßung und bitte Herrn Kommerzienrat Weidinger als Vertreter der Handelskammer das Wort zu nehmen.

Stellv. Vorsitzender der Handelskammer Regensburg, Kommerzienrat Beidinger: Die Handelskammer Regensburg ist gebeten worden, die örtlichen Vorbereitungen für die Tagung des Vereins für Sozialpolitik zu übernehmen; sie hat sich dieser Aufgabe um so lieber unterzogen, als sie sich dessen bewußt ist, daß in ihrem Verein die Leuchten der nationalsökonomischen Wissenschaft aller Richtungen, aber auch viele volkswirtsschaftliche Praktiker und bedeutende Staatsmänner Deutschlands und Deutsch-Österreichs zu Worte kommen.

Geftatten Sie mir, daß ich Sie als Vertreter der Handelskammer Regensburg auf das herzlichste begrüße. Im übrigen möchte ich heute vor allem die Versicherung abgeben, daß die Veratungsgegenstände, mit benen Sie sich beschäftigen, die vollste Aufmerksamkeit der Handelskammer finden.

Die beiden wichtigsten Punkte Ihrer Tagesordnung sind: 1. das Problem der Sozialisierung und 2. die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Deutsch-Österreich.

Ich bin überzeugt, daß beide Fragen bei Ihren Verhandlungen von jeder nur möglichen Seite auf daß gründlichste erörtert werden. Ihre Verhandlungen werden gewiß in hervorragendem Maße zur Klärung dieser soviel umstrittenen Fragen beitragen, soweit sie unter den heutigen Vershältnissen überhaupt geklärt werden können.

Der Bayerische Handelskammertag, als dessen Vertreter ich heute ebensfalls zu Ihnen spreche, hat zu beiden Problemen wiederholt Stellung genommen. Die Frage der Sozialisserung beurteilt er, wie Sie das wohl als selbstwerständlich empsinden werden, mit der ihm geboten erscheinenden Zurückhaltung. In einer Entschließung, die auf dem Bayerischen Handelsskammertag vom 11. Juli d. J. in Nürnberg einstimmig Annahme fand, wird aber durchaus anerkannt, daß die Wirtschaftsweise vor dem Kriege nicht unverändert wieder aufgenommen werden kann, daß sich eine weitersgehende Berücksichtigung der allgemeinen Wirtschaftsinteressen nach vielen Beziehungen hin als notwendig herausgestellt habe. Die Erklärung fährt dann im Wortlaut fort:

Es lassen sich auch bei grundsäglicher Beibehaltung der bisherigen Wirtschaftsordnung Resormen durchführen, die eine größere Wirtschaftslichkeit der Produktion ermöglichen. Ein größerer Anteil an dem Ertrag dieser Produktion ist den Arbeitern und Angestellten durch die Lohns und

Wehaltserhöhungen ber letten Zeit bereits zugestanden und ein Mitsbestimmungsrecht wird ihnen durch Tarifverträge und Gesetz gesichert.

Ganz und gar ungeeignet ist das System der Gemeinwirtschaft für den Außenhandel, der nur durch angestrengteste Tätigkeit der Einzelunternehmer unter Wiederaufnahme früherer Verbindungen und unter Ausnützung des privaten Kredites wieder aufgebaut werden kann. Die vorerst noch ersforderliche Kontrolle der Einfuhr ist hiermit nicht unvereindar. Diese Kontrolle muß jedoch einerseits auf das äußerste beschränkt, anderseits in dem beschränkten Umfange lückenlos durchgeführt werden.

Auch auf dem Gebiete des Binnenverkehrs ift die grundsätliche Wiederherstellung des freien Handels zu fordern.

Die starken Sympathien, die die bayerischen Handelskammern mit Deutsch-Österreich verbinden, sinden ihren beredten Ausdruck in einer Entschließung, die am 5. Februar d. J. in München zur politischen Lage abgenommen wurde. Über Beziehungen zu unseren österreichischen Stammes-brüdern heißt es darin:

Der Bayerische Handelskammertag hat mit aufrichtiger Freude von dem begeisterten Eintreten der deutsch-österreichischen provisorischen Nationalversammlung für die große deutsche Einheit Kenntnis genommen. Die heute in der Handelskammer München zu einer Tagung versammelten Bertreter des Bayerischen Handelskammertages begrüßen auf das herzlichste die deutsch-österreichischen Stammesbrüder und geben sich der bestimmten Erwartung hin, daß der an die Deutsche Nationalversammlung in Weimar gerichtete Ruf nach der langersehnten Bereinigung aller Deutschen in einem einzigen freiheitlichen Baterlande zum Heil und Segen unserer gemeinsamen Kultur und unserer gesamten wirtschaftlichen und politischen Entwicklung nicht ungehört verhallen wird.

Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß diese Auffassung auch diejenige der Handelskammer Regensburg ist. Hat sie doch schon in einem Zeitzpunkt, in dem der Bestand der alten Habsburger Monarchie noch voll gesichert erschien, sich für ein weitgehendes wirtschaftspolitisches Bündnis des Deutschen Reiches mit Österreich-Ungarn ausgesprochen. Un den in der gleichen Richtung zielenden Bestrebungen des mitteleuropäischen Wirtsichaftsvereins und des Deutsch Österreich-Ungarischen Wirtschaftsverbandes hat sie lebhaften Unteil genommen und sich die von dieser Seite auszgearbeiteten Borschläge in wesentlichen Punkten zu eigen gemacht.

Heute möchte man glauben, daß die ganze mühevolle Arbeit, die von diesen beiden Berbänden geleistet worden ist, vergeblich war und doch muß es über kurz oder lang gelingen, nicht nur mit Deutsch-Ofterreich,

für das unsere Herzen mit besonderer Wärme schlagen, sondern auch mit den übrigen Bölkern des ehemaligen Habsburger Reiches zur weitgehenden Verständigung zum wenigsten in allen wirtschaftspolitischen Fragen zu gelangen.

Gerade unser engeres bayerisches Vaterland hat hieran ein hervorsragendes Interesse, denn nur auf diesem Wege darf es hoffen, aus der wirtschaftspolitischen Sackgasse, in der es sich vor dem Kriege befunden hat, und heute mehr denn je besindet, herauszukommen.

Große Erwartungen haben wir in Regensburg besonders in dem Ausbau des bayerischen Großschiffahrtsweges und die damit in engstem Zusammenhange stehende großzügige Regulierung der Donauwasserstraße gesetzt. Auch diese Erwartungen sind schwer getäuscht worden. Troß alledem dürsen wir nicht nachlassen in der tatkräftigen Versolgung des einmal für richtig erkannten Zieles. Erst im Januar dieses Jahres ist unsere Kammer erneut für den baldmöglichen Ausbau des bayerischen Großschiffahrtsweges, zum wenigsten in den ausbaureisen Teilstrecken, einzgetreten, wobei sie den Ausbau der bayerischen Donau besonders im Auge hatte. Die Handelskammer hatte die Genugtuung, eine völlig zustimmende Antwort der Bayerischen Versehrsverwaltung zu erlangen. Per aspera ad astra! In diesem Sinne wünsche ich auch Ihren Vershandlungen den allerbesten Verlauf.

Vorsitzender: Ich danke Herrn Kommerzienrat Weidinger für seine Worte und bitte nun Herrn Dr. Hainisch das Wort zu ergreifen.

Dr. Michael Hainisch (Wien): Sehr geehrte Frauen und Herren! Die anwesenden Deutsch-Österreicher haben mich beauftragt, für die Worte der freundlichen Begrüßung den verdindlichsten Dank auszusprechen. Wir sind außerordentlich gern hierher gekommen, obgleich eine Reise in der Fetzeit nicht gerade zu den Annehmlichkeiten des Lebens gehört. Wir sind hierher gekommen, nicht allein um zu lernen und um Bekannte zu treffen, sondern vor allem auch um unserm Gefühl der absoluten Zusammengehörigkeit mit den Deutschen des Reiches Ausdruck zu verleihen. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Wir seben in einer furchtbar ernsten Zeit; in einer Zeit, wie wir sie noch nicht ersebt haben. Sie wissen, von unseren Staatswesen sind große Territorien abgesprengt worden, Millionen von Stammesgenossen werden unter das Joch von brutalen Bölsern gezwungen, unsere Finanzen sind zerrüttet, unsere wirtschaftliche

Zukunft ist düster. Trohdem liegt der ganze Ernst der Situation darin, daß unser Volk die letzte Prüfung nicht so bestanden hat, wie man es hätte erwarten sollen. Ich weiß sehr wohl, daß sich manches zur Entschuldigung ansühren läßt. Ich will auch gar nicht anklagen, sondern nur seststellen. Nichtsdestoweniger glaube ich, wäre es falsch, die Flinte ins Korn zu wersen und zu verzagen.

Erlauben Sie mir, daß ich Ihnen bei diefer Gelegenheit etwas aus meinem Leben erzähle, von der größten Katastrophe, die mich perfönlich getroffen hat, von dem Tod meines Sohnes. Von meinen drei Söhnen ftand mir der zweite besonders nahe. Er hatte sich schon als kleines Kind eng an mich geschloffen und eine fehr gute Entwicklung genommen. Mlle Bekannten, Freunde und Lehrer weisfagten bem Jungen eine glänzende Zufunft. Als er 19 Jahre alt war, machte er mit mir eine Partie ins Hochgebirge. Er erkrankte hier scheinbar an einem Bahngeschwür, in Wirklichkeit aber an einer Blutvergiftung. Ich täuschte mich über die Schwere der Erfrankung nicht. Und so saß ich in meinem Blockhaus bei dem Sterbenden und fah hinaus ins Gebirge. Schroffen und Gräben prägten sich meinem Gedächtnis auf ewige Zeiten Endlich trat der Tod ein! Ich wußte in meinem Schmerz nicht, was ich anfangen sollte. Da kam am nächsten Tage ein Bauer zu mir, ein einfacher Mann, mit dem ich feit Jahren auf einem freundschaftlichen Fuß verkehre. Er fam, um mir fein Beileid auszudrücken und fagte zu mir im Dialekt: "Ich bedaure Sie, daß Sie ein fo großes Unglück getroffen hat, aber jehen Sie, ich bin ein alter Mann und habe mir einen Grundsak zurechtgelegt: man soll nie zurückschauen, sondern immer nach vorwärts!" Ich muß fagen, daß diese Worte auf mich einen tiefen Gindruck gemacht haben. Und als jest die erschütternden Ereignisse an uns herangekommen sind, da habe ich mich oft jenes Mannes erinnert. Sch möchte mir erlauben, auch Ihnen zuzurufen: Laffen Sie bas Vergangene vergangen fein, feben Sie frohen Mutes in die Bukunft und fangen Sie an, Material herbeizuschaffen zum Neubau eines Hauses für das große, unteilbare deutsche Volk! (Beifall.)

Vorsitzender: Ich banke Herrn Dr. Hainisch. Es ist uns allen aus der Seele gesprochen, was er gesagt hat, daß es die Losung unserer Zeit sein muß, vorauszuschauen und nicht zurückzuschauen.

Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind, wenn ich im Interesse unserer weiteren Tagung es mir versage, auf die freundlichen Worte der Begrüßung und alle Anregungen des weiteren näher einzugehen. Im

wesentlichen wird der Verlauf unserer Tagung die eigentliche Erörterung all der Gedanken bringen, die hier schon vorläufig angeschlagen worden sind. She wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Herrn Dr. Clarus bitten, einige geschäftliche Mitteilungen zu machen.

Dr. Clarus macht Mitteilungen über das Vorhandensein einer Answesenheitsliste, einer Liste für Neuaufnahme von Mitgliedern, einer Liste über ein gemeinschaftliches Mittagsessen, über einen geplanten Ausstugnach der Walhalla am Mittwoch und Besichtigung des Hafens sowie Besichtigung der landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft.

Vorsitzender: Wir kommen dann zum zweiten Bunkt unserer Tagesordnung und ich bitte zunächst Herrn Geheimrat Herkner, das Wort zu ergreifen.

Gedächtnisrede auf Gustav von Schmoller.

Bon

Beinrich Serkner.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist unserer beispiellosen Notlage mit ihren unermeßlichen und unersetzlichen Verlusten an Menschen, an sittlichen, geistigen und materiellen Werten durchaus angemessen, daß dumpse und sonore Töne, wie sie einer Totenklage eignen, die Ouvertüre unserer Tagung bilden. Um 27. Juli 1917 ist uns Gustav von Schmoller, der 45 Jahre hindurch die für das Leben unseres Vereins schlechthin maßgebende Persönlichkeit gewesen ist, entrissen worden.

Indem ich den Namen Schmoller ausspreche, drängen sich mir uns willfürlich die Goethe-Worte auf die Lippen:

"Denn er war unser".

Wie fein Geift

"Der Lebensplane tiefen Sinn erzeugt Und fruchtbar sich in Rat und Tat ergoffen, Das haben wir erfahren und genoffen".

Selbst wenn ich kein einziges Wort über Schmoller als Forscher und Lehrer, als Mitglied der Akademie der Wiffenschaften und des Herrenhauses sage, wenn ich wehmutigen und bankerfüllten Berzens bloß beffen gebenke, mas der Verewigte für uns und unseren Verein gewesen ist, reicht die heute zu Gebote ftebende Beit nicht entfernt aus, um die gewaltige Fülle seiner erfolggefrönten, segensreichen Wirtsamkeit auch nur andeutungsweise zu schilbern. Denn Schmoller war vor allem Sozial= politiker. Der Verein für Sozialpolitik galt ihm als das vornehmste Werkzeug, das er fich geschmiedet hatte, um die fozialpolitischen Ziele, von benen fein grundgütiges Herz von Jugend an erfüllt war, im praktischen Leben zur Geltung zu bringen. So liegt in der Tätigkeit Schmollers, die er in und für den Berein für Sozialpolitik entfaltet hat, vielleicht der ihm wichtigfte und liebste Teil seiner ganzen Lebensarbeit eingeschlossen. Mit gutem Grunde ist von Knapp gesagt worden: schon die Gründung und Leitung des Bereins für Sozialpolitif murde genügen, um Schmoller die Bürgerkrone zu sichern.

Wenn ich betone, daß Schmoller mit Leib und Seele Sozialvolitifer gewesen ift, so bitte ich biesen Begriff nicht in dem engen Sinne eines bloßen Spezialistentums in industriellen Arbeiterfragen, wie Arbeiterschut, Arbeiterversicherung, Koalitionsrecht und derartigem mehr aufzufassen. Sozialpolitik im Schmollerschen Sinne hatte weit mehr zu bedeuten und schloß auch einen guten Teil von dem mit ein, was jett als "Soziali= fierung" alle Geister beschäftigt und auch uns morgen eingehend beschäftigen soll. Der soziale Gedanke mar ihm ein Ferment, dazu berufen, in unser gesamtes Dasein, in unsere ganze staatliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung tief einzudringen und sie damit gründlich um-Mit Hilfe der Sozialpolitif follte die strahlende Norm des suum cuique auf allen Lebensgebieten erglangen, follte überall die Idee ber Gerochtigkeit sich siegreich erheben. Schmoller selbst hat feine Abhandlung über die Gerechtigkeit in der Bolkswirtschaft in die vorderste Reihe seiner Werke gestellt. Db mit Recht oder Unrecht, mag dahingeftellt bleiben. Aber fein Zweifel fann darüber auftauchen, daß die Idee der Gerechtigkeit immer den Leitstern seines Wirkens gebildet, daß sie im Zentrum seiner ganzen Weltanschauung gestanden hat. "Das beste, was wir befigen," fagt er, "ruht auf der Idee der Gerechtigkeit." "Aller fozialer Fortschritt hängt von weiteren Siegen der Gerechtigkeit ab." Aristoteles hat einst den Ausspruch getan: "Nicht der Morgenstern und nicht der Abendstern sind so wunderherrlich wie die Gerechtigkeit." Wie in so vielen anderen Dingen hat Schmoller sicher auch darin dem ihm wohl verwandten griechischen Denker, der ihm als der erste des Altertums galt, aus vollem Berzen zugestimmt.

Diesen weiten Horizonten der Schmollerschen Sozialpolitis ist es zu danken, daß unser Berein sich niemals auf das sozialpolitische Arbeitszebiet im engeren Wortsinne, wie es zum Beispiel die Gesellschaft für soziale Resorm pflegt, beschränkt hat. Er hat vielmehr mit heißem Bemühen auch danach getrachtet, im Aktienrecht, in der Personalbesteuerung, in der Handelspolitik, im Kreditwesen, in der Berkassung und Verwaltungsvorganisation der Städte, in der Politik der Binnenschiffsahrt usw. der Sache der sozialen Resorm ebenso zu dienen, wie etwa in der Fabrikzgestzgebung, im Hilfskassenwesen oder im Koalitionsrecht Vorbildliches zu leisten. Noch deutlicher vielleicht als in den späteren Zeiten mit ihrer ungeheuren, zersplitternden Mannigfaltigkeit der Ansprüche, die an Schwoller gestellt wurden, tritt gerade im ersten Jahrzehnt seiner öffentlichen Wirksamkeit klar zutage, welch tiese Wurzeln die Fdee der sozialen Resorm in seinem ganzen Wesen geschlagen hatte, also in den Jahren, die der

Gründung des Vereins vorausgingen. Es ift aber auch noch aus einem anderen Grunde lockend und lohnend, in Kürze daran zu erinnern, was Schmoller 1862 bis 1872 geleiftet hat.

Die meisten von Ihnen, verehrte Anwesende, haben Schmoller nur so gefannt, wie er uns in ben letten Sahrzehnten seines Lebens erschien. Bor unserem geiftigen Auge fteht bas edle Bild bes munderbar abgeflärten. milben, über bestrickende Umgangsformen verfügenden, Bersonen und Dinge von olympischer Warte aus betrachtenden und beurteilenden Weltweisen und Lebenskünstlers, steht, furz gesagt, die "Erzellenz von Schmoller", an den alten Goethe Eckermanns gemahnend, mehr Antonio als Taffo, geschmückt mit den höchsten Orden, welche für Verdienste um Staat und Wissenschaft verliehen werden können. Nebenbei bemerkt, Schmoller hat übrigens äußere Ehrungen nie erstrebt. Er war stolz darauf, daß es ihm gelungen war, dem "Geheimen Regierungsrat" zu entgehen, und als ihm die Verleihung des Adels bekanntgegeben wurde, rief er mißmutig aus: "Sie hätten mich doch wenigstens vorher fragen können!" Eine Reier, Die im Sahre 1912 im Binblick auf den vierzigjährigen Beftand bes Bereins Schmoller zu Ehren vorbereitet mar, murde von Schmoller abgelehnt mit dem Hinweis darauf, daß man ihn gelegentlich feines 70. Geburtstages bereits über Gebühr gefeiert habe.

Diefer Schmoller erschien vielen als "gemäßigt bis zum Übermaß", nicht als Schürer, sondern als Dämpfer. Aber in der scheinbar so unnahbaren, vornehmen und fühlen Egzellenz lebte immer noch der Stürmer und Dranger von einft, ber "Gonner bes Sozialismus", ber "Rathebersozialist", dem, unterstützt durch ein ungewöhnlich ausdrucksvolles, modulationsfähiges und registerreiches Organ, die packende Gewalt und der goldene Wogenglanz der Rede wie wenigen zu Gebote ftand, so recht dazu erschaffen, schlummernde Gewissen wachzurütteln und zu guter Tat zu begeistern. Diefer junge Schmoller ift es gewesen, ber unfern Berein gegründet und ihm die Wege gewiesen hat. Er war "von großer Lebendigkeit, mit schwarzem vollen Haar und lang herabwallendem Bart, von bräunlicher Hautfarbe und mit klugen, blikenden Augen". So muffen wir ihn uns vorstellen, als er 1872 die Gisenacher Versammlung zur Besprechung der sozialen Frage eröffnete und jene berühmt gewordene Rede hielt, welche für die Berbreitung sozialpolitischer Ideen im deutschen Bürgertum ebenso wichtig geworden ist, wie etwa das "kommunistische Manifest" von Marr und Engels für den Sozialismus der Arbeiterklaffe.

Es war eine erstaunliche Leiftung. Erstaunlicher aber ift, daß die Gedanken, welche 1872 so großes Aufsehen erregten, in allen wesentlichen

Bunkten schon 1863 von dem damals erst 25 Jahre zählenden jungen Extraordinarius der Universität Halle ausgesprochen worden waren, und zwar in den lichtvollen und weitblickenden Aufsähen über die Arbeitersfrage, die er in den Preußischen Jahrbüchern verössentlicht hatte, um gegenüber Lassalle Stellung zu nehmen. Als Schmoller in Gisenach sprach, waren bereits F. A. Langes Arbeitersrage, Marz' Kapital, Schäffles Kapitalismus und Sozialismus und Brentanos Arbeitergilden der Gegenswart erschienen. Als er sich mit Lassalle auseinandersehen wollte, konnte er sich nur auf Lorenz von Stein, Hildebrand und Th. v. Bernhardi stügen und trohdem: welch imponierende Reise des Urteils, welch tiese Ersassung aller mit der Arbeitersrage zusammenhängenden Dinge! In kühnem Entwurse enthielten diese Aufsähe eigentlich schon alles, was Schmoller in späteren, seinziselierten Spezialarbeiten und schließlich in seinem monumentalen Grundriß näher ausgesührt hat.

Mit bewunderungswürdiger Klarheit und Bestimmtheit schob er aus Lassalles Ideen alles zur Seite, was, wie die Lehre vom ehernen Lohnsgesete, nur verwirrend und hemmend auf sozialpolitische Bestrebungen einwirfen konnte. Er geht Hand in Hand mit Lassalle, wo es gilt, das Manchestertum zu kritisieren und die große zivilisatorische Mission der Staatsgewalt dem Zeitbewußtsein tief einzuhämmern. Er steht aber hoch über Lassalle, wo er es unternimmt, die wahre Bedeutung des Arbeitersschutzes, der Arbeiterversicherung, der Gewertschaften, der Genossenschaften und der Wohnungspolitik klarzulegen.

Die drohende Revolution fönne, wie er darlegte, durch Reformen vermieden werden. Schmoller mar Optimift, und ein anädiges Geschick, bas ihn vor unserem entseklichen Zusammenbruche aus dem Leben abberufen. hat ihm gestattet, seinem Optimismus bis jum Tobe treu zu bleiben. Er besaß ein felsenfestes Vertrauen zu den Kräften, von deren Wirksamkeit das Gelingen der Reformen abhing: zur Macht des "fittlichen Bathos", zu dem Genius des deutschen Volkes, zur Monarchie und ihrem Beamtentum, zu den allgemeinen Entwicklungstendenzen unferes Zeitalters. "Unfere ganze Wirtschaftsgeschichte ift ein Wachsen ber sittlichen Solidarität und Gemeinschaft, ein Wachsen ber Gleichmäßigkeit und Kontinuität ber ökonomischen und sozialen Existenz." Der mahre Fortschritt auch im öfonomischen Leben hängt von feinem Zusammenhang mit den übrigen Lebensgebieten und Zwecken, von der gesamten ethischen Kultur ab. Denn fein Zweig und fein Glied fann dauernd gedeihen, wenn ber übrige Organismus leidet. Es gibt feine öfonomische Sandlung, die, wenn fie wirklich unsittlich, nicht auf die Dauer auch ökonomischen Schaden ftiftet.

Und umgekehrt ist jede wirklich sittliche Handlung, jede den Verhältnissen und Umständen entsprechende Tat auch ökonomisch auf die Dauer und das Ganze gesehen vorteilhaft. Das augenblickliche Interesse des Unternehmers mag durch niedrige Löhne gefördert werden, das dauernde Interesse nur durch einen intelligenten, hochstehenden und zusriedenen Arbeiterstand. Nicht unbedingte Gleichheit der äußeren Lebenslage und Genüsse kann als Ziel angesehen werden, wohl aber eine Hebung der äußeren Lage dis zu dem Punkt, wo auch für den Arbeiter Familienglück und häusliches Besagen, sittlicher und geistiger Fortschritt erblühen können. Auch diese maßvoll umgrenzten Ziele werden freilich erst durch langwierige innere Kämpse, durch tausendsache Kulturarbeit der einzelnen und der Jahrshunderte erreichbar sein, durch jene Tätigkeit,

"bie nie ermattet, Die zu dem Bau der Ewigkeiten Zwar Sandkorn nur für Sandkorn reicht, Doch von der großen Schuld der Zeiten Minuten, Tage, Jahre streicht."

Was Schmoller Laffalle entgegenhielt, gestütt auf gründliche Studien in Philosophie, Geschichte, Recht, Wirtschaft und Technik, war weitaus das bedeutendste, was damals gesagt wurde. Leider konnte Lassalle diesem ebenbürtigen Gegner nicht mehr antworten. Erst ein Teil der Schmollersschen Ausstührungen war erschienen, als Lassalles Leben bereits einen jähen Abschluß gefunden hatte. So ist der Welt ein wissenschaftlichspolitischer Zweikampf entgangen, der ohne Zweisel von den wohltätigsten Einslüssen auf unsere soziale Entwicklung gewesen sein würde.

Die Ereignisse von 1866 und 1870 brängten die soziale Frage zunächst in den Hintergrund. Erst unter dem Eindruck der Gründerjahre
und ihres grenzenlosen Mammonismus, unter dem Eindruck der sittlichen
Berwahrlosung und Berrohung, die auch dieser siegreiche Krieg im deutschen
Bolke erzeugt hatte, fanden neue Anläuse statt, um eine Wendung zum
besseren herbeizusühren. Anscheinend gleichzeitig, aber unabhängig voneinander, war von verschiedenen Seiten aus, vor allem aus den Kreisen
der gelehrten Nationalösonomen, der Wunsch ausgesprochen worden, eine
Organisation zur Abwehr der kapitalistischen Entartungen zu begründen,
denen der Liberalismus anheim zu sallen drohte. Vergegenwärtigen wir
uns das Ansehen, das Schmoller sich als Sozialpolitiser bereits erworben
hatte, so erscheint es ganz natürlich, daß die ersten Beratungen in seinem
Hause in Halle stattsanden, daß ihm die Führerrolle zusiel und daß der
Verein im wesentlichen seinen Plänen entsprach.

Es bestanden nicht unerhebliche Meinungsverschiedenheiten über die Grundsäke, nach denen die Organisation aufgebaut werden sollte. Gruppe, zu der auch Brentano gehörte, wollte nur eine relativ geringe Rahl engverwandter Gesinnungsgenossen sammeln, die imftande gewesen waren, wegen der vollständigen Übereinstimmung ihrer Absichten, ein wirkungsvolles Programm aufzustellen und durchzufechten. Es schwebte der Weg vor, der später von der Fabian Society in England tatsächlich betreten worden ist. Schmoller aber war anderer Meinung. Zwar sollte auch nach seiner Auffassung eine Gruppe von Männern mit einheitlicher prinzipieller Überzeugung und sozialer Weltanschauung den Kern der Ver-Aber um diesen Kern sollten sich Angehörige aller einigung bilden. Berufsstände und politischen Parteien gruppieren, von denen anzunehmen war, daß sie "Interesse und sittliches Pathos für die soziale Frage" befäßen. Dieser Standpunkt wurde von der Mehrheit gebilligt, und so fanden sich im Verein für Sozialpolitik nicht nur Gelehrte, sondern auch Unternehmer, Beamte, Tagesschriftsteller und Arbeiter, nicht nur Angehörige der Mittelparteien, sondern auch Konservative, Sozialisten und Angehörige des Zentrums zusammen. Damit wurde einmal eine breite Grundlage gewonnen, aber auch die Möglichkeit — und darauf kam es Schmoller gang besonders an - im Berein felbst einen lebhaften, frischen Kampf der Geister entbrennen zu laffen. Nur von solcher steten geistigen Reibung der fich bekämpfenden relativ gleichberechtigten, aber entgegengesetzten Richtungen und Interessen, von dieser "Dialektif", erwartete Schmoller richtige Ergebnisse, das heißt den Sieg der Wahrheit und Gerechtigkeit.

"Ich möchte immer dahin wirken," sagte Schmoller, "daß die versschiedenen Parteien der Gegenwart sich gegenseitig als berechtigt und notwendig betrachten. Nur, wenn wir soweit kommen, daß die Parteien sich zueinander verhalten, wie die sich ergänzenden Teile eines und desselben Ganzen, ist ihr Kampf und ihre Wirkung eine segensreiche." Und es dahin zu bringen, erschien ihm vor allem die Aufgabe der Vertreter der Wissenschaft zu sein.

Er bejahte eben die ganze menschliche Natur, die gesamte Gesellschaft. Kein Element wurde von ihm als schlecht verworsen und für böse erklärt. Es kam ihm nur darauf an, daß es keinen größeren Raum erobere, als ihm vom Standpunkt des Gesamtinteresses aus gebühre. Für Schmoller galt es demnach, den Verein für Sozialpolitik so zu leiten, daß in ihm alle sozialpolitischen Auffassungen dauernd zur Geltung kommen konnten Nicht auf Beschlüsse und Programme, sondern auf eine hochstehende

Debatte, auf einen regen Austausch der Erfahrungen, Kenntnisse und Urteile wurde der größte Wert gelegt. Da der Gang der Dinge in den späteren Jahren den Einfluß der Rechten stärker als den der Linken hatte anwachsen lassen, bestand Schmollers Hauptsorge darin, gerade die radikaler gerichteten Persönlichkeiten dem Berein zu erhalten und stets für tüchtigen Nachwuchs zu sorgen.

Um den Verein die von Schmoller gesteckten Ziele erreichen zu laffen, ist Schmoller nicht schon von der Begründung des Vereins an, sondern erft 1890 formell an die Spitze getreten. Gneift und Naffe schienen ihm beffer geeignet als er felbst, der damals als blutroter Kathederfozialist verschrien mar, um dem Berein Persönlichkeiten aus dem liberalen und konservativen Lager zuzuführen, die er nicht missen wollte. Schmoller fonnte ficher fein, daß er vermöge feiner unvergleichlichen Runft der Menschenbehandlung, die jeden an den richtigen Plat zu ftellen vermochte, vermöge feiner großen taftischen Begabung, seines überlegenen Wiffens und Könnens, immer fehr wohl imftande fein wurde, den Berein in seinem Sinne zu lenken, auch wenn er nicht felbst den Borfit führte. Für die Generalversammlungen wurden ihm die wichtigsten Referate anvertraut, und als Treitschke seine Fanfaren gegen die "Gönner des Sozialismus" in die Welt schmetterte, war es Schmoller, der gegen ihn in die Schranken trat und die Sache des Vereins wie die Sache der Sozialreform überhaupt in einer der gedankenreichften Streitschriften, die unfere Wiffenschaft besitt, wirtsam zu verteidigen verftand.

Es ist hier unmöglich, im einzelnen die Unsumme von Arbeit zu schildern, welche Schmoller im Laufe der Jahrzehnte für die Ausschußund Unterausschußstungen, für die Generalversammlungen, für die Herausgabe der nun über 150 Bände zählenden Vereinsschriften geleistet hat. Eine Fülle von Streitigkeiten war im Verein selber zu schlichten, und immer wieder mußten vom Vereine auch Angriffe aller Art, die von Außenstehenden kamen, abgewehrt werden.

Nur auf einen, heute vielleicht besonders interessierenden, Teil der Wirssamkeit Schmollers möchte ich noch einige Lichter fallen lassen: nämlich auf seine Stellung zu den Deutsch-Österreichern. Ungeachtet seiner schwäbischen Herfunst war Schmoller von Jugend an, vermutlich auf Beranlassung seines von ihm hochgeschätzten Schwagers Gustav Rümelin, strammer Anhänger der kleindeutschen Politik. Er versocht in der Zollvereinskrise den antiösterreichischen Standpunkt mit solcher Schärse, daß er seine großdeutsch- und preußenseindlich gestimmte Heimat verslassen mußte. Schmollers Laufbahn entwickelte sich parallel mit dem

Schriften 159. -- Berhandlungen.

Aufstieg der preußischen Macht. Einen großen Teil seiner besten Kräfte hat Schmoller für die Verherrlichung des Preußischen Staates und der Hohenzollern eingesetzt. Er unterstrich die sozialen Züge im Königtum der Hohenzollern doppelt und dreisach, um auch auf seiten der jeweilig regierenden Herren das Bewußtsein einer großen sozialen Mission ihres Hauses stets lebendig zu erhalten.

Wie hatte diese spezifisch preußische Gefinnung auf seine Haltung gegenüber Öfterreich eingewirkt? Die beste Antwort erteilen die Tatfachen felbst. Von Anfang an wurde der Gintritt in den Verein für Sozialpolitif ben Öfterreichern offen gehalten und Ernft von Plener hat schon in den ersten Sahren nach der Gründung regen Anteil an den Bereinsarbeiten genommen. Im Laufe der Jahre ift diefe Betätigung ber Österreicher immer mehr erweitert und vertieft worden. Bei allen Bereinserhebungen murden befondere Bande jur Erfaffung der öfterreichischen Buftande und Verhältniffe herausgegeben. Zweimal hat der Berein für Sozialpolitif feine Generalversammlung in Wien abgehalten. Im Borftande waren die Öfterreicher durch v. Philippovich vertreten. Auch im Ausschuß ift die Rahl der öfterreichischen Mitglieder mehr und mehr gewachsen. Mit besonderer Barme hat Schmoller die Bestrebungen unterftütt, welche auf eine weitgehende Unnäherung zwischen Deutschland und seinem öfterreichischen Bundesgenoffen nach dem Kriege abzielten. Noch furz vor feinem Tode hat er fich zugunften einer vollen Bollunion zwischen Deutschland und Öfterreich-Ungarn ausgesprochen. Schmoller liebte Öfterreich, fein Land und fein Bolf. Seine Erholung hat er gern in Marienbad, Bad Gaftein, vor allem aber auf dem Ritten bei Bozen und in Meran gesucht.

Aber, so wird mir vielleicht entgegengehalten werden, ist in dem Konflift zwischen Schmoller und Karl Menger nicht die alte österreichische preußische Kivalität auf dem Boden der Staatswissenschaften gewissermaßen neuerstanden? In der Tat, im Auslande hat man in dem Gegenssah der sogenannten österreichischen Schule und der Schmollerschen Richtung hier und da Reste der einstigen Feindschaft zwischen den zwei deutschen Großmächten erblicken wollen. Davon kann natürlich gar keine Rede sein. Hat doch Adolph Wagner, der in der besonderen Wertschätzung preußischer Sigenart noch erheblich weiter als Schmoller ging, in diesem Streit mehr auf der Seite Mengers als auf der Schmollers gestanden. Es war einzig und allein ein Konflist, der aus der verschiedenen geistigen Veranlagung dieser beiden großen Meister unserer Wissenschaft entstehen mußte.

Schmoller, ein durchaus synthetisch veranlagter Kopf, ein Mann der Empirie und Induktion, deren Lücken er mit Hilfe seiner reichen Phantasie

und Intuition auszufüllen suchte, mochte von scharfen, starren Begriffsbestimmungen, von Stilisierungen und künstlichen Beleuchtungen nichts
wissen, wollte vor allem mit seiner farbenreichen Palette ein Bild bes
ganzen wirklichen Leben "en plein air" vor die Augen seiner Zuhörer
und Redner zaubern, wollte anschauliche Typen in den Bordergrund
stellen, bei deren Kennzeichnung auch dem Beränderlichen, dem Entwicklungsgedanken leichter Rechnung getragen werden konnte. Schmoller war vor
allem Soziologe und Psychologe, mehr Staatsmann und Historiker als
Logiker und Systematiker; Menger dagegen durchaus Logiker und Analytiker, ausgerüstet mit einer ungewöhnlichen Verstandesschärse und Kraft
der Abstraktion, in deren Höhenluft er sich lieber bewegte als in der
empirischen Wirklichkeit.

So ift es begreiflich, daß beide Männer sich voneinander ein falsches Bild machten. Schmoller änderte sein Urteil, als er die bahnbrechenden Arbeiten erlebte, zu denen Menger Gelehrte wie v. Böhm-Bawerk, v. Wieser u. a. angeregt hatte. Auch Menger selbst dürste, nachdem Schmollers Grundriß erschienen war, erkannt haben, daß sich Schmollers Interessen durchaus nicht in der Erforschung alter Zunsturkunden erschöpften. Jedenfalls hat Schmoller jede Gelegenheit ergriffen, um den tiesen Respekt zu bezeugen, den er für die Leistungen der "österreichischen Schule" empfand, und die Österreicher haben sich auch als sleißige und hochwillkommene Mitarbeiter an dem von Schmoller herausgegebenen Jahrbuche betätigt.

Mochte Schmoller einst in dem Ausscheiden Öfterreichs eine politische Notwendigkeit erblickt haben, in allen Kulturfragen und ganz besonders in der Pflege der Staatswissenschaften und wissenschaftlichen Sozialpolitik hat er durchaus großdeutsch empsunden. Nirgends ist in den Schristen Schmollers auch nur die leiseste Spur von jenen Herabsehungen Östersreichs zu finden, in denen sich Treitschke und manche anderen kleindeutschen Politiker nicht leicht genug tun konnten.

Wenn heute an erfter Stelle unserer Tagesordnung unser Verhältnis zu Öfterreich fteht, jo find wir damit durchaus im Sinne Schmollers vorgegangen.

Was soll nun aus uns werben, nachdem dieser wetterkundige Pilot, der Jahrzehnte hindurch treu und unermüdlich mit zielsicherer Hand das Schiff unseres Vereins durch alle Klippen und Untiesen zu steuern vermocht hat, aus unserem Kreise geschieden ist? Es würde gerade den Grundsähen, die Schwoller vertreten hat, seiner opportunistischen Abneigung gegen ein für allemal feststehende, absolute Lösungen widersprechen, wenn der Verein für Sozialpolitik in Zukunst nur eben genau dassenige tun wollte, was er in der Vergangenheit unter Schwollers Führung getan hat. Gewiß,

darin stimmen wir alle überein, auch in Zukunft soll der Verein ebenso ersolgreich im Dienste der Wissenschaft, des Vaterlandes und des menschslichen Fortschrittes überhaupt wirken wie disher. Ob aber immer genau dieselben Mittel, die bisher angewendet worden sind, geeignet sein werden, das Ziel zu erreichen, das ist eine Frage, die unser Ausschuß noch erst und eingehend zu prüsen haben wird. Es ist zum Beispiel möglich und denksbar, daß für die bessere Wahrnehmung rein wissenschaftlicher Aufgaben, sür die Wahrnehmung theoretischer und soziologischer Forschungen, ein besonderes neues Organ zu schaffen sein wird; daß also auch in der äußeren Organisation des Bereins deutlicher zum Ausdrucke kommt, daß der Verein sowohl mit wissenschaftlichen wie auch mit praktisch=politischen Problemen sich beschäftigt. Es ist möglich, daß dann auf der anderen Seite bei unserer politischen Wirksamkeit Männer des praktischen Lebens, insbesondere auch solche aus der Arbeiterklasse, in größerem Umfange zur Mitwirkung heranzuziehen sein werden, als es bisher möglich gewesen ist.

Immerhin finden sich in der reichen Erbschaft, die uns Schmoller hinterlassen, manche bewährten Grundsätz, von denen wir uns nicht leichten Herzens trennen können. Wir werden aut daran tun, auch fünftig unsere unbedingte Unabhängigkeit nach jeder Richtung bin, nach unten und oben, nach rechts und links, eiferfüchtig zu wahren, alles zu vermeiden, mas zur Sektenbildung oder parteimäßigen Abschließung, zu einer geiftigen Arterienverkalkung ober zur Vertretung irgendwelcher Sonderintereffen führen könnte. Der Verein wird fich nicht auf bestimmte Programme und Weltanschauungen verpflichten. Ihm werden alle Mitarbeiter willtommen fein, die ehrlich beftrebt find, durch Ermittelung der Wahrheit bem Gemeinwohl zu dienen, und die selbst die Wege zu bem, mas fie für richtig halten, mit den Waffen des Geiftes zu vertreten imftande find. Niemals fann bei uns die Bahl der Stimmen, sondern nur das geistige Gewicht der vorgebrachten Beweisgründe entscheiden. Auch in Rufunft wird es ratsam sein, möglichst in mediam rem einzutreten und zwar nicht dem Götzen des Tages, wohl aber im Goetheschen Sinne der "Forderung des Tages" zu genügen.

Meine Damen und Herren! Der Tod Schmollers bildet leider nicht den einzigen Berluft, den wir zu beklagen haben. Außer dem stellvertretenden Borsitzenden von Philippovich, dessen noch in besonderer Weise gedacht werden wird, sind uns auch Adolph Wagner, Hugo Thiel, Wilhelm Lexis, Johannes Conrad, Edgar Loening, Karl Flesch, Robert Wuttke, Robert Schachner und zuletzt noch Friedrich Naumann entrissen worden.

Wagner gehörte wie Schmoller zu den Männern, die an der Gründung des Bereins für Sozialpolitik lebhaften Anteil genommen haben. im Gegensatz zu Schmoller fiel es ihm schwer, sich in bas Gefüge einer Rollektivarbeit einzuordnen. Schmoller fuchte auch bei feinen Gegnern vor allem nach Beziehungen und Punkten, in denen er mit ihnen Sand in Sand geben konnte. Er gab ihnen gern die relative Berechtigung ihres Standpunttes zu. So erscheinen die Gegenfätze oft weniger icharf und spik als sie in Wirklichkeit waren. Wagner legte Wert darauf, die "Unterscheidungslehren", wie die Theologen sagen, in den Vordergrund zu stellen, alles herauszugrbeiten, worin er anderer Meinung war. Daraus ergaben fich mancherlei Konflikte, die Wagners Beteiligung zeitweise ftark eingeschränkt haben. Wenn er aber auf unseren Tagungen und in unseren Sitzungen erschien, bann hat fein herrliches, noch im Greifenalter jugendfrisches Temperament, seine rednerische Schlagfertigkeit und die Größe der Gesichtspunkte, die er in die Debatte marf, diese auf eine Bohe geführt, welche allen Teilnehmern an diesen Tagungen unvergeßlich blieb und rauschenden Beifall auszulösen pfleate.

Im übrigen hat der Berein für Sozialpolitif auch aus den sozialen Saatförnern, die Adolph Wagner mit voller Hand überall ausgestreut hat, großen Nuten geerntet. Wir sind stolz darauf, dankbar dafür, daß auch er zu uns gehört hat.

Nicht weniger als Wagner haben wir Hugo Thiel zu danken, dem rheinischen Bauern- und Arbeiterfreunde, dem sozialen Agrarpolitiker, der Jahrzehnte hindurch bei der Lösung der Agrarprobleme, mit denen der Berein sich beschäftigt hat, die maßgebende Persönlichkeit gewesen ist.

Lexis hat in seinen späteren Jahren nicht mehr an den Arbeiten unseres Bereins persönlichen Anteil genommen, aber in seinen zahlreichen Arbeiten hat er sich immer zu der Wirksamkeit unseres Bereins bekannt.

In Johannes Conrad ehren wir den aufrichtigen Gelehrten, den Lehrer zahlreicher praktischer Bolkswirte, der auch in den Zeiten der wildesten Agrardemagogie gerade als aufrichtiger Freund der Landwirtsichaft tapfer gegen Getreidezölle und Fideikommisse gekämpst hat.

Loening ist unser treuer Helser bei der Bewältigung öffentlich-rechtlicher Fragen, besonders bei den Arbeiten über das Koalitions- und Bereinsrecht und den von ihm geleiteten großen Untersuchungen über die Berfassung und Berwaltungsorganisation der Städte gewesen.

Allen diesen Männern hat das Schicksal eine bis ins hohe Greisenalter reichende fruchtbare Tätigkeit gegönnt.

Aber der Tod hat auch Opfer aus der jüngeren und mittleren

Generation gefordert. Mit Robert Schachner, dem genauen Kenner der australischen Wirtschaft und Sozialpolitik, ist einer der tüchtigken jüngeren Sozialpolitiker aus dem Leben geschieden. Auch der Franksurter Borskämpfer sozialer Kommunalpolitik, der Stadtrat Karl Flesch, und Prof. Wuttke in Dresden wären berusen gewesen noch große Dienste zu leisten. Und endlich gar Friedrich Naumann! Seine überragende Persönlichkeit und unvergleichliche Rednergabe haben nicht nur unsere Diskussionen in den Generalversammlungen bestügelt, sondern unserer Wirksamkeit auch viele Kräste zugesührt durch den sozialen Geist, den er in die Herzen der Jugend und vor allem der Frauenwelt einzupslanzen verstanden hat wie kein anderer.

Unermeßliches verlieren wir mit diesen Männern, von denen einige mit Recht zu den ersten unseres Volkes gerechnet werden.

Unermeßlich sind aber auch die Verluste, die uns dadurch erwachsen, daß zahlreiche für sozialpolitische Bestrebungen begeisterte edle Jünglinge und junge Männer, von denen wir werktätige Mitarbeit erhoffen dursten, den Heldentod gestorben sind. Zum äußeren Zeichen, daß wir allen unseren Toten ein treues dankbares Andenken bewahren werden, bitte ich Sie, verehrte Anwesende, sich von Ihren Sigen zu erheben. (Geschieht.)

Ich danke Ihnen!

Alle diese Verluste treffen uns um so schmerzlicher, je gewaltiger die Ausgaben sind, die jetzt an uns herantreten. So spiegelt sich die herzerstickende Not unseres Volkes und Vaterlandes auch im Leben unseres Vereins wider. Wir dürsen und wollen aber den Kopf nicht sinken lassen, nicht verzagen. Wie man auch über das Deutschland urteilen mag, das nach Jahren übermenschlicher Leistungen schließlich in einer Weise zusammengebrochen ist, die auch der schwärzeste Vessimist nicht für möglich gehalten hätte, auf sozialpolitischem Gebiete brauchte es den Versgleich auch mit den fortgeschrittensten Staaten nicht zu scheuen.

Der Verlauf unserer sozialen Entwicklung hatte auch in der Arbeitersklasse die Anhänger des Reformgedankens von Jahr zu Jahr vermehrt. Ohne die Kriegsereignisse wäre es bei uns nie und nimmermehr zur Revolution, zum Umsturz, zum Bürgerkrieg gekommen. Diese sozials politischen Leistungen unserer Vergangenheit gestatten uns auch heute noch, an unsere Zukunft zu glauben. Wir wollen uns die Überzeugung nicht aus dem Herzen reißen lassen, daß unser Volk noch eine große Mission in der Gesamtentwicklung der Menschheit zu erfüllen hat! (Stürmischer Beisall.)

Vorsitzender: Ich erteile jest das Wort Herrn Dr. Hainisch.

Erinnerung an Eugen von Philippovich.

Ron

Dr. Michael Sainisch.

Nicht bloß im Deutschen Reiche, auch in Deutsche Ofterreich haben wir in den letten Jahren einen großen Teil unserer führenden Bolkswirte verloren. Während aber Lexis und Conrad, Schmoller und Wagner das Patriarchenalter erreicht haben, sind die Deutsch-Österreicher im besten Mannesalter von uns geschieden. Wenige Wochen vor dem Ausbruche des Weltfrieges hatten wir den Tod Robert Meyers zu beklagen. Da Meyer in erster Reihe Beamter des Finanzministeriums mar, in dem er bis zum Minister vorrückte, ift sein Wirken weniger im Deutschen Reiche bekanntgeworden. Die Amtspflichten hinderten ihn ins Ausland zu reisen; deshalb konnte er auch an unseren Versammlungen fast nie teilnehmen. Es ist staunenswert, daß Meger, trok seiner Belaftungen im Amte, noch Zeit finden konnte, einige fehr beachtenswerte Bücher zu schreiben, Lehrtätigkeit zu entfalten und an allen sozialpolitischen Bestrebungen teilzunehmen. Noch mehr müssen wir ihm danken, daß er ftets zu den verläßlichsten deutschen Beamten gahlte. Was bas in einer Beit zu bedeuten hatte, in der der Kurs der öfterreichischen Regierung antideutsch war, und in der das Finanzministerium die Domäne polnischer Politifer bildete, kann nur der ermeffen, der, wie ich felbst, in der das maligen Zeit in einer Zentralftelle diente. Wir beklagen den Verluft des ausgezeichneten Mannes um fo lebhafter, als die Regelung des Finangwesens heute unsere Hauptsorge bildet.

Auf Meyer folgten die zwei Männer, die von allen deutschsösterreichischen Bolkswirten am meisten berühmt geworden sind: Eugen von Böhm-Bawerf und Eugen von Philippovich. Die Bäter beider hatten dem Staate gedient, beide hatten eine ähnliche Bildung genossen, beide waren vornehme Männer lauterster Gesinnung. Und doch welcher Unterschied zwischen beiden. Mit dem Namen Böhm-Bawert bleibt für immer eine Zinstheorie verknüpst, die Böhm in einem groß angelegten Werke aufgestellt hat. Ich glaube, daß auch derjenige, der mit mir diese Theorie für vollkommen versehlt hält, dem monumentalen Werke die Anerkennung nicht wird versagen können. Er wird Böhm zu den originellsten und scharssinnigsten Köpfen zählen müssen. Böhm hat sein ganzes Leben auf ben Ausbau und die Verteidigung seiner Zinstheorie verwendet. Denn seine früheren Arbeiten stellten eigentlich nur Vorarbeiten zu seinem Haupt-werke dar. Die Arbeit über den Wert hat Böhm sogar vollkommen in sein Hauptwerk aufgenommen. Böhms Wirken war also durchaus einseitig; einseitig auch in dem Sinne, daß es sich ausschließlich auf dem Gebiete der Spekulation bewegte. Böhm schloß sich völlig hermetisch von der Außenwelt ab. An keiner einzigen Versammlung der Gesellschaft österreichischer Volkswirte oder gar einer der sozialpolitisch interessierten Kreise hat er meines Erinnerns je teilgenommen. Nichts ist in dieser Richtung charakteristischer, als daß er österreichischer Finanzminister wurde, ohne einen Schritt in das benachbarte Ungarn gemacht zu haben, obgleich doch eine Kenntnis ungarischer Verhältnisse für den Minister, der Außesgleichsverhandlungen mit Ungarn zu sühren hatte, äußerst nützlich geswesen wäre.

Im Gegensatz zu Böhm hat Philippovich so ziemlich alle Gebiete der Bolkswirtschaftslehre bearbeitet, und schon in jungen Jahren ein Lehrbuch geschaffen, das zu den angesehensten Büchern zählt. Man fann es trok des Titels mehr für ein Suftem als für ein Lehrbuch halten, ba es meines Erachtens an das Auffassungsvermögen der Jugend zu hobe Anforderungen ftellt. Diefe staunenswerte Leiftung konnte Philippovich nur vollbringen, weil er die feltene Fähigfeit befag, aus den Lehrgebäuden anderer das Brauchbare herauszuschälen und vollfommen felbständig in fünstlerisch vollendeter Form darzustellen. Fremden Ideen gerecht zu werden, vermochte er wie wenige; deshalb halte ich auch die Darftellung der sozialen Ideen des 19. Jahrhunderts, die er in der Festschrift für Schmoller gegeben hat, für sein gelungenstes Werf. Philippovich brachte naturgemäß einen großen Teil feines Lebens hinter Buchern gu. Er hatte aber den Sat Goethes nicht vergeffen, daß man zwei Blicke ins Leben und nur einen ins Buch machen folle, und es baher nie verschmäht, mit den wirtschaftlichen Braktikern engste Fühlung zu suchen. Ich selbst mar oft Zeuge davon, wie eifrig Philippovich bemüht war, von den Praktifern zu lernen. Wenn ich mich nicht sehr irre, so hat es Philippovich schmerzlich empfunden, daß es ihm nicht vergönnt mar, seinen Namen mit einem originellen Gedanken zu verknüpfen. Er hat dabei übersehen, daß er daß, was er an Arbeit in die Tiefe nicht zu leiften vermochte, durch Arbeit in die Breite wettgemacht hat. Er fand zwar keine vollkommen originelle Lösung eines Problems, er verftand es aber meifterhaft, Probleme zu formulieren. Deshalb wurde er auch ein Lehrer ersten Ranges, der

schon als ganz junger Mann in Freiburg Hörer aus aller Herren Länder um sich versammelte. Als ich vor gehn Sahren in den Bereinigten Staaten und Canada reifte, wurden mir von nicht wenigen Gelehrten herzliche Gruße an ihren Lehrer Philippovich aufgetragen. sonders hat er aber als Lehrer in Österreich gewirft. Hier hatte Sahre hindurch &. von Stein die Studenten gefesselt, aber außer Philippovich meines Wiffens nicht einen einzigen zu irgendeiner positiven Arbeit angeregt. Menger mar Stein in der Alleinherrschaft gefolgt; er hielt auch ein Seminar ab. Aber bei diesen Übungen wurde so wie bei Mengers Vorlefungen außerordentlich wenig vorausgesett. Menger beschränkte sich mehr darauf, die jungen Leute in die Elemente der Wiffenschaft einzuführen, als sie zu selbständigen Arbeiten zu veranlaffen. Alls es später gelungen war, das Monopol Mengers zu brechen, und nacheinander Brentano und Miaffowsti nach Wien zu berufen, murden auch feminaristische Ubungen abgehalten. Aber die Wirksamkeit der genannten Professoren war viel zu turg, als daß sehr viel hätte erreicht werden So blieb es denn Philippovich vorbehalten, eine ganze Reihe von Schülern heranzubilden. Einige diefer Schüler siken auf Rathedern, die. meisten stehen im Staatsdienste oder im Wirtschaftsleben.. Wirkung, die Philippopich durch seine Schüler auf unser ganges öffentliches Leben ausübte und noch ausübt, läßt fich natürlich schwer abschätzen, fie muß aber als fehr bedeutend bezeichnet werden. So hat fich Philippovich insbefondere dadurch, daß er im Kreise der Intelligenz das Berftandnis für die foziale Seite aller Fragen machrief, große Berdienfte erworben. Wenn heute in Öfterreich die Klaffengegenfätze weniger scharf find als sonstwo, so ist dies außer auf die Agrarverfassung und den weicheren Volkscharakter Deutsch-Österreichs auch auf die Tätigkeit Philippovichs zurückzuführen.

Wie als Lehrer hat sich auch Philippovich als Sozialpolitiker in Österreich große Verdienste erworden. Er konnte dies um so leichter, weil die herrschende Schule der österreichischen Nationalökonomie zu den sozialen Bewegungen der Gegenwart gar keine Beziehung herzustellen wußte. Nicht als ob die sogenannten Österreicher die Politik der dessitzenden Alassen hätten treiben wollen. Davon konnte keine Rede sein. Sie vermeinten nur, vorerst die Theorie vollkommen ausbauen zu müssen, bevor sie zu sozialen Problemen Stellung nehmen könnten. So sagte mir einmal ein hervorragendes Mitglied der Schule, die Wissenschaft werde erst in zweihundert Jahren so weit sein, mit dem praktischen Leben Fühlung nehmen zu können, worauf ich erwiderte, daß dann wohl das

Leben über die Wiffenschaft zur Tagesordnung übergehen werde. Im Gegensate zu seinen Kollegen hat Philippovich überall eingegriffen, wo es etwas zu tun gab. Er hat an Enqueten teilgenommen, war Mitglied des Arbeitsbeirats und spielte in allen wiffenschaftlichen Fachkreisen und sozialpolitischen Bereinigungen eine führende Rolle. Als wir in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine Gruppe bildeten, die nach dem Borbilde der englischen Fabier das Bürgertum mit sozialen Ivdeen durchtränken wollte, stand uns Philippovich hilfreich zur Seite. Viele seiner glänzendsten Reden hat er in diesem Kreise gehalten. Heute sind alle unsere Genossen begraben und mir als letztem obliegt die traurige Pflicht, eines der Allerbesten unseres Kreises zu gedenken.

Die seltene Begabung des Verstorbenen sowie der Umstand, daß er einige Jahre in Freiburg gewirft hatte, ließ ihn als berusenen Vermittler zwischen dem Deutschen Reich und Deutsch-Österreich erscheinen. Auch in dieser Richtung hat er außerordentlich verdienstlich gewirft. So konnte er als Präsident der Gesellschaft österreichischer Volkswirte durch Ginsladung reichsdeutscher Vortragenden eine Verbindung zwischen den Fachsgenossen diessseits und jenseits der Grenze herstellen. Als besonders verzbienstlich muß ich es Philippovich anrechnen, daß er auch dem Verein-für Sozialpolitik die Wege in Österreich geebnet hat. Zweimal, in den Jahren 1894 und 1909, konnte der Verein seine Generalversammlung in Wien abhalten. Das wäre ohne Philippovich unmöglich gewesen, denn der Verein war in Österreich wenig bekannt und hatte nur einzelne Mitzglieder, obgleich Ernst von Plener sich schon früh an den Arbeiten des Vereins beteiligt hatte.

Was Philippovich im Vereine selbst geleistet hat, ist wohl in aller Erinnerung. Viermal — in Köln, in Breslau, in München und in Wien — erstattete er mündliche Reserate. Fast immer beteiligte er sich an der Diskussion, in den Ausschußsitzungen sehlte er sast nie und an den Vorbereitungen zur Herausgabe von Schriften nahm er den regsten Anteil. So war es stets seine Aufgabe, die Mitarbeiter zu sinden, die über österreichische Verhältnisse zu berichten hatten. Schmoller selbst hielt die größten Stücke von Philippovich wohl auch deshalb, weil er ihm als Mann der mittleren Linie besonders nahe stand.

Wir werden heute über die Frage des Verhältnisses zwischen dem Reiche und Deutsch-Öfterreich zu verhandeln haben. Daß Philippovich diesen Tag nicht erlebte, berührt mich schmerzlich, gehörte er doch zu den wärmsten Freunden eines möglichst innigen Zusammenschlusses. Schon vor zwanzig Jahren ließ er in der Gesellschaft österreichischer Volkswirte

eine Reihe von Vorträgen über die Möglichkeit des Zusammenschlusses abhalten. Ja, kurz vor seinem Tode, als seine Arbeitskraft bereits nachzulassen begann, half er noch unter der Führung Friedjungs die Denksschrift über die Neugestaltung Österreichs verfassen, die von der Zensur verdoten, von zahlreichen Staatsmännern, Gelehrten und Offizieren gezlesen, einen mächtigen Eindruck hervorgerusen hat. Heute würde sich Philippovich wohl für den unbedingten Wiedereintritt Deutschzösterreichs in das Deutsche Reich aussprechen. Sein nationales Empsinden würde ihm sagen, daß wir zum Reiche gehören, seine wissenschaftliche Einsicht, daß ein selbständiges Deutschzschreich nicht leben und nicht sterben kann, So möge denn heute sein Geist unsere Verhandlungen begleiten!

Philippovich als Redner zu schildern kann ich mir füglich ersparen. Sie alle sind ja so oft unter dem Zauber seiner Reden gestanden. Sie alle haben es erlebt, wie Philippovich es vermochte, auch die versahrenste Debatte wieder in das richtige Geleise zu bringen. Hätte er in einem anderen Lande gelebt als in dem unglücklichen Österreich, so hätte man ihm wohl im Staate eine führende Rolle zugewiesen. So mußte er sich mit dem Site im Herrenhause begnügen, in das er, wie er selbst sagte, als Halbinvalide berusen wurde.

Wir betrauern in Philippovich einen Mann, den die Natur mit großen Fähigkeiten ausgestattet hatte, vor allem aber mit den ausgezeichnetsten Charaktereigenschaften. Gewiß, er zählt nicht zu den ganz wenigen Auserwählten, die der Wissenschaft völlig neue Wege weisen konnten. Er hat aber auf den verschiedensten Gebieten so ungeheuer viel Ersprießliches geleistet, daß auch die Spur von seinen Erdentagen nicht untergehen wird, so lange es ein deutsches Volk gibt. (Lebhafter Beifall.)

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Deutsch=Österreich.

Vorsitzender: Wir treten in den dritten Punkt der Tagesordnung ein: Erörterung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Deutsch=Öfterreich.

Ich habe mit der Mitteilung zu beginnen, daß wir gehofft hatten, daß Erzellenz Riedl uns aus der ganzen Fülle seiner Kenntnis dieser Dinge heraus ein Reserat halten wollte. Sektionschef Riedl ist leider verhindert, zu unserer Tagung zu kommen und hier zu sprechen. Ich darf der Hosffnung Ausdruck geben, daß einige unserer österreichischen Mitsglieder in die Lücke einspringen werden.

Ich darf deshalb das Wort geben als alleinigem Referenten Exzellenz Lufensky.

Erfter Bericht.

Wirklicher Geheimer Rat, Ministerialdirektor a. D. Qufensty (Berlin): Meine verehrten Damen und Herren! Bald nach dem Ausbruch des Krieges begann man sich in Deutschland und in der österreichisch-ungarischen Monarchie mit der Möglichkeit eines wirtschaftlichen Rusammenschlusses der auf Tod und Leben verbündeten Mittelmächte zu beschäftigen. Die Regierungen vermochten dem lebhaften Wunsche weiter Kreise nach einer wirtschaftlichen Annäherung auf die Dauer nicht Widerftand zu leiften. Anfänglich maren die Auffassungen bei ihnen geteilt und häufigem Wechsel unterworfen. Die Verhandlungen wollten zunächst nicht recht vorwärts schreiten: aber gerade jest, vor ungefähr einem Sahr, haben in Salzburg jene Verhandlungen stattgefunden, die die Frage eines Bufammenschluffes einer gunftigen Lösung entgegenzuführen schienen. Nach ihrem Verlauf konnte angenommen werden, daß sich die Frage eines engen Wirtschaftsbundnisses zwischen dem Deutschen Reich und Ofterreich-Ungarn endgültig murde lösen laffen, wenn, ja wenn — — nicht eben schließlich alles boch so ganz anders gekommen wäre.

Der Krieg hat mit der Niederlage und dem Zusammenbruch der Mittelmächte geendet. Die österreichisch-ungarische Monarchie ist aus der Reihe der Staaten gestrichen, sie hat sich in ihre nationalen Bestandteile aufgelöst. Ein neues Problem ist es, vor das wir dadurch gestellt worden sind, das Problem: Wie gestaltet sich das politische und wirtsichaftliche Verhältnis des Deutschen Reiches zu den deutschen Bestandteilen der alten Doppelmonarchie, die ihre Staatlichseit unter dem Namen Deutsch schreich begründen wollten, denen aber die Feinde, sei es aus kleinlicher Gehässisseit, sei es aus Besorgnis vor allem, was den deutschen Namen trägt, den Charafter als Deutsch "Österreich nicht zusasstehen wollten?

Diese beiden Probleme, das eine, das uns besonders während des Krieges beschäftigt hat, das Problem des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Mittelmächte, das andere, welches jett neu auftaucht, das Problem des Anschlusses Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich, sind in ihrem Ziel und in ihren Beweggründen vollständig voneinander verschieden. Man kann das zweite nicht als Fortsetung des ersten auffassen, sondern es ist ein neues, in seinem Wesen durchaus anderes. Wenn ich dennoch kurz auf das frühere Problem des Wirtschaftsbündnisses der Mittelmächte eingehe, so geschieht dies, weil gerade aus dem Gegensate zu diesem heraus das neue Problem um so klarer zu erkennen sein wird.

Das Wirtschaftsbundnis des Deutschen Reiches und der ihm verbundeten öfterreichisch=ungarischen Doppelmonarchie stellte ein weltwirt= schaftliches Broblem dar. In zunehmendem Maße hatte sich in der Gesellschaft der Bölfer die Entwicklung zu mächtigen Imperien vollzogen. Rugland, die Vereinigten Staaten von Amerika, gang befonders aber Großbritannien mit seinem enormen Rolonialbesit stellten berartige weltwirtschaftliche gigantische Reiche bar, und in Oftasien bestand, wie immer flarer in die Erscheinung trat, bei Japan zum mindesten die Absicht, den Reim zu legen zu einem großen oftafiatischen Reiche. Diese Entwicklung war für die mittleren Staaten nicht ohne Gefahr. Sie versprach ben Imperien, die bereits eine außerordentliche Macht darftellten, eine Stellung, die sich im Laufe der Zeit immer bedeutungsvoller gestalten mußte, weil berartige Imperien auf die ihnen benachbarten Staaten naturgemäß eine außerordentliche Anziehungsfraft ausüben und sie gelegentlich — und folche Gelegenheiten werden im Laufe der Zeit immer und immer wieder eintreten — in den Kreis ihrer Intereffensphäre einbeziehen. teil der großen Imperien liegt darin, daß sie ein außerordentlich mächtiges, bedeutungsvolles Konfumtionsgebiet darftellen, das ihrer Industrie unbestritten zur Verfügung steht; hierdurch bieten sich für diese Industrie außerordentliche Möglichkeiten, fie fann auf dem Wege der Spezialifierung und des Großbetriebes zu einer Entwicklung gelangen, welche den weniger

bedeutungsvollen Staaten, die gleiche Vorteile nicht bieten können, versichlossen ist. Dazu kommt das Schwergewicht, welches diese Imperien bei handelspolitischen Verhandlungen, bei der Begründung und Festigung ihrer Beziehungen zu anderen Staaten naturgemäß in die Wagschale wersen. Es ist schließlich etwas anderes, ob ein Gebiet mit einer Bezvölkerung von Hunderten von Millionen einem dritten Staat Vorteil gewährt oder ob ein verhältnismäßig kleiner Staat dies tut.

Es ergab sich aus dieser Sachlage selbst für einen wirtschaftlich so tatkräftigen, so ersolgreich arbeitenden Staat, wie das Deutsche Reich es damals war, dennoch die Gesahr, daß er gegenüber diesen Weltmächten in das Hintertressen gelangen konnte, wenn es ihm nicht gelang, durch Zusammenschluß mit benachbarten Reichen seine Basis ebenfalls entsprechend zu verdreitern und zu vergrößern. Und als derartiges benachbartes Reich, welches für eine Verbreiterung der Basis von besonderer Bedeutung war, kam naturgemäß in erster Linie für Deutschland der Nachbarstaat Österreich-Ungarn in Frage, mit dem Deutschland bereits politisch in den engsten Beziehungen stand.

Sie sehen hieraus, daß das Problem, welches den Zusammenschluß Deutschlands mit der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie bezweckte, in erster Linie ein weltwirtschaftliches war, das in der weltwirtschaftlichen Gntwicklung und in dem Bedürsnisse der mittleren Mächte wurzelte, den Riesenreichen, die sich mehr und mehr entwickelten, etwas Gleichartiges entgegenzustellen. Dieser wirtschaftliche Untergrund wurde verstärft durch gewisse politische Erwägungen. Das innige politische Verhältnis, in welchem Deutschland und die österreichisch ungarische Doppelmonarchie seit langem zueinander standen, regte den Bunsch an, die politische Freundschaft auch auszudehnen auf die wirtschaftlichen Verhältnisse, und als nun die Wassenderschaft in dem großen Völkerringen ihre Blutprobe ablegte, wurde in vielen der besten Herzen der beiden Völker dieser Gedanke zu einem brennenden Verlangen.

Trot der starken Sympathie, die in den weitesten Kreisen einem wirtschaftlichen Zusammenschlusse Deutschlands und Österreich ungarns entgegengebracht wurde, sehlte es jedoch nicht an Widersachern gegenüber diesen Plänen.

Es war zunächst in Deutschland die Landwirtschaft, welche dem Zusammenschluß mit gewissen, meiner Ansicht nach nicht durchweg begründeten Bedenken, gegenüberstand. Sie besorgte, daß die zollfreie Zulassung der agrarischen Erzeugnisse einzelner Teile Österreichs, ganz besonders aber Ungarns, auf die Preisbildung in Deutschland ungünstige Wirkungen für

Schriften 159. — Berhandlungen.

die Landwirtschaft herbeiführen wurde. Aus ähnlichen Gründen wider= ftrebte in Öfterreich : Ungarn ein Teil der dortigen Induftrie dem Aufammenschluß. Ungarn hatte feit alters den Bunfch, eine eigene Induftrie zu entwickeln. Es empfand ichon unbequem ben Wettbewerb, ber feiner induftriellen Produktion durch die zollfreie Ginfuhr aus Ofterreich bereitet murde und hatte noch größere Besorgniffe gegenüber einer zollfreien Ginfuhr deutscher gewerblicher Erzeugnisse. Auch in Ofterreich murden von der übermächtigen deutschen Industrie Nachteile befürchtet. galt dies für die böhmische Industrie, in geringerem Umfange auch für die niederöfterreichische und fteirische Montanindustrie. Auch in Deutschland fehlte es übrigens in ben induftriellen Kreifen nicht gang an Gegnerschaft. Es fann festgestellt werden, daß diefe auf mirtschaftlichen Ermägungen, auf Besorgniffen der Konkurrenz sich gründenden Bedenken gegen das mitteleuropäische Wirtschaftsbundnis im Laufe des Kricges zu= nehmends an Stärke abgenommen haben. Es brach sich mehr und mehr die Erfenntnis Bahn, daß der Borteil des großen Wirtschaftsgebietes unvergleichlich mehr wert fei als die Nachteile, die fich für einzelne Betriebszweige aus der Einlaffung ihrer Erzeugniffe ohne Bollschut ergeben konnten. Zur Abschwächung der Bedenken führte sodann ein Gedankengang, der besonders in Österreich mit Erfolg vertreten worden ist, nämlich der Hinweis darauf, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse durch den Krieg eine fo außerordentliche Umgestaltung erfahren hatten, daß überall eine wirtschaftliche Neuorientierung erforderlich sein würde. Für eine große Unzahl von Unternehmungen bestand die Notwendigkeit, sich nach Friedens= schluffe neu aufzubauen, teils wegen des Verschleißes ihrer Betriebseinrichtungen, teils weil fie mahrend des Krieges zu anderen Produktionszweigen übergegangen waren und nun nach Friedensschluß genötigt gemefen maren, sich zu entscheiden, ob fie zur früheren Art des Betriebes zurudfehren wollten. Es fam hinzu, daß die Absatverhältniffe durch den langandauernden Krieg vollständig desorganisiert waren und die Frage der Rohstoffversorgung mehr und mehr in den Vordergrund trat.

Aus allen diesen Gründen konnte gefolgert werden, daß die Bedeutung des Zollschutzes nach dem Krieg für eine längere Zeit wesentlich zurücktreten würde, da ferner die allenthalben erforderliche Neuorganisation die verschiedenen Betriebe vor eine ziemlich gleiche Situation stellte, konnte mit Recht behauptet werden, daß, wenn man überhaupt zur Beseitigung der Zollgrenzen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn kommen wollte, hierfür kein Augenblick je geeigneter gewesen war oder in Zukunst geeigneter sein würde als der Zeitpunkt nach dem Abschluß des Friedens.

Die Verhandlungen, die damals zwischen den beteiligten Regierungen stattgefunden haben, litten unter dem Mangel einer festen, in sich geschlossenen Auffassung der Regierungen der Mittelmächte. Insbesondere gilt dies auch für Deutschland, wo nicht allein die einzelnen Refforts einen voneinander abweichenden Standpunkt vertraten, sondern oft auch innerhalb desselben Refforts die Frage des wirtschaftlichen Zusammenschlusses eine verschiedene Beurteilung fand. Ich habe in dieser Begiehung felbst betrübende Erfahrungen gemacht und bittere Stunden erlebt infolge der Schwierigkeiten, die in dem Reffort, dem ich als Beamter angehört habe, dem Zusammenschluß entgegengesett wurden. Der lette Chef des preußischen Sandelsministeriums aus der vorrepublikanischen Zeit ftand den wirtschaftlichen Vereinigungsbestrebungen der Mittelmächte nicht gerade wohlwollend gegenüber. Weniger aus einem fachfundigen Urteile über die wirtschaftlichen Verhältniffe, denn dazu mangelten ihm die für ein folches Urteil erforderlichen Kenntniffe auf wirtschaftlichem Gebiete (Beiterfeit), als vielmehr aus einer inneren Stimmung heraus und vielleicht auch beshalb, weil er ber Auffassung mar, daß in benjenigen Kreifen, die für das Verbleiben der preußischen Minister im Amte von besonderer Bedeutung zu sein pflegten, der Anschlußgedanke nicht sehr sympathisch beurteilt murbe.

Weitere Bedenken gegen das wirtschaftliche Bündnis Deutschlands mit Österreich-Ungarn wurden aus den verschiedenen Charaktereigenschaften hergeleitet, die die norddeutsche Bevölkerung von der öskerreichisch-ungarischen Bevölkerung scheiden sollte. In Norddeutschland war man der Auffassung, daß die öskerreichisch-ungarische Bevölkerung es vielsach an Energie, dis-weilen auch an Zuverlässigeit sehlen ließ und dieser Borwurf wurde auch gegen unsere deutsch-öskerreichischen Freunde gelegentlich erhoben. In Öskerreich hingegen tadelte man den übertriedenen Schneid des Nordsdeutschen, um so mehr, als sich dieser mehr in Worten als in Taten äußerte, und man klagte über die Großsprecherei des Preußen. Wenn dieser wechselseitigen Kritik ein begründeter Kern in gewissem Umfange zugrunde liegen mag, so wird man doch sagen müssen, daß die Besorgnisse, die aus diesen verschiedenen Charaktereigenschaften Bedenken gegen den Zussammenschluß herleiteten, außerordentlich übertrieden waren. Einzelne beklagenswerte Borkommnisse hatte man sehr mit Unrecht generalisiert.

Soviel über das frühere Problem. Stellen wir ihm das neue Problem gegenüber, so wurzelt es keineswegs in der weltwirtschaftlichen Stellung der mitteleuropäischen Mächte. Die öfterreichisch-ungarische Toppelsmonarchie ist in Trümmer zerfallen und auch für das Deutsche Reich

3*

wird man heute mit Bedauern feststellen muffen, daß es in dem Buftande der Zerrüttung und Ohnmacht, in dem es fich zurzeit befindet, auf den Charafter als Weltmacht zurzeit wenigstens feinen Anspruch erheben Aber auch in Zukunft und nach Besserung der Verhältnisse wird burch einen Busammenschluß ber beiben Staaten basjenige Ziel, bas man früher mit "Mitteleuropa" verfolgte, daß der mitteleuropäischen Produktion neue fräftige Smpulse gegeben werden, nicht erreicht werden können. Runachft kann das "große Wirtschaftsgebiet" auf diesem Bege natürlich nicht mehr erreicht werden. Im besten Falle werden, wenn sich Deutsch-Öfterreich an Deutschland anschließt, einigermaßen die Verlufte und Nachteile ausgeglichen werden, die durch die Verftummelung des Deutschen Reiches, durch die Loslösung wirtschaftlich besonders wertvoller Bestandteile des Reiches eintreten. Dagegen fann das neue Gebilde, das durch ben Anschluß Deutsch-Ofterreichs an das Deutsche Reich entstehen murde, auch nicht annähernd die gleiche Bedeutung auf wirtschaftlichem Gebiete erlangen, wie die vorhin erwähnten Weltimperien England mit feinen Rolonien oder die Vereinigten Staaten von Amerika. Immerhin wenn auch diese weltwirtschaftlichen Ziele nicht mehr in Frage kommen, ift der Anschluß doch nicht ohne wirtschaftliche Bedeutung, von geringerer freilich für das Deutsche Reich als für Deutsch-Österreich. Österreich ist in einem Zustand aus dem Kriege hervorgegangen, der es nötigt, irgendwo feinen Anschluß zu suchen. Allein auf sich gestellt murbe es voraussichtlich wirtschaftlicher Verkümmerung entgegengehen. Diesen Unschluß wünschen die Feinde dadurch herbeizuführen, daß sie eine Berbindung der Donaustaaten, welcher Deutsch-Ofterreich beitreten sollte, anstreben. Dabei würde aber Deutsch-Ofterreich kaum auf seine Rechnung fommen. Seinem wirtschaftlichen Interesse wird es vielmehr allein ent= sprechen, wenn es sich an Deutschland anschließt.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse stehen jedoch bei der Anschlußfrage erst in zweiter Reihe. In erster Linie handelt es sich um etwas anderes, nämlich darum, daß die deutschen Stämme national zu einer Einheit zusammengeschlossen werden. Es tritt damit ein Ziel in den Vordergrund, welches im vorigen Jahrhundert lange Zeit hindurch von unsern Vorsahren mit Sehnsucht erstrebt worden ist, das Ziel einer politischen Einigung des Deutschtums aller deutschen Stämme. Dieses Ziel schien endgültig begraben zu sein mit der Auseinandersetzung, die 1866 zwischen Preußen und Österreich stattgefunden hat. Die scheindare Unerreichbarkeit dieses Zieles hat gerade bei vielen und dem Deutschtum besonders treuen Söhnen der Mutter Germania trot des glänzenden

Aufstieges des Deutschen Reiches eine gewiffe Wehmut nie ganz verschwinden laffen. Die Entwicklung des deutschen Reiches, so glänzend fie auch war, schien die politische Trennung von unseren österreichischen deutschen Brüdern unabweisbar zu machen. Die Widerstände, die sich der politischen Ginigung aller deutschen Stämme nach der Entwicklung feit 1866 entgegenstellten, erschienen unüberwindlich. Sie beruhten in der Struktur der österreichisch-ungarischen Monarchie einerseits, anderseits in der Rivalität der Herrschergeschlechter, welche in Österreich und in Deutschland von alters her angestammt waren, der Hohenzollern und der Habsburger. Nun sind diese Widerstände wider alles Erwarten beseitigt worden durch eine Entwicklung, die an und für sich einen Leidensgang voll Bitternis darftellt, wie er felten einem Bolte zuteil Aber ein Gutes hat diese Entwicklung mit sich gebracht. ift dadurch freie Bahn geworden dafür, dag der alte Wunsch des Busammenschluffes sämtlicher beutschen Stämme doch noch schließlich erreicht werden kann. Die wirtschaftlichen Besorgnisse, auf die ich vorhin hinweisen konnte als bedenklich vom Standpunkt des mitteleuropäischen Wirtschaftsbundniffes, laffen sich gegenüber dem Unschluß Deutsch-Österreichs an Deutschland in keiner Weise geltend machen. Die deutsche Landwirtschaft hat fein entgegengesettes Interesse, benn ihre Besorgniffe beruhten auf der Machtstellung der ungarischen Landwirtschaft und auf gewiffen Erzeugniffen wie Hopfen und Braugerfte, die befonders in Böhmen erzeugt wurden. Die deutsche Landwirtschaft steht nunmehr ohne jedes Bedenken dem Unschlufgedanken gegenüber. Bas die Bedenken betrifft, die in Öfterreich auf industriellem Gebiet bestanden, so bleiben, nachdem Ungarn und Böhmen von Öfterreich losgelöft worden find, schließlich nur noch die etwaigen Besorgnisse, die aus den niederöfterreichischen und speziell den Wiener Verhältniffen hergeleitet werden können. Gegenüber bem großen Gedanken ber Ginheit sämtlicher deutschen Stämme müßten diese mirtschaftlichen Bedenken schon an sich zurücktreten. find aber auch in ihrer Stärke nicht besonders zu werten. Wiener Industrien anbetrifft, so darf eins nicht vergeffen werden. erleiden durch die Aufteilung der öfterreichisch-ungarischen Doppelmonarchie einen außerordentlichen Nachteil dadurch, daß ihr ungehemmtes Absatzgebiet auf die rein deutschen Landesteile beschränkt wird und die übrigen Gebietsteile als Absatzebiete nur noch unter Zollzahlung erreichbar sein werden. Für sie bedeutet der Anschluß an Deutschland eine Erweiterung ihres Absatgebietes, die fie vollständig entschädigen wird für das, was fie auf der anderen Seite verlieren werden. Nach meiner Meinung

wurde es für den Fall eines Anschlusses von Deutsch-Ofterreich an Deutschland durchaus möglich sein, den etwaigen in der Abergangszeit fich ergebenden Nachteilen durch angemeffene Übergangsbestimmungen entgegenzuwirken, etwa durch Bestimmungen, wonach für eine Reihe von Jahren die öfterreichische Gutererzeugung in benjenigen Zweigen, die einem gefahrvollen Wettbewerb von deutscher Seite ausgesetzt maren, gegen biesen Wettbewerb geschützt wurde. Notwendig wird ferner sein, daß man eine besondere Fürsorge eintreten läßt für die uns Deutschen allen jo am Bergen liegende Stadt Wien, Die zweifellos von allen deutschen Gebieten durch die Entwicklung der neuen Verhältniffe am allermeiften gelitten hat. Mit den Deutschen Öfterreichs sind die Angehörigen des Deutschen Reiches von der Notwendigkeit durchdrungen, diese Stätte alter Kultur, dieses Bollwerk des Deutschtums, das bestimmt ift, den Verkehr mit dem Drient zu vermitteln, in ihrer bedeutenden und glanzvollen Stellung aufrechtzuerhalten. Gemeinsam stellen wir die Forderung, daß bei dem Busammenschluß für Wien alles geschieht, mas irgendwie geschehen fann, um den Übergang in die neuen Verhältniffe zu erleichtern.

Wenn ich vorhin geltend machte, daß Verschiedenheiten der Charaftereigenschaften gegen Vas Wirtschaftsbundnis, das zwischen den Mittelmächten geschlossen werden sollte, ins Treffen geführt wurden, so können diese heute gegen den Zusammenschluß kaum noch erhoben werden. Leiden und Demütigungen, die wir im Kriege und nachher erfahren haben, haben hier ausgleichend gewirft. Die früher unbefümmerte, auch von den Norddeutschen so sympathisch empfundene Lebensfroheit des Ofterreichers ift in den schweren Zeiten des Krieges, wenn nicht gang verloren gegangen, so doch gedämpft worden, und in Nordbeutschland ift die anmaßende Schneidigkeit, die den Ausländer und auch den Deutschen in der habsburgischen Monarchie verlette, durch die Demütigungen, benen wir ausgesetzt gewesen find, nicht minder gedämpft worden. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die Kreise, die es für altpreußische Tugend halten, eine berartige Schneidigkeit zu befunden, von dem außerordentlichen Ginfluß, den fie bisher auf die Geftaltung bes ftaatlichen Lebens in Deutschland gehabt haben, zurückgedrängt worden find. Wenn hiernach die Entwicklung dahin geführt hat, daß die inneren Binderniffe, die bisher einem Rusammenschluß zwischen Deutschland und Deutsch-Ofterreich entgegenstanden, weggefallen find, und wenn ferner festzustellen ift, daß diefer Busammenschluß dem einmütigen Willen ober wenigstens dem Bunsche der großen Mehrheit des deutschen Bolkes einschließlich der

Teutschen in Deutsche Ofterreich entspricht, so ift auf diesem leider ein neues und, wie es scheint, schwer zu beseitigendes Hindernis entstanden in dem Machtgebot unserer Feinde.

Der Präsident der Vereinigten Staaten Wilson hat immer und immer wieder ben Standpunkt vertreten, daß für die Neugestaltung der Belt, wie er sie sich denkt, als Grundlage zweierlei in Betracht komme. Einmal das Nationalitätsprinzip. Jeder Nation foll die Möglichkeit gegeben werden, fich im Kreise der Bölker auszuleben. Die zweite Grundlage bildet das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. Diesen Gedanken haben sich alle unsere Feinde angeschlossen, wie sie auch in Deutschland und den Mittelmächten viele Freunde gefunden haben. Unsere Feinde haben hiernach soweit gehandelt, als die Durchführung dieser Ideen sich gegen Deutschland richtete. Insoweit haben sie sich ftändig auf das Nationalitätsprinzip und auf das Selbstbestimmungsrecht der Nationen berufen. Nun aber, wo man sich in Deutschland auf den gleichen Standpunkt stellt und ebenfalls die Konsequenzen aus den Wilsonschen Ideen ziehen will, lehnen es unsere Gegner ab, sich von den Grundsätzen leiten zu laffen, um deretwillen sie angeblich den Krieg geführt haben. Und doch mußte gerade das Berhältnis Deutschlands zu Deutsch-Ofterreich das typische Schulbeispiel für diesenigen Ideen bilden, deren Durchführung nach den Wünschen des Bräsidenten der Vereinigten Staaten fünftig die Grundlage der Staatenbildung fein follen. Denn sowohl in Deutschland als in Deutsch-Ofterreich besteht der Staat nach den Anderungen, die der Krieg herbeigeführt hat, im wesentlichen aus Angehörigen einer und derfelben Nation, aus Deutschen. Die beiderseitigen Angehörigen stimmen in ihrem Rulturzustande, in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen im wesentlichen überein; fie stehen auf derselben Kulturstufe, haben die gleiche soziale und wirtschaftliche Entwicklung durchgemacht und sind zu einer staatlichen Gemeinsamkeit burchaus prabeftiniert. Dabei ift auch ber Wille, Diese ftaatliche Gemeinsamkeit zu bilden, bei ihnen vorhanden. Infolgedeffen würde bei konsequenter Durchführung der Plane des Herrn Wilson die Bereinigung Deutschlands und Deutsch-Öfterreichs nicht nur gebilligt, jondern von den Gegnern fogar angeftrebt werden muffen.

Nichtsdestoweniger verhalten sich unsere Gegner, im Widerspruch mit den von ihnen erklärten Grundsätzen, diesem Anschlusse gegenüber absehnend. Die Stellung der einzelnen Gegner ist dabei offenbar versichieden. Ginzelne gegnerische Staaten scheinen dem Anschluß weniger antipathisch gegenüber zu stehen, sie würden darüber mit sich reden lassen und wünschen ihn vielleicht sogar. Dagegen scheint bei Frankreich der

Berd allen Widerspruches zu liegen und es ist ihm gelungen, diefen Widerspruch bisher erfolgreich zum Ausdruck zu bringen. In dem Friedensvertrag mit Deutschland und Deutsch-Ofterreich ift eine Bestimmung aufgenommen, welche ben Busammenschluß zunächst einmal verhindert. Man hat Deutschland gezwungen, Deutsch-Ofterreich als selbständigen und unabhängigen Staat anzuerkennen. Gine ähnliche Bestimmung ist auch in dem Friedensvertrag mit Deutsch-Ofterreich aufgenommen worden. Beiter ift die Bestimmung vorgesehen, daß jede Anderung in der Gelbftandiafeit und Unabhangigfeit Deutsch- Dfterreichs nur gulaffig fein foll, sofern sie vom Rate des Bölkerbundes genehmigt wird. Dieser Rat des Bölkerbundes fett fich bekanntlich zusammen aus fünf Vertretern der fogenannten Hauptmächte: Großbritannien, Frankreich, den Vereinigten Staaten, Italien und Japan und aus vier Vertretern, welche von der allgemeinen Versammlung des Völkerbundes gewählt werden follen. biefem Rate des Bölkerbundes werden die Entschließungen grundfätilich mit Einhelligkeit getroffen. Die Sachlage liegt also fo, daß nur, wenn der Rat des Bölkerbundes mit Stimmeneinheit den Zusammenschluß Deutsch-Ofterreichs mit Deutschland genehmigt, dieser Zusammenschluß nach den Bestimmungen des Friedensvertrages zulässig ift.

Man fann annehmen, daß einzelne der im Rate vertretenen Staaten, auch der Hauptmächte — besonders gilt dies bei Stalien, den Bereinigten Staaten und vielleicht auch Großbritannien —, daß einzelne dieser Staaten dem Zusammenschluß Deutschlands mit Deutsch-Ofterreich nicht widerftreben, sondern sich wenigstens im Laufe der Zeit damit einverstanden erklären werben. Dagegen ift junächft mit einem schwer zu überwindenden Widerspruch Frankreichs zu rechnen, welches nach den Bestimmungen des Friedensvertrages allein in der Lage ift, den Zusammenschluß zu vahindern. Wie ernft es einstweilen der Entente und besonders Frankreich mit dem Wunsch ift, diesen Anschluß zunächst nicht zur Tat werden zu laffen, das ergibt fich aus den Vorgangen, die in der letten Beit auf Grund der bekannten Bestimmungen unserer neuen Reichsverfassung sich abgespielt haben. Im Artikel 61 ber Berfaffungsurfunde hat Deutschland die Bestimmung aufgenommen, daß Deutsch=Österreich nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich das Recht zur Teilnahme an dem Reichsrat mit der seiner Bevölkerung entsprechenden Stimmenzahl erhalten foll, und es ift ferner vorgesehen, daß bis dahin, also bis der Anschluß vollzogen fein wird, die Bertreter Deutsch-Ofterreichs im Reichsrat eine beratende Stimme haben follen. Daß hiermit nicht beabsichtigt gewesen ift, den Friedensvertrag und feine das Berhältnis Deutschlands zu DeutschOfterreichs behandelnden Bestimmungen zu verlegen, ergibt sich daraus, daß in den Schlußbestimmungen der deutschen Versassurfunde außedrücklich die Vorschrift vorgesehen ist, daß die Bestimmungen des Friedense vertrages durch die Vorschriften der Versassung nicht beeinträchtigt werden können.

Der Entente ist diese Sicherung jedoch nicht genug gewesen. Sie hat gefordert, daß der Artisel 61 unserer Versassung, den ich inhaltlich erswähnt habe, beseitigt, oder wenigstens in einer ihr genügenden Beise sür unwirksam erklärt werden soll und angedroht, daß, wenn dies nicht in vierzehn Tagen geschehen würde, sie uns militärisch dazu zwingen würde, indem rechtsrheinisches Gebiet von ihren Truppen beseht werden würde.

Sie haben die Antwort gelesen, welche auf diese brutale vergewaltigende Anordnung von der deutschen Regierung erteilt worden ist, eine Antwort, die nach meinem Gefühl dem Empfinden des deutschen Bolkes vielleicht nicht genügend Rechnung trägt. Ich will damit keine übelwollende Kritik gegen das Berhalten der Regierung in dieser Angelegenheit äußern. Im Gegenteil, die Regierung befand sich gegenüber der von den Feinden gestellten Forderung und gegenüber den Zwangsmaßregeln, die uns ansgedroht wurden, in einer ebenso schwierigen wie verantwortungsvollen Lage, und nach meiner Auffassung ist in der Antwort sowohl was den Wortlaut als auch was die Form angeht, durchaus die erforderliche Würde gewahrt worden. Aber was ich vermisse, das ist, daß man vielsleicht doch einen anderen Ton hätte sinden können, einen mehr zu Herzen gehenden Ton.

Wie dieser Streitfall schließlich erledigt werden wird, steht noch dahin. Vorgestern erschien es so, als wenn die Feinde sich zufrieden geben würden, wenn ein Protokoll aufgenommen und von der Nationalversammlung genehmigt wird, in welchem ausgesprochen wird, daß die Bestimmungen in Artikel 61 der Versassung nicht eher in Krast treten können, als dis der Rat des Völkerbundes den Anschluß Deutsch-Österreichs an Deutsch-land genehmigt haben wird.

Für uns entsteht die Frage, wie wir uns in Zukunft zu dem Zusammenschluß Deutsch-Österreichs und Deutschland nach diesen Borkommnissen verhalten sollen, und in dieser Beziehung möchte ich meine Auffassung dahin entwickeln:

Der Friedensvertrag stellt eine unerhörte Bergewaltigung dar. Er steht nicht im Ginklang mit denjenigen Grundlagen, welche bei Abschluß des Waffenstillstandes als für den Friedensvertrag maßgebend vereinbart

worden find. Immerhin ift der Friedensvertrag von Deutschland angenommen und unterschrieben worden, und unsere Staatsmänner haben erklärt, daß sie ihn in loyaler Beise ausführen wollen. Auf diesen Standpunkt wird fich die Regierung sowohl des Deutschen Reiches als Deutsch-Ofterreichs ftellen muffen. Sie wird genötigt fein, anzuerkennen, daß allerdings ein Anschluß Deutsch-Öfterreichs an Deutschland nur möglich ift, wenn der Rat des Bölkerbundes zustimmt, und sie wird, wenn diese Zuftimmung nicht alsbald zu erzielen ift, danach streben muffen, daß allmählich diejenige Stimmung bei ben Feinden Blat greift, die diesen Anschluß als dem Nationalitätenprinzip und dem Selbst= bestimmungsrecht der Bölker entsprechend anerkennt und beshalb die Bebenken bagegen zurücktreten läßt. Sofort in biefer Beziehung Schritte zu tun, würde ich für unglücklich halten, weil damit zu rechnen wäre, daß irgendwelche Schritte unsererseits mit einer schroffen und verletzenden Ablehnung beantwortet werden würden. Wir muffen hier der Zukunft das weitere überlaffen.

Wenn ich es als eine Pflicht der Loyalität anerkenne, daß wir diese unerfreuliche Rechtslage hinnehmen, so muß ich aber bemerken, daß unter bas, mas mir zu tun verhindert sind, zweierlei nicht fällt.

Erstens fann es dem Deutschen Reich und der öfterreichischen Republik nicht verwehrt werden, folche Beziehungen unter sich zu begründen, aufrechtzuerhalten und zu fördern, welche sich aus dem nachbarlichen Berkehrsverhältnis und aus den fonftigen Berkehrsbeziehungen ergeben, und die in gleicher Beise auch zwischen uns und sonstigen Staaten getroffen werden konnen. Sch bin daber der Auffassung, daß es einwandfrei ift, wenn Deutschland und Deutsch-Ofterreich zur Regelung ihres Güteraustausches oder zur Sicherung der Stellung ihrer Staatsangehörigen einen Bertrag miteinander abschließen, daß unsere Gegner in folche Abmachungen nicht hineinzureden haben, soweit wir nicht in ihnen jene Rechte beeinträchtigen, welche fich die feindlichen Staaten durch den Friedensvertrag vorbehalten haben.

Sodann fann aber auch burch den Friedensvertrag nicht gehindert werden, daß die einzelnen Staatsangehörigen sowohl Deutschlands als auch der öfterreichischen Republik den Anschlußgedanken ihrerseits weiter verfolgen. Durch den Krieg find nicht nur die einzelnen Staaten, sondern das gesamte Deutschtum von ftolzer Söhe herabgestürzt worden, und schweren Zeiten fieht es jest entgegen. Es muß das Beftreben eines jeden Deutschen sein, seinerseits durch Tüchtigkeit und Anftrengung einem neuen Aufstieg den Weg zu bereiten. Bu dem Zwecke ift es vor allem

erforderlich, daß jeder Deutsche sich seines Deutschtums bewußt und stets bereit ist, daßür einzutreten; notwendig ist ferner die Erkenntnis, daß es einer Bereinigung aller deutschen Kräfte bedarf, wenn anders dieser Aufstieg mit der Aussicht aus Ersolg versolgt werden soll. In dem Streben nach Zusammenschluß dürsen wir nicht erlahmen. Wir müssen vielmehr alles daran setzen, daß im Interesse der Entwicklung der deutschen Nation die politische und wirtschaftliche Einigung der deutschen Stämme schließlich erreicht wird. Solange diese Einigung noch nicht ersolgt ist, sollte sich jeder einzelne nichtsdestoweniger betrachten als Angehöriger, als Sohn des deutschen Volkes, das in seinem innern Kern zusammengehört und auch durch die ihm aufgezwungene staatliche Struttur nicht auseinander gerissen werden kann. Es muß den verschiedenen Staaten, es muß der ganzen Menschheit klar gezeigt werden, daß die Deutschen sich als Einheit fühlen und ihr Geschick so zu bestimmen wünschen, daß sie auch politisch und wirtschaftlich geeint leben.

Ich habe die feste Zuversicht, daß auf diesem Wege der Zusammensichluß schließlich erreicht werden wird, trot allen Hasses und trot aller Furcht, die ihm zurzeit entgegensteht. Ich habe die Zuversicht, daß trot aller Wetterwolken das geeinte deutsche Volk erstehen und zu neuer Herrlichkeit aufsteigen wird.

Meine Damen und Herren! Ich hatte die Absicht, im wesentlichen diese allgemeineren Ausführungen hier zu machen, in der Hoffnung, daß mein Mitberichterstatter, Exzellenz Riedl die einzelnen Fragen, die im Zusammenhang mit dieser allgemeinen Frage stehen, behandeln würde. Bei diesen einzelnen Fragen steht das österreichische Interesse im Vordergrund. Es handelt sich dabei insbesondere um die Bedürsnisse Deutschscherreichs, und in welcher Weise diese Bedürsnisse im Zusammenleben mit dem Deutschen Reich befriedigt werden können. Nachdem nun Exzellenz Riedl es nicht hat ermöglichen können, heute hier zu sein, gebe ich mich der Hoffnung hin, daß diese einzelnen Punkte in der Debatte von den hier anwesenden österreichischen Herren, die auf diesem Gebiet Erfahrung haben, und sich zum Teil auch literarisch auf diesem Gebiet eisrig bestätigt haben, zur Sprache gebracht werden.

Ich bitte, mir aber doch zu gestatten, daß ich zur Vorbereitung für die Diskussion und ohne zu beanspruchen, dabei irgendwie den deutschösterreichischen Wünschen in erschöpfender Weise Rechnung zu tragen, auf einige der Punkte, die nach meinem Dafürhalten in Betracht kommen,
noch kurz hinweise.

Es besteht gegenwärtig feinerlei Rechtsgrundlage für die Beziehungen

Deutschlands und Deutsch-Ofterreichs, weder für die Rechtsstellung, die die Staatsangehörigen bes einen Teils im Gebiet des andern Teils haben. noch auch für ben Güteraustausch. Nach meiner Auffassung ift der Handelsvertrag, der zwischen Deutschland und Ofterreich-Ungarn beftand, nicht mehr zu Recht bestehend. Ich bin der Meinung, daß mit der Auflösuna Öfterreich-Ungarns dieser Handelsvertrag außer Kraft getreten ift, denn ich kann nicht Deutsch-Ofterreich als Rechtsnachfolger der Habsburger Monarchie ansehen. Wie der Handelsvertrag nicht mehr zwischen Deutschland und den anderen Sutzessionsftaaten besteht, besteht er auch nicht mehr zwischen Deutschland und Deutsch-Ofterreich. Underseits haben unsere Geaner einseitig durch die Borschriften des Friedensvertrages eine Reihe Sicherungen fur fich vorgesehen, wie fie gewöhnlich durch die Bestimmungen eines Sandelsvertrages begründet zu werden pflegen. Die Ententemächte haben auf personlichem Gebiet vorgeschrieben, daß ihre Staatsangehörigen diejenige Rechtsftellung in Deutschland haben, welche die deutschen Staatsangehörigen und in gewiffen Fällen die Meiftbegunftigten in Deutschland befiten. Bas die Bolle betrifft, fo haben die Ententemächte uns vorgeschrieben, daß der Bolltarif, wie er vor Kriegsbeginn bestanden, noch innerhalb von sechs Monaten nach der Ratisisation des Friedensvertrages in Wirksamkeit sein foll, daß wir ferner für weitere dreißig Monate bezüglich gemiffer Abschnitte des Bolltarifs genötigt find, ben Ententestaaten die früheren Bolle weiter zu gewähren, so daß wir erft nach Ablauf von drei Jahren in der Geftaltung unserer Bölle freie Sand haben. Sie haben fich ferner den Anspruch auf eine unbedingt einseitige Meistbegunstigung zusichern laffen, und zwar zunächst für eine Dauer von fünf Sahren, jedoch mit der Maggabe, daß diese Frift durch Beschluß des Rates des Bölkerbundes auf langere Zeit hinaus ausgedehnt werden fann.

Soweit die Rechtslage. Ich glaube, daß es nicht schwierig sein wird, auch für den Berkehr zwischen Deutschland und Deutsch-Ofterreich neue einwandfreie rechtliche Grundlagen zu schaffen. Man wird sich vor allem darüber zu verständigen haben, daß die Vorschriften unseres alten Handelsvertrages wieder in Kraft treten, soweit sie die Rechtsstellung der beiderseitigen Staatsangehörigen ergeben. Anderseits wird über den Güteraustausch und die dabei in Betracht kommenden Zölle eine Vereindarung zu treffen sein. Was das letztere anbetrifft, so würden wir nach den Verpslichtungen, die wir im Friedensvertrage übernommen haben, schon nach Ablauf von sechs Monaten in gewissem Umfange neue zollstarisarische Abmachungen treffen können. Ich möchte jedoch nicht emps

fehlen, jolches zu schnell zu tun. Die Verhältnisse der Produktion und das Schutbedurfnis der heimischen Gütererzeugung find im Augenblick außerordentlich wenig durchsichtig. Gine Rlarheit hierüber ift auch in den nächsten Monaten in feiner Weise zu erwarten; unter diesen Umftanden ware es nicht ratfam, zu schnell baran zu gehen, ben beutschen Bolltarif au erhöhen oder durch einen neuen zu ersetzen. Sch bin der Meinung, daß wir eine längere Zeit, etwa drei Sahre, ruhig mit allen weitergehenden Rollmaßnahmen warten sollten. Wir follten ben Tarif, wie er vor Kriegs= beginn bestanden hat, trogdem wir ihn unter den veränderten Berhältniffen als höchft unvollfommen anerkennen muffen, als etwas Feststehendes binnehmen und abwarten, wie die Verhältnisse auf dem Weltmarkt sich regeln werden, welchen Einfluß die veränderte Preistage, der Mangel an Rohftoffen, die Notwendigkeit, Rohftoffe auf andere Beise als vor dem Kriege zu beschaffen, auf das Wirtschaftsleben haben wird, in welcher Weise die Industrie unserer Feinde erstarkt ift, wie sich die Wettbewerbsverhältnisse aestalten werden.

All das sind Bunkte, die für die Neugestaltung des deutschen Zolltarifs von fundamentaler Bedeutung sind, und in denen wir einstweisen nicht klar sehen.

Nach allebem wird es genügen, wenn wir mit Deutsch=Österreich vereinbaren, daß wir uns gegenseitig Meistbegünstigung gewähren; zu einem weitergehenden Entgegenkommen wird die Möglichkeit deshalb nicht gesboten sein, weil sonst, infolge der Verpslichtung, die wir haben, den Gegnerstaaten Meistbegünstigung zu gewähren, diese ein weitergehendes Entgegenkommen infolge der Meistbegünstigung für sich in Anspruch nehmen würden. Wir müssen uns eben behelsen, so gut es geht.

Wichtiger als diese Neuregelung der gesetlichen Unterlagen, des Güteraustausches und der Rechtsbeziehungen zwischen Deutschland und Deutsch-Österreich ist die Frage, wie sich die Verhältnisse zwischen diesen Staaten tatsächlich gestalten sollen, und in dieser Beziehung bin ich der Aufsassung, müßte ein möglichst enges Zusammenwirken der beteiligten Kreise der beiden Staaten gesördert und herbeigesührt werden. Es wird möglich sein, daß bei der Errichtung neuer Unternehmungen Deutschland eventuell sinanzielle Hilfe leistet. Es wird nötig sein, daß deutsche Banken sich mit den Banken Deutsch-Österreichs alsbald in Verbindung sehen und gemeinsam vorgehen und so den Wiederausbau auf wirtschaftlichem Gebiete in die Wege leiten. (Sehr richtig!)

In Deutsch-Ofterreich gibt es viele Quellen, die für die dortige Entwicklung erschließungsfähig find und, wenn erforderlich, muß Kapital zur Verfügung gestellt werden, damit sie erschlossen werden können. Ich möchte hinweisen auf eines dieser Gebiete, das sind die Wasserkräfte im Gebirge, deren Ausnützung für die volkswirtschaftliche Entwicklung DeutschÖfterreichs von großem Wert sein würde. Während des Krieges sind ferner in Österreich unter dem Zwang der Zeit Funde an Mineralien gemacht worden, die, wie es scheint, wertvoller sind als solche Funde im allgemeinen sich zu erweisen pslegen. Gine genaue Prüfung und eventuelle Ausnützung dieser Vorkommen wird, wenn nötig, unter sinanzieller deutscher Beteiligung herbeizuführen sein.

Nicht minder follte auf anderen Gebieten ein enges Zusammenwirken Deutschlands und Deutsch-Ofterreichs in die Wege geleitet werden. Schon bisher haben beibe Staaten ihre Gefetgebung ähnlich geftalten können, weil die wirtschaftlichen Verhältniffe bei ihnen in vielen Bunkten übereinstimmten oder einander ähnelten. In Bukunft wird dies schon beshalb in noch größerem Umfange der Fall fein können, weil in Ofterreich nur der deutsche Teil der alten Bevölkerung verblieben ift, mährend die übrigen Nationen, deren Intereffen oft abweichend lagen, aus der staatlichen Gemeinschaft ausgeschieden find. Es wird deshalb beiderseits darauf geachtet werden muffen, daß die gesetlichen Neuregelungen, die auf den verschiedensten Gebieten erforderlich werden, tunlichft in ähnlicher Beise und auf derselben Grundlage in den beiden Staaten getroffen werden. 3ch möchte als Beispiel hinweisen auf die fozialpolitische Gesetzgebung, die zum Teil neu geordnet werden wird und unter dem neuen Regime weitere Fortschritte machen wird. hier wird es feine Schwierigkeiten machen, diese Gesetgebung von vornherein möglichst gleichzugestalten.

Auch auf jenen Gebieten, die nach der neuen Verfassung beider Staaten neu geregelt werden müssen, sollte die Notwendigkeit dieser Regelung zu einem weitgehenden Meinungsaustausch, zu einer möglichst gleichmäßigen Festsehung der Ziele und einem stetigen Hand in Hand gehen führen. Die Regierungen werden sich hierbei gewisse Beschränkungen auferlegen müssen, um sich nicht dem Vorwurse einer Umgehung des Friedenspertrages auszusehen. Insoweit diese Gesahr vorliegt, ist zum mindesten anzustrehen, daß die gesetzgeberischen Aktionen, die in gleicher Weise in beiden Staaten in die Wege geleitet werden, durch Vereinstätigkeit, Literatur usw. möglichst in Einklang miteinander gesetzt werden. Diese Art einer gemeinsamen Behandlung der gesetzgeberischen, sür den Staat wichtigen Fragen wird nicht allein das übereinstimmende Interesse und Bedürsnis sowohl Deutschlands wie Österreichs befunden und dadurch die Angemessenheit eines Zusammenschlusses dartun, sondern wird auch dazu

führen, daß die Staatsangehörigen der beiden Staaten einander näher geführt, und mehr und mehr zu dem Gedanken gebracht werden, daß sie sich fühlen als Glieder und Söhne eines einheitlichen deutschen Volkes.

Wenn dieser Weg beschritten wird, so wird er den späteren Zusammensschluß sehr erleichtern. Ist die Gesetzgebung bis dahin in paralleler Bahn gehalten worden, sind die gesetzlichen Vorschriften in beiden Staaten übereinstimmend, so wird das naturgemäß, für den künftigen Anschluß von Wert sein, auf den wir die Hoffnung nicht aufgeben dürfen, und nie aufgeben werden, denn er ist eine Notwendigkeit, eine so wichtige Forderung deutschen Wesens und deutscher Kultur, daß wir ihn mit allen Kräften erstreben müssen. Der Anschluß Österreichs an Deutschland mußkommen und wird kommen!! (Lebhafter Beifall.)

Borfigender: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für den klaren Aberblick, den er uns durch sein Referat verschafft hat.

Wir werden die Verhandlungen jetzt unterbrechen mussen. Ich möchte Ihnen aber mitteilen, daß nachher die Debatte eröffnet werden wird durch einen Redner, der in freundlicher Weise eine Art Korreferat erstatten wird, Dr. Stolper, dessen Beiträge zur Frage des Verhältnisses zwischen Deutschland und Österreich wir ja alle hochschätzen.

He bitte Sie beshalb, am Nachmittag möglichst pünktlich zu sein. Es ist in Aussicht genommen, um 3 Uhr mit den Verhandlungen zu beseinnen und zwar bitte ich, daß wir wirklich um 3 Uhr zusammenkommen und nicht erst mit dem akademischen Viertel, damit für die weiteren Vershandlungen genügender Plat bleibt.

(Die Sitzung wird darauf 12,30 Uhr geschloffen.)

Vorsitzender: Die Sitzung ist eröffnet (3,05 Uhr). Ich bitte Herrn Dr. Stolper, das Wort zu nehmen.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Deutsch-Österreich.

3weiter Bericht.

Dr. Gustav Stolper (Herausgeber des "Österreichischen Volkswirt", Wien): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor der Aufsgabe, über ein aktuelles politisches Thema wissenschaftlich zu diskutieren, beschleicht einen immer eine gewisse Verlegenheit. Man hat das unsbehagliche Gefühl, man könnte agitatorisch werden, oder man könnte sich nicht genug vor gewissen Begriffen hüten, die man als feststehend annimmt, während sie im Augenblick der Diskussion gerade anfangen kontrovers zu werden. Unsere politische Begriffswelt ist durch den Krieg und insbesondere durch die Ereignisse der letzten Monate vollkommen zerstört worden. Und so ist es vor allen Dingen wichtig, daß wir uns Klarheit schaffen über den Sinn bessen, was wir erlebt haben und noch erleben.

Es ist sehr schwierig, in der Lage, in der wir uns befinden, bereits die Distanz zu den Dingen zu gewinnen, die nötig erscheint, um obiektip haltbare Schluffe zu ziehen. Ich möchte ein wenig erinnern an die Art, wie wir unsere ganze politische Entwicklung während des Krieges betrachtet haben. Bis 1917 fah es fo aus, als ob diefer Krieg überhaupt feine wefentlichen Veränderungen in dem staatlich-politischen Gefüge Europas hervorrufen würde. Es begann sich da schon eine Art Theorie herauszubilden, die den Krieg als ein untaugliches Mittel in der Entmicklung der Bölker oder zur Schlichtung politischer Streitigkeiten bezeichnete. Es schien eine allgemeine Stagnation einzutreten, und nichts anderes als die Formel dieser Auffassung war es ja, daß gewisse Kreise den Frieden ohne Annexionen und Kontributionen verlangten, das heißt im wesentlichen die Wiederherstellung des status quo ante. Diejenigen, die dies verlangten, maren teils raditale Pazififten, die die Wiederherstellung des status quo ante deshalb forderten, weil sie die notwendigen politischen und nationalen Veranderungen auf dem Wege der sozialen Umgestaltung herbeiführen zu können glaubten. waren die Resignierten, das heißt diejenigen, die die Kriegslage so auffaßten, daß sich durch den Krieg nichts von den Problemen aus der Welt

Schriften 159. — Berhandlungen.

schaffen lasse, die den Krieg herbeigeführt haben. Das Merkwürdige ist, daß in dem Augenblick, wo diese Formel akzeptiert werden konnte, durch die tatsächliche Entwicklung der Dinge ihre Anwendung bereits außzgeschlossen war. Vom Ausbruch der russischen Revolution im März 1917 an war tatsächlich nicht mehr an eine Wiederherstellung des status quo ante zu denken.

Ich möchte das auf deutschem Boden als Österreicher betonen, weil mir die Diskussion, die Sie in Deutschland über Ihre politischen Fehler der letten Jahre führen, mit einigermaßer gemischten Gefühlen verfolgen. Wir find nicht parteipolitisch gebunden und haben für die Vorgänge in Deutschland gemiffermaßen einen gesamtbeutschen Blick, dort wo der Deutsche felbst nur einen Teilblick hat. Das ift fein Berdienst, weil wir mit unferm staatlichen und nationalen Schickfal nicht fo fehr an dem Sieg der einen oder anderen Richtung in Deutschland beteiligt find als daran, daß Deutschland als Ganzes uns halbwegs das bleibe, was es uns war, nämlich der lette Hort, die lette Buflucht. Unser Referent hat den Barallelismus oder vielmehr den Unparallelismus der fogenannten "mitteleuropäischen" Bewegung mährend des Krieges und der großdeutschen Anschlußbewegung seit dem Zusammenbruch schon scharf hervorgehoben. Ich möchte hinzufügen, daß tatsächlich zwischen beiden Bewegungen keine andere Beziehung herrscht als die, daß wir Deutsche in Öfterreich schon während des Krieges national gerungen haben, uns aber damals die Frage gestellt haben: Kann Österreich selbst als Ganzes anders gehalten werden benn durch einen engen Zusammenschluß Öfterreichs mit dem Reich? Db das politisch richtig oder falsch gewesen ift, fönnen wir nicht beurteilen, denn diese mitteleuropäische Politik ist nicht gemacht worden. Österreich ist zusammengebrochen, und eine gewisse Brobe auf die Richtigkeit dieses Gedankens scheint es zu fein, daß Ofterreich in dem Augenblick zusammengebrochen ift, wo Deutschland geschlagen wurde. Öfterreich ftand fo lange, als es der Bundesgenoffe bes aufrechten starken Deutschen Reiches war. Und nun ist dieser Krieg so ausgegangen, wie er eben ausgegangen ift, und wir versuchen, so gut es geht, heute schon eine Summe daraus zu ziehen. Diese Summe scheint uns das Folgende zu fein:

Bernichtet hat dieser Arieg die Nationalitätenreiche: Cfterreich-Ungarn, Rußland, die Türkei. Sie scheiden als Ganzes aus der Staatenreihe aus. Der Arieg bedeutet auf diese Weise die höchste Bollendung oder die letzte Auswirkung des nationalen Gedankens. Der nationale Gedanke als staatenbildendes Prinzip scheint durch ihn seine letzte Bewährung er-

fahren zu haben. Und nun fragen wir uns, mas hat in folcher Situation die Wiffenschaft für eine Funktion, und hat fie überhaupt eine Funktion? Mir scheint die Wiffenschaft in diesem Augenblick nichts anderes tun gu fonnen, als ben Berfuch zu unternehmen, Biel und Stärfe der politisch und fozial mirkfamen Rrafte zu erfaffen, und Wefen einer richtigen Bolitik mußte es sein, diesen wirkenden sozialen und politischen Kräften die politisch angemeffene Form zu geben. Un diefem Magftab haben wir das Friedenswerk von St. Germain und Berfailles zu meffen, unter biefem Befichtsvunkt follten einmal die Politifer und Staatsmänner, die dort versucht haben, das neue politische Gefüge Europas und der Welt zu ordnen, das Friedenswerk betrachten. Ift es ihnen gelungen, diese wirkenden politischen Kräfte zu erfassen, richtig zu werten und ihnen politisch die richtige Form zu geben? Der Krieg hat die Nationalitätenstaaten zerftort. Die Entente richtet neue Nationalitätenstaaten auf. Denn alles, mas fich auf bem Boben ber alten öfterreichisch-ungarischen Monarchie erhebt, find Nationalitätenstaaten nach dem Muster des alten Öfterreich oder besser nach dem des alten Ungarn. Der Rrieg scheint durch den Rusammenbruch Öfterreich-Ungarns bewiesen zu haben, daß ein Herrschaftsverhältnis von Volk zu Volk unhaltbar ift. Die Entente richtet neue berartige Berrichaftsverhältnisse auf. Der Krieg ist im wesentlichen baraus entstanden, daß es kein friedliches Mittel gab, einen Ausgleich zu schaffen zwischen nationalen Entwicklungstendenzen und den Beharrungstendenzen der ftaatlichen Machtorganisationen. Der Bölferbund hätte seiner Idee nach das übergeordnete Organ fein follen, das imstande wäre, diese ftarren Machtorganisationen, die die Staaten bisher bargestellt haben, jo weit elastisch zu erhalten, daß sie sich neu auftommenden nationalen Tendenzen anpaffen könnten. Der Bölkerbund von Baris ift felbst nichts anderes als eine flarre Machtorganisation, nichts als eine politische Organisation zur Erhaltung nicht eines bestimmten nationalen, sondern eines bestimmten staatlichen Bustandes. Er versucht den staatlichen Bestand, das staatliche Gefüge Europas zu perennieren, versucht, durch Amangsmittel gemiffermaßen dieselben Probleme ungelöft zu erhalten, au denen das alte Ofterreich-Ungarn zugrunde gegangen ift. Und mit ein Mittel zur Aufrechterhaltung Dieses fünftlichen Gefüges, Dieses Berfuches, dem geschichtlich mirkenden Gefet sich entgegenzustellen, ift ber Zwang, der auf Deutsch-Österreich ausgeübt wird, sich unabhängig und felbftändig zu erhalten. Der Wortlaut des Artifels 188 des Friedens= vertrages, der im letten Augenblick hineingekommen ift, und dem man anmerft, daß den Herren in Paris dabei doch ein wenig bange geworden

4*

ift, und daß sie sich ein wenig den Weg offen halten wollen zur Umfehr, ift folgender:

"Die Unabhängigkeit Öfterreichs ift unabänderlich, es sei denn, daß ber Rat des Bölferbundes einer Abanderung zustimmt. Daher übernimmt Deutsch-Ofterreich die Verpflichtung, sich, außer mit Zustimmung des gebachten Rates, jeder Sandlung zu enthalten, die mittelbar oder unmittelbar oder auf irgend welchem Wege, namentlich - bis zu seiner Rulaffung als Mitglied des Bölferbundes — im Wege der Teilnahme an den Ungelegenheiten einer anderen Macht seine Unabhängigkeit gefährden könne."

Es fteht in diesem Artifel fehr wenig. Es fteht vor allem nichts darin, mas die Lebensfähigkeit Deutsch-Ofterreichs irgendwie gemährleisten könnte. Man hat meines Grachtens fehr mit Unrecht in St. Germain bas Hauptgewicht aller Beftrebungen darauf gelegt, einen "milben" Frieden zu erlangen, und es ift nicht zu leugnen, daß in diefer Begiehung manche Erfolge erzielt worden sind. Mit Unrecht, sage ich deshalb, weil alle Zugeftändniffe für uns wertlos gemesen maren. Mir hat wenige Tage vor meiner Reise hierher ein Wiener Bankbirektor gejagt: Wenn man mir die Aufgabe geftellt hätte, diesen Frieden zu machen, und feine Bedingungen nach eigenen Ermeffen zu formulieren, ich wäre nicht imftande gewesen, aus Deutsch-Ofterreich durch irgendeine Friedensbedingung einen lebensfähigen Staat zu machen. Das ist das Entscheidende. Wiedergutmachungskommission, die man uns gibt, hat negative Kompetenzen. Sie kann harten milbern, uns vor gemissen Dingen bewahren, aber diese ganze Wiedergutmachungskommission ist nicht imstande, und eine positive Silfe zu gewähren. Sie kann uns auf die Dauer keine Lebensmittel verschaffen, keine Kohlen, keine Rohstoffe, und vor allem nicht unsere ganz unmögliche soziale Verfaffung andern. Das, mas wir im Augenblick tun können und muffen, ist: uns selbst und der Welt Klarheit zu verschaffen über die Struftur dieses deutsch-österreichischen Staates. Ich habe Ihnen beshalb zu zeigen — und darin muß ich dem Herrn Referenten widersprechen —, daß die Frage des Anschlusses Deutsch=Österreichs nicht nur und gar nicht in erster Linie eine nationale Herzensangelegenheit ift, daß diese Frage nicht eine Angelegenheit ift, die man wohlwollend weiter als Ideal bei sich im Herzen hegen kann, und daß man im übrigen höchstens vorbereitende Schritte tun könne, um vielleicht in einigen Jahren bas ersehnte Ziel leichter zu erreichen, sondern daß diese Frage ihre ganze Aftualität bewahrt hat, daß die Anschlußfrage heute und morgen wie feit Monaten ihre lebenswichtige Bedeutung für Deutsch- Dfterreich und das ganze beutsche Volk behält.

Wie sieht Diefes Deutsch-Ofterreich aus? Wir haben einen Staat, einen sogenannten Staat mit 61/2 Millionen Einwohnern — eine Volkszählung wird alsbald stattfinden —, von denen 28/10 Millionen auf die Hauptstadt entfallen. Das ift weit 'mehr als ein Drittel des gangen Staatsvolfes. Bergleichen Sie damit einen anderen Großstaat: Frankreich, Deutschland, England. Wir finden überall ein normales Verhältnis darin, daß die Hauptstadt höchstens 10 % der Bevölkerung gählt. Wenn England darüber hinaus geht, so ist nicht zu übersehen, daß London zugleich der Mittelpunkt des ungeheuren Kolonialreiches ift. Mit Ausnahme von Frankreich ist kein Staat in seiner Wirtschaft so zentral verwaltet, wie es das alte Öfterreich war. Wien war tatfächlich Mittelpunkt und Herz dieses Staates, und war es trop aller ungarischen Aspirationen nicht nur für Öfterreich, sondern geistig auch für Ungarn. Das ift geleugnet worden, das hat man nicht wahr haben wollen, aber es ift doch so gewesen. Wirtschaftsform, organisatorische Fbeen, technische Fortschritte, Steuerpolitik, soziale Reformen, für all das hat Wien den Ton angegeben und die gedankliche Arbeit geleistet, für all das ift Wien auch der Sit der Organe gewesen. Und nun zerfällt dieses Reich, zerfällt es in eine Unzahl von sogenannten Nationalstaaten, die alle trot ihrer ungeheuren Schwierigkeiten doch nicht mit folchen Lebensforgen zu ringen haben, daß man sagen könnte, sie mußten daran zugrunde gehen. Polen hat mit ungeheuren organisatorischen Schwierigkeiten zu fampfen. In der Tschecho-Slowakei liegen die Dinge besser. Dort ift ein großer Teil der alten öfterreichischen Beamtenschaft in der ersten Verwaltungsinstanz übernommen worden. Auch die Statthalterei hat schon wertvolle Kräfte für die zweite und dritte Instanz der Verwaltung geliefert. Trothdem ringt auch die Tschecho=Slowakei mit starken organisatorischen und verwaltungstechnischen Aber sowohl Polen wie die Tschecho-Slowakei sind Schwieriakeiten. Staaten mit gewaltigen wirtschaftlichen Hilfsquellen. Sie verfügen über eine breite Rohstoffbasis, über eine ftarke, vielleicht für sie zu ftarke Industrie, und sie tragen vielleicht die geringsten Kriegslasten, die irgendwie europäischen Staaten aus diesem Kriege übriableiben. Deutsch-Ofterreich wird durch diesen Frieden verurteilt, das Erbe des alten Ofterreich anzutreten. Wir können die Rechtsnachfolge ablehnen und tun es auch, aber die materiellen Folgen haben wir ju tragen, und benen können wir uns nicht entziehen. Das bedeutet nicht nur die übernahme des weitaus größten Teiles der alten öfterreichischen Schuld, sondern es bedeutet, daß uns gemiffermaßen der Ropf zurückbleibt, dem die Blutwege abgeschnitten find, die ihn früher ernährt haben, ein Gehäufe ohne Inhalt, ein Apparat,

beffen Wirkungsbereich weggefallen ift. Es bleibt übrig eine Stadt von 23/10 Millionen Einwohnern, die auf einmal Grenzstadt geworden ift, eine Stadt, die den ganzen Ministerialapparat der alten Monarchie in fich beherbergt. Jest zeigt fich die üble Rehrseite der Medaille, daß trot allem und allem Ofterreich bis zum letten Augenblick ein deutsch verwalteter Staat mar. In den Zentralftellen faßen wenigstens 80 % Deutsche oder wenigstens solche Angehörige fremder Nationen, denen es in und nach der Revolution nicht schwer wurde, sofort festzustellen, daß fie doch Deutsche seien, weil sie ihren Wohnsit in Wien behalten wollten und fich in Deutsch-Ofterreich sicherer als bei den anderen Staaten aufaehoben glaubten. Mir ift eine Reihe von Fällen befannt, daß Beamte in hohen Rängen, die im Juli 1918 fich noch als Tschechen ausgaben, auf einmal Deutsch-Ofterreicher geworden find. Und nun kommt dazu noch das große Beer von Offizieren, dazu kommt weiter das große Beer von Intellektuellen, die überhaupt nur eine Reichshauptstadt beschäftigen kann. Denken sie an die 3000 Advokaten, an die Tausende von Arzten, Schriftstellern, Kunftlern uim., furz all das, mas nur feinen Nährboben in einem Kulturzentrum haben fann, wie es im alten Öfterreich Wien und nur Wien gewesen ift. Wenn ich jage, daß dieses Öfterreich ftarker zentralifiert mar als einer ber übrigen europäischen Staaten, so beißt das gleichzeitig, daß es in diesem Deutsch-Öfterreich außer Wien an Großstädten im soziologischen Sinne eigentlich nichts gibt, daß es dort infolgedeffen auch keine Bourgeoifie gibt. Das ganze übrige Ofterreich befteht aus Proletariern, Bauern oder Kleinburgern. Der Fabrifant, ber in der Proving seine Fabrif hat, sitt in Wien. Der Wirtschaftsplan wird in Wien gemacht. Der Rohftoffeintauf erfolgt über Wien. Der Bertrieb der Produfte geschieht in Wien. Die Finanzierung erfolgt von Wien aus. Die Provinz hat außer Sparkaffen nur landwirtschaftliche Genoffenschaften, also überhaupt keine nennenswerte Kreditorganisation. Eine Bankenkonzentration wie in Deutschland hat bei uns nicht vor sich geben fonnen, denn außerhalb Wiens hat es fast teine Rreditbanken oder Privatbankiers gegeben. Aber Wien hat von der Erfüllung diefer wirtschaftlichen Funktionen gelebt, es hat gelebt davon, daß es der wirtschaftliche Mittelpunkt auch der jezigen Nationalstaaten vor allem der Tichecho-Slowakei war. Aber die tichecho-flowakischen Aktiengesellschaften, Die bisher in Wien ihren Sit haben, mandern jett ab. Sie mandern ab unter dem Druck der Prager Regierung. Sie find als deutsch-öfterreichische Unternehmungen nicht imftande, den Schutz einer amtlichen Stelle in ihrem Staate zu finden. Es ift das fehr begreiflich, denn die

Brager Regierung will ihre Induftrie nationalisieren. Dieser Begriff hat dort seine besondere Bedeutung. Es heißt erstens: die Industrie muß tschecho-flowakisch werden, und außerdem hat es noch eine engere Bedeutung: sie foll womöglich tschechisch werden, das heißt entdeutscht werben. Über die Mittel, die dazu angewendet werden follen, ift man fich in Prag noch nicht einig. Gines der wirksamsten Mittel hat die Prager Regierung durch den Friedensvertrag in die Hand bekommen, indem dieser ihr die Möglichkeit gibt, die Kriegsanleihen ihrer eigenen Staatsangehörigen anzuerkennen oder nicht. Die Brager Regierung beabsichtigt, die "individuelle" Methode einzuschlagen. Sie behält sich die Freiheit vor, bei einem Unternehmen die Kriegsanleihe weiter zu verzinsen und bei dem andern nicht. Wir fonnen uns ja denken, welche Tendenzen Und bedenken Sie, daß diese deutsch-böhmische man damit verfolat. Induftrie, die Filialen der Wiener Banken mit Kriegsanleihe angeftopft find in noch viel höherem Mage als die reichsdeutschen Banken, daß die Tschechen nahezu nichts an Kriegsanleiben haben, und das wenige, mas fie befagen, mahrend der Revolution abgeftogen haben. So hat die größte tschechische Bank Ende 1917 einen Kriegsanleihebesit von 30--40 Millionen gehabt, mährend ihr Besitz Ende 1918 nur noch 1,7 Millionen betragen hat, und hier handelt es sich um eine Bank mit 120 Millionen Aktien= kapital. Die 1,7 Millionen werden natürlich anerkannt werden.

Ein anderes Mittel zur "Nationalisierung" ift, daß man die Rreditorganisationen der Wiener Banken in dem tschecho-flowakischen Gebiet liquidiert. Die Liquidation ist in vollem Zug. Und die Banken, die sich vielleicht zur Sicherung eines gunftigen Angebots beeilten, maren zu diefer Gile gezwungen. Man hat ihnen das Geschäft in diesen Monaten fast unmöglich gemacht. Man hat sie nicht in die Lage versett, ihren Kunden Rredite einzuräumen, so daß 3. B. Zuckerfabriken, die ihre Campagne beginnen, gezwungen waren, zu einer tschechischen Bank zu gehen. wird es der Reihe nach in rascher Folge wohl mit allen Wiener Banken gehen. Buruck bleibt in Wien ber Ropf der Unternehmungen mit einem Beer von Beamten, die nun nichts mehr zu tun haben. Das wird vorläufig noch dadurch verhüllt, daß die Banken mit Silfsarbeiten für den Fistus, Bermögenstonftription und bergleichen beschäftigt find und auch die Liquidation der Monarchie, besonders die Währungstrennung und die Absperrungsmaßnahmen viel Arbeit machen. In dem Augenblicke wird es offenbar werden, wo diese größtenteils nicht geschäftsmäßige Betätigung der Beamten megfällt. Bis jest find die Buchhaltungen in der Bentrale geführt worden, die letten Entscheidungen sind in Wien gefallen. In

Wien wurden die großen Anleiheverhandlungen geführt und bei den Emissionen ist die Wiener Börse die herrschende gewesen. Das stirbt jetzt ab, und ein Apparat bleibt in Wien übrig, der aufgebaut und bestimmt war für ein Reich von 53 Millionen Menschen, während diesem Apparat jetzt nur noch Funktionen bleiben für ein Hinterland von 4 Millionen agrarisches kleinbürgerlicher Bevölkerung.

Sie sehen, auf allen Gebieten steht da zum erstenmal eine Stadt in der Weltgeschichte vor dem Problem ihres eigenen Untergangs, und zwar eines ziemlich unvermittelten Untergangs, der sich nicht allmählich vollziehen kann, sondern der sich katastrophal vollzieht. Heute besteht eine Art Schwebezustand. Heute werden die öffentlichen Beamten weiter bezahlt. Sie werden in den Banken weiter beschäftigt und die Offiziere werden entlohnt. Das ist ein Zustand, den man zwei dis drei Jahre vielleicht aufrechterhalten kann: Geschichtlich gesehen eine lächerlich kurze Frist. Und wie soll man in einer derartig kurzen Übergangszeit diesen Menschenmassen neue Beschäftigung geben, wie soll man die Berussumschichtung vornehmen? Ein Amerikaner, der jüngst in Wien war, sagte zu mir: Die Wiener Bevölkerung muß dis auf 1 Million auswandern. Es wird 1 Million auswandern. Aber es wird die auswandern, von der die andere gelebt hat. Und zurückbleiben werden die Intellektuellen, Pensionisten und was es sonst an wirtschaftlich unproduktiver Bevölkerung gibt.

Eine berartige Entwicklung vollzieht fich nicht, fagte ich, ohne die schwersten Katastrophen und sozialen Erschütterungen, Katastrophen, von benen wir nicht wiffen, in welcher Form fie fich vollziehen, und von welchen Fernwirkungen fie begleitet fein werden. Über den Ernft der Situation geben sich nur erstaunlich wenige Menschen Rechenschaft. Um menigsten geben fich unsere eigenen Staatsgenoffen davon Rechenschaft. Wien — das fühlen sie instinktiv — ist etwas ganz anderes als das übrige Deutsch-Ofterreich. Man kann fich einen ftarkeren Gegensat in der sozialen und wirtschaftlichen Struktur kaum denken. Da ift eine andere Geiftigkeit, andere Probleme, eine andere Art der Weltbetrachtung eine andere Art zu politisieren, zu benten. Diese Riesenstadt ift für den Nicht-Wiener in Deutschland etwas Fremdes, das man inftinktiv aber entschieden ablehnt. Die deutsch-österreichischen Länder fühlen, daß der Strudel, in den Wien hinabgeriffen werden fann, fie unter Umftanden mitreißt, und sie wollen sich nicht mitreißen laffen, da die Rettung Wiens ohnehin über ihre eigene Kraft geht. Daher kommen die Separationsbeftrebungen. Sie miffen, daß eine perfonliche Freizugigfeit innerhalb Deutsch-Ofterreichs nicht mehr besteht. Sie kommen leicht nach Deutschland und in die Schweiz, aber Sie dürfen sich als Wiener in Tirol nicht länger als drei Tage aufhalten. Jett hat Wien ein Einreiseverbot einzeführt. Das sind nicht Verwaltungsschikanen und politische Scherze, sondern der Ausdruck der ernsten Tatsache, daß sich die einzelnen Länder als selbständige Organismen fühlen und überhaupt untereinander kein Gemeinschaftsbewußtsein mehr besitzen.

Das ift fein Bunder. Dieses Deutsch Diterreich ift niemals ein staatliches oder sonft geschichtliches Gebilde gewesen. Es war immer nur der Teil eines großen Ganzen und war jedenfalls niemals in seiner heutigen Form staatlich zusammengesaßt. Es gibt insolge bessen auch heute in Deutsch Dsterreich niemanden, der ein deutsch österreichsisches Staatsbewußtsein hat. Es gibt ein deutsches Nationalbewußtsein und einen Provinzialismus, ein Stammesbewußtsein. Kein Mensch fühlt sich als Deutsch-Österreicher, und ein Staat ohne Geschichte und ohne Staatsbewußtsein ist etwas Undenkbares und wäre es auch dann, wenn es nicht die ganz unmögliche Struktur hätte, wie ich sie stizziert habe.

Und nun könnte man meinen, daß auch dieses Unmögliche in der Geschichte längeren Bestand hatte, wenn man nicht eben leben mußte. Aber vor welchen wirtschaftlichen Aufgaben steht dieser Staat? 3ch jeke voraus, daß es gelingt, eine deutsch söfterreichische Verfassung zu fonstruieren. Dieses Deutsch-Öfterreich braucht heute monatlich allein für die Zufuhren von Getreide, Fleisch und Fett 15 Millionen Dollar, das find heute 800 Millionen Kronen, das macht im Sahr 10 Milliarden. Darin ift nicht enthalten ber Bedarf an Zucker, Kartoffeln, Giern u. a. und all das, was man an zusätzlichen Nahrungsmitteln zu den Rationen einführen muß. Darin find auch nicht enthalten neun Zehntel bes Rohlenbedarfs und nicht enthalten unser Rohftoffbedarf. Wir kommen auf diese Beise zu einem jährlichen Passivum von gering geschätt 12-13 Milliarden Was steht nun auf der anderen Seite? Wir haben eine Induftrie, die im wesentlichen auf zwei Pfeilern ruht, das ift Gifen und Holz. Die Gifenbasis ift ziemlich breit, aber wenig tragfähig, weil die Kohle fehlt. Die Holzbasis darf nicht überschätzt werden. Wir haben bis Mitte August 48 Millionen Dollar Kredit erhalten und für biesen Kredit haben wir unjere Waldungen bereits verpfändet. Es wird ziemlich viel Holz geschlagen und exportiert: Um aber nur die 48 Millionen Dollar abzutragen, muffen wir 21/2 Jahre so weiter exportieren, und um die 48 Millionen Dollar zu verbrauchen, haben wir $2^{1/2}-3$ Monate gebraucht.

Nach dem Friedensvertrag hat Deutsch-Öfterreich den größten Teil

ber altsöfterreichischen Schulden, insbesondere alle Valutaschulden, zu übernehmen und außerdem die Einlösung aller im Ausland umlaufenden Banknoten. Wir wissen nicht, wieviel das ist. Aber auch wir waren Offupationsmacht in Galizien, in der Ufraine, in Rumänien und Serbien. Wir haben auch Banknoten ausführen müssen zur Bezahlung von Schulden und Rohstofflieserungen. Was außerdem auf dem Wege der Vermögenschinterziehung ins Ausland an Noten gestossen ist, ist nicht zu kontrollieren. Isedenfalls sind das alles einige Milliarden.

Von den Industrien, die uns zur Verfügung stehen, hätte namentlich die Eisen- und Metallindustrie nicht ungünstige natürliche Bedingungen. Aber gerade diese Industrie ist auf Massenproduktion, auf den großen Martt, auf Spezialisierung angewiesen, und gerade das ist etwas, was einem Staat wie Deutsch-Österreich unerreichbar ist, genau so wie der Schweiz. Qualitätsindustrien wie die Schweiz haben wir auch, aber nur in geringem Maße, und zwar in Artikeln, von denen ich fürchte, daß für diese, da es sich um Artikel des Geschwacks und Luzusbedars handelt, in wenigen Jahren nur eine beschränkte Nachsrage bestehen wird, ganz abgesehen von der Pariser Konkurenz, die aus politischen Gründen über- mächtig werden wird. Darauf ist die Existenz eines Staates nicht zu gründen.

Wovon leben wir denn eigentlich? Wir leben vorläufig von nichts als von Papier und ausländischen Nahrungsmitteln. Was unsere Insbuftrie arbeitet — und sie kann nur wenig arbeiten, weil sie keine Kohlen hat, um halbwegs Kompensationsgüter für den Warentausch zu schaffen —, das deckt nur den geringsten Teil von dem, was wir aus dem Ausland brauchen. Zu beleben ist diese Industrie nicht, weil das Fundament sehlt, auf dem sie belebt werden kann, und vor allem wäre die stärkste Belebung dieser Industrie erst imstande, den Teil der deutschsösterreichischen Wirtschaft zu alimentieren, der bisher von dieser Industrie gelebt hat, nicht die Hunderttausenden zu ernähren, die von den Industrien der Nationalstaaten gelebt haben.

Feber weiß, daß man heute keine neuen Fabriken bauen kann; daß selbst dort, wo die kommerzielle Möglichkeit vorhanden wäre, die Sache daran scheitert, daß die Leute keine Arbeiterwohnhäuser bauen können, daß selbst, wenn es gelänge, die Materialien zu beschaffen, eine Wohnung von 1 Zimmer und Küche selbst auch dann auf 8000 Kronen jährlich zu stehen käme. Auf solcher Grundlage kann die Wirtschaft der Zukunst nicht aufgebaut werden.

Die Konsequenzen: Es stehen drei Möglichkeiten, theoretisch gesehen, offen, um diesen Staat irgendwie über Wasser zu halten. Die eine

Möglichkeit, von der manche Leute noch sprechen und von der zu meinem schmerzlichen Bedauern auch unfer Staatsfanzler gesprochen hat, ift die eines selbständigen Deutsch-Ofterreich nach Analogie der Schweiz. Deutsch-Ofterreich bietet schlechterdings keine Analogie mit der Schweiz. Amar ist auch die Schweiz ein industriell passiver Staat. Schweiz wird dadurch aftiv, daß sie einen ungeheuren Fremdenverkehr hat, der dieses Defizit ausgleicht, den wir niemals haben können und Die Schweiz hat eine starke geschichtliche Tradition und daber ein hochentwickeltes Staatsbewußtsein, und sie hat eine glücklich ausgeglichene soziale Struftur. Die Schweiz hat keine Millionenstadt, sondern fie besitzt eine ganze Anzahl von Kultur- und Wirtschaftszentren, von einer Größe, die der Größe des Landes und der Wirtschaftsbasis, auf ber sie beruhen, angemessen ist, und die Schweiz hat nicht die Liquidation eines verlorenen Krieges durchzuführen und ist nicht mit all ben ungeheuren Schwierigkeiten belaftet, durch die wir hindurch muffen. Möglichkeit eines selbständigen Deutsch-Ofterreich scheidet nach all dem bisher Gefagten wohl aus.

Die zweite Möglichkeit wäre die Donauföderation, d. h. ein enger wirtschaftlicher — und wie manche wünschen — politischer Zusammenschluß mit einigen der Staaten des früheren Österreich-Ungarn. Friedensvertrag sieht für eine begrenzte Zeit von fünf Jahren ein Sonderverhältnis zwischen Deutsch = Ofterreich, der Tschecho = Slowakei und Magnarien vor. 3ch vermute, daß diefe Klaufel nicht aus Rücksicht auf Deutsch-Österreich hineingekommen ist, sondern aus Rücksicht auf die tschecho-flowakische Andustrie. Für uns märe eine derartige Verbindung verheerend. Sie wäre es deshalb, weil das Wiener Problem damit in feiner Weise zu lösen märe, denn die Tschecho-Slowakei wird niemals darauf verzichten, Brag zum Mittelpunkt zu machen, und außerdem bietet Budapest ein ähnliches Problem wie Wien. Wir haben industriell alles von einer derartigen Verbindung zu fürchten. Ich kann mir eine wirtschaftliche Föderation zwischen Staaten benken, die sich wirtschaftlich ergänzen und sich gegenseitig etwas zu bicten haben. In Wirklichkeit ift es aber so, daß der ganze Warenverkehr zwischen der Tschecho-Slowakei und Deutsch-Ofterreich sich einseitig von Norden nach Guden vollzieht, daß sie uns alles und wir ihr fast nichts zu liefern haben. Industriell . haben wir von der Tschecho-Slowakei weitaus am meisten zu fürchten. Daß der eine Teil der Lieferant, der andere der Markt ift, das mare das typische Kolonialverhältnis. Gine Föderation mit Südflawien anzustreben, kann nicht in Frage kommen, weil dieses es sich wohl über-

legen wird, mit ben Überschüffen feiner Wirtschaft einem Staat auf die Beine zu helfen, der ihm wenig zu bieten hat. Ware Deutsch-Ofterreich ein Staat mit einer reichen Industrie, so konnte man fich benken, daß diefer Agrarftaat und der Induftrieftaat Deutsch-Ofterreich ein geschloffenes Wirtschaftsgebiet bilden. Davon ift aber keine Rede. Dieses Deutsch= Efterreich hat eine geringe Tertilinduftrie und zwar nur als Baumwollinduftrie. Wir muffen jeden Meter Herrenkleiberftoff aus dem Auslande einführen, weil wir über feine einzige Wollweberei verfügen. Induftriell haben wir also ben agrarischen Ländern wenig zu bieten. Kurz, mir scheint dieser Plan der Donauföderation wenig Aussicht auf Berwirklichung zu haben, nicht nur, weil er am beutscheöfterreichischen Widerstand scheitern murde — dieser murde vielleicht vorerst wenig fühlbar werden, weil wir gelähmt find -, sondern weil die Nationalstaaten nicht darauf eingehen können. Beftand würde eine folche Föderation nicht haben, da die entgegengesetzten nationalen Tendenzen in einer ganz neuen, ungeschicht= lichen, traditionslosen Form noch weniger Widerstand und Lösungsmöglichfeit fänden, als im alten Ofterreich-Ungarn.

Bleibt das, was eigentlich nicht hätte strittig sein sollen: die dritte Möglichkeit, die Bereinigung mit Deutschland. Ich sehe vom nationalen Moment ab. Ich möchte nur die Bemerkung nicht unterdrücken, wie tief bedauerlich es ist, daß das Nationale bei den Deutschen sich nicht annähernd so von selbst versteht wie bei den anderen Bölkern, daß man sich unter Deutschen gleichsam entschuldigen muß, wenn man national empsindet. Das hängt bei uns damit zusammen, daß die deutsch-nationale Politik in Österreich nicht sehr glücklich gewesen ist. Immerhin sollte man glauben, daß es in derartigen Lebensfragen eines ganzen Volkes seine Meinungsdifferenzen geben sollte. Ich glaube auch, daß es nicht nötig ist, auf diesen Punkt weiter einzugehen.

Aber das muß festgestellt werden, daß dieser Zusammenschluß auch das einzige ist, was uns wirtschaftlich retten kann, das einzige, was imstande ist, diesem keer gewordenen Gehäuse einen neuen Inhalt, der vorhandenen Organisation einen neuen Funktionsbereich zu gewähren. Dieses Wien, das aufgehört hat, Mittelpunkt eines Reiches zu sein, dieses Wien, das aufgehört hat, Kopf und Herz eines 53 Millionens gebildes zu sein, muß ersahweise Kopf und Herz süren Teil Deutschskands werden, und Deutschland hat bisher bewiesen, daß es neben Berlin Platz genug für Großstädte mit ihren eigenartigen Funktionen hat.

Und Deutsch-Öfterreich bringt dem Reich manches mit. Ich muß meinem leisen Bedauern Ausdruck geben, daß darüber unser deutscher

Referent nicht gesprochen hat. Wir muffen es Ihnen überlaffen, nachzudenken, mas wir Ihnen neben den schweren Opfern als Gewinnmöglichfeit zu bieten haben. Denn es wurde gegen das Gebot des guten Geschmacks verstoßen, wenn ich den Anschein erweckte, unseren eigenen Wert anzupreisen. Ich möchte nur furz die Frage erörtern, wieso uns der Anschluß an das Deutsche Reich neue Funktionsmöglichkeiten bringt. Unsere Funktion mare es, die öftlichen Interessen des Deutschen Reiches wahrzunehmen. Wir, als oftliche Exponenten des Deutschen Reiches, können der Vertreter der öftlichen Intereffen des Deutschen Reiches werden : politisch, wirtschaftlich, tommerziell, finanziell. Sie können unsere Bantorganisation bazu benüten, Ihren Drienthandel zu finanzieren, Sie konnen die Wiener Sandelsfirmen dazu benützen, um der deutschen Industrie und bem beutschen Sandel Auslandorganisationen zu schaffen, und sie können vor allem dazu beitragen, daß die Entwicklung des rückständigen neualten Deutsch Dfterreich sich in Form und Tempo vollzieht, das das deutsche Tempo ist und nicht das öfterreichische. Deutsch-Ofterreich ist das einzige Gebiet, in dem sich Deutschland nach diesem Krieg wirtschafts lich hemmunaslos betätigen kann, und es liegt auch in Ihrem Intereffe, daß dieses einzige Gebiet zu Ihrem und unferm Segen rasch und intensiv bearbeitet werde.

Die Lasten, die wir ihnen aufbürden, sind schwer. Sie bestehen in der ungeheuren Schuldenlast, die wir mit uns schleppen, eine Schuldenslast, die sie mit uns schleppen, eine Schuldenslast, die sich sür Sie freilich dadurch verringert, daß Sie sie sie in Mark zählen können und heute auf die Mark mehr als $2^{1/2}$ Kronen gehen. Sie verringert sich ferner dadurch, daß Sie mit dieser Schuld die entwicklungsfähige Steuerkrast dieses $6^{1/2}$ Millionens Volkes übernehmen, und sie verringert sich schließlich relativ dadurch, daß diese $6^{1/2}$ Millionen nur etwa $10^{9/9}$ des Deutschen Reiches sind, und daß Sie selbst mit einer solchen Schuldenlast beladen sind, daß es auf uns gar nicht mehr ankommt. Kür die Krieasentschädigung sind wir ohnehin solidarisch haftbar.

Geschenkt wird uns nichts werden. Sie werden nicht mehr zu zahlen haben, wenn wir uns Ihnen anschließen, denn wir werden zusammen das Außerste zu tragen haben, dessen wir fähig sind, ob wir unsere Lasten zusammenlegen oder ob wir sie getrennt weiter zu schleppen versuchen.

Ich glaube, wir haben keine Möglichkeit, sie noch lange zu schleppen, bis zum 15. August hat unser Kredit von der Entente gereicht, seitbem leben wir von Krediten, die wir uns auf "inoffiziellem" Wege verschaffen. Wir führen Banknoten aus und verkaufen sie gegen ausländische Noten, die wir dann zur Zahlung verwenden. Diesen Schleichhandel betreiben

bei uns staatliche Organe. Auf diese Weise ist eine Wirtschaftspolitik auf die Dauer nicht fortzusühren. Wir haben einen Kompensationspertrag mit Jugoslawien abgeschlossen. Er ist von unserer Seite zum Teil in Warenlieserungen, zum Teil in Geld zu erfüllen. Aber Jugosslawien nimmt weder deutschsösterreichische noch jugoslawische Kronen in Zahlung, aber es nimmt bezeichnenderweise Mark. Sie sehen, Sie haben noch Kredit, und das kann für Deutschsüfterreich eine beträchtliche Hilse sein, und ob Sie 60 oder 63 Millionen Menschen zu ernähren haben, erschwert Ihr Problem nicht mehr sehr wesentlich. Aber ich will den Anschluß Ihnen nicht schmackhafter machen, als er Ihnen aus anderen Gründen erscheinen mag.

Ich habe gesagt, daß wir uns nicht darauf verlassen dürsen, daß unser Herzenswunsch irgend einmal in Erfüllung geht. Ich meine, daß die Entwicklung sich so vollzieht, daß in dem Augenblick, wo die Reparationskommission in Wien ihre Arbeit aufnimmt, die Herren zu der Erkenntnis kommen werden, daß das, was sie sich zugemutet haben, für sie selbst zu schwer ist. Zumal der einzige Staat, der unmittelbar an der Verhinderung des Zusammenschlusses zwischen Deutsch-Öfterreich und dem Neich interessiert ist, Frankreich, nicht imstande ist, Hilfe zu leisten und die anderen Mächte kein Interesse haben, den Anschluß zu verhindern.

Das ist der Friedensbelegation der Alliierten entgangen. Aber es wird in Wien den Bertretern der Reparationskommission unmittelbar bewußt werden. Und dann kommt der Augenblick, wo unsere Frage aktuell wird, wo die Anschlußidee von neuem zur Diskussion und Beschlußsfassung in Paris gestellt werden muß.

In diesem Augenblick muß aber das ganze deutsche Bolk selber wissen, was es will. Es darf nicht wieder geschehen, daß in dem Augenblick, da in Ententekreisen die Erkenntnis dämmert, daß dieser Zusammenschluß notwendig ist, die Ententediplomaten berichten können, den Anschluß wolle man in weiten Kreisen des deutschen Volkes überhaupt nicht. Und wenn Sie wegen der Anschlußklausel im Friedensvertrag ängstlich sind, so sage ich: Nach diesem Vertrag müssen wir erst recht und immer wieder über den Anschluß sprechen, so viel, so saut und so eindringlich, als es möglich ist, nicht im Überschwang der nationalen Phrase, sondern in der Erstenntnis der wirtschaftlichen Notwendigkeit. Wir müssen wissen, was wir mollen, wissen, was wir müssen, und wollen, was wir müssen. Und wir müssen uns klar darin sein, daß schließlich die Stunde kommen muß, wo auch das deutsche Volk wieder entdeckt, daß es einen Willen zum Leben hat. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Nach dieser ausgezeichneten Rede eröffne ich die Diskussion und erteile zunächst das Wort Herrn Dr. Spann.

Prof. Spann (Wien): Verehrte Versammlung! Meine Absicht ift es, über die Bedeutung des Anschlusses, im besonderen für die industrielle Produktion das Nötigste zu fagen.

Wovon man bei Beurteilung diefer Frage wie des ganzen Anschluffes ausgehen muß, ift eine richtige Borftellung vom Wefen ber Bolfswirtschaft. Verhängnisvoll ift die übliche und herkömmliche Meinung, "Bolkswirtschaft" sei eine mechanische Zusammensetzung wirtschaftlicher Güter oder — und das ift schon revolutionar — der wirtschaftlichen Tätigkeiten, die hinter den Gütern stehen. Vielmehr ift "Volkswirtschaft" ihrem tiefften Wesen nach ein organisches Banges, in welchem die verschiedenen Tätigfeitsarten und Wirtschaftszweige aufeinander abgeftimmt und angewiesen sind; nicht nur Landwirtschaft und Gewerbe, sondern auch die einzelnen Gewerbearten untereinander, das Bankwefen, die Finanzfraft eines Landes, sowie auch alle sonftigen Zweige ber Bolkswirtschaft hängen aufs genaueste miteinander zusammen, entsprechen einander und find innig aufeinander angewiesen. Es scheint mir wesentlich, diesen Gefichtspunkt von Anbeginn zu betonen, weil wir gewohnt find, eine gewisse mechanische, freihandlerische Beurteilungsweise voltswirtschaftlicher Dinge zu haben. So jagte man uns in Wien fürzlich bezeichnenderweise: wozu braucht Oftrau im (beutsch-öfterreichischen) Inlande zu liegen? Raufen muß man die Rohle ja ohnehin. Db Oftrau zu Deutsch-Ofterreich gehört oder im Ausland liegt, macht wirtschaftlich grundsätlich nichts aus! Das ift ein Trugschluß. Man kauft, wenn diese Kohle im eigenen Staat ift, notwendig unter gang anderen Bedingungen. Nicht nur die Bolle fpielen hier eine Rolle, fondern auch die Frachtfate, die der Einflugnahme der inländischen Bolfswirtschaft entzogen sind, die erhöhten Sandelskoften, die Valutaschwankungen, die Verwaltungsmaßnahmen und vieles andere. Wenn wir von diesem Standpunkt aus die Dinge betrachten, jo muffen wir ftaunen über die frivole Unkenntnis, mit der man in St. Germain einen Körper geschaffen hat, dem Haupt und Glieder fehlen und ber nur ein verstummelter Rumpf ift, ber feine Lebens= bedingungen nach keiner Seite hin finden kann.

Ganz konkret gesprochen, wie sieht die deutschsösterreichische Volkswirtsichaft aus?

Unser zweiter Berichterstatter hat schon Wesentliches darüber gesagt. Ich möchte nur das mich Angehende näher ausführen. Zuerst: Welche

Naturschätze hat Deutsch-Öfterreich? Es sind hauptsächlich die Gisenerze in Steiermark, das Holz und die Wafferkräfte. Das find unfere Natur-Außerdem haben wir aber noch andere ganz wesentliche Wirtschaftsmittel. Hier ift wichtig unsere Textilindustrie, ferner haben wir eine Reihe von Qualitätsinduftrien; zuerft jene, die fich auf der Gifenindustrie aufbauen, dann die Leder-, Galanteric- und Konfektionsindustrie, die kunftgewerblichen Industrien und ähnliche Fertigindustrien. Nun sagt man uns gegenwärtig: Ihr habt ja Holz, Gifen und eine Summe von einzelnen Industrien, mit diesen Wirtschaftsmitteln müßt ihr euch forthelfen!; und es sei auch gleichgültig, ob wir die Rohlen innerhalb oder außerhalb der Staatsgrenzen finden. Man verspricht uns eine "Wiedergutmachungskommission" zu schicken, die uns Erleichterungen gemähren, ja uns wohlwollend unterstützen werde. Es ift nun entscheidend, daß wir uns darüber klar werden: daß, selbst wenn dieses helfende Wohlwollen fehr ernft gemeint mare, es uns doch gar nichts nuten murbe. Denn der ganze Standpunkt, von dem man da ausgeht, ist gänzlich perfehlt! Es muß laut gesagt werden, daß man auf diese Beise die übriggebliebene, früppelhafte deutsch-österreichische Volkswirtschaft absolut nicht retten kann. Erlauben Sie mir hier an den Gedankengang Lifts zu erinnern, der in das Goldene Buch jedes Nationalökonomen gehört, und den ich so formulieren möchte. Die Frage: Wann gebeiht ein Bergmert?, ift dahin zu beantworten: wenn es ein Hüttenwert als Abnehmer hat: mann gedeiht das Süttenwert?, wenn ein Walzwerf und die einem folchen angeschloffenen Werke da sind; wann gedeiht das Walzwerk?, wenn die verarbeitenden Induftrien vorhanden find, die ihm feine Erzeugnisse abnehmen, zum Beispiel eine Maschinenindustrie; und wann gebeiht die Maschinenindustrie?, wenn Fertigindustrien im Lande sind. Diese Fragestellung schließt sich im Kreise: wann gedeiht das Bergwerk, wann gebeiht eine Industrie?, wenn alle anderen Industrien ba sind, wenn ein organisch abgestimmtes Ganzes von Großgewerben Dieser Liftsche Gedanke muß für die Beurteilung vorhanden ist. unserer neugeformten Volkswirtschaft maßgebend fein. Dann erkennen wir die jekige deutsch-österreichische Volkswirtschaft nur allzu deutlich als ein Gebäude von Wirtschaftsmitteln, dem die Grundlage fehlt und dem der Dachstuhl fehlt, dem die Rohstoffe und Vorprodutte fehlen und die Möglichkeit für die nachherige Verwertung der Erzeugnisse. Für unsere Erze fehlen uns die Kohlen; sie sind in Böhmen, und jest, wenn überhaupt, so nur unter ganz, ganz anderen Bedingungen zu haben als früher. Für unsere Raffinerien fehlt uns das Rohöl, für unsere Spinnereien fehlen

Die Webereien, für die Bleichereien, Appreturen und Färbereien fehlen uns teilweise die Spinnereien und teilweise die verarbeitenden Induftrien, welche die gefärbten Gegenftande aufnehmen konnten. Geder Schritt, den die Andustrie tut, ist nur mit der Überwindung von Zollschranken und fonstigen staatlichen Grenzhinderniffen zu machen. Für unsere Lebensmittelinduftrie und überhaupt für die gange Induftrie sowie unsere Großftadte fehlt die agrarische Grundlage. Für die Bankwelt fehlt das zu finanzierende Großgewerbe, besonders jenes Deutschböhmens, das in die Tschecho-Slowakei eingegliedert wurde. Für den Handel fehlt abermals das frühere große Objekt. Der namentlich in Wien konzentrierte Handel ist auf 50 Millionen Menschen zugeschnitten, während Deutsch-Österreich nur 61/2 Millionen Einwohner hat. Nun fönnte man fagen, daß wenigstens ein Teil lebensfähiger Großgewerbe, namentlich gemiffe Qualitätsinduftrien, ebenso wie die Naturschätze schließlich doch bei uns verbleiben. Aber auch da fehlt es, selbst wo produktionspolitisch und produktionstechnisch die Boraussehungen gegeben wären, an der grundlegenden volkswirtschaftlichen Voraussetzung: an dem großen inneren Martt. Die Größe des inneren Marktes ist jene Bedingung, welche vornehmlich den Begriff eines verhältnismäßig felbständigen "Wirtschaftsgebietes" schafft und in fich schließt. Nur ein großer innerer Markt fann Industrien entstehen lassen, welche fürs erste die nötige moderne Betriebsgröße und sodann auch die nötige Spezialisierung aufweisen. Nun hat eine Summe hochqualifizierter Industrien in Deutsch = Ofterreich einen gang bedeutenden inneren Markt, nämlich von 30 bis 50 Millionen Einwohnern gehabt, und war selbst auch dabei noch wesentlich mit auf die Ausfuhr berechnet gewesen. Ein Beispiel für viele: die Autoindustrie. Für 61/2 Millionen Menschen kann diese Industrie nicht liefern, das gibt feinen inneren Martt eines modernen Großgewerbes. Ebenso die ganze Maschinenindustrie, die nun weitaus zu groß ift. Und selbst wenn es gelänge, unseren inneren Markt für diese Produkte zu behaupten, so mußten fich die vorhandenen Betriebe von jeder Spezialifierung abwenden und fich "betaillieren". Sie mußten alles mögliche machen, mahrend ber Beg der Entwicklung nur in der Spezialisierung der Großindustrie gegeben ift.

Alle anderen Dinge, wie die Balutafrage und die Milliardenschulben, die auf einer so schwachen Boltswirtschaft lasten, will ich gar nicht einsmal berücksichtigen. Ich will nur flar machen und beweisen, daß dieser Rumpstörper, von Naturaus, aus eigener, innerster Notwendigsteit lebensunfähig ist! Was in Deutsch-Osterreich an Wirtschaftsmitteln

Schriften 159. - Berhandlungen.

verblieben ift, ist ein unorganisches Ganzes. Es sehlen nicht nur die Rohstoffe, es sehlt nicht nur die Agrargrundlage, es sehlen vor allem die Industrien, selbst so einander, daß sie einen leidlichen Zusammenhang von Bor- und Nachindustrien gäben, ein vernünftiges Zusammenwirsen von Stamm- und Hilßindustrien ermöglichten. Und es sehlt außerdem noch der innere Markt, der die notwendige Ausnahme- und Spezialisierungs- möglichseit bieten würde.

So muß uns furchtbar klar werben, daß die deutsch sösterreichische Industrie einen Trümmerhaufen darstellt. Wenn noch so tüchtige und lebendige Kräfte in diesen Trümmern wohnen, so sind sie ihrer Natur nach Bruchstücke, verurteilt, zugrunde zu gehen.

Welche Mittel gäbe es dagegen? Es gibt nur das eine einzige Mittel, diese Bruchstücke wieder in einen großen, geordneten, lebendigen Wirtschaftskörper einzugliedern. Dabei können sie unter vielen schmerz-haften Beränderungen zulett doch wieder Teile, lebendige Organe eines großen, wahren Ganzen werden. Formell gesehen böte eine solche Mögslichkeit die "Tonausöderation". Der Herr Borredner hat die vollskommene Unzulänglichkeit dieses unglückseigen Planes bereits dargetan. Selbst wenn aber auch derartiges gelingen sollte, dann müßte Prag das Zentrum werden, wie die tschechischen Minister ja bereits verfündet haben. Dadurch würde ein wirtschaftliches Zentrum dort geschaffen, wo der Schwerpunkt der Deutsch-Österreicher niemals sein kann. Wien müßte wieder zurücksehen, wir wären abermals ein Kumpf, ein Gebiet, das weder politisch noch wirtschaftlich existieren kann.

Es verbleibt nur noch die Einfügung in Deutschland, und wir wünschen sie politisch. Doch davon spreche ich augenblicklich nicht, sondern, was mir jett allein nahe liegt, ist, darzutun, daß wir einzig und allein durch die Eingliederung in die große deutsche Bolkswirtschaft jenes Heilmittel sinden können, das uns von einem Bruchstück in ein Glied, aus einem Trümmerhausen in den Teil eines Organismus verwandelt! Wir bringen unser Eisen in das große Deutsche Reich hinein und vermehren damit den Wert dieses Eisens. Der Grenznuhen unseres Eisens hätte sich ershöht, denn Deutschland hat große Eisenerzschätze verloren, und dadurch ist in Deutschland eine Eisenknappheit entstanden. Alle einzelnen Industrien von uns sinden in Deutschland ihre Hilfs- und Vorprodukt on, andere sinden ihre verarbeitenden Nachproduktionen. Unsere Fertigerzeugung sindet ihren inneren Markt. Wir können so unsere Bruchstücke gleichsam anheilen, und umgekehrt bringen wir dem reichsdeutschen Birtschaftskörper wesentliche wertvolle neue Bestandteile, die eine Bereicherung und eine

Abrundung ergeben und auch einen Ausbau des inneren Marktes für das Deutsche Reich bedeuten.

Noch eine Frage: ift diese Annäherung, ist der Anschluß unverzüglich notwendig, oder hat er Zeit? Heute ist die verhängnisvolle Meinung in Deutschland, zum Teil auch bei uns selbst verbreitet: gegenwärtig ist uns der Anschluß verboten, damit müssen wir uns absinden, zulet ist er uns aber politisch ja doch sicher, wir müssen und werden uns später einmal mit Deutschland vereinigen. Dieser Standpunkt ist salsch, ist verhängnisvoll. Rein politisch könnten wir ja gewiß sagen: wir bleiben Deutsche, ob wir getrennt sind oder nicht, das Herz kann man uns nicht aus dem Leibe reißen; wir werden schon zusammenkommen, es bedarf keiner gewaltsamen Politik. Über volkswirtschaftlich können wir das nicht sagen! Wirkönnen nicht warten, weil wir vorher zugrunde gehen. Die beutschsösterreichische Bolkswirtschaft kann sich nicht weiter helsen, sondern sie ist ein Bruchstück, ein Trümmerhausen, und diese Bruchstücke müssen zu einem Glied werden, bevor sie abgestorben und verdorben sind.

Und das, glaube ich, ist nun die wichtigfte Aufgabe, die jetzt erfüllt werden muß: dieses Bewußtsein in Deutschland und Deutsch = Ofterreich überall machzurufen, daß, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus, ber Unschluß keinen Aufschub duldet, wenn nicht die deutsch söfterreichische Bolfswirtschaft begraben werden foll. Die Folge mare, daß Sunderttausende, ja Millionen von Deutschen auswandern mußten und auf diese Weise eine große deutsche Kraft an der Grenze im Often dem deutschen Nationalförper verloren ginge. Rein politisch könnten wir warten, wir werden auch fpater glühenden Bergens in unfer altes Bater- und Ctammhaus einziehen. Aber wirtschaftlich ift es die Stimme der Verzweiflung, mit der das deutsche Bolt von Öfterreich sich melden und erklären muß: es ist nicht ein politisches Recht, das wir gegenwärtig für uns in Unfpruch nehmen, jondern es ift ein Recht auf Brot und Arbeit, ein primitivftes Recht auf Eriftenz, das wir fofort ben vollswirtschaftlichen Anschluß an das Deutsche Reich vollziehen dürfen. Wenn wir diese Überzeugung überall lebendig machen, bann fann es nicht fehlen, daß bie Entente einsieht, wie dringend und unentbehrlich und unverhinderlich der Unichluß ift. Es murbe ber Entente nicht jum Borteil gereichen, ben Unschluß zu verhindern, benn fie murde uns zugrunde richten und bann nicht mehr imftande fein, etwas aus dem Opfer herauszupreffen. murde ihr nicht zum Vorteil, aber es murde ihr auch nicht zur Ehre gereichen, statt eines Siegers ein Leichenräuber zu werben. (Beifall.)

Prof. Dr. Altmann (Mannheim-Seibelberg): Nach einem psychologisschen Geset vermag die menschliche Seele über ein gewisses Maß hinauskeine Belastung mehr zu ertragen. Die äußerliche Lethargie, mit der Deutschland das surchtbare Schicksal von Deutsch-Osterreich hingenommen hat, ist nicht der Ausdruck der Gleichgültigkeit, auch nicht das Zeichen einer für immer gebrochenen Kraft, sondern ein Symptom dafür, daß die deutsche Seele stumpf geworden ist von dem Maß des Leides, das ihr auserlegt wurde. Aber dennoch dürsen wir hoffen, daß der unzerstörte Selbsterhaltungstrieb wiederkehren wird, den ein Volk braucht, wenn es leben will.

Ich habe das Wort genommen, um ausdrücklich zu sagen, daß die verhältnismäßig leidenschaftslose Art, mit der deutsch-österreichische Fragen bei uns behandelt werden, nicht der Ausdruck innerer Gleichgültigkeit, nicht das Zeichen dafür ist, daß es sich für uns dabei um Fragen zweiten Ranges handelt, sondern daß diese vermeintliche Indisferenz eine parallele Erscheinung ist zu dem Verhalten, mit dem wir das Todessurteil von Versailles hingenommen haben.

Ich schicke das voraus, um damit zu betonen, daß die jetige Stimmung und das Verhalten der Öffentlichkeit keinen Rückschluß gestatten auf unser tiefstes Empfinden. Denn eines Tages wird der Wunsch nach einem Zusammenschluß aller Deutschen mit elementarer Wucht wiederskommen.

Wie man auch zur rein wirtschaftlichen Seite dieses Zusammens schlusses stehen mag, der durch zahlreiche unbekannte Größen so schwer zu beurteilen ift, so läßt sich in diesem Augenblick unbestritten davon fprechen, daß die Deutsch-Ofterreicher uns eine Reihe von Werten mitbringen können, die auch dann, wenn die sachlich-wirtschaftlichen Unterlagen und die rein materiellen Werte anders zu beurteilen find, als fie dieser ober jener heute sieht, als wirtschaftlicher Zuwachs bezeichnet werden durfen. Ich denke hier an eine Reihe von geiftigen Gigenschaften, an Differenziertheiten der öfterreichischen Bevölterung, die zweifellos eine Bereicherung unferer Leiftungsfähigfeit mit fich bringen murben. Wir haben oft im Rahmen unseres Bereins empfunden, daß die deutsche und die öfterreichische Denkweise nicht die gleiche ift, und daß sie einander auf das Wertvollste ergänzen. Ich glaube, daß in diesem Kreis die Bahl berer, die nach dem heute gitierten Worte meinen, daß Wiffenschaft und Wirtschaft sich erft in 200 Jahren finden werden, nicht allzu groß ift (Beiterkeit), und daß aus den spezifischen Unlagen der Ofterreicher eine Reihe von Forschungseigenschaften, von Fähigkeiten in ber Verwaltung

Aussprache. 69

zu uns hinüberkommen werden, die unsere Methoden erganzen und bereichern können.

Wir brauchen übrigens bloß an das Führerproblem in der Sozialdemokratie zu denken, um uns klar zu machen, daß von Ofterreich ber Deutschland neue Geiftigkeit zugeführt werden kann. Man konnte auch an Gigenschaften und Erfahrungen denken, die Deutsch-Ofterreich durch den Zwang, fich mit dem Nationalitätenproblem zu beschäftigen, erworben Wenn im Deutschen Reich irgend etwas gefehlt hat, jo mar es das Verftändnis für diese Fragen. Jedesmal, wenn ich einen Deutsch-Österreicher über das Nationalitätenproblem habe sprechen hören, hatte ich das Gefühl einer Bereicherung, die aus feiner reichsdeutschen Rede ober reichsbeutschen Schrift zu gewinnen mar. Es mag fein, daß ber nationale Gedanke noch einer weiteren Steigerung entgegengeht, um erft später wieder abzuflauen. Jedenfalls aber wird für unsere äußere und innere Politik das Verständnis für die Nationalitätenprobleme von außerordentlicher Bedeutung sein. Ich möchte auch in der Phantafie- und Geschmacksbegabung, die dem Deutsch Diterreicher in ftarkerem Mage eignet, als einem erheblichen Teil der reichsdeutschen Stämme ein Aftivum Wenn man im beliebten Stammesvorurteil dem deutschen "Schneid" den öfterreichischen "Schlendrian" gegenüberftellt, fo hat man Licht und Schatten in ungerechter Beise verteilt. Wir wollen uns flar machen, daß die Österreicher gewisse Eigenschaften bereits jett besitzen, die fonft von Weften her die ganze Welt mehr und mehr durchdringen und einen ftarteren Ausgleich zwischen Arbeit und Muße, zwischen Beschaulichkeit und intensivem Schaffen herbeiführen werden.

Wenn die Intensität der deutschen Arbeit als eine der Ursachen dasür bezeichnet worden ist, daß der Deutsche in der ganzen Welt gehaßt wird, so stellt der Österreicher ein milderndes Element dar. Seine Einschaltung kann dazu führen, daß troßdem die Zukunst ungeheuerste Anspannung der Kräfte fordern wird, doch der Gedanke von der Notwendigkeit, einen Ausgleich zwischen Arbeit und Muße herbeizusühren, auch in Deutschland einer der Welt verständlicheren Lösung entgegengeht. Sine Synthese des österreichischen und des preußischen Menschentyps wird vielleicht eine ösonomische Lebensform sinden, die bei voller Wahrung der Muße eine intensive Arbeit schafft und dadurch etwas gewinnt, was man mit dem englischen Wort "efficiency" bezeichnen möchte, eine Arbeitsleistung, die Dauer hat und bennoch die Persönlichseit zu ihrem Rechte kommen läßt.

Es wäre eigentlich erforderlich, hierüber viel ausführlicher zu sprechen, weil die Gefahr, nicht verstanden zu werden, sehr nahe liegt. Mir kam

es nur darauf an, gewisse positive Werte, die die Deutsch-Osterreicher uns mitbringen können, zu betonen, Werte von größerer Gewißheit, als manche zufällig vorhandenen rein wirtschaftlichen Werte. Vor uns liegt eine Rechnung mit unendlich vielen Unbekannten; in einer solchen Situation Zukunstsfragen zu erörtern, ist immer leidig und gefährlich. Ich glaube aber, daß die Lage, in der wir uns besinden, troß der augenblicklichen überdeckung mit seelischen Depressionszuständen nicht ausschließen kann, daß die beiden Liebenden doch noch zu einer wahrhaften Gemeinschaft gelangen werden.

Kaum jemals gelingt es dem Willen der Gewalthaber zwei Wefen, die fich vereinigen wollen, auf die Dauer auseinander zu halten. Die Gewalthaber, welche jest verhindern, daß diese Gemeinschaft geschloffen wird, find von einer fenilen Berftandnislofigkeit getrieben, die auf die Dauer nicht bestehen fann, weil das eigene Interesse diefer Gewalthaber au der Erkenntnis führen wird, daß die Trennung Deutschlands und Osterreichs keinen Vorteil für die gesamte Welt darstellt. Die Balkanifierung Mitteleuropas muß die Folge haben, daß Deutsch-Österreich, als Fragment eines Staates, immer wieder zu einem Herd politischer Unruhen wird. Über furz oder lang wird die Menschheit sich besinnen und solche Berde nicht dulden, von denen Feuersbrünfte ausgehen muffen. wahrhafte Wille zur Vereinigung muß siegen trot aller Enttäuschungen; und unsere deutscheöfterreichischen Brüder, die uns von unsagbaren Laften und Leiden gesprochen haben, sollen die Gewißheit haben, daß mir alles tun werben, um ihre Leidenszeit abzufürzen, auch wenn wir durch die politischen Verhältnisse heute noch gezwungen sind, nicht ganz so zu fprechen, wie es uns ums Berg ift. (Beifall.)

Dr. Michael Hainisch (Wien): Seine Ezzellenz hat auseinanders gesetzt, wie die Anschlußfrage durch die politischen Ereignisse beeinflußt wurde und hat darauf hingewiesen, daß die reichsdeutschen Agrarier Gegner des Anschlusses waren. Aus dem Grunde, weil sie fürchteten, daß die ungarische Landwirtschaft der deutschen Konkurrenz machen könnte. Nun steht die Sache heute anders. Deutschschsterreich ist ein Land, das nicht nur keine Lebensmittel abzugeben hat, sondern selbst auf bedeutende Zusuhren angewiesen ist. Man könnte nun im Deutschen Reiche umsgekehrt die Frage auswersen, ob es zweckmäßig ist zu Gebieten, die alle Lebensmittel brauchen, ein neues Gebiet hinzuzusügen, welches auch hinssichtlich der Lebensmittel passiv ist. In Deutschschsche stemmen alle Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung von der Zugehörigkeit Wiens.

Wäre Wien nicht vorhanden, so wäre es denkbar, daß Deutsch-Österreich ein Leben führen könnte wie die Schweiz. Das enorme Defizit an Lebensmitteln in Deutsch-Ofterreich wird nun aber vermindert durch den sicheren Unschluß von West-Ungarn. Die Bauern von West-Ungarn sind eingewanderte Franken und Bajuvaren, ein ausgezeichnetes Menschenmaterial. Außerdem ist die deutsch sösterreichische Landwirtschaft in einer Weise rückständig, daß sich die reichsdeutschen Landwirte keine Vorstellung davon machen können. Die Landwirte sind in den Alpenländern fast nur Bauern und Kleinhäusler. Diefe Bauern führen ein Stilleben und find fo rudftandig, daß es geradezu unglaublich ift. So find gemiffe Dinge, wie der Wechsel von Saatgut ufw. diesen Bauern vollständig unbefannt. Es fommt vor, daß der Bauer ein Saatgut verwendet, das er noch von seinem Urgroßvater her hat. Auch die Biehzucht steht auf einer niedrigen Stufe. Ich habe die feste überzeugung, daß sich in wenigen Jahren die Produktion von Milch um 50 % heben ließe, die von Getreide um 30 %. Es bedürfte nur der Initiative, um rasch vorwärts zu kommen. Leider febe ich nicht viel von einer folchen. Die Berfassung ift wohl geandert, aber das Phlegma ift geblieben. Stellungen find aus politischen Rucknichten und nicht nach Renntniffen besett. In absehbarer Reit wird, wenn wirklich eine intensivere Wirtschaftsweise Blat greift, das Defizit auf ein geringes Mag heruntergedrückt werden. Es gehört nichts weiter bazu als ber gute Wille. Das Defizit an Nahrungsmitteln foll uns also nicht abhalten, den Anschluß Deutsch-Ofterreichs an Deutschland zu fordern.

Prof. Dr. Carl Johannes Fuchs (Tübingen): Meine Damen und Herren! Ich möchte als reichsdeutscher Agrarpolitiker die Ausführungen, die der letzte Diskussionsredner gemacht hat, wiederholen und unterstreichen. Ich möchte dabei anknüpfen an einen Punkt in dem ersten Referat von heute vormittag, wo ich mit den Aussührungen nicht so übereinstimmen konnte, wie es im übrigen gegenüber dem Referate der Fall war. Der erste Referent hat betont, daß der wirtschaftliche Zusammenschluß Deutschlands und Österreichs jetzt unter den Berhältsnissen, wie sie die Friedensschlüsse gebracht haben, für beide Teile wirtschaftlichen Borteil bringen würde, allerdings "für Deutschland weniger als für Österreich". Ich möchte dem nicht zustimmen. Ich möchte sagen: ich bedaure, daß hier der Standpunkt wieder eingenommen worden ist, der vor den Ereignissen ber jüngsten Zeit auf deutschrung, wieviel

hier und wieviel dort gewonnen wird, wobei fühl rechnerisch gesagt wurde: ja, wir haben auch Borteil davon, aber weniger. Ich habe den Eindruck, daß das auf reichsdeutscher Seite viel verschuldet hat und einen großen Anteil daran hat, daß wir heute noch nicht weiter gekommen sind. Und darum glaube ich, gerade eben auch das unterstützen und unterstreichen zu sollen, mas herr Dr Hainisch über einen Bunkt ausgeführt hat, wo man zunächst auf den ersten Blick zweifeln und sagen möchte: hier ist ein Passivum auf der österreichischen Seite, hier bringt uns der Anschluß, wie die Verhältnisse sich jetzt gestaltet haben, nur eine Verschlechterung und nicht eine Verbesserung. Herr Dr. Hainisch hat schon darauf hingewiesen, daß der Fehlbedarf Deutsch-Ofterreichs an Bodenprodukten und landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch den Anschluß Westungarns erheblich verringert werden wird. Und weiter hat er darauf hingewiesen, daß im übrigen Aussicht besteht, diesen Fehlbedarf zu decken, wenn man bedenkt, wie rückständig die Landwirtschaft in Österreich ift. Und ich glaube in der Tat, daß dieser zweite Bunkt einer besonderen Hervorhebung bedarf. Es war nicht meine Absicht, an der Diskuffion teilzunehmen, und ich habe die Biffern infolgebessen nicht im Kopf: aber Sie können sie leicht im Borbericht nachsehen, die Biffern nämlich über den Unterschied des Ertrages in der deutschsöfterreichischen und der reichsdeutschen Landwirtschaft, wie fie in den letten Jahrzehnten fich entwickelt hat. Infolgedeffen hat Deutsch-Ofterreich eine Entwicklung vor sich, wie sie Deutschland in den letten Jahrzehnten bereits durchgemacht hat, die eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung nicht nur um 30 %, sondern um mehr, nicht als Phantasiegebilde erhoffen, sondern mit einer gewissen Sicherheit erwarten läßt. Von öfterreichischer Seite ist darauf hingewiesen worden, daß die Hauptursache des Zuruckbleibens der deutsch-österreichischen Landwirtschaft gewesen ist die verhängnisvolle Verbindung mit Ungarn: es hatte ein Land zur Seite, das ihm unbeschränkte Quantitäten Getreide lieferte. Das hat sich jest geändert: Deutsch-Österreich ist auf sich selbst geftellt, und es ift mit Sicherheit zu erwarten, es besteht jest eine sichere Möglichkeit, daß die Verhältnisse sich hier wesentlich andern werden. Und wenn wir die volkswirtschaftliche Bukunft vom Standpunkt des Deutschen Reiches aus betrachten, fo ift gemiß, daß mir dem alten Sat: "Unfere Bukunft liegt auf dem Waffer" - von dem ich nicht untersuchen will, ob er früher richtig mar -, daß wir dem jest den Sat gegenüberftellen muffen: unfere Bufunft liegt auf bem Lande, auf ber Scholle, und bag gegenüber der Unficherheit, welche die Bufunft der Induftrie und des Sandels in Deutschland uns heute darbietet, auf dem Gebiet der deutschen Wirtschaftspolitif nur eines eine gemisse Zuversicht für die Rufunft eröffnet: das ist eine großzügige Ansiedlung, das ist die Durchführung deffen, was wir Agrarpolitiker feit Sahrzehnten verlangt haben, die großzügige innere Rolonisation, die Schaffung von mehreren hunderttausenden von neuen Bauernhöfen und etwa einer Million von Arbeiterftellen. Dazu scheint in Deutschland endlich der Weg beschritten zu werden und die Bahn frei zu werden. Und damit hoffen wir — es wird das ja von fachfundigen Technifern wie Backhaus mit Bestimmtheit ausgesprochen -, daß wir selbst in Deutschland heute,, trot der hohen Entwicklung, die unsere Landwirtschaft in den letten Sahrzehnten erlebt hat, noch eine Berdoppelung unserer landwirtschaftlichen Grzeugnisse erreichen können. Wenn das richtig ift, dann sind die Möglichkeiten, vor denen Deutsch-Öfterreich fteht, also offenbar noch sehr viel größer, und dann braucht uns allerdings der Umstand, daß Deutsch = Öfterreich augenblicklich im ganzen genommen ein Buschußland ift, unter diesem Gesichtspunkt wirklich nicht zu erschrecken, denn wir sehen die sicheren Möglichkeiten vor uns, daß dem abgeholfen wird. Was Österreich dazu vor allem braucht, können wir ihm bringen, das ift fünstlicher Dünger, den wir durch die Stickstoffindustrie bieten, und den es dann imstande sein wird, nicht verteuert wie bisher, sondern zu billigen Preisen zu bekommen.

Dem steht aber schon heute ein anderes Moment gegenüber:" daß dieses Deutsch = Dfterreich mit seiner volkswirtschaftlichen Struktur und feiner agrarischen Verfassung doch sofort ein überaus wertvolles Aftivum hereinbringt, nämlich einen völkisch gesunden Bauernstand großer Gebiete und auf der andern Seite in Wien ein Kleinbürgertum und Handwerkertum, einen Mittelftand, der fich durch eine gang besondere, im Deutschen Reiche nirgends zu findende fünftlerische, insbesondere funftgewerbliche Begabung auszeichnet und auch dadurch eine wertvolle Bereicherung für unsere Volkswirtschaft bedeuten würde. Da sehen wir, daß die Frage fich fofort erweitert von der rein volkswirtschaftlichen zur völkischen, zur foziologischen, daß wir wertvolle Bolfsbeftandteile in diesem Bauerntum und in diesem gesunden alten Sandwerkertum Deutsch-Ofterreichs gewinnen würden. Aber es ist nach meiner Auffassung überhaupt nicht der richtige Standpunkt, hier zu rechnen, immer wieder zu rechnen, mas ift Baffivum auf der einen Seite und mas Aftivum auf der anderen. Es handelt fich hier um größere Fragen als die der volkswirtschaftlichen Handelsbilanz und der wirtschaftlichen Entwicklung überhaupt. Es ist diese Frage geradezu ein Schulbeispiel dafür, daß die Wirtschaft und Bolkswirtschaft doch nie und nimmer Selbstzweck ift, sondern daß sie

Mittel ist zum Zweck der ganzen menschlichen Existenz und Kultur. Und darüber wollen wir uns klar sein: was hier auf der Spize steht ist nicht weniger, ist nichts Geringeres als die Zukunft der deutschen Kultur überhaupt. (Sehr richtig!)

Nicht die Aufrechterhaltung oder die baldige Wiedergewinnung einer sicheren Stellung des Deutschtums steht in Frage, sondern überhaupt die Forteristenz oder der Untergang des deutschen Wesens und der deutschen Kultur. Und wie Österreich allein sie nicht erhalten kann, können auch wir Reichsbeutsche sie nicht erhalten ohne die Unterstützung, ohne die Mitwirfung, ohne den Zusammenschluß mit unseren öfterreichischen Brüdern. Alle Formen, alle Erscheinungsarten dieser deutschen Kultur, die es heute noch in der Welt gibt, die muffen in diesem Augenblicke der schwerften Unfechtung und Unterdrückung zusammengefaßt werden, gleichviel wie die wirtschaftliche Seite der Sache ift. Alle Deutschen in der Welt muffen zusammenhalten und in erfter Linie die benachbarten Brüder im Deutschen Reich und in Öfterreich. Wenn wir uns das vergegenwärtigen, daß es fich darum handelt, um Fortbestand oder Nichtfortbestand unserer deutschen Kultur -, ich glaube, dann konnen wir nicht zweifelhaft jein, wie wir uns zu diefer Frage stellen, mas wir in ihr als Bekenntnis abzulegen haben.

Eine andere Frage, über die man zweiselhaft sein kann, ist die, ob es opportun ist, in diesem Augenblick solche Bekenntnisse besonders laut auszusprechen, ob nicht da die weise Lehre auch gilt, die der französische Revanchepatriotismus uns gegeben hat mit seinem bekannten Wort: "Immer daran denken, nie davon reden!" In unscrem Kreise jedenfalls dürsen und wollen wir davon reden, dürsen wir aussprechen, daß wir zusammengehören, und dürsen wir den Wunsch des österreichischen Korresernten erfüllen, daß das gesamte deutsche Bolk das nächste Mal, wenn die Gelegenheit des Zusammenschlusses der deutschen Stämme kommt, bereit sein möge, diesen Zusammenschluss zu vollziehen. Das sei das Opfer, das wir heute den Manen unseres verstorbenen Vorsitzenden darbringen, der Dank für das, was er für den Verein getan hat. Wenn wir uns dazu einmütig bekennen, dann, bin ich überzeugt, wird für Deutschsösterreich und das Veutsche Reich das Wort Heines sich bewahrheiten: "Deutschland hat ewigen Bestand, es ist ein kerngesundes Land."

Dr. Heinrich Ritter von Wittek, k. k. österr. Minister a. D. (Wien): Hochansehnliche Versammlung! Nach den beredten und überzeugenden Ausführungen des geehrten Herrn Vorredners über die Not-

wendigkeit des Anschlusses von Teutsch-Ofterreich an das Teutsche Reich, darf ich mich jeden Bersuches überhoben erachten, dieses Thema neuersdings vor Ihnen aufzurollen. Ich kann mich darauf beschränken, zu erwähnen, daß ich von jeher für die möglichst enge und innige wirtschaftliche Annäherung der vormals großen österreichisch-ungarischen Monarchie und des Deutschen Reiches eingetreten din. Erlauben Sie mir aber auf einen Punkt zurückzukommen, den mein sehr geehrter dritter Borredner berührt hat. Das ist die Frage des Abwägens der gegenseitigen Borteile, welche aus dem Anschluß hervorgehen würden. Und so sehr es mir gleich meinen geehrten Borrednern widerstrebt, die Annehmlichkeiten und Borzüge des Anschlusses für unsere geehrten Bundesfreunde hervorzuheben, weil das eigentlich Sache eines unbefangenen Dritten wäre, so kann ich doch einen Punkt nicht unerwähnt lassen, der mir in wirtschaftlicher, aber auch in verkehrspolitischer Beziehung von einiger Wichtigkeit zu sein scheint.

Herr Brof. Altmann hat mit Recht hervorgehoben, wie wertvoll es fei, daß zu dem Deutschen Reich ein Volksstamm tame mit der psychologischen Beranlagung der Öfterreicher, eines Volksftammes, der eine wertvolle Bereicherung der Volksgesamtheit bringen murde. Ich möchte dem noch hinzufügen, daß diese spezielle Veranlagung, die uns Öfterreichern allerdings durch eine jahrhundertelange nicht ohne Selbstverleugnung betätigte übung erwachsen ift, auch in wirtschaftlicher Hinsicht eine Eigenschaft hervorgebracht hat, welche für Deutschland, namentlich für die deutsche Industrie, für ben beutschen Berkehr von nicht zu unterschätzender Bedeutung ift, und das ift die Vermittlungsftellung, welche die öfterreichische Geschäftswelt und die öfterreichischen Verkehrsanftalten bisher zwischen ben Gebieten, die vormals der öfterreichisch-ungarischen Monarchie angehörten und nunmehr felbständige Nachbarstaaten geworden sind, und Deutschland, einnehmen. Diese Bermittlungsstellung ift nicht nur durch die geographische Lage gegeben, sondern fie ift eine alte und unveräußerliche Aussteuer, die die Natur den deutsch-öfterreichischen Ländern und ihrer Bevölkerung gegeben hat. Es ift die Stellung an einem wichtigen Punkt des Donaulaufes, mo der Gebirasstrom in den langsam flutenden Flachlandstrom übergeht, mo zugleich die Berkehrslinien von Norden und Guden gufammentreffen und den Beftand eines vermittelnden Verkehrsmittelpunktes amischen Norden und Guden, amischen Often und Westen herbeiführen. Eine Unzahl von geschäftlichen und perfönlichen Berbindungen ift dadurch geschaffen, die heute trot der politischen Abtrennung der Gebiete der Nachfolgestaaten in Deutsch-Ofterreich noch immer fortleben, die sich nicht durch einen Federstrich abschneiden laffen. Das bringen wir im Falle

des Anschlusses an Deutschland mit: das ist etwas, was für Deutschland nicht ohne Wert sein wird.

Wir bringen auch mit, wie bereits hervorgehoben wurde, eine Armee rühriger schaffenskräftiger Arme, die sich zum großen Teil im wirtschaftslichen Leben, im Handel und Verkehr, schon vordem betätigt haben und von denen viele infolge der Verkleinerung unseres Gebietes vor der Zwangslage stehen, ihre bisherige Verufsstellung aufzugeben und auswärts eine neue Verufsstellung zu suchen.

Unsere Vermittlungsstellung führt noch auf eine andere Frage. Seute ift es allerdings verfrüht, gegenüber den Außerungen und Betätigungen unfreundlicher, mißgunftiger Gesinnung auf seiten der Staatslenker der neuerstandenen Nachfolgestaaten gegen Österreich und insbesondere gegen Wien daran zu benten, daß diese Gefinnungen auf einmal plötlich umschlagen könnten. Aber was nicht zu vergessen ist: diese Gesinnungen find die Reinkultur der entsetlichen Kriegsleiden, des politischen Umfturzes, des bis zu einer Art Delirium gesteigerten Nationalgefühls. Das läßt sich nicht halten. Die materiellen Verhältnisse werden stärker sein als diefer politische Fieberzustand. Es scheidet sich nicht ganz ab das, mas fo lange zusammengehangen hat. Es find gegenseitige Bedürfnisse da, es ift nicht bloß eine einseitige Begunftigung, die Deutsch-Ofterreich von den Nachfolgestaaten verlangt. So fehr ich mit mehreren Vorrednern darin übereinstimme, daß die Idee einer politischen Donaukonföderation nur aus einer völligen Unkenntnis ber tatfachlichen Berhältniffe entsprungen fein fann, so fehr fann ich mir vorstellen, daß gewiffe Erleichterungen im Berkehr, gemisse wirtschaftliche Wiederanknüpfungen zwischen Deutschland, Öfterreich und den Nachfolgestaaten möglich sind und daß die Gewalt der Verhältniffe, der Zwang der wirtschaftlichen Bedürfniffe und schließlich der eigene Vorteil die wirtschaftlichen Kreise in den Nachfolgestaaten sehr bald dazu bringen wird, die Hand der Berständigung zu ergreifen, die ihnen in diesen Fragen gern bereitwillig geboten wird.

Lassen Sie mich nun auf das kommen, was ich als Ergänzung der bisherigen Ausstührungen bieten kann. Das ist die Frage der Berkehrspolitik, wie es unser Referent am Eingang seiner ausgezeichneten Ausstührungen hervorgehoben hat. Genau so, wie bei Beginn des Krieges unser Berein den engen Zusammenschluß der beiden Reiche auch in wirtsschaftlicher Beziehung zu sördern bestrebt war, so hat unser Berein auch ein großes Berdienst um die Klarstellung all dieser Fragen sich erworben durch die von ihm veranlaßten und herausgegebenen Gutachten und Außerungen (Bd. 155). In diesen Außerungen und Gutachten sind die Meinungen

über die Zweckmäßigkeit eines engen wirtschaftlichen Zusammenschlusses zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn nicht übereinstimmend Es hat sogar Stimmen gegeben, welche einem derartigen Rusammenschluß widerstrebten, welche die Befürchtung aussprachen, es könnte eine wirtschaftlich ungunftige Schlußbilanz unter Umständen auch auf das politische Verhältnis nachteilig wirken. Unter den damals ver= öffentlichten Abhandlungen befindet sich eine, an die ich besonders erinnern möchte. Es ist eine ausführliche Darstellung der Ziele und Magnahmen, welche auf dem Gebiet der Verkehrspolitik zum Zwecke eines engeren Busammenschlusses der beiden führenden Mittelmächte getroffen werden In dieser Abhandlung wird eine Reihe von Vorschlägen gemacht, wie man mit möglichster Schonung der Gigenart der beiden Reiche durch ein umfassendes System von Verkehrserleichterungen die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen erweitern könnte. Je mehr aber die Stimmen hinsichtlich der Frage der handelspolitischen Unnäherung und insbesondere bezüglich der Bolleinigung geteilt maren, die damals von mancher Seite nur mit zögernden Vorbehalten, von anderer alatt verneinend beantwortet wurde, — die Frage einer Orientierung der Verkehrspolitif bei den Gifenbahnen und der Schiffahrt nach den Gesichtspunkten einer Annäherung und Übereinstimmung ist unbestritten von allen, die sich über die Unnäherungsfrage ausgesprochen haben, als etwas nahezu Selbstverständliches und Wünschenswertes betrachtet worden.

Die Verhältnisse, die damals die Vorschläge meines geehrten Freundes Dr. v. d. Legen in der Frage der Berkehrspolitik zeitigten, haben eine grundstürzende Veränderung erfahren. Wir haben schon mehrere geehrte Vorredner das traurige Bild der wirtschaftlichen Lebensunfähigkeit Deutsch-Öfterreichs, der Not unserer Industrie, der Unzulänglichkeit unserer Produktion hier darlegen gehört, und es ist mir sehr schmerzlich, dieses Bild noch durch den Hinweis auf die Lebensunfähiakeit unseres Gisenbahnnetes in seinem jetigen Buftande zu erganzen. Ihnen allen find ja bie grausamen Bestimmungen bekannt, mit denen der Frieden von St. Germain das — was man früher bloß als eine schwere Befürchtung betrachtete zur traurigen Wahrheit gemacht hat. Es ift unfer Staatsgebiet durch den Machtspruch der feindlichen Gewalthaber felbft gegenüber dem nationalen Besithtande namhaft verfurzt und dementsprechend bas Gifenbahnnet von einem Umfang von bald $30\,000~\mathrm{km}$ auf ein Minimum von zwischen 5—6000 km herabaesekt. Unsere langen Verkehrslinien für den internationalen Verkehr sind zerschnitten; mit Ausnahme einer einzigen, der Westbahn, die von Wien an die deutsche Grenze führt, sind die anderen Berbindungen mit Deutschland zertrennt. Zurückgeblieben sind von ihnen Rumpfstücke, die eigentlich einer selbständigen Bewirtschaftung gar nicht fähig sind, die im reinen Ortsverkehr von unseren Berwaltungen betrieben werden, und die, soweit es sich selbst um anschließende, in das Innere unseres Landes hineingeschobene Stationen handelt, auf den guten oder minder guten Willen der Verwaltungen der angrenzenden Nachsolgesstaaten angewiesen sind.

Dazu kommt die Rohlennot, die Notwendigkeit, den Brennstoff für den Betrieb unferer Gifenbahnen von diefen Nachbarftaaten zu beziehen, das fortwährende Wechseln in der Erfüllung der geschlossenen Bereinbarungen, nicht immer durch bösen Willen, sondern auch infolge anderer Umstände — all das führt zu einer Abhängigkeit, wie man fie sich ärger nicht benfen fann. Diese burch ben Friedensvertrag bedingte Abhängigfeit wird durch die Verhältnisse in den Produktionsgebieten, zumal durch die Rämpfe verschärft, die in einem der wichtigsten Reviere die normale Betätigung der Produktion verhindern. Bu alledem kommt dann noch die Bestellung der uns im Friedensvertrage auferlegten Zwangsleiftungen, von Servituten, die - man muß es offen fagen - von einem auffälligen Mangel an Sachkenntnis und gründlicher überlegung des schwierigen Gegenstandes einer ftaatsvertragsmäßigen Regelung der Gifenbahnverkehrsund Tarispolitik ein schlagendes Beispiel geben. Ich erinnere an die Meistbegunstigung, welche sich die feindlichen Staaten einseitig auf beftimmte Zeiten ausbedungen haben, die nur ihnen zugut kommt. Auch das Recht des Durchsahrens der Tschecho-Slowaken auf ihrem Weg nach Süden, um an die Adria zu kommen, auch das den Italienern eingeräumte Recht, auf unserem Gebiet Gisenbahnen herzustellen, wofür wir ursprünglich sogar hätten die Kosten tragen sollen, und alle die drakonischen Bestimmungen find nicht von Fachmännern gemacht, sondern von Bolitifern, die sich mit einem Schlagwort über die schwierigsten Probleme hinüberfegen zu können glaubten. Wenn man fich die Sache praktisch vorstellt, so stößt man auf eine Reihe von Unmöglichkeiten. Es sind derartige Berpflichtungen, bie einem wenn auch besiegten Staat auferlegt worden maren, in der ganzen Geschichte des Verkehrsmesens und insbesondere auf dem Gebiete der Gisenbahnen niemals vorgekommen. Nun besteht allerdings eine der Entente sozusagen in letter Stunde abgerungene Hoffnung auf eine Milberung bei der Anwendung dieser Bestimmungen. Diese Milberung ift die Reparationsfommission, deren Zusammensehung ungunstig genug ift, von der man aber hofft, daß sie in einer anderen Richtung zu billiger Ginsicht zu bekehren sein werde. Wenn ihre öfter=

reichische Sektion einmal in Wien ihren Sit haben wird, so wird diese Kommission durch eigene Anschauung und durch Information seitens der Fachkreise von der Unmöglichkeit mancher Leistungen des Friedensvertrages überzeugt werden, und dadurch wird es vielleicht möglich sein, gewisse Milderungen zu erzielen.

Dabei darf man eines nicht vergessen: Diese Milderungsinstanz bebeutet eine fortwährende tief eingreifende Beschränfung unserer Souverani-Deutsch-Ofterreich wird, abgesehen von den harten Vorschriften des Bertrages noch unter eine spezifische Kuratel gestellt. Die Oberkuratoren find der Rat der Entente und die lokalen Kuratoren stellt die Reparations= kommission dar. Das ift etwas, was dem Begriff eines unabhängigen Staates, wie er in dem Frieden als unantastbares und von der Entente sorgsam zu hütendes Prädikat der Republik Österreich beigelegt wird, widerspricht. Ein Staat, der folche Eingriffe in seine Bewegungsfreiheit dulden muß und der bezüglich der Anwendung dieser und anderer Bestimmungen sich unter einer permanenten Kuratel befindet, der kann nur in überaus beschränktem Ausmaß auf Unabhängigkeit Anspruch erheben. sich diese Bestimmungen unseren Anschlußbestrebungen entgegengestellt, und bilden für sie hemmende und trennende Schranken. Diese Bestimmungen tragen eben einen inneren Widerspruch in sich: Wir sollen nur insofern unabhängig fein, als es ber Entente gefällig ift, uns unabhängig fein zu laffen, und wir dürfen gar keinen Gebrauch von unferer Unabhängigkeit machen, wenn das den Absichten und den vermeintlichen Vorteilen der Ententestaaten widerspricht.

Das wäre genügend, um zu zeigen, daß diese widerspruchsvollen Bestimmungen eigentlich doch eine gewisse Besorgnis davor ausweisen, daß der Zusammenschluß von Deutschland und Deutschschler dazu beitragen könnte, die Macht und die Aktionsfähigkeit beider Teile in wirtschaftlicher und politischer Beziehung zu stärken.

Ich möchte nun auf den Gedanken zurücktommen, wie die vorhin erswähnten verkehrspolitischen Vorschläge und sachlichen Anregungen derzeit weiter zu behandeln wären. Ich möchte anregen, ob es nicht an der Zeit wäre, sich mit der Frage zu beschäftigen, inwieweit diese Anregungen innerhalb jener Schranken, die durch die Gewaltbestimmungen des Friedensvertrages uns aufgezwungen sind, daher in einem leider etwas beschränkten Umfange, aber doch in einer für beide Teile nüglichen und wertvollen Weise weiterverfolgt werden könnten. Mir schwebt der Gedanke einer Uberprüfung der damaligen Vorschläge vom Standpunkt der jetzigen aktuellen Verhältnisse vor, einer Überprüfung, welche

wohl ergeben wird, daß manche der angeregten Maßnahmen jett leider unaussührbar sind und es bleiben werden, solange die Bestimmungen der Friedensverträge von St. Germain und Bersailles in voller Schärse aufrechtbestehen, die aber ergeben kann, daß in manchen Beziehungen ein Beg zu sinden ist, der die wünschenswerten Bestrebungen nach einer Unnäherung und Übereinstimmung der eisenbahntechnischen und versehrspolitischen Sinrichtungen möglich macht. Und ich kann mir vorstellen, daß namentlich in der Frage der Rechtsgleichheit, der Angleichung der beiderseitigen Berkehrsrechte, nütliche Fortschritte auch innerhalb der Schranken der Friedensbedingungen denkbar sind. Ich kann mir vorstellen, daß in der Frage der technischen Ginrichtungen, der Organisation des Betriebes und der Ausbildung des Versehrspersonals zwischen beiden Staaten Übereinstimmung geschaffen werden kann. Das würde von arößter Bedeutung sein und ist in dieser Richtung ein Hondernis in den

Friedensbedingungen meines Erachtens nicht vorhanden.

Was das Tariswesen betrifft, so liegt hier die Sache etwas anders. Der Friedensvertrag sieht eine Meistbegünstigung der Ententestaaten vor in einem Umfange, der sich durch die nähere Auslegung und die Ersläuterung des Friedensinstruments erst wird sesststellen lassen, in einem Umfange aber, der es außerordentlich erschwert, eine Meistbegünstigung für andere, wenn auch uns noch so nahe befreundete Staaten, zu gewähren. Es sind übrigens erhebliche Zweisel dagegen zu erheben, ob das System, wie es in dem Friedensinstrument sich darstellt — die Anwendung aller begünstigten Tarise für den Berkehr der Ententestaaten — sich prattisch durchsühren läßt Überdies geht das Gisenbahntariswesen einer großen Umgestaltung entgegen; in der bisherigen Weise wird es sich nicht wieder ausbauen, und da gibt es zwei Momente, die in die Wagssichale fallen.

Erstens die ungeheuere Berteuerung der Gestehungskosten der Eisenbahnen; sie beginnt mit einer geradezu entseklichen Steigerung der Preise gewisser Rohstosse, die die Eisenbahnen nicht entbehren können, und sekt sich mit der steigenden Höhe der Gehalte und Löhne fort, die dem Personal mit Rücksicht auf die Berteuerung der Lebensverhältnisse gezahlt werden müssen. Dieser Berteuerung steht die Notwendigkeit gegenüber, sobald als möglich aus den ungeheueren Betriebsabgängen herauszukommen. Diese Momente ergeben für das Tariswesen grundstürzende Anderungen im Sinne einer alle bisherigen Annahmen überschreitenden allgemeinen Tariserhöhung, wie sie bereits von den deutschen und österreichischen Bahnen ins Werk gesett wird.

Mussprache.

Aber ein weiteres wird noch hinzukommen. Gegen die Kompliziertheit der Gütertarise haben sich schon vordem starke Bedenken geltend gemacht. Man wird den Berkrachtern in dieser Hinsicht entgegenkommen und ein einsacheres, dafür aber allerdings nicht so seinsühliges Instrument schaffen müssen, als es disher die verschiedenen Abstusungen des Wertes der Verkehrsleistung zur Geltung zu bringen suchte. Mit diesen Vershältnissen wird die Verkehrspolitik der Entente bei der praktischen Answendung der Friedensbestimmungen zu rechnen haben.

Es schien mir nun sehr münschenswert, die besprochenen Fragen einer eingehenden Prüsung zu unterziehen und ich möchte mir die Anregung erlauben, daß aus unserem Kreise Fachmänner, die speziell diesen Gegenstand beherrschen, sich damit besassen und insbesondere der hierdurch berührten Frage der gegenseitigen verkehrspolitischen Annäherung im Gisensbahnwesen näher treten möchten. Es würde hierdurch die Aussicht ersöffnet, zweckmäßige, beiden Teilen nütsliche und vor allem aussührbare Vorschläge zustande zu bringen.

Zum Schlusse möchte ich noch ein Wort hinzusügen. Wie immer die Berhältnisse sich gestalten werden — und ich hoffe doch, daß die Stimme der Einsicht und Billigkeit endlich die Oberhand behält — den beidersseitigen Zusammenschluß werden wir als Ziel unter allen Umständen im Auge behalten. So viel steht für mich — und ich glaube auch für Sie — sest: das deutschsösterreichische Volk ist ein Teil des deutschen Volkes, wird es immer bleiben und dementsprechend handeln. (Beifall.)

Vorsitzender: Meine Damen und Herren! Der Abend neigt sich. Sieben Herren stehen noch auf der Rednerliste. Ich möchte den Herren daher vorschlagen, die Redezeit auf fünf Minuten zu beschränken (Zustimmung).

Diese Gelegenheit möchte ich benügen, etwas Geschäftliches hinzuzususügen. Wir haben die auf der heutigen Tagesordnung vorgesehene Vornahme der Wahlen verschoben. Wir werden morgen die Sitzung mit den geschäftlichen Angelegenheiten zunächst eröffnen müssen, und ich möchte daher vorschlagen, morgen nicht um 9½ Uhr, sondern bereits um 9 Uhr anzusangen. (Zustimmung.)

Prof. Dr. Arthur Cohen (München): Meine Damen und Herren! Ich möchte das Thema von einem etwas einseitigen Standpunkt aus bestrachten, nämlich vom bayerischen und speziell vom südbayerischen, und bas rechtsertigt sich dadurch, daß wir uns in einer Donaustadt besinden,

Schriften 159. — Verhandlungen.

fo daß dieses partifularistisch erscheinende Moment von selbst hervortritt. Ich lade Sie ein, die Karte des Deutschen Reiches zu besichtigen. feben, daß Südbagern fich an der Südoftecke bes Reiches befindet. Bagern war von zwei Seiten von Öfterreich umschloffen, es hatte gegen Deutsch= Österreich ebenso lange Grenzen wie gegen die deutschen Staaten. Man fann Bagern mit einem Sack vergleichen, und München ist das äußerste Ende dieses Sackes. Daraus läßt fich erklären, daß in letter Zeit so häufig Außerungen gefallen find, die eine Mißstimmung gegen Berlin ver-Wenn ein Landesteil Hinterland ift, so wird er sich zurückgesett fühlen und zurückgesett sein gegenüber den zentralgelegenen Teilen des Landes. Nachdem so die Lage Bayerns vom politischen Standpunkt aus betrachtet ift, wollen wir sie auch vom wirtschaftsgeographischen Standpunkt aus ansehen. Oberbagern ift wirtschaftsgeographisch von Tirol und Österreich nicht geschieden, besonders nicht durch eine Wasserscheide. Flüffe, die Oberbagern durchfließen, der Inn und der Lech, fließen auch durch Tirol. Das Tiroler Gebirge fest sich in Bayern fort, und auch die schmäbisch-bayerische Hochebene findet ihre Fortsekung in Ober- und Niederöfterreich. Wirtschaftsgeographisch also sind Südbagern und Deutsch-Öfterreich ein Ganzes, eine Ginheit.

Wenn nun diese wirtschaftsgeographische Einheit zu einer wirtschaftlichen Annäherung führen würde, so wäre das für Südbayern vorteilhaft und es murbe ein heilfames Gegengewicht gegen Berlin geschaffen: Sudbagern mare von zwei Weltstädten aus umworben. Es ift nicht zu befürchten, daß durch eine solche wirtschaftliche Annäherung an Öfterreich die Reichseinheit gefährdet murde. Denn der Gegensat zwischen dem großdeutschen und kleindeutschen Gedanken, der Ofterreich-Ungarn in den fechziger Sahren von Deutschland getrennt hat, dieser Unterschied zwischen großdeutsch und fleindeutsch ift verschwunden. Aber es ist auch nicht zu befürchten, daß durch die wirtschaftliche Annäherung Öfterreich ins Hintertreffen gelangen murde. Aus einer von der banerischen Sandelskammer in Verbindung mit dem bagerischen Statistischen Landesamt 1913 durchgeführten, freilich nicht lückenlosen statistischen Erhebung ergibt sich, daß die Ausfuhr von Oberbayern nach Öfterreich-Ungarn 2 Millionen Mark, die Einfuhr von Öfterreich-Ungarn nach Oberbayern dagegen 81/2 Millionen Mark betragen hat, so daß die Ausfuhr Ofterreich-Ungarns nach Oberbayern größer war als die Ausfuhr Bayerns nach Österreich-Ungarn.

Es ift bloß ein paar Jahrzehnte her, daß Südbayern von Österreich wirtschaftlich getrennt worden ist. Noch in den sechziger und siedziger Jahren waren die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Wirts schaftsgebieten reger als späterhin. Es wäre nur eine Wiederanknüpfung an diese historische Tradition, die Verfolgung gewisser innerer gefühls-mäßiger Momente im Sinne gemeinsamer Sitte und Kultur, wenn Öster-reich und Deutschland sich auch wirtschaftlich so weit wie möglich anseinander schließen würden.

Recht prophetisch hat 1852 der Vorsitzende der Münchener Handelsstammer eine Handelskammerperiode damit eröffnet, daß er, weil die Zollsunion mit Österreich-Ungarn in Vorbereitung war, aussprach: "Die österreichischen Zollgrenzen fallen, so hoffen wir, und das Zustandekommen dieses für Münchens Handel unschätzbaren Vorteils wollen wir nach Kräften fördern."

Heute noch stehen wir in Sudbagern auf diesem Standpunkt. (Beifall.)

Prof. Dr. Alfred Amonn (Wien): Das Problem des staatlichen Zusammenschlusses des deutsch-öfterreichischen Stammes mit den bereits im Deutschen Reich geeinten ist von den Vorrednern bereits so von allen Seiten beleuchtet worden, daß kaum noch etwas hinzuzusügen übrigbleibt. Indessen sei es mir gestattet, in aller Kürze auf einen Punkt Ihre Aufmerksamkeit schärfer hinzulenken, der in den Aussührungen der Vorredner nur slüchtig gestreist wurde, auf einen Punkt, der mir aber für die Beurteilung der Frage nicht an letzter Stelle zu stehen scheint, auf das, worauf meiner Ansicht nach die ganze künftige Entwicklung der deutsch-österreichischen Volkswirtschaft beruht. Das ist die Ausnühung der alpenländischen Wasserkräfte.

Es ift gesagt worden, daß Deutsch-Österreich im wesentlichen drei Rohstoffe in größerem Ausmaß besitzt: Eisen, Holz und Wasserräfte, daß ihm hingegen ein anderer wichtiger Rohstoff, die Kohle, fehle. Die Wasserräfte als Rohstoff haben die Eigentümlichseit gegenüber anderen Rohstoffen, daß sie nicht transportiert und daher nicht exportiert werden können. Wenn Deutsch-Österreich andere Rohstoffe hätte, die es exportieren könnte, oder wenn man Energien wie die Wasserräfte exportieren könnte, so krielleicht auch für sich selbst bestehen. Es könnte durch den Export sich selbst ernähren, es könnte durch den Export Beschäftigung sür jene Beruse schaffen, die in dem heutigen Deutsch-Österreich übersstüssig geworden sind. Aber die Wasserräfte müssen im Lande aussenut werden, und eine rationelle Ausnützung solcher Energien ist nur möglich in einem großen einheitlichen Wirtschaftsgediet. Dazu bedarf es nämlich viererlei: 1. des Finanzierungskapitals, 2. der komplimentären Produktionsmittel, Rohstoffe und Fabrikanlagen, 3. bedarf es dazu

einer geschulten Qualitätsarbeiterschaft und 4. eines entsprechenden Absatz gebietes.

Nun fönnte man sich denken, daß das Finanzierungkapital auch von anderswoher kommen könnte als von Deutschland, daß zum Beispiel die Wasserkräfts mit amerikanischem Kapital ausgenut werden könnten. Wan könnte sich serner denken, daß auch die komplimentären Produktionsmittel von dorther kommen könnten. Aber schwer läßt es sich denken, daß die entsprechende industriell geschulte Arbeiterschaft wo andersher kommen könnte als aus Deutschland, und schwer läßt es sich denken, daß das Absatzgebiet irgendein anderes sein könnte als wieder Deutschland.

Die alpenländische Bevölferung hat keine Eignung für industrielle Arbeit; es müssen also die Arbeiter importiert werden. Fremdsprachige Arbeiter werden schwerlich einwandern, es kommen nur deutsche Arbeiter in Betracht. Allein es besteht keinerlei Aussicht, geschweige denn Garantie für den Zuzug von deutschen Arbeitern, außer wenn das Gebiet innerhalb der staatlichen Grenzen Deutschlands liegt.

Was das Absatzebiet anbelangt, so ist es einleuchtend, daß Deutschland das natürliche und vielleicht das einzig gegebene Absatzebiet für die industrielle Produktion der Alpenländer darstellt und zwar wegen seiner Lage und der Verkehrsgelegenheiten. Schwer läßt es sich — heute wenigstens — denken, daß die Produkte irgendwo weiterhin konkurrenzfähig angeboten werden könnten, und so käme auch in diesem Fall nur Deutschland in Betracht.

So ist eigentlich Deutsch-Öfterreich einerseits ein ganz vorzügliches Ergänzungsgebiet für die deutsche Bolkswirtschaft, anderseits ist eine große deutsche Bolkswirtschaft die notwendige Boraussehung für die wirtschaftliche Entwicklung, Zukunft und die Existenzfähigkeit Teutsch-Öfterzeichs. (Beifall.)

Prof. Dr. Ludwig von Mises (Wien): Meine Damen und Herren! Der schöne Saal, in dem wir unsere Tagung abhalten, bietet wohl den besten Rahmen, den man sich für Beratungen über den Wiederseintritt Deutsch: Tsterreichs in das Deutsche Reich denken kann, und es wäre auf das freudigste zu begrüßen, wenn etwas von dem alten Geiste der Reichseinheit in unsere Verhandlungen übergehen könnte. Was wir jedoch für heute und für alle weiteren Verhandlungen vermieden wissen wollen und vermeiden müssen, das ist die Wiedersehr jenes Geistes der Uneinigkeit und des Partikularismus, des Handelns und Schacherns bei Vertragsabschlüssen, der das alte Deutsche Reich und den Deutschen Bund

Aussprache.

getennzeichnet hat, der sich aber auch im neuen Deutschen Reich gezeigt hat in den Verhandlungen über Reservatrechte und Sonderinteressen, und der während des Krieges das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche getrübt hat. Wenn Deutsch-Österreich wieder in das Deutsche Reich eintreten soll, so ist das kein wirtschaftspolitischer, sondern ein allgemein politischer Entschluß, den beide fassen, ohne sich dabei um Vorteile und Nachteile, die für den Augenblick daraus erwachsen können, zu kümmern. Es geht nicht an, gewissermaßen eine Vilanz auszustellen und zu erklären, man werde unter diesen oder jenen Bedingungen mehr oder weniger zu zahlen haben. Man darf die Sache nicht von einem solchen Standpunkt aus betrachten; man würde damit in die fünstige Gemeinschaft von vornherein Reibungen und Zwistigkeiten hineinstragen. Der Anschluß ist eine politische Forderung und keine wirtschaftspolitische.

Diefe Einschränkungen muß ich vorausschicken, wenn ich baran geben will, einige Aftiva der deutsch-öfterreichischen Volkswirtschaft aufzuzählen, die bisher feine Erwähnung gefunden haben. Ich tue es nicht, weil ich glaube, daß der Anschluß davon abhängt, ob solche Aftiva in genügend großer Bahl vorhanden find, sondern weil ich ber Meinung bin, daß wir hier ein richtiges Bild von der deutsch-österreichischen Volkswirtschaft betommen wollen, und daß es, um der Bahrheit die Ehre ju geben, not= wendig ift, die meines Grachtens zu buftere Schilderung der deutsch= öfterreichischen Wirtschaftslage in einigen Bunkten richtigzustellen. 3ch glaube, daß man bei der Besprechung der deutsch-öfterreichischen Volkswirtschaft nicht genügend Rechnung getragen hat der deutsch = öfter= reichischen Qualitätsinduftrie, die vor allem in der Stadt Wien konzentriert ift. Sie ist im Kriege in schweren Notstand geraten, da die Kriegswirtschaftspolitik fie, die keinerlei Material für die Kriegsführung produziert, lahmaelegt hat; sie ift auch bis heute noch nicht in die Lage gekommen, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen, weil die merkantilistische Devisenpolitik es ihr unmöglich macht, fich die Rohftoffe und Halbfabrifate, die fie benötigt, zu beschaffen. Aber es ift fein Zweifel, daß diese Industrie, sobald man sie nur wieder wird arbeiten lassen, auch in der Lage sein wird, ihre alte Böhe wieder zu erreichen.

Ein zweites Aktivum der deutsch-öfterreichischen Bolkswirtschaft ist der reiche Besit an Wertpapieren und sonstigen Vermögensanlagen in den neu entstandenen Nationalstaaten. Allein in Ungarn dürfte der deutschsöfterreichische Besit 15—20 Milliarden Kronen betragen. Augenblicklich tritt die Bedeutung dieses Besitzes für die deutsch-öfterreichische Volks-

wirtschaft nicht in Erscheinung, da das System der Kompensationsverträge keinen Raum läßt für die Bezahlung der Zinsen, Dividenden und Geschäftsgewinne. Solange Verträge in Kraft stehen, die verlangen, daß Wareneinsuhr und Warenaussuhr sich im Werte decken und die Überschüsse dar beglichen werden, muß eine Stockung in der Ersüllung der schuldnerischen Verpslichtungen eintreten. Doch das kann keine dauernde Erscheinung sein. Früher oder später wird man zu einer Regelung des Verkehres übergehen müssen, die wieder die Möglichkeit bietet, aus der Gläubigerstellung Deutsch Sierreichs auch andere materielle Vorteile zu ziehen als den der Veräußerung der Forderungstitel, der heute allein daraus gezogen werden kann.

Ein brittes Aktivum Deutsch-Österreichs ift die in Wien konzentrierte Organisation des Handels nach den neuen Nationalstaaten und nach dem Balkan. Allein diese Organisation hat es bisher der sudetenländischen Industrie ermöglicht, ihre Waren nach Ungarn, Galizien und dem Balkan zu bringen. Ohne diese Organisation wird sie auch in Hinkunst nicht in der Lage sein, Absatz zu sinden. Ob der tschecho-slowatische Staat will oder nicht, er wird sich des Wiener Handels bedienen müssen.

Das sind drei Aktiva der deutschsösterreichischen Volkswirtschaft, die man in Betracht ziehen muß, wenn man von den zukünftigen Aussichten unserer Volkswirtschaft spricht. Es sind Aktiva, die aus der Vergangensheit herstammen und Zukunftsmöglichkeiten bieten. Man darf sie desswegen nicht unterschähen, weil sie für den Augenblick ziemlich wertlosscheinen. Denn das ist nur eine vorübergehende Erscheinung. Es kann kein Zweisel sein, daß in dem Augenblicke, in dem sie ihre Besbeutung wieder entfalten können, der Vorteil davon nicht nur Deutschschetreich, sondern der ganzen deutschsösterreichischen Volkswirtschaft zugute kommen wird. Dann werden Wien und Deutschschsterreich wieder aktive Glieder der deutschen Volkswirtschaft sein, dann wird man nicht mehr sagen können, daß die Stadt Wien nichts anderes ist als ein Schmaroker am aroßen deutschen Wirtschaftskörper.

Dr. Karl Bräuer (Weißer Hirsch bei Dresden): Sehr geehrte Damen und Herren! Das Problem, das uns heute beschäftigt, ist ein durchweg politisches. Alle diese wirtschaftlichen Momente sind ja nur Folgeerscheinungen der großen politischen Tatsache, vor der wir stehen und die eine Lösung erfordern. Für die Lösung dieses politischen Problems ist aber eine Voraussetzung, die staatsrechtlichen Grundlagen sestzustellen, und das ist — ich darf daruf ausmerksam

machen — weder in den bisherigen Referaten noch in den Diskussionserden irgendwie zum Ausdruck gekommen. Scheinbar entsernt uns die Tatsache von der wirtschaftlichen Betrachtung, in Wirklichkeit bildet sie Voraussehung für den Anschluß. Wir stehen ja gegenwärtig selbst in einem Kampf um die staatsrechtliche Form. Zwar ist die Reichseverfassung unter Dach und Fach. Jetzt beginnt aber erst der Kampf, das Ringen zwischen den Zentralen und den gegen die Zentralgewalt gerichteten Bestrebungen. Jetzt wird sich erst der Kampf abspielen, zu dem die Reichsversassung die Grundlage geliesert hat. Man braucht ja nur an einen Punkt zu erinnern: die schwerwiegenden sinanziellen Fragen, die, ohne daß ein anderer Ausweg möglich wäre, dazu zwingen, die Zentralgewalt zu stärken.

Nun entsteht die Frage: wenn der Anschluß von Deutsch-Öfterreich an Deutschland möglich wäre, sind dann die Boraussezungen gegeben, die verfassungspolitischen Grundlagen zu schaffen? Weiter entsteht die Frage: in welcher Form soll eine derartige Angliederung staatsrechtlich an Deutschland ermöglicht werden, in der Form einer Eingliederung in den Ginheitsstaat oder auf dem Weg der Staatenverbindung, oder auf welche irgendmögliche Weise ist das zu erreichen?

Es ift von den Berren Vorrednern eine Aufzählung der jogenannten aktiven Boften vorgenommen, und es ift von anderer Seite erwähnt worden, daß es nicht angangig ift, wie bei einem Bandelsgeschäft zu feilschen und eine Bilang zu giehen. Meine Damen und herren! es wird doch nötig fein. Stoßen wir uns nicht an dem Wort, denn diese Posten bilden die Voraussekungen dafür, einen Anschluß realpolitisch durchzuführen. Und wenn darauf hingewiesen worden ist von Professor Altmann, der ausging von dem Gefet der Seelenbelaftung und aufzählt. daß unter anderem die deutsche Sozialdemokratie einen mächtigen Impuls erhalten fann, daß die Bermaltungsbeamten ausgetauscht werden könnten. und daß man fich so gegenseitig von der Berbindung einen großen Nugen versprechen könnte, so möchte ich doch davor warnen, diesen Momenten irgendeine Bedeutung beizumessen. Die Tatsache des Austausches der Berwaltungsbeamten ift eine heifle Frage. Ich für meinen Teil bezweifle, daß bei der grundlegenden Verschiedenheit der Verwaltungseinrichtungen eine ersprießliche Möglichkeit zu gegenseitiger Betätigung zu schaffen mare. Ich erinnere dabei nur an unser engeres Vaterland, zum Beispiel daran, daß schon ein Austausch zwischen bagerischen und pfälzischen Verwaltungs= beamten nicht geringe Schwierigkeiten macht.

Daß alle die Momente, die außerdem angeführt worden sind, diese

geistigen und fünstlerischen Momente, einen Gegenstand des Austausches bilden möchten, das meine Damen und Herren, begrüßen wir alle sehr, aber das macht die Anschlußfrage, in welcher Weise sie sieh auch gestalten mag, noch nicht zur Lösung reis. Es ist überhaupt nach meiner Ansicht eine zu günstige Beurteilung derjenigen Momente ersolgt, die für den Anschluß sprechen. Was ich hier nun dagegen vordringen möchte, sind die Vorstellungen, die ich aus einem größeren Areis von Beobachtungen entnehme, besonders aus Gesprächen mit Herren aus Österreich selbst. Zunächst möchte ich die Frage erheben, ob in dem Areise der öster reich ischen Massen — nicht von der Intelligenz spreche ich, die uns besonders nahe steht — ob in diesem Kreise wirklich die Idee der Ansäherung an Deutschland einen so günstigen Boden gefunden hat, wie das hier allgemein angenommen worden zu sein scheint. (Vielsache Zuruse: ja!)

Ich denke nur an eine Außerung, die in der öfterreichischen Nationals versammlung getan wurde und die in gewisser Weise von der deutschen Presse beleuchtet worden ist, nämlich die Tatsache, daß man dem Anschlußsgedanken sern gestanden hätte, um in Versailles bessere Friedensbedingungen herauszubringen. Es ist also die Frage, ob der Wunsch nach Annäherung so intensiv ist, daß auf eine politische Annäherung hingearbeitet werden kann.

Es ift nun in dem Referat zum Ausdruck gekommen, daß die Entente zu der Erkenntnis kommen würde, es wäre in ihrem eigenen Interesse, Deutsch-Österreich nicht als verstümmelten Wirtschaftskörper bestehen zu lassen, sondern seine Annäherung an Deutschland zu ermöglichen. Ich hege den starken Zweisel, ob das der Fall ist und od es sich empsiehlt, mit einer solchen Erkenntnis zu rechnen. Denn bei dem ruchlosen Vernichtungswillen, der uns im Friedensvertrag entgegentritt, müssen wir uns fragen, ob nicht in erster Linie die Vernichtung und in zweiter Linie das Ausbauen beabsichtigt ist. Eine Frage, die einer der Herren im Schlußwort beantworten könnte, ist die, in welcher Form dieser Anschluß staatsrechtlich gedacht werden könnte, und wenn die Form sesstschlich und Österreichern die Grundlagen zu einer staatsrechtlichen Vereinigung schafft.

Borfigender: Wir haben nur noch das Schlugwort ju hören.

Aussprache.

Exzellenz Lusensky: Meine Damen und Herren! Der letzte Herr Redner hat gebeten, über die staatsrechtliche Form, in der sich der Ansichluß vollziehen kann, genauere Auskunft zu erhalten. Ich habe nicht angenommen, daß darüber Zweifel bestehen. Ich din der Ausfassung, daß der Anschluß sich in der Weise vollziehen soll, daß Deutsche Sterreich ein Bundesstaat des Deutschen Reiches wird mit denselben Rechten und Pflichten, wie sie jedem Bundesstaat obliegen. Ich glaube nicht, daß es erforderlich ist, noch eine besondere Kommission zu bestellen, da die staatsrechtliche Form, in der der Anschluß sich vollziehen wird, zu Zweiseln kaum Anlaß gibt.

Nun noch eine furze Replit! Bon einer Seite ift darauf hingewiesen worden, daß ein Bedenken gegen den Unschluß daraus nicht hergeleitet werben könne, daß Deutsch-Ofterreich für Nahrungs- und Genugmittel und agrarische Erzeugnisse ein Zuschußland sei, daß es weniger agrarische Erzeugniffe produziere als verbrauche. Ich habe eine Ausführung, aus der man ein folches Bedenken entnehmen könnte, meinerseits nicht gemacht. Ich habe heute früh ausgeführt, daß gegen den mitteleuropäischen Zusammenschluß bei der deutschen Landwirtschaft Bedenken obwalteten deshalb, weil in Ungarn fo viel Beizen und Getreide überhaupt gezogen werden könnte. daß nicht nur der öfterreichisch-ungarische Bedarf davon gedeckt, sondern darüber hinaus ein Absak nach Deutschland möglich sein würde, und daß in erhöhtem Maße dasselbe gelte für Gerfte. Nachdem Ungarn ausgeschieden ist und auch Böhmen nicht mehr in Frage kommt, sind die agrarischen Bebenken bei uns verschwunden. Das gegenteilige Bebenken, daß unsere Landwirtschaft zu wenig produziere, um von ihrer Produktion einen Teil an Öfterreich abgeben zu können, ist zwar an sich nicht unmöglich. Ich glaube aber nicht, daß es berechtigt ift. Wie die Berhältniffe der landwirtschaftlichen Produktion und der Stand der Bevölkerung sich entwickeln werden, kann man nicht voraussehen. Aber wie die Getreideproduktion der Welt vor dem Kriege ausgereicht hat, um die Welt zu versorgen, so wird sie auch nach bem Kriege auf ben Stand gebracht werden fonnen, daß fie ausreicht, den Bedarf der Welt zu beden. Im übrigen hat der betreffende Berr mit Recht darauf hingewiesen, wie außerordentlich steigerungsfähig die landwirtschaftliche Produktion in Ofterreich ift, wie es nur einer planvollen Wirtschaft bedarf, um sie ertragreicher zu gestalten.

Schmerzlich hat mich berührt, daß mir vorgeworfen wurde, ich hätte zu sehr die Vorteile abgewogen, die der Zusammenschluß brächte gegenüber den Nachteilen, die daraus resultierten. Ich bin mir nicht bewußt,

derartige Ausführungen überhaupt gemacht zu haben. Ich kann hingegen feststellen, daß Herr Dr. Stolper mir den Vorwurf gemacht hat, daß ich die Bilanz der wirtschaftlichen Vorteile und Nachteile des Anschlusses nicht gezogen habe. Für mich ift dieses Problem ein nationales Problem. Ich muniche einen beutschen Staat errichtet zu feben, der alle beutschen Stämme zusammenfaßt und für alle forgt. Wenn ein Teil berer, die der deutschen Nation angehören, sich in Not befindet, so halte ich es für nationale Pflicht und bin ich für meine Person bereit, restlos für sie einzutreten, ohne den Lasten und Kosten, die daraus entstehen, entscheidende Bedeutung beizumessen. Das ift der Standpunkt, von dem aus die Frage des Anschlusses betrachtet werden sollte.

Und damit komme ich zu den Ausführungen, die Herr Dr. Stolper gemacht hat. In einem Bunkt muß ich meine abweichende Stellung ihm gegenüber darlegen. Ich habe betont, daß das Problem des Anschlusses Deutsch-Ofterreichs im Gegensatz zu dem mitteleuropäischen Problem, das ein weltwirtschaftliches Problem war, in erster Linie ein nationales Problem ist und der Auffaffung Ausdruck gegeben, daß der Anschluß im nationalen Interesse nötig ift, weil die deutsche Nation in der Zufunft einen überaus schweren Stand haben wird. Die angelfächsische Raffe geht außerordentlich geftärkt aus dem Kriege hervor, die Romanen, die sich bisher in einer schwächeren Position befunden, haben ihre Stellung gegenüber dem Deutschtum geftärkt. Nicht minder haben die Slawen eine Stärkung erfahren. Allen diesen Anderungen und insbesondere auch den ftaatlichen Neubildungen gegenüber ift es kaum zweifelhaft, daß die Stellung Deutschlands und des deutschen Wesens in der Welt eine erhebliche Schwächung erfahren hat; beshalb ift der Zusammenschluß der Deutschen zu einer Nation, die sich wieder neu zu fraftvollem Dafein entwickeln foll, so außerordentlich zu unterstützen. Herr Dr. Stolper steht auf dem Standpunkt: das erfte und bestimmende ift die Notlage Deutsch-Ofterreichs, das einfach nicht existieren fann, wenn es nicht seinen Unschluß an Deutschland findet. Ich habe biesen Gesichtspunkt nicht unterdrückt. Ich habe ausdrücklich hervorgehoben, daß für Deutsch-Österreich die Frage des Anschlusses auch eine große wirtschaftliche Bedeutung hat und dargestellt, daß, wenn der Unschluß an Deutschland nicht zustande kommen follte, die Gefahr besteht, daß Deutsch-Öfterreich einer Verelendung entgegengehen könnte. Ich habe das in der vorsichtigen Form dargestellt, die der Bescheidenheit des den österreichischen Verhältnissen ferner stehenden Ausländers gebührt. Ich bleibe jedoch dabei, daß der Ausgangspunkt und das Entscheidende die nationale Seite der Frage bleiben muß.

Es ift nun ausgesprochen worden, daß die Gefahren, die sich aus einer Bereinsamung Deutsch-Österreichs in wirtschaftlicher Beziehung erzgeben, so groß sind, daß es bedenklich wäre, den Standpunkt einzunehmen, den ich vertreten habe, wonach zurzeit nichts Entscheidendes unternommer, sondern eine abwartende Haltung eingenommen werden müßte. Demzgegenüber ist verlangt worden, daß man sofort etwas unternehmen solle. Sagen Sie mir den Beg! Was soll man unternehmen? Wenn wir uns an die Entente wenden und sagen, Deutsch-Österreich kann ohne den Anschluß an Deutschland nicht weiter existieren, dann wird man uns antworten: dann hättet ihr nicht den Friedensvertrag unterzeichnen sollen. Wir erhalten nur eine schnöde Absehnung. Es bleibt nichts anderes übrig, als sich in Geduld zu schiesen, den Anschlußgedanken nach wie vor auss entschiedenste zu fördern und jede Gelegenheit zu benüßen, wo sich mit Aussicht auf Erfolg die Durchsührung in die Wege leiten läßt.

Die Reparationskommission wird die Verhältnisse prüsen müssen. Ich bin der Auffassung, daß man so die Lage auseinandersetzen und verssuchen sollte, bei ihr Verständnis für die wirtschaftliche Notlage Deutschs Sterreichs zu erwecken. Sie ist dazu da, nicht allein im Interesse der Gegenseite, sondern auch im Interesse Veutschschliebs die Verhältnisse zu prüsen. Das ist der Zweck, zu dem sie eingerichtet worden ist.

Gine zweite Möglichkeit für die Durchsetzung des Anschlusses praktisch zu mirken, erblicke ich im Bölkerbunde. Deutsch-Ofterreich befindet fich Deutschland gegenüber in der gunftigeren Lage, daß ihm die baldige Mitgliedschaft im Völkerbund in Aussicht gestellt worden ist, mährend Deutschlands Stellung jum Bölferbunde und fogar feine Bulaffung bagu zweifelhaft ift. Der Bölkerbund ift aber die Instanz, welche über die Unschlußfrage zu entscheiden berufen sein wird. Durch den Friedens= vertrag ist zwar dem Rat des Völkerbundes die Entscheidung zugewiesen worden, aber diefer wird von der Stimmung, die im Bölferbunde befteht, fich nicht frei machen können trot des Übergewichtes, welches die Sauptstaaten im Bolferbunde und besonders im Rate des Bolferbundes haben. Eine Einwirfung auf den Bölkerbund im Sinne des Busammenschluffes ber deutschen Nation kann vielleicht Erfolg versprechen. Aber auch diese Einwirfung wird mit Aussicht auf Erfolg erft möglich sein, wenn über die Stellung im und zum Bolferbunde volle Rlarheit besteht. Betonen möchte ich gegenüber den Ausführungen von anderen Herren, daß mir der Wunsch, daß der Unschluß jo bald als möglich erfolgen kann, genau fo am Herzen liegt wie irgendeinem, der dafür eingetreten ift; wenn ich erreichen fonnte, daß der Anschluß heute erfolgen kann, jo wäre ich

ber erste, der sich dafür einsetzen würde. So lange die Möglichkeit aber nicht vorhanden ist, daß wir diesen Ersolg erreichen, so lange, sage ich, sollten wir vorsichtig sein und nicht unnötigerweise uns demütigender Absweisung aussetzen.

Im übrigen habe ich mit Freuden mahrgenommen, daß der Unschlußgedanke als folcher völliger Übereinstimmung begegnet und widerspruchslos von allen Anwesenden geteilt wird. Wenn ich nicht genauer eingegangen bin auf die Werte, die die Deutsch-Ofterreicher für das Deutschtum darstellen und auf die Bedeutung, die demzufolge dem Anschluffe Deutsch-Österreichs an Deutschland für das Deutschtum im allgemeinen beizumeffen ist, so ift das aus dem Grunde geschehen, weil ich meine Musführungen nicht zu lang gestalten wollte und deshalb davon absehen zu können glaubte, Unbeftrittenes und Selbstverftändliches darzulegen. Ich stimme all dem zu, mas in dieser Beziehung ausgeführt worden ist. Ich erkenne an, daß durch Hinzufügung der deutsch-österreichischen Elemente dem Deutschen Reich ein wertvoller Faktor zugeführt wird. Aus den Gedächtnisreden haben wir vernommen, welche bedeutende Stellung die deutsch-öfterreichische Wiffenschaft auf dem Gebiet der Sozialpolitik einnimmt. Ebenso verhält es sich auf anderen Gebieten des Beisteslebens, von denen ich nur beispielsweise noch auf das der Medizin verweisen will. Der seit langem übliche Austausch von Gelehrten beiber Staaten beweift unwiderleglich die Bereicherung des gesamten Deutschtums, die der Unschluß Deutsch-Ofterreichs zur Folge haben wird.

Ich schließe mit der Zuversicht, daß unsere Wünsche auf den Zusammenschluß von Deutschland und Deutsch-Österreich dereinst in Ersfüllung gehen und mit der Hoffnung, daß sie möglichst schnell in Ersfüllung gehen werden. Soweit es in unseren Kräften steht, werden wir ihnen die Wege ebnen. (Beifall.)

Dr. Stolper: Ich möchte zunächst auf die zweite Froge antworten, die der letzte Diskussionsredner gestellt hat. Bei uns in Österreich ist die Verfassungsfrage nicht diskutiert worden, und seien Sie froh darüber. Wir haben keine partikularistischen Neigungen. Wir schlucken alles, was Sie in Ihrer Versassung über die Kompetenz der Gliedstaaten bestimmen. Was diesen recht ist, ist uns billig.

Ernster ist die Frage, wer in Deutsch-Österreich für den Anschluß ist, ob das ganze Bolk oder nur die Intelligenz. Die Antwort ist nicht ganz einfach, aber es handelt sich um keine spezisisch deutsche oder deutschsöfterreichische Frage. In jeder Nation und in jedem Lande ist die

nationale Bewegung Sache der Intelligenz. Wenn Sie vor dem Kriege einen bretonischen Bauern gefragt hätten, ob er für Essaß-Lothringen einen Krieg führen wolle, so hätte er gefragt: "Elsaß-Lothringen? Was ist daß?" Das gleiche gilt wohl von allen anderen Ländern. Der nationale Gedanke ist ein intellektueller Gedanke. Worauf es ankommt, ist nur, ob ein solcher Gedanke in den breiten Massen gewissermaßen instinktmäßig präsormiert ist. Und daß ist beim nationalen Gedanken der Fall. Sobald eine nationale Jdee formuliert wird, weckt sie die vorhandenen Instinkte und zieht die Massen in ihren Dienst.

Die Frage ist baher so zu stellen: Sind die deutschen Massen in Österreich bereit, dieser nationalen Joee zu solgen? Diese Frage kann restlos und, ohne daß ich Widerspruch zu befürchten hätte, mit Ja besantwortet werden. Es kann nicht zweimal in der Nationalversammlung der Entschluß dazu einstimmig, ohne eine Spur des Vorbehaltes gefaßt werden, wenn die Parteien glauben müssen, in den Massen Widerstand zu sinden.

Es ift richtig, es hat in Öfterreich gewisse Kreise gegeben, die mit der Taktik der Anschlußpolitik nicht einverstanden waren, vor allem desshalb, weil Deutschschfterreich dis auf weiteres keine nationale Politik treiben kann. Wir sind als Staat heute unfrei in unseren Außerungen, in unserer Betätigung und unfrei sind bei uns auch die meisten repräsentativen Menschen. Wenn man die Leute unter vier Augen fragt, ob sie für den Anschluß sind, so sagen sie vorbehaltloß Ja. Fragt man sie aber, warum sie das nie äußern, so antworten sie: "Weil sie eine Fabrik in der Tschechos Slowakei hätten oder Kunden in Südslawien", kurz, weil sie befürchten müßten, daß das für sie den wirtschaftlichen Ruin bedeuten würde. Darauf ist unter anderem auch die zum Teil gewiß eigenartige Haltung ber Wiener Presse zurückzusühren. Ich begreise, daß die Haltung jener Wiener Presse geeignet war, jenseits der deutschsösterreichischen Grenzen Mißverständnisse hervorzurüsen.

Dann habe ich noch eine Bemerkung gegenüber Exzellenz Lufensky zu machen. Es ist mir nicht eingefallen zu leugnen, daß die Anschlußfrage eine nationale und politische sei. Ich habe nur gesagt, daß diese Seite so selbstverständlich ist, daß sie aus der Diskussion ausscheidet. Ich glaube, daß wir darin vollkommen einig sind.

Auf eine andere Bemerkung bes Herrn Referenten zu reagieren, kann ich nicht verabsäumen: "Er hätte sich als Ausländer eine gewisse Zurückshaltung auferlegen müssen". Dagegen muß ich Ginfpruch erheben. Wenn wir mit Ihnen über diese Dinge sprechen, so haben wir Öfterreicher

nicht das Gefühl, mit Ausländern zu sprechen, und Sie in Deutschland follten sich endlich abgewöhnen, uns Ausländer zu nennen. Auf diefer Basis ift eine Diskussion nicht möglich. Es wird unter anderem eine ber wichtigften Aufgaben ber beutschen Bubliziftit fein, Deutschland sehen zu lehren, daß jede öfterreichische Angelegenheit eine deutsche Angelegenheit ift, so wie wir in Wien bas Schicksal Deutschlands in Freud und Leid Das war im Krieg so und das ist heute noch so. Dabei haben wir immer den Gindruck, als ob wir Österreicher für Sie die Bittenden seien, denen man endlich die Ture öffnen möge, und daß man sich dann in Deutschland erinnert: da ift noch ein armer Bruder, der hereingelassen werden muß. Sehen Sie, solange wir die Träger des öfterreichischen Staates waren, mochte diese Betrachtungsweise hingehen. Sie mochten sich sagen, daß Sie mit diesen Deutschen in Österreich eine Gefellichaft hinnehmen mußten, die Ihnen weniger nahe fteht. diese Reiten find vorbei. Heute find wir nicht das alte Ofterreich, heute find wir auch nicht Deutsch-Ofterreich. Das ift ein fiktiver Begriff. Wir find Wiener oder Tiroler und im übrigen Deutsche und als solche bitten wir, von Ihnen angesehen und behandelt zu werden. (Beifall.)

Vorsitzender: Wir stehen am Schluß unseres arbeitsreichen Tages. Es gehört nicht zu den Pflichten des Borsitzenden, ein Resümee der Bershandlungen zu geben. Ich habe auch das Gefühl, ich würde die Wirkung der Worte nur abschwächen, die wir gehört haben.

Eines aber muß ich sagen: auf unserer Tagesordnung steht nicht die Frage des Anschlusses von Deutschsofterreich an Deutschland, auf unserer Tagesordnung steht "Verhandlungen über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Deutschsofterreich", und man kann sich wirtschaftliche Beziehungen denken ohne einen direkten Anschluß.

Aber das scheint mir doch als besonders bedeutungsvoll aus unseren heutigen Verhandlungen hervorzugehen, daß in diesem Kreise, der nicht ein Kreis von Politikern ist, sondern von Männern der Wissenschaft, daß hier mit elementarer Gewalt bei der Betrachtung dieses Gegenstandes immer wieder hervortrat, daß die eigentliche Grundsrage die ist, daß seindliche Gewalt uns verhindern will, die Frage des Anschlusses unserer Brüder an uns zu erörtern. (Allgemeiner Beisall.)

(Schluß der Verhandlungen 6 Uhr 45 Minuten.)

Zweite Sitzung.

Dienstag, den 16. September 1919.

Die Sigung wird um 9 Uhr burch den Borsigenden, Prosessor Dr. Rathgen, Hamburg, eröffnet.

Vorsiten der: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung. Als ersten Gegenstand unserer Tagesordnung haben wir eine Beschlußfassung über die Vorschläge über die Anderung der Satzungen vorzunehmen. Ich darf den Herrn Schatzmeister bitten, die Erläuterungen dazu zu geben.

Schakmeister Erz. v. der Leyen: Verehrte Damen und Herren! Die Anträge, die der Ausschuß Ihnen für die Anderung der Satungen des Bereins für Sozialpolitit vorgelegt hat, werden in Ihren Banden fein; fie sind mit den Einladungen verschickt worden. Sie ersehen daraus, daß es sich um 5 Bunkte handelt, von denen der wichtigste der dritte ift, der uns den eigentlichen Unlaß gegeben hat, diese Vorlage zu machen. Es handelt fich um die Erhöhung der Beiträge der Mitglieder des Vereins. Der Beitrag betrug bis jett für alle Mitglieder 16 Mark im Jahr für alle Beteiligten. Wir haben jett, nach dem Beispiel vieler anderer ähnlicher Gesellschaften, eine Trennung vorgeschlagen zwischen Ginzelpersonen und Körperschaften und empfehlen, ben Beitrag der Körperschaften auf 30 Mark festzuseten und ben Beitrag ber Ginzelpersonen auf 20 Mark zu erhöhen. Die außerdem vorgeschlagenen Erhöhungen der einmaligen Beiträge haben feine große praftische Bedeutung. Bisher stellte sich der einmalige Beitrag für alle Mitglieder auf 300 Mark. Es ist außerordentlich selten — meines Wissens nur dreimal — vorgekommen, daß ein folcher Beitrag gezahlt worden ift, und wir schlagen vor, ihn für Einzelpersonen auf 500 Mark zu erhöhen und für Körperschaften auf 1000 Mark. Der Unterschied hat seinen Grund barin, daß die Einzelpersonen bis zu ihrem Tode die Schriften bekommen, mahrend für die Körperschaften, die ja nicht sterben, die Zeit für den Bezug der Schriften unbegrenzt ift.

Die Gründe, die uns veranlassen, die Erhöhung zu erbitten, liegen darin, daß der Geschäftsbetrieb sich außerordentlich verteuert hat, durch

die erhöhten Kosten für Papier, Porto, Druck usw., vor allem die erhöhten Kosten, die wir unserm verehrten Verleger bezahlen müssen für die Herausgabe der Schriften. Die billigen Preise, die in dem Vertrag standen, konnten nicht beibehalten werden. Wenn diese Beitragserhöhungen nicht genehmigt würden, könnten wir nach unserer Verechnung nicht mehr auskommen, um so weniger, wenn die Veröffentlichungen des Vereins weiter vermehrt werden. Wir würden dann genötigt sein, unseren bescheidenen Reservesonds anzugreisen, und das ist nicht erwünscht, weil wir für unvorhergesehene Fälle Vorsorge tressen müssen. Das ist der Hauptpunkt der Satzungsänderungen, die ich zu genehmigen bitte.

Die anderen Anträge find mehr formeller Natur.

Nach Antrag 1 wird in den bisherigen tatsächlichen Verhältnissen nichts geändert. Es wird nur klarer sestgestellt, wie der Vorstand des Vereins gebildet sein soll. Darüber enthielten die bisherigen Statuten nichts Genaueres und darum soll in dem Paragraphen ausdrücklich gesagt werden: "Die jeweiligen Verwalter dieser Amter bilden den Vorstand des Vereins."

In Antrag 2 — es handelt sich um § 13 der Satzung — ist eine Anderung der Fassung vorgesehen, aus der hervorgeht, an wen die Beisträge zu zahlen und in welcher Weise sie zu zahlen sind. In Zukunft sind die Beiträge an den Schatzmeister zu zahlen.

Der Antrag 4 füllt eine Lücke aus. Es war ein Versehen, daß in den bisherigen Satzungen über das Geschäftsjahr nichts gesagt war. Tatsächlich lief dieses vom 1. April jedes Jahres bis zum 31. März des darauffolgenden seit langer Zeit. Das soll nun in den Satzungen festgelegt werden.

Im Antrag 5 wird eine Ermächtigung für den Borstand erbeten, die Satzungen, die aus verschiedenen Anträgen entstanden sind, neu zu redigieren und in neuer Fassung vorzulegen.

Namens des Vorstandes und Ausschufses bitte ich um Genehmigung dieser Anderungen.

Noch eine persönliche Bitte möchte ich nach meinen Erfahrungen als Schahmeister an die Herrschaften hinzusügen. Ich mache die Einzahlung der Beiträge so leicht wie das nur möglich ist. Es wird alljährlich eine Zahlungsaufforderung verschieft und eine Zahlkarte beigefügt, in die Sie bloß den Absender einzusügen brauchen. Aber Sie glauben nicht, mit welcher geringen Sorgfalt viele Mitglieder bei der Ausfüllung versahren. Es werden oft die Adressen nicht beigefügt oder Beiträge bezahlt von einer Seite, von der wir nichts wissen. Bielsach wird eine besondere

Empfangsbescheinigung erbeten, obgleich es ausdrücklich in den Satungen heißt, daß Empfangsbescheinigungen nicht erteilt werden und dabei nennen sich nicht einmal die Absender. Kürzlich bekam ich zum Beispiel eine Postanweisung aus Leipzig ohne Absender, und es wurde darin dringend um sofortige Empfangsbescheinigung gebeten. Was soll ich damit machen?

Wenn endlich die Mitglieder etwas sorgfältiger versahren und uns die Arbeit erleichtern würden, so würden der Schatzmeister und Generalssefretär Ihnen zu besonderem Dank verpslichtet sein und das ist meine Bitte, die ich an alle Mitglieder richten möchte. Besonders aber bitte ich auch um einigermaßen pünktliche Zahlung der Beiträge tunlichst unter Benutzung der Zahlkarte oder durch Banküberweisung. Die nachträglichen Mahnungen und die Einziehung durch Nachnahme verursacht viel unnötige Schreiberei und ist auch mit nicht unerheblichen Kosten verbunden.

Vorsitzender: Die lette Bitte ift außerordentlich berechtigt. Möchte jemand zu den Anträgen felbst das Wort ergreifen?

Das scheint nicht der Fall zu sein, dann möchte ich bitten, Ihre Zustimmung auszudrücken. Und ich bitte die Herren und Damen, die gegen die Annahme sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Es ift eine Stimme gegen die Annahme abgegeben. (Widerspruch.) Es handelt sich um ein Mißverständnis. Die Vorschläge sind also einstimmig angenommen. Ich stelle das hiermit fest.

Ich bitte dann den Herrn Schriftführer, uns den Wahlmodus mit ein paar Worten für die Wahlen zum Ausschuß zu erläutern.

Schriftführer Boese: Der Herr Vorsitzende äußert den Wunsch, daß ich den Stimmzettel erläutern möchte. Alles für das Berständnis des Stimmzettels Erforderliche ift eigentlich im Texte des Stimmzettels enthalten.

Der Ausschuß setzt sich in seinem augenblicklichen Bestande statt aus 24 nur noch aus 9 gewählten Mitgliedern und aus rund 80 Kooptierten zusammen. Daher müssen 15 Mitglieder neugewählt werden. Es ist bis- her für die Tätigkeit zugunsten des Bereins im Ausschuß von keiner Bebeutung gewesen, ob die Herren gewählt oder kooptiert worden sind. Das wird auch in Zukunst so sein. Immerhin besteht der Wunsch, daß die gewählten Mitglieder den Kern des Ausschusses bilden möchten. Erssahrungsgemäß werden nun immer die auf dem Stinmzettel zuerst stehenden Herren gewählt, und deshalb sind wir davon abgegangen, in der Ausschusse des Stimmzettels die Herren wie früher alphabetisch zu

¹ Siehe Seite 262. Schriften 159. — Verhandlungen.

ordnen. Denn dies hatte dazu geführt, daß allmählich nur Herren in den Ausschuß gewählt waren, deren Namen mit A oder B anfingen, was ein fonderbarer Zustand war. Wir haben uns bemüht, diesen Zustand zu überwinden und haben daher, um ein besseres Prinzip zu haben, die Herren in die Reihenfolge gebracht, nach der sie chronologisch in den Ausschuß eingetreten sind. Auf diese Weise könnte es gelingen, daß in Zusunst diesenigen Herren zu der Kerntruppe der Gewählten gehören, die am längsten im Ausschuß wirken. Außerdem haben wir die discherigen Vorstandsmitglieder, die sämtlich nur kooptiert waren, vorn hinsgesett; denn es wäre erwünscht, wenn auch sie zu den Gewählten gehören würden. Jedem Wähler ist es aber selbstverständlich unbenommen, einen anderen Stimmzettel zu benühen oder die Wahl durch Ankreuzen der Namen anders einzurichten. Wir wollen nichts als einen Wunsch vortragen.

Zum Schluß bemerke ich, daß Freiherr von Berlepsch unter Hinweis auf sein hohes Alter jüngst den Wunsch ausgesprochen hat, nicht mehr im Ausschuß tätig zu sein. Infolgedessen ist die Sache so: wird der Stimmzettel unverändert abgegeben, so gelten die ersten 15 Herren als gewählt. Fällt dabei Freiherr von Berlepsch weg, so würden die Herren bis zu Herrn Fuchs einschließlich als gewählt zu gelten haben.

Was die Form der Wahl anlangt, so lassen wir den Stimmzettel in den Händen der Mitglieder, die sich die Sache überlegen können, und vor der Mittagspause werden wir die Stimmzettel einsammeln.

Ich glaube, daß das zum Berständnis der ganzen Angelegenheit ge= nügen wird.

(Es tritt sodann eine Pause von etwa 10 Minuten ein, da die Reserenten für den nächsten Punkt der Tagesordnung noch nicht anwesend sind.)

Probleme der Sozialisierung.

Vorsitzender: Wir kommen nun zu Punkt 2 der Tagesordnung, zu den Berhandlungen über das Problem der Sozialisierung, und zwar wird das erste Referat Herr Professor Lederer halten.

Ich bitte Herrn Professor Lederer, das Wort zu ergreifen.

Erfter Bericht.

Prof. Dr. Emil Lederer (Heidelberg): Meine Damen und Herren! Gestatten Sie, daß ich meine Aussührungen mit dem Hinweis auf ihren notwendigerweise fragmentarischen Charafter einleite. Dies ist mir um so mehr bewußt, als ja jetzt auch die Publikationen der Herren Gulen-burg und v. Wiese vorliegen, denen in kürzester Frist die Veröffentlichung einer Abhandlung von Eduard Heimann im "Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitif" nachsolgen wird. All diese Publikationen setzen sich mit dem Problem der Sozialisserung auseinander, zum Teil von Gesichtspunkten und mit Argumenten, die nicht alle in meinen Aussührungen Berücksichtigung sinden können.

Nur weniges von dem, was ich zu der Frage sagen möchte, kann ich hier vorbringen. Daher will ich versuchen, es von einer einheitlichen Problemstellung aus zu tun. Da die Diskussion bisher keinen Schwerpunkt gefunden hat, möchte ich den Versuch machen, unter Ausscheidung sehr vieler Einzelfragen lediglich zu diskutieren:

- 1. die prinzipielle Bedeutung des Sozialisierungs= vorganges,
- 2. die Stellung desselben in der Lehre des missenschaft= lichen Sozialismus und
- 3. ben inneren theoretischen Zusammenhang berjenigen Sozialisierungspolitik, welche in den Arbeiten der deutschen Sozialisierungskommission vorgeschlagen wurde, und welche auch den Entwürsen, Plänen, zum Teil auch schon in Kraft getretenen Gesetzen in Deutsch-Ofterreich zugrunde lag.

Die Frage der Sozialisierung ist aufgetaucht im November des vorigen Jahres bei dem militärischen, politischen und wirtschaftlichen Zusammen= bruch, und daß gerade dieses Wort auftauchte, ist bemerkenswert. Denn damit ist gesagt, daß man Sozialismus machen will, und wenn man Sozialismus machen will, so ist damit gesagt, daß man Sozialismus machen kann. Und so steht am Beginn jeder Diskussion über Sozialiserung schon dem Wortsinn nach die Frage: welche Bedeutung hat das Moment des Willens in der sozialen Entwicklung? Sind wir Herren oder Knechte der "geschichtlichen Notwendigkeit"?

Die sozialistische Lehre ist in dieser Frage zu einer communis opinio nicht gelangt. Der ältere Sozialismus denkt überwiegend voluntaristisch, da er ja rationalistisch ist.

Im spätern missenschaftlichen Sozialismus, besonders im Marxismus spielt der Begriff der geschichtlichen Notwendigkeit eine größere Rolle. Doch wird bei Marx das voluntaristische Moment keineswegs außegeschaltet. Nur darin unterscheidet er sich von andern Historikern, daß er den Weg, auf welchem sich die Willensbildung vollzieht, anders zeichnet: Wenn die Klasse das entscheidende soziale Phänomen ist, so muß sich die Willensbildung in der Klasse vollziehen. Die Willensbildung, der psychologische Prozeß hört aber nicht damit auf, die Menschen werden nicht als Maschinen vorgestellt, wenn — ganz allgemein gesprochen — die Klassenlage wesentlich wird für Inhalt und Art des Willens. Der Weg welchen die Willensbildung nimmt, die Quelle, aus denen sie ihre Inhalte schöpft, das Tempo der Umsetzung des Willens in die Tat — all das ist soziologisch bestimmt. Trotzem bleibt der Wille Träger der Entwicklung. Doch bleibt noch immer ein sehr wesentlicher Unterschied zwischen den beiden Auffassungen übrig.

Auch in der Frage der Sozialisserung scheiden sich scharf zwei Richtungen voneinander. Für die eine sei das Schlagwort des Bolsches wismus gebraucht. Die andre kann mit dem Sammelnamen des "wissensschaftlichen Sozialismus" bezeichnet werden.

Der Bolschewismus ist eine rein voluntaristische Strömung. In den extremen Formen dieser Bewegung wird von der Beschaffenheit der konkreten historischen Situation abgesehn. Es wird auf einen Grundsgedanken des Marxismus verzichtet, daß nämlich in der Entwicklung ein bestimmtes Stadium abgewartet werden müsse, bevor die Realisierung des sozialistischen Ziels möglich ist. Der Bolschewismus knüpft an die

¹ Dieses Schlagwort beckt nicht alle voluntaristische Strömungen. Zum Beispiel nicht die rationalistischen, in denen Lehre und Überredung, nicht Answendung der Gewalt das Werkzeug des Willens bilden. (Ballod, Neurath u. a.)

elementarften immer gegebenen revolutionaren Inftinkte an. Daß biefe Richtung die Bezeichnung "Spartakiften" gewählt hat, ift nicht ganz zufällig, sondern symptomatisch. Denn die Bewegung des Spartakus ift aus den elementarften, inftiftiven Gefühlen einer Auflehnung gegen brutale Herrschafts- und Machtverhältniffe erwachsen, ihr liegt nicht eine positive Idee eines neuen Gefellschaftszustandes zugrunde, sondern lediglich der heftige Trieb, die Fesseln der Sklaverei zu zerbrechen. Es sind dieselben revolutionären elementarsten Instinkte, welche sich im Bolschewismus aus-Weil er Auflehnung, Revolution, felbst um den Preis der Berftorung ift, nimmt in ihm der Sozialismus die Form eines politischen Brogramms an. Er verförpert die Revolution gegen jede eingealterte Ordnung, den Protest der menschlichen Seele gegen jede Vergewaltigung; er betont hingegen erft in zweiter Linie die inneren Widersprüche im Rapitalismus. Diese sind ihm nur Unlag und Argument, ber Reifegrad der fapitalistischen Entwicklung ift ihm gleichgültig. Daber stammen die Sympathien, welche ihm foziologisch ungeschulte Intellektuelle so häufig entgegenbringen.

Much die Sozialisierung ift infolgedessen für den Bolichewismus ein politisches Problem, das man, wenn es nicht anders möglich ist, auf dem Bege der Gewalt realisieren muß. Und darin liegt der entscheidende Differenzpunkt zwischen dem Bolschewismus und dem wiffenschaftlichen Sozialismus: in der Rolle, welche die Gewalt in der geschichtlichen Entwicklung spielt. Nach der Auffassung des Bolichewismus muß der Sozialismus erobert werden, aber nicht nur, wie man einen Wahlfreis crobert, mit Überredung, mit Agitation - sondern, wenn es not tut, mit Gewalt, weil alle fapitaliftischen Inftinkte, alle gesellschaftlichen Rräfte der bürgerlichen Schichten sich mit Klauen und Nägeln an die kapitaliftische Ordnung klammern und diese anders als mit Gewalt nicht gefturzt werden fann. Der Bolfchemift fteht damit in dem denkbar schroffften Gegensatz zum Sozialisten (wie ich nun die beiden Typen nennen möchte), der die Entwicklung nicht zwingen, sondern höchstens lenken und beschleunigen will. Der Bolichewist wird dem Sozialisten fagen: Setze einmal den Fall, daß fämtliche Menschen den Sozialismus wollen wurden. Nicht bloß die Arbeiter, aus ihrem Intereffe heraus, vielfach unklar und triebhaft, sondern auch die Angestellten und Unternehmer, die Rapitaliften und Nutnießer von Grundrente, weil fie alle den Kapitalismus verloren geben, und die allgemeine menschliche Bürde, die Möglichkeit eines friedlichen Gefellschaftszustandes im Sozialismus feben, weil fie bei einem Widerstande die Entzundung der gefährlichften

Kämpfe befürchten, in denen sie ihre Position doch nicht behaupten könnten.

Setzen wir diesen heute höchst irrealen Fall — könnte der Bolschewist fagen - und wer murde bezweifeln, daß morgen schon Deutschland eine sozialistische Gesellschaft, ohne arbeitsloses Ginkommen, ein Land mit auter, fich immer verbeffernder Arbeitsorganisation, ein Land nicht nur bes fozialen Friedens, fondern auch der ökonomischen Entfaltung märe? Freilich, niemand kann das bezweifeln. Daraus folgert der Bolschewist: Wenn die Menschen heute nicht wollen, so fann doch eine politische Situation eintreten, in der ich sie zum Willen zwingen kann. Sozialist wird dem Bolschewisten antworten: Deine These ist richtig, aber daß viele Kreise heute in Deutschland den Sozialismus nicht wollen, daß insbesondere alle Mehrwertempfänger den Sozialismus nicht wollen, ift feine Zufälligkeit, fie ift eine gesellschaftliche, und zwar besonders gut fundierte Tatsache; fie erklärt sich aus dem gemeinsamen Prinzip, welches wir beide vertreten, aus dem Pringip der materialiftischen Geschichtsauffassung. Die Renten= und Zinsenempfänger muffen fich gegen ben Sozialismus ftrauben, fie konnen auf ihre Macht nicht verzichten. Deine These ift also kein Argument für die sofortige Realisierbarkeit des Sozialismus. Trothem, da Sozialismus nicht nur ein ökonomisches, fondern auch ein politisches Problem ift, so folgt daraus noch nicht, daß er mit Gewalt realisiert werden fann. Denn: die Gewalt ist kein taugliches Mittel, um der gefellschaftlichen Entwicklung ihre Bahn vorzuschreiben.

Und das ift tatsächlich der lette Differenzpunkt zwischen Bolschewismus und Sozialismus. Der Sozialist könnte sogar mit gutem Grunde sagen: daraus, daß in der Vergangenheit Gesellschaftsordnungen mit Gewalt umgestoßen wurden, folgt noch nicht, daß dies auch heute möglich ift. Auch die Widerstandskraft der Klassen, und gerade unser Prinzip müßte uns lehren, welche Bandlungen, und gerade unser Prinzip müßte uns lehren, welche Bandlungen der Klassenkamp in der kapitalistischen Gesellschaft erfährt. Denn diese hat die Klasse in ihrer Stadilität gessessisch, sie zum Bewußtsein ihrer Zusammengehörigkeit und ihrer gesellschaftslichen Macht gebracht, und infolgebessen kann heute eine Klasse auf die Dauer nicht die Herrschaft über andere Klassen ausüben, ist sie auf die Dauer nicht imstande, solange die Klassenschtung noch besteht, dieser ihren Stempel aufzudrücken. Und der Sozialist könnte mit einer besonders malitiösen Wendung sagen: Gerade, daß wir die Gewalt als unmoralisch und unmöglich empfinden, daß unser es Jeologie eine Entwicklung ohne

Gewalt als allein mögliche postuliert, ist ja ein Symptom dafür, daß die Gewalt nicht mehr möglich ist. Dieselbe Menschheit, welche Jahrstausende hindurch — darin hast Du recht — ihre Geschichte mit Gewalt gemacht hat, wird ihrer überdrüssig, weil sie nichts mehr mit ihr auszurichten vermag.

Für die bolschewistische oder kommunistische Methode, von der heute fo viel gesprochen wird, und zwar in einer Bedeutung, als ob es nie ein kommunistisches Manifest gegeben hatte, ift der ökonomische Ruftand vergleichsweise nebenfächlich. Taktik und Zuwarten hat für ben Bolschewismus lediglich die Bedeutung, daß die politische Situation reif für die Tat fein muß. Daß die Welt für den Sozialismus "reif" ift, bebeutet für ihn nicht, daß ihre Struftur jum Sozialismus brangt, fondern daß psychologische Angstzustände entstehen — sei es wegen Kohlennot, oder wegen Nahrungsmangels, die als Explosivstoffe benütt werden können, mit deren Silfe die soziale Ordnung aus den Angeln gehoben und verändert werden fann. Aus der allgemeinen Voraussekung bes Bolichewismus, daß die Volkswirtschaft mit Gewalt umgeformt werden fann, ergibt fich dann, daß sich ber Bolschewismus vorwiegend ber Beimfehrer und Arbeitslofen bedient, daß er — die Bewegung des Proletariats feiner These nach — tatfächlich zu einer Klassenbewegung innerhalb des Proletariats geworden ift, das er spaltet; ergibt fich letten Endes, daß gar feine ideelle Gemeinschaft mehr besteht zwischen der Gruppe von Führern, welche dem Sozialismus zustreben, und der Masse, die lediglich als Werkzeug gebraucht und je nach der Situation auch behandelt wird.

So erklären sich die Forderungen des Bolschewismus, welche einem wissenschaftlichen Sozialisten eigentümlich und auch etwas absurd erscheinen müssen, das heißt, daß vorwiegend mit Forderungen operiert wird, welche dem Sozialismus unwesentlich, ja konträr sind (z. B. bedenkenlose Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung) alles aus der Intention heraus, das System zu erschüttern, zu zerdrechen, die politische Macht zu erobern, und dann die sozialistische Ordnung zu etablieren.

So wie das römische Imperium die Gebiete fremder Bölkerschaften und damit zugleich Grundrente eroberte, will der Bolschewismus das nach seiner Meinung den Arbeitern zustehende Zins- und Rentenseinkommen der Gesellschaft zusühren. Das Mittel hierzu soll ihm die Sozialisierung sein.

Die Sozialisierung des Bolschewismus umfaßt zwei Gruppen von Magnahmen. Erstens solche, welche die Menschen als Konsumenten und zweitens solche, welche die Menschen als Produzenten erfassen.

Die Magnahmen der ersten Gruppe, 3. B. die Requisition von Bourgeois-Wohnungen für das Proletariat, das Wegnehmen und Berteilen von Gebrauchsgegenftanden, laufen darauf hinaus, alle von der kapitalistischen Produktion geschaffenen Werte mechanisch in die Sände bes Proletariats zu geben. Diefer Ronfumentenkommunismus ift etwas gang Primitives und Elementares. Er knüpft an die Verwilderung mährend des Krieges an. Er fann das Suftem der Bolkswirtschaft entscheidend nicht verändern, weil heute die Bedingungen, unter welchen die Gleichheit des Einkommens produktionspolitisch vorteilhafte Wirkungen haben könnte, nicht gegeben find. Der Bolfchewismus muß das Borhandensein eines großen ethischen Kapitals im Proletariat postulieren, so wie die bürgerliche Revolution des Jahres 1789 durch die intellektuelle überlegenheit ihrer Bewegung den Sieg davontrug. Nur unter dieser Boraussetzung mare die Bleichheit des Ginkommens eine fehr ftarke Triebfraft. Tatfächlich kann aber der Bolschewismus nicht in einer solchen Situation operieren. Er operiert mit einem Proletariat, welches in seinem moralischen Habitus durch den Krieg verschlechtert wurde, und daher ift der Kosumentenkommunismus eine Magnahme agitatorischen Charafters, die feine fruchtbaren sozialen Kräfte entfesselt.

Die zweite Gruppe von Magnahmen hat die Produktion zum Objekt. Es foll in einem Moment die gesamte Produktion in eine sozialistische umgewandelt werden. Welches ist die Methode der "Sozialisierung"? (Dabei sei betont: Die folgenden Ausführungen stützen sich lediglich auf die zu uns gelangten, nicht absolut beglaubigten Nachrichten. Es haftet ihnen baber ein Moment der Unficherheit an.) In der agraren Sphäre haben wir im Wefen den Versuch, den großen Grundbesitz zu zerschlagen. Das bringt den Verluft so mancher produktionstechnischer Errungenschaften mit sich. Der Bolschewismus nimmt zwar die Grundrente den bisherigen Nutnießern weg, wenn er das Land den Bauern gibt; aber er vernichtet sie zugleich. Die Erträge finken. Es wird eine Kleinbauern-Agrarwirtschaft geschaffen; seine Politik ift also "innere Rolonifation", nur felten Broduktivgenoffenschaften von Landarbeitern. lettere Methode hat, wie berichtet wird, meiftens verfagt, fo daß in der agrarischen Sphäre die bolschemistische Bewegung überwiegend individualiftischen Kleinbesit mit sich bringt. Ihr Sinn ift auch überwiegend politisch: Die Masse der ländlichen Bevölkerung entweder für das bolschemistische Regime zu gewinnen, oder sie wenigstens zu neutrali= fieren.

Intereffanter find die Magnahmen in der industriellen Sphäre. Der

Bolschewismus will die ganze volkswirtschaftliche Produktion, die Zirkulation, das Geld- und Kreditwesen erfassen. Wie geschieht das? Zunächst wird die Scheidung in Groß- und Kleinbetrieb, Fabrik und Handwerk, akzevtiert. Das Handwerk bleibt als privatwirtschaftliches Rudiment bestehen, und soll späterhin durch die Entwicklung hinweggeschwemmt
werden. Hingegen werden die Großbetriebe in die Hand der "Gesellschaft"
gegeben. Dies erfolgt durch libergabe der Fabriken an die Arbeiter (in
der ersten Phase; jeht sollen Ansätze zur Organisation der Wirtschaftszweige gegeben sein). Diese wählen den Führer, welcher den Betrieb
leitet. Da keine Entschädigung an die Borbesitzer gegeben wird, auch
kein Teil des Erträgnisses nach den uns zugekommenen Nachrichten an
die Allgemeinheit abgeführt wird, so verwandelt der Bolschewismus die
Produktionsbetriebe in eine Reihe von Produktivgenosssenschaften
ursprünglich zugrunde lag.

Produktivgenoffenschaften von Kleinkapitalisten entstehen also, wenn diese Methode durchgeführt wird und gelingt. Der ganze Mechanismus der kapitalistischen Produktion: Markt, Preisbildung, Spiel von Angebot und Nachfrage, bleibt prinzipiell weiter bestehen, wenngleich er starke Störungen erfährt. Folgt nun aus diesem Resultat, daß die Sozialissierung als "Vollsozialisserung", uno actu, nicht möglich ist? Oder könnte sie, wenn auch anders, versucht werden, und wie wäre das möglich?

Es find, glaube ich, nur zwei Möglichkeiten benkbar:

Die erste Möglichkeit würde darin bestehen, von einer Zentralstelle aus eine Organisation bes gangen Wirtschaftslebens zu schaffen, eine Organisation, welche sämtliche Produktionszweige in sich schließt und ins Gleichgewicht bringt. Diese Methode konnte in einem Wirtschaftsgebiet, wie es Rufland oder Ungarn ift, deshalb nicht zur Verwendung kommen, weil ja ein gewisser Reifegrad kapitalistischer Entwicklung dazu gehört, uns eine Vororganisation des ökonomischen Prozesses zu schaffen, welche als Grundlage fozialiftischer Wirtschaft dienen könnte. Wenngleich Rußland und auch Ungarn große Anduftrie haben, so ist doch die Bolkswirtschaft als Ganzes nicht durchorganisiert. Die Großindustrie ift gleichsam nur wie Inseln in einem andersartigen Medium der Bolkswirtschaft zerftreut. Gine folche Organisation der ganzen Volkswirtschaft von zentraler Stelle aus wäre technisch nur in einer hochentwickelten Volkswirtschaft möglich, aber fie mare bort an Bedingungen geknüpft, welche nirgends in Europa gegeben sind, und welche durch das Mittel ber politischen Aftion nicht ersetzt und geschaffen werden können.

Die zweite Möglichkeit besteht darin, die Sozialisierung durch Mittel zu machen, welche eigentlich der Marktwirtschaft angehören. Man versucht also, die Automatik des kapitalistischen Marktes so zu verändern, daß diejenigen Resultate herausspringen, welche der Bolschewismus postuliert. So versuchte man in Ungarn die Preisdaten, welche sür das Proletariat wichtig sind, so zu ändern, und damit den Verteilungsprozeß so zu gestalten, daß die Kaufkraft des Proletariats allmählich und rasch die Kaufkraft der kapitalistischen Schicht überslügelt. Durch eine Verzänderung der Löhne und eine Beeinslussung der Preise sucht man das Resultat zu erreichen, das durch die Organisation der Wirtschaft nicht erreicht werden kann.

Diese Methode fann aber das Weiterbestehen des Marktmechanismus. ber Preise und des Geldes nicht verhindern, fett es vielmehr voraus. Sie unterwirft fich daher den Gesetzen dieses Marktes. Damit aber ift schon gesagt, daß ein solches Beginnen fruchtlos ift. Weder Über= mälzunaßerscheinungen, noch Fernwirkungen solcher diktatorisch bestimmten Breisdaten können auf die Dauer verhindert werden. Tatfächlich hat die Methode, die in Ungarn praktiziert wurde, um das Broletariat kauffräftiger zu machen durch die Festsetzung von Löhnen, die gleichkamen bem höchsten fapitalistischen Ginkommen, nur zu einer Reihe von wilden Übermälzungsvorgängen geführt, zu Preisbewegungen, die nicht mehr gemeiftert werden fonnen. Beftenfalls und letten Endes fommt es ju einem Wettlauf zwischen Kapital und Einkommen, und es wird eine Situation geschaffen, in welcher die Arbeiter durch die zwangsweise zugeteilte höhere Kauffraft imftande find, den größten Teil der Konfumguter zu verbrauchen, die Production überwiegend für sich arbeiten zu lassen, wodurch die Investitionen und damit die Möglichkeit einer kontinuierlichen Produktion in Frage gestellt werden. Im gunftigsten Falle, wenn die Gutererzeugung feine Unterbrechung und feine Schmälerung erfährt, wenn die Berstellung von Produktionsmitteln sichergestellt murde, würde diese Methode doch zur Naturalwirtschaft, und zwar zur Sicherstellung von Minima, führen. Darin ähnelt der Bolichewismus fatal der Kriegswirtschaft, und da er bisher hiftorisch stets nur im Krieaszustand gegeben war, so führt er zu einer regulierten Autarkie; er müßte, im politischen Friedenszuftand, zu einem Arbeitermerkantilismus führen. Denn nirgends find die Bedingungen, unter denen er fich auswirkt, derart, daß er wirklich das Gesamte der Bolkswirtschaft zu organisieren vermöchte, und daher mußte er im Wettlauf mit der ihm vorerft noch überlegenen öfonomischen Maschine des internationalen Kapitalismus (die

immer die Tendenz hätte, ihn wirtschaftlich mattzuseten) unterliegen oder den Borsprung des Kapitalismus durch merkantilistische Maßnahmen auszugleichen trachten. Die Methode des Bolschewismus ist die eines isolierten Sozialismus.

Das, was heute die bolschewistische Taktik charakterisiert, würde in überwiegendem Maße von selbst wegsallen, wenn ex eine internationale Erscheinung wäre — womit sich von der andern Seite die Wahrheit des Wortes zeigt, daß Sozialismus nur international möglich ist. Ferner zeigt sich, daß der Bolschewismus, der Sozialismus der Jsolierung und des Mangels, nur dort möglich ist, wo das Proletariat die politische Gewalt erobern kann und daher gerade überall dort, wo primitivere Zusstände herrschen und wo die anderen Klassen leichter überwältigt und zeitweise außerstande gesetzt werden können, ihr politisches und ökonosmisches Gewicht in die Wagschale zu wersen. Daraus folgt die paradoge Situation, daß das Proletariat um so schwerer die Macht erobern kann, je mächtiger es ist. Denn je mächtiger es ist, um so mächtiger, um so kapitalistischer ist auch die Wirtschaft, in der es steht, und in der höchstzgesteigerten kapitalistischen Volkswirtschaft sind Veränderungen durch Gewalt auf die Dauer nicht möglich. —

Den Zug zur Totalität, zum Wirtschaftsplan, hat nicht bloß ber Bolschewismus, sondern naturgemäß jeder Sozialismus. Er ift heute nur zurückgetreten, weil die Reminifzenzen an die Kriegswirtschaft und außerdem vielleicht auch manche Vorschläge eines universalen Wirtschafts planes dazu beigetragen haben, den Sozialismus zu disfreditieren. In diesen Plänen ift der Sozialismus aufgefaßt als ein bloßes Organifationsproblem, und das ift es, mas viele Sozialiften veranlagte, diefe rationaliftische und technizistische Richtung abzulehnen. Besonders nabe ben friegswirtschaftlichen Gedankengangen stehen die Sozialisierungsvorschläge Neuraths (Programm Neurath-Kranold-Schumann), deren Durchführung eine allgemeine Übereinstimmung des Willens und ungebrochene ftaatliche Autorität voraussent. All diese Plane sind heute im voraus zum Scheitern verurteilt. Die Kricgswirtschaft hatte die ganze Autorität des Staates hinter sich, und konnte sich auch halb realisieren. Welche Autorität aber hat ein zentralftatistisches Amt? Alle diese Blane muffen baher letten Endes den Zwang postulieren. Und der Zwang, nach vierjähriger Kriegswirtschaft, um einen Wirtschaftsplan durchzusehen, muß entweder, ernftlich gewollt, in den Bolichewismus führen oder wirkungslos bleiben. So find diefe Tendengen einer univerfalen Sozialisierung bisher nicht zu einer praktischen Bedeutung gelangt. Und es stellt sich das Problem ber Sozialifierung in ber andern Wendung, wenn man die

Revolution nicht als Weg zum Aufbau des Sozialismus, sondern ledigslich als Wegräumung politischer Hindernisse auffaßt, nach der erst der Ausbau zu leisten ist, wenn man also das Problem der Sozialisserung als solches der Entwicklung auffaßt, das heute nur schrittweise gelöst werden kann, solgendermaßen: Wie kann aus freiem Willen, in selbsts aufbauender Weise, eine Automatik des Wirtschaftslebens geschaffen werden, welche nicht die des Kapitalismus ist, in welcher die Organisation der Gütererzeugung, die Verteilung der sozialen Gewichte ohne Vermehrung des autoritären Zwanges derart ersolgt, daß zugleich die Produktivität besördert wird und jenes Gerechtigkeitsideal der Verwirklichung nähers gebracht wird, das der Sozialismus vertritt?

Diese Art der Sozialisierung, welche (im Gegensatzum Bolschewismus) die Aufgabe nicht so ausschließlich als politisches Problem auffaßt, die vorgeschlagen wurde in den Gutachten der deutschen Sozialisierungsfommission, die auch der Regierungsaktion in Deutschland als Programm vorschwebt, arbeitet mit zwei Gruppen von Maßnahmen: erstens mit generellen, die auf die ganze Volkswirtschaft wirken, und zweitens mit besonderen, speziellen, deren Objekt nur einzelne Teile der Volkswirtschaft, deren Wirkungen jedoch mehr als bloß partielle sein sollen.

Von den generellen Magnahmen find an erfter Stelle die Betriebsrate zu nennen. Die Ginrichtung der Betriebsrate schafft im Wefen das, mas man früher die "konftitutionelle Fabrif" oder Betriebsdemokratie nannte und als sozialpolitische Ginrichtung hie und da befürwortete. Diefe Fabritdemokratie ift elementare Forderung jeder Gewerkschaftsbewegung, benn jede Gewerkschaftsbewegung strebt an: Mitbestimmungs= recht im Betrieb, Mitbeftimmungsrecht in ben Arbeitsverhaltniffen. Gebe Gewertschaftsbewegung fragt bei Lohnverhandlungen nach der Kalfulation, nach der Rentabilität der Industrie. Jede Gewertschaftsbewegung arbeitet mit Bertrauensmännern, und im Grunde haben die Betriebsräte gum Beispiel nach dem österreichischen Gesetz (welches ja schon in Kraft getreten ift) im Wesen die Bosition bekommen, welche von den Gewerkschaften seit Jahren für ihre Vertrauensmänner gefordert murde; sie sind im Wesen nichts andres als legalisierte, mit bestimmten Funktionen ausgeftattete, gemählte Bertrauensmänner. Die Funftionen diefer Bertrauensmänner gehen nach den Bestimmungen des in Deutsch-Ofterreich in Kraft getretenen Gesetzes um einen Schritt weiter, insofern, als bort die Betriebsräte im Borftand ber Aftiengefellschaft Sit und Stimme bekommen follen, also unmittelbar im Zentrum des Wirtschaftsprozesses theoretisch gesprochen die Möglichkeit der Ginflugnahme haben.

Die Forderungen, die im Betriebsrätegeset zur Erfüllung gekommen find, find also zwar alt, aber doch murbe ich meinen, daß mit diesem Befetz ein prinzipiell wichtiger Schritt gegangen ift, infofern, als bier zum ersten Mal durch Gesetz und etwas abweichend von der autonoment Entwicklung der industrielle Großbetrieb als neue soziale Einheit besonderen Charakters herausgehoben wird. Das lieat abseits von der Gefellschaftsentwicklung, welche den Arbeiter überwiegend als Angehörigen eines Berufs, nicht als Angehörigen einer Induftrie erfaßt hat. So find zum Beispiel in einer Gewertschaft famtliche Tischler vereinigt. ob sie nun in einer Möbelfabrik oder in einer Maschinenfabrik oder in einem Bergwerk arbeiten. Die Gewerkschaft vereinigt also alle Berufszugehörigen, in welcher Industrie immer sie arbeiten mögen; und deshalb find oft die Arbeiter eines Unternehmens in gahlreichen Gewerkschaften organisiert. Der Betriebsrat aber ift Delegierter der ganzen Arbeiterschaft eines Betriebes, und damit ift ber fichtbare Ausdruck dafür gegeben, baß der Betrieb die soziale Ginheit darftellt, daß die Betriebs= und nicht die Berufszugehörigkeit in der kapitalistischen Industrie die entscheidende Rolle spielt. Die Gewerkschaften werden sich diesem Prinzip nähern, und — was schon vor dem Krieg angebahnt war — zu Industrieverbanden werden, ebenso wie diese zugleich Organe der Gewerkschaften fein werden. Mit den Betriebsräten ift der Anfang einer fogialen Durchorganisation der Bolkswirtschaft gemacht; fie bedeutet, daß an Stelle der alten, sozialen Gebiet geinheiten ber Stadt, der Gemeinde, deren Wirfsamkeit länast aufgehört hat, nun die Ginheit des Betriebs getreten ift, und zwar in um fo höherem Mage, je größer der Betrieb ift. Je mehr die Arbeit ihres Inhaltes entleert ift, weil der technische Fortschritt die Funktion des Ginzelnen reduziert, um so bedeutsamer ift diese Reaktion: daß nämlich der Betrieb, je größer er ift, um fo mehr, auch fozial, eine Ginheit zu bilden beginnt. Das Betriebsrätegeset ift ber Ansatz zu einer Organisation der Industrie von unten her, und zu einer mehr volkswirtschaftlichen Betätigung der Arbeiter im Betrieb. Betriebsrat ift auch die Stätte für einen Schulungs- und Ausbildungsprozeß, in welchem der Arbeiter nicht bloß als Lohnempfänger, sondern vollswirtschaftlich bentend und gestaltend fteht. Bute Betrieberäte machen die Sozialisierung möglich, soweit sie eine Mitwirkung der Arbeiterschaft in sich schließt, und sie machen sie infolgedessen mahrscheinlich. — Allerbinas birat die Ginrichtung der Betriebsrate eine Gefahr in sich, wenn fie sich auf ein falsches Zentrum richtet: wenn fie Gewinnbeteiligung als individuelle Magnahme in sich schließt, so kann der Betrieb leicht die

Form einer Produktivgenossenschaft annehmen, bei welcher so leicht die Einstellung auf das Ganze der Volkswirtschaft verloren geht, und der Arbeiter den Typus eines Kleinkapitalisten annimmt.

Eine zweite Magnahme, welche immer häufiger im Zusammenhang mit der Sozialifierung genannt wird, fann in Bufunft von fehr wefentlicher Bedeutung werden, wenn auch heute ihre Bedeutung im Wefen eine potentielle ift. Es ift die Möglichkeit der Verbindung der Vermögensabgabe mit der Sozialisierung. Schon mahrend des Krieges mar von der Vermögensabgabe die Rede, aber ftets nur in Verbindung mit ber Abbürdung der Kriegsschuld. Sie mar also eine innerfapitalistische Ungelegenheit. Insbesondre wenn man annimmt, daß die Berginfung und Amortisation der Kriegeanleihe aus diretten Steuern erfolgt mare, so ift die Vermögensabgabe ein Problem, welches nur die Kapitaliften und die Arbeiter lediglich insofern angeht, als die Wahl des Steuerfustems für die Entwicklung und Gestaltung der Konjunktur nicht ohne Bedeutung ift. Nun eröffnet sich bei einer beträchtlichen Vermögens= abgabe die Möglichkeit eines staatlichen Eingreifens in die Bolkswirtschaft: eine große Vermögensabgabe kann — worauf Goldscheid mit soviel Nach= druck hingewiesen hat — wenn sie über die Kriegsanleihe hinausgeht, in die Vollsozialisierung ohne Enschädigung umschlagen. Aber: und das ift die Lucke in Goldscheids Gedankengang: jur "Bollsozialifierung" genügt eine Vermögensabgabe nicht. Sie erspart nicht die Lösung bes organisatorischen Problems, sie zeigt noch nicht, wie an Stelle bes kapitalistischen Prozesses automatischen ein sozialistischer geschaffen werden fann.

Die Verbindung von Vermögensabgabe mit der Sozialisierung ist in verschiedener Form möglich. Wenn die Kriegsanleihe in natura erhoben wurde, so konnte aus den Erträgnissen die Kriegsanleihe verzinft und amortifiert werden. So wurde der Staat allmählich laftenfreier Besitzer der ihm übertragenen Vermögenswerte werden. Oder er könnte die Bermögenswerte, zum Beispiel Aftien gegen Kriegsanleihe umtauschen, und fich das Stimmrecht guructbehalten. Sede diefer Methoden murbe, ba ja nur ein Teil des Vermögens abgegeben werden foll, zu einer Art des gemischtwirtschaftlichen Syftems führen. Dieses gemischtwirtschaftliche System im Zusammenhang mit ber Vermögensabgabe würde etwas anderes bedeuten, als das bisher bekannte. Dieses war ja überwiegend eine Methode der Kapitalbeschaffung und der Mitverwaltung durch Vertreter öffentlicher Interessen. In Berbindung mit den Betriebsräten liegt in dieser angedeuteten Methode der Vermögensabgabe die Möglichkeit, wesent=

lich weiterzugehen. Aber nur eine Möglichkeit. Immer noch ift, trok der Betriebsräte auch die andre Möglichkeit vorhanden: der Entftehung eines ftaatsfapitaliftischen Syftems - wenn nämlich die Induftrie bei einer hohen Vermögensabagbe, um diese privatwirtschaftlich leichter erträglich zu machen, zu ftaatlich fanktionierten Zwangskartellen zusammengeschlossen wird. — Betriebsräte und Vermögensabgabe find an sich noch keine Sozialisierung; sie würden beshalb allein an der Grundstruktur des Kapitalismus nichts ändern, weil der Kapitalismus nicht ein morsches Wirtschaftssystem ift, das durch eine leichte Ginwirkung von außenher erschüttert und von innen heraus zerstört werden könnte. Im Gegenteil, er ift ein fehr autkonstruiertes Wirtschaftsinstem, an beffen Gefüge Bermögensabgabe und Betriebsräte prinzipiell nichts ändern würden. These von Mark hat sich als irrig erwiesen, daß dieses System im Fortgang der Entwicklung immer labiler wird. Man kann höchstens von ihm fagen, daß es etwas rückständig ist, und nicht alle in ihm liegenden technischen Möglichkeiten ausnütt. Hingegen leidet es an großen inneren psychologischen Krisen, aber gerade diese könnten durch die Betriebsräte und die Vermögensabgabe gemilbert werden. Diese Magnahmen murden aber noch nicht oder brauchten noch nicht eine Sozialifierung einzuleiten. Der prinzipielle Schritt, der Wendepunkt mare dort gegeben, wo man von diesem auf die ganze Breite der Bolkswirtschaft mirkenden Maßnahmen weiter schreiten murde zur Durchsozialifierung einzelner Wirtschaftszweige.

Das ist meines Grachtens ber prinzipielle Schritt, ein Schritt, welcher von der Berliner Sozialifierungsfommission gefordert murde, zum Beispiel für den Bergbau und mahrscheinlich gefordert worden märe für andere wichtige Wirtschaftszweige, ein Schritt, welcher gefordert und in einer Regierungsertlärung angefündigt murde, für die wefentlichften Produktionszweige, die Deutsch-Ofterreich besitt: Roble, Gifen und Forften. Durchsozialisierung ober Vollsozialisierung folcher Wirtschaftszweige wirft. ein Problem auf, nämlich: welcher Gefichtspunkt foll dafür maggebend fein, in welchem Wirtschaftszweige soll man zuerst beginnen? In der Berliner Sozialisierungstommission haben wir bei der Unterhaltung mit den Experten stets folgende Erfahrung gemacht: Diese waren immer der Aberzeugung aus subjektiv fehr gut gemeinten Gründen, daß ihre Industrie, ihr Betrieb für die Sozialisierung absolut nicht in Frage kommen fönne, daß sich jedoch andre Wirtschaftszweige eher dafür eignen würden. Es ist daher sehr wichtig, nach einem objektiven Kriterium zu suchen, welches uns angibt (unter der Boraussetzung, daß man überhaupt sozialisieren

will), welche Wirtschaftszweige sich hierfur besonders eignen. Solcher Rriterien werden gahlreiche genannt, fo die technische Stufe der Entwicklung, die Bedeutung der perfonlichen Leiftung im Unternehmen usw. Meines Erachtens muß die Fragestellung anders gefaßt werden. Sett wird in der Regel gefragt, ob sich der Betrieb für die bureaukratische Verwaltung eignet und er wird danach als reif zur Sozialisierung oder als unreif betrachtet. Bingegen mußte meines Grachtens entscheidend dafür, ob der Wirtschaftszweig sozialisiert werden fann, der Umftand sein, ob er imstande ist, auch als sozialisierter das Kommerzium mit der übrigen fapitalistischen Wirtschaft und Welt aufrechtzuerhalten, ob zum Beispiel der Wirtschaftszweig sehr viel Kredit braucht und imstande ift, als sozialisierter Wirtschaftszweig Kredit zu erhalten. An sich ist ein fozialifierter Wirtschaftszweig ebenso freditwürdig, wie eine private Induftrie; er kann sogar — wenn es sich um Auslandkredite handelt die Ausfuhr in noch höherem Maße sicherstellen und damit die Abbedung der Kredite gemährleiften. Aber bei dem allgemeinen Mißtrauen der kapitalistischen Welt gegen die Sozialisierung wird derjenige Wirtschaftszweig im Vorsprung sein, der Kredit wenig in Anspruch nehmen muß, deffen Produkte glatt Absatz finden, deffen Verhältniffe leicht durchblickt werden können. Weiter ist wesentlich, ob der sozialisierte Wirtschaftszweig nicht etwa in eine Marktsituation hineingestellt wird, in welcher die Konfurrenz überlegener Unternehmer imstande wäre, den Wirtschaftszweig, weil er sozialisiert ift, zu unterbieten und zugrunde zu richten. Gine folche Frageftellung ift, weil die Sozialifierung auch ein politisches Problem ift, geboten. Hingegen murde ich die Frage, ob die Bentralisation weniger oder weiter vorgeschritten ift, ob die Betriebe überwiegend als Großbetriebe gegeben sind oder nicht, ob eine technische Entwicklung noch möglich ober ob sie schon abgeschlossen ift, nicht für entscheidend halten, weil ich nicht zugeben möchte, daß die sozialisierte Wirtschaft sich prinzipiell langsamer entwickelt ober daß sie schlechter funktioniert als die kapitalistische.

Die Organisationsprobleme ber durchsozialierten Wirtschaftszweige sind in der letzten Zeit vielsach diskutiert und behandelt worden; so von Otto Bauer in seinem "Weg zum Sozialismus", im Bericht der deutschen Sozialiserungskommission über den Kohlenbergbau und die Hochseessischerei, jetzt auch in den früher erwähnten Arbeiten der Herren Gulenburg und Heimann. Ich darf mich wohl darauf beziehen, und mich auf die Besmerkung beschränken, daß eine solche Durchsozialisierung zur Voraussetzung hat die Enteignung, das heißt die Ausschlatung des privaten Kapitals (das

ist prinzipiell der bedeutsamste Schritt) und daß zweitens als Organisationssform heute überwiegend die bureaukratische Verstaatlichung abgelehnt wird, daß die Leitung der Industrie vielmehr unterstellt werden soll dem Einsluß aller in den Betrieben Tätigen, zu denen sich Vertreter der Verbraucher und der Allgemeinheit gestellen — aber diese Organisation (in der Literatur: Gildenprinzip genannt) nicht so gedacht, daß ein großer Körper alle Entscheidungen fällt, sondern daß eine Geschäftsleitung aus dem allgemeinen Vertrauen aller beteiligten Schichten bestellt wird, welche weitestgehende Vollmachten genießt, solange sie das Vertrauen ihrer Aufstrageder genießt — also das demokratische Prinzip übertragdar auf die Industrie. Hierde wird für die Entsaltung der Initiative, für die Bewährung wirtschaftlicher Talente oft mehr Spielraum gegeben sein, als heute in der privaten Industrie, die in ihren Kartellen bureaukratissierte. Darauf ist auch — gerade von den radikalen Mitgliedern — in der Sozialisserungskommission stets hingewiesen worden.

Ebenso kurz möchte ich mich mit der Frage der Kapitalbeschaffung sassen: eine Jnanspruchnahme des Kapitalmarktes für die Ausbringung der Entschädigung wird nicht eintreten, wenn die Vorschläge der Sozialisserungskommission (die auch in das österreichische Geset über gemeinswirtschaftliche Anstalten im Wesen übergegangen sind) beachtet werden. Anders liegt es bei der Beschaffung von Betriebskapital. Deshalb muß man genau überlegen, welche Wirtschaftszweige zuerst sozialisiert werden sollen; und nur solche auswählen, welche sich das notwendige Betriebskapital ähnlich zu beschaffen imstande sind, wie private Unternehmungen.

Die durchsozialisierten Wirtschaftszweige sollen sich zunächst so benehmen wie die privaten Unternehmungen. Sie müssen kaufen und verkaufen, ihre Kosten realisieren. Auch darf es für sie keine staatlichen Subventionen geben, weder offene, noch versteckte. Denn die kapitalistische Rentabilität ist ein so wichtiges Sympton für zweckmäßiges Arbeiten, daß nicht darauf verzichtet werden kann, solange nicht die überwiegende Masse der volkswirtschaftlichen Gütererzeugung sozialisiert ist, und andre Wethoden der Kontrolle entwickelt werden.

Es werden nun manche fragen: wenn sozialistische Wirtschaftszweige zunächst so aussehen werden wie kapitalistische — wozu dann die ganze Umwälzung, die ja doch nicht in all ihren Konsequenzen übersehen werden kann! Und damit komme ich zur Frage, aus welchen Gründen eine Sozialisierung angestrebt wird und warum die Bewegung zu Sozialisierung von vielen, die nicht auf sozialistischem Boden stehen, gesordert wurde?

Die Vertreter der Sozialisierung — und das sind nicht nur Sozia= Schriften 159. — Verhandlungen.

listen — weisen darauf hin, daß der politische Zusammenbruch im Spätherbst des Jahres 1918, und die wirtschaftliche Unmöglichkeit, sofort zu einer geregelten Friedensproduktion überzugehen, eine folche Desorganisation des Broduktionsapparates und der Arbeitskräfte mit sich gebracht hat, daß nur durch ein großzügiges und ftarkes Mittel gehofft werden konnte, wieder die Arbeitsluft zu wocken und die Arbeiter als ein aktives Glement in ben Productionsapparat einzufügen, und im Grunde liegen die Berhältniffe heute noch nicht viel anders. Das Postulat war also, die Arbeitsluft zu heben, weiter auf das Ausland einzuwirken und endlich die organisatorische Aufgabe des Wiederaufbaues zu lösen. Das maren die Motive, warum die Sozialifierung gefordert wurde. Die Sozialis fierung einzelner Wirtschaftszweige wird - insbesondere folange biefe Bewegung noch nicht eine internationale geworden ift - in den einzelnen Ländern verschieden weit gehen können. Das ist auch der große Unterschied zwischen Deutschland und Deutsch-Ofterreich. In Deutschland fann Die Frage aufgeworfen werden und follte fie meines Grachtens ftubiert werden für folgende Induftrien: für ben Rohlenbergbau, die Erzförderuna und Berhüttung, Erzeugung von Robeifen und Halbzeug, Kalibergbau, einige Zweige der chemischen Industrie, den Schiffsbau, die Spinnerei, weiter für Leder, Zement, den Großgrundbesit, die Forstwirtschaft, die Elektrizitätswirtschaft und das Versicherungswejen. All das sind Wirtschaftszweige (vielleicht werden andre die Auswahl des vorläufigen Arbeits= programms anders treffen), welche meines Erachtens daraufhin geprüft werden mußten, ob Sozialifierung in dem erörterten Sinn möglich und zweckmäßig, und wie sie erfolgen sollte. Denn das Organisationsproblem muß für jede Industrie besonders gestellt und konkret beantwortet werden. Für Deutsch-Ofterreich ist die Liste (aus politischen und sehr triftigen wirtschaftlichen Gründen, die aus den Diskuffionen des geftrigen Tages hervorgingen) viel fürzer. Die Methode der Durchsozialisierung einzelner Wirtschaftszweige begegnet nun noch einem Einwand, welcher von der bolichemistischen Richtung und gelegentlich auch von sozialistischer Seite erhoben wird, nämlich ob das noch Sozialismus im Sinne der Durchführung eines Wirtschaftsplanes ift? Jeber Sozialismus hat doch nur einen Sinn, wird dann gesagt, wenn er auf das Banze der Bolkswirtschaft, also auf einen Plan für die Volkswirtschaft geht. Es wird aefraat, ob beim Nebeneinanderbeftehen diefer beiden Arten von Betrieben, der fozialifierten und der fapitaliftischen, etwas Vernünftiges herausfommen kann, ob man nicht zwei Systeme mischt, welche unverträglich find wie Feuer und Waffer, fo daß fie fich gegenfeitig hemmen oder

daß im beften Fall die sozialifierten Betriebe nur mastierte kapitaliftische wären? Die Frage, ob diese Methode gangbar ift, hangt offensichtlich davon ab, ob in der kapitaliftischen Wirtschaft die einzelnen Unternehmungen oder Unternehmungsgruppen (Kartelle) regellos nebeneinander bestehen oder ob die Volkswirtschaft eine einheitliche planmäßige Struftur zeigt. Meine Meinung geht dahin, daß die kapitalistische Wirtschaft — und das trifft für die Gegenwart und die Zeit vor dem Kriege viel stärker zu, als für die Zeit nach dem Kriege — tatfächlich einen Wirtschaftsplan realisiert hat. Auch der zweite Band des "Kapital" von Karl Marx kommt zu dem Resultat, daß jeweils eine bestimmte Relation bestehen muffe zwischen konstantem und variablem Rapital, und daß auch die einzelnen Produktionszweige in einer bestimmten Relation zueinander ftehen muffen. Das alles ift kein Geheinmis für ben, der die kapitalistische Wirtschaft nicht bloß in ihrem Marktbild betrachtet und sie ansieht als eine ungeregelte, wilde Konkurrenz, sondern welcher unter der scheinbar aller Regel spottenden Fulle von Ginzeltatsachen die innere Gesekmäßigkeit dieser Wirtschaft anerkennt. Bei Marr ift diese Gefehmäßigkeit etwas anders vorgestellt, viel mehr von weither wirkend, und von Zeit zu Zeit sich durchsetzend auf dem Wege der Krife. feben, daß diese Gesekmäßigkeit, der regelmäßige Ablauf, die Reproduktion des Wirtschaftsprozesses als konstanter und in sich stabiler Prozeß klar zutage liegt. Das ist zum Teil Folgewirkung des Marrschen Gedankenganges, denn der Organisationsgedanke (als Folge der Rlaffenkampfideologie) hat auch die Unternehmerschicht erfaßt. Infolgedessen können wir von einer Anarchie ber kapitalistischen Produktion keineswegs sprechen, um so mehr als die kapitalistischen Großorganisationen zu einer Art selbst= tätiger Regelung, zu einem innerkapitalistischen Beharrungszustand geführt Wenn einzelne Wirtschaftszweige sozialisiert werden, so handelt es sich also nicht darum, daß die ersten Stücke eines umfassenden Planes in ein Chaos hineingebaut werben, gleichsam in ein wildes Meer, welches die Pfeiler einer neuen Ordnung wieder megreißen konnte, sondern darum, daß ein bestehender Wirtschaftsplan ersetzt wird oder umgeformt wird zu einem andern Wirtschaftsplan. In diesem neuen, andern Wirtschafts= plan wurde zum Beispiel die Frage der Produktion, nämlich mas produziert wird, in welchem Tempo produziert wird, anders gelöft werden; es würde auch der Inhalt der Produktion dadurch modifiziert werden, daß die entscheidenden Antriebe zur Produktion, die Bestimmung darüber, welche Waren produziert werben follen, jett von anderen Kräften, auch von anderen politischen und ökonomischen Kräften ausgehen.

8*

alle diese Umformungen konnen sich vollziehen, ohne daß die kapitalistische Wirtschaft und ihr Mechanismus aufgehoben werden mußte. Es ift ein Sichhineinbauen in das bestehende Wirtschaftsfustem oder ein allmählicher Umbau zur sozialisierten Wirtschaft eben deshalb möglich, weil die favitalistische Wirtschaft einen Plan, einen regelmäßigen Kreißlauf in sich schließt. Gine solche Sineinflechtung sozialisierter Wirtschaftszweige in den Kapitalismus könnte natürlich nicht die von mancher, wenig unterrichteter Seite gehegten Hoffnungen auf weitgehende Besserung der wirtschaftlichen Lage erfüllen, aber schließt doch auch nicht die Gefahren in fich, die jest mit folchem Nachdruck hervorgehoben zu werden pflegen. Diese werden offenbar von den leitenden Stellen in Deutschland so hoch eingeschätt, daß bisher tatsächlich noch keine Sozialisierungsaktion in die Wege geleitet wurde. Man fann vielleicht fogar fagen, daß selbst das Wort "vorsichtig" für die bisherige Politik ein zu kühner Ausdruck ift. Es scheint, daß auch in hinkunft eine Durchsozialisierung einzelner Wirtschaftszweige nicht in Aussicht genommen wurde.

Wenn sich die Gesetzebung auf die Betriebsräte und die Vermögensabgabe beschränkt, so werden diese Eingriffe bei der Stärke des kapitas
listischen Systems die Wirkung von sozialpolitischen Maßnahmen haben.
Das kapitalistische System wird also weiter bestehen, es wird in seinem Wesen keine Veränderung ersahren. Wenn man umgekehrt bloß die Durchsozialisierung einzelner Wirtschaftszweige vornehmen würde, etwa Kohlenbergbau oder Versicherungswesen, ohne den Blick auf das Ganze zu richten, ohne Maßnahmen zu treffen, welche in der ganzen Breite der Volkswirtschaft wirken, dann würden wir den kapitalistischen Produktionsprozeß zerschlagen und umformen in eine große Masse von Produktivgenossenossenschaften, welche sich erst wieder auf dem Markt einen Platz suchen müßten. Erst die Verknüpfung dieser beiden Maßnahmen ergänzt sich sinnvoll zu einem System der Sozialisierung.

Auf diesem Wege — und damit möchte ich meine Ausführungen schließen — ist meines Grachtens die Möglichkeit gegeben, das Prinzip einer demokratischen Wirtschaft, welche von allen Klassen gewollt und getragen wird, zu realisieren. Ausdrücklich sage ich, daß auch die Durchsführung dieser beiden Gruppen von Maßnahmen, auch die Beschreitung dieses Weges noch nicht Sozialismus ist, sondern eine wirtschaftliche Zwischensorm schafft, aber eine Zwischensorm, welche aus ihrer eigenen Weiterentwicklung heraus zur klassenlosen Gesellschaft sührt. (Lebhafter Beisall.)

Borsitender: Was die Wahlen zum Ausschuß betrifft, so bitte ich, die Stimmzettel vorzubereiten, und bitte die Herren Schriftführer, sie einzusammeln. Ich bitte ferner, die im Ausschuß verbliebenen und die heute gewählten Mitglieder zu einer Sitzung hier drüben im Rathause um 2 Uhr 45 Minuten zusammenzukommen. Wir werden kurze geschäftliche Angelegenheiten zu erledigen haben. Wenn wir mit unseren Verhandslungen um 3 Uhr mit dem akademischen Viertel anfangen, so haben wir genügend Zeit, unsere geschäftlichen Dinge zu erledigen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mitteilen, daß der Unterausschuß für Studienresorm heute abend zusammenkommen wird, $1^{1/2}$ Stunden nach Schluß unserer Sitzung, und zwar in dem Garten des Hotels Maximilian, um dort die Angelegenheit weiter zu besprechen. Ich füge hinzu, daß auch Nichtmitglieder dieses Unterausschusses willkommen sind, soweit sie an dieser Frage der Resorm ein Interesse nehmen.

Bezüglich der Wahlen möchte ich noch hinzufügen, daß selbstwerständlich Stimmzettel nur diejenigen Anwesenden abgeben dürfen, die Mitglieder des Bereins sind.

Ich erteile nun als zweitem Referenten Herrn Dr. Vogelftein das Wort.

Probleme der Sozialisierung.

3weiter Bericht.

Dr. Vogelstein 1: Meine Damen und Herren! Die freie Konkurrenz, die wir hier im wissenschaftlichen Betriebe haben, hat meinen Plan des Bortrages umgeworfen, und ich werde, so gut und so schlecht das bei dem geht, der unter der freien Konkurrenz steht, ein wenig verändert vortragen müssen.

In dem ersten Punkte glaube ich, nach den ausgezeichneten Ausführungen meines Freundes und Gegners furz fein zu können. Ich möchte darauf hinweisen, daß es eine erstaunliche Tatsache ift, daß in Deutsch= land, dem Geburtslande der Begründer des miffenschaftlichen Sozialismus, dem Lande der stärksten sozialdemokratischen Partei, eigentlich alle Vorbereitungen für den Gedanken der Sozialisierung am 9. November 1918 fehlten. Bon den alten Zeiten abgefehen, in denen man fich Gedanken darüber machte, wie die Welt nach dem großen Kladderadatsch aussehen murde, mar die fozialdemokratische Bewegung auf andere Wege geraten. Sie erfreute fich der Resultate der Gewertschaftsbewegung und der Konsumvereine, sie mar im rein Politischen froh mit jeder Form des Staatsjozialismus, die dargeboten wurde, ohne zu überlegen, ob bei dem Klaffenftaat, der damals herrschte, dieser Staatssozialismus mit der von ihr gewünschten Sozialisierung irgendwie etwas zu tun hatte. Wer noch im Sommer 1918 mit Sozialisten zusammen war, der konnte nichts anderes hören als das, mas auch sonft Kritiker der freien Konkurrenz zu fagen hatten, die gewisse Maßnahmen des Zwanges der Kriegswirtschaft als dauernden Gewinn verbuchen wollten. Darüber hinaus war man froh, die Gewerkschaften anerkannt und scheinbar gestärkt zu sehen und befaßte fich mit dem intereffanten Problem, wie die Internationale des Proletariats, Die realiter fo verfagt hatte, als Idee in die Bufunft hinüber zu retten fei.

Ebensowenig hat die sozialistische Wissenschaft im November 1918 den der Drientierung baren Führern in der Frage der Sozialisierung die

¹ Ich habe aus meinem Manustript einzelne Teile, die ich beim Vortrag aus Zeitmangel weglassen mußte, eingefügt, hoffe jedoch, damit nicht zu weit gegangen zu sein.

Richtung weisen fonnen. Denn von ruffischen Studenten und Literaten abgesehen, die im Kaffeehaus über den "Progreß an fich" diskutierten und nich über die fleinsten Details zufünftiger Wirtschaftsorganisationen die Röpfe erhikten wie irgendwelche Religionsdisputatoren des Mittelalters über die Rangordnung im himmel, bewegte sich die Diskussion unter den Sozialisten selbst und zwischen ihnen und ihren Gegnern auf gang anderen Gebieten als denen der Sozialifierung. Man ftritt über die materialiftische Geschichtsauffaffung, die Mehrwertlehre, die Lehre vom Geld, die Krifentheorie und ähnliches mehr. Nun hat schon Max Adler hervorgehoben, daß die Tatsache einer bestimmten Meinung über die materialistische Ge= ichichtsauffassung für die praktische Frage der Sozialisierung positiv und negativ nicht das Geringfte bedeutet. Das gleiche gilt für die anderen theoretischen Streitfragen, wie die Wertlehre usw. Man fann in der einen oder anderen Frage auf dem Boden von Marr ftehen und doch die Sozialifierung ablehnen, und heute erleben wir es andererseits, daß einzelne eine ganze Reihe von marriftischen Theorien nicht als Glaubensfätze anjehen und in puncto Sozialisierung fehr viel weiter gehen als andere, die die Marriche Theorie afzeptiert haben.

Sobald es sich aber um andere als rein methodologische und theoretische Probleme handelte, waren die Arbeiten der sozialistischen Nationalsösonomen in nichts unterschieden von denen ihrer Kollegen, ob es sich nun um meinen verehrten Vorredner handelt, dessen politische Richtung allen bekannt war, oder um manche andere, die bis zur Revolution zu Unrecht als Anhänger anderer politischer und wirtschaftspolitischer Kichtungen galten.

So hieß es benn und heißt es benn an die Erkenntnisse, die seit Jahrzehnten und länger Gemeingut der Wissenschaft geworden waren, an die psychologischen Diskussionen und die organisatorischen Kontroversen von vor 50 und 30 Jahren anzuknüpsen und sie an den Ersahrungen der letzten Jahre neu zu prüsen und zu verbessern. Der Versuch war und ist zu machen, zwischen wissenschaftlichen Sozialisten und nichtsozialistischen wissenschaptlichen Nationalökonomen zu einer Basis der Verständigung zu gelangen, überhaupt eine Grundlage zu sinden, auf der man diskutieren kann. Für beide ist es unbestreitbar, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln und freie Unternehmertätigkeit auf der einen Seite, Vergesellschaftung der Produktionsmittel und zentralisierte Wirtsschaft auf der andern Seite keine Kategorien darstellen, die ohne Rücksicht auf die historische Entwicklung als Axiome natürlicher Evolution oder als Postulate bewußter Politik ein für allemal gelten können.

Diefe Erkenntnis muß wie jede wiffenschaftliche Beweisführung, die in sich zwingend ift, für alle eine Ginigung ermöglichen. diese Übereinstimmung zwischen Sozialist und Nichtsozialist erzielt, so muffen wir glauben, daß auch in Einzelfragen — fo schwierig es ift, von einem allgemeinen Gefet aus auf Einzelfragen zu beduzieren - immerhin die Diskuffionsmöglichkeit geboten ift, und das hat fich ja, das wird Berr Professor Lederer bestätigen, bei allen Verschiedenheiten in der Auffassung gezeigt, wenn die Herren Lederer und Schumpeter ihre fehr ftark fozialiftischen Auffassungen mir gegenüber vertraten und wir doch in praftischen Fragen zu einer Verständigung gelangten. Ausgeschlossen von dieser Verftändigung find nur die Propheten, wie Guftav Landauer, die aus dem Beifte heraus, ohne Rücksicht auf die banalen objektiven und subjektiven Beitumftande, eine ideale Gemeinschaft der Gleichstrebenden, wie der Aufruf zum Sozialismus fagt, und eine notfalls erzwungene der schlechten Bürger, wie die jetige Praxis beweist, zu schaffen beabsichtigen. Gbensowenig ist eine Verständigung mit benjenigen möglich, die aus irgendeinem anderen religiöfen Grunde den Sozialismus predigen. In diese Rategorie gehören bei aller miffenschaftlichen Kritif, die fie sonst haben, Männer, die die Askese des Sozialismus predigen und eine innere Erlösung von ihm erhoffen, auch wenn der Leib darunter leidet, auch wenn die Freuden des Lebens dabei verringert werden 1.

Das gilt ja auch für die eigenartige Mischung von praktischen Gesichtspunkten und ethischen Forderungen, die für Walter Rathenau charakteristisch ist, wenn er mit bewußter Ablehnung des Logischen die Auffassung verstritt, daß eine neue Art des Zusammenlebens geschaffen werden müsse, die gar nicht auf Grundlage der exakten Wissenschaft zu begründen sei?

Etwas anders ift die Auffassung zu betrachten, die vor dem Kriege zeitweise vertreten wurde, als man den Sozialismus nicht als höhere Form der Wirtschaftsorganisation im Sinne der Produktivität, sondern als Ausschaltung unnötiger Aufregung und Haft im Sinne einer Ginsschränkung der freien Konkurrenz vorschlug. Der Gedanke war meines Erachtens auch vor dem Kriege versehlt, einmal weil die Haft und Uns

¹ Ich habe in meinem Referat Herrn Dr. Eduard Heimann, den ich in seiner Tätigkeit als Sekretär der Sozialisierungskommission besonders schäßen gelernt habe, dieser Gruppe zugerechnet. Eine nochmalige Durchsicht seines Aufstaß beweist mir, daß ich darin Unrecht hatte.

² Dieser Ablehnung der logischen, intellektuellen Behandlung gegenüber das Prinzip wissenschaftlicher Erkenntnis zu vertreten, heißt weder Ablehnung der ethischen Forderungen noch Bernachlässigung psychologischer Faktoren.

annehmlichkeit der freien Konkurrenz fast ausschließlich der obersten Klasse der wirklich Tätigen zufällt, die sie bewußt ertragen oder von sich weisen können, die wenigstens keines Schußes bedürfen. Undererseits war auch vor dem Kriege in unserem Europa zum mindesten die Lage der großen Masse noch nicht auf eine Stufe gelangt, konnte auch bei dem Stande der Produktivität selbst unter anderer Berteilung noch nicht auf der Stufe stehen, die eine Basis für eine kulturell befriedigende Entwicklung geboten hätte, um so mehr, als wir mit einer dauernd steigenden Bevölkerung in Deutschland und der ganzen Welt zu rechnen hatten, deren landwirtschaftsliche Produkte in größeren Zeiträumen kaum anders als unter steigendem Auswand von Kapital und Arbeit zu erzeugen waren.

Für die Gegenwart aber fällt diefer ganze Gedankengang völlig fort. Wir find arm in ganz Europa, bettelarm in Deutschland. Das Syftem, das es zu Wege bringt, daß der Deutsche sich satt ißt, in anständigen Rimmern mit anständigen Möbeln wohnt, oft genug fein Semd wechseln und hoffentlich auch ein paar Bücher und ein Klavier faufen kann, oder bas weniastens all dem am nächsten kommt - anders ausgedrückt -, das Syftem, das die höchste Masse der zu verteilenden Güter schafft, ift, menn es mit einer halbwegs sozialen Berteilung zu vereinbaren ist, das einzig richtige, ob es nun seinen Ursprung von Adam Smith oder Marx, oder von wem sonst immer herleitet. Dieses System wird fich, wenigstens tendenziell mit absoluter Sicherheit durchsetzen, was auch im Augenblick dagegen geredet und getan wird, wenn anders nicht die Menschen plötklich im Jahre 1919 völlig verändert find gegen alle früheren Berioden. Denn bei dem geringen Grad aller Bedürfniffe, die im Augenblick felbst bei idealer Organisation zu befriedigen find, werden die erheblichen Differenzen in diefer Befriedigung fo elementar wirken, daß keinerlei fentimentale Rücksichten dagegen aufkommen. Oder rein theoretisch ausgedrückt, der Grenznuten der bei befferer Organisation erhältlichen Güter ift fo hoch, daß man dafür auf die Dauer nach aller hiftorischen Erfahrung das Leid, das Maß von "pain" in angelfächsischer Terminologie, das in der Aufgabe liebgewonnener politischer Ideen und sogenannter Zukunftsideale liegt, unzweifelhaft auf fich nehmen wird.

Wenn wir nun gegenüber einer im wesentlichen, wenn auch keineswegs in allen Punkten individualistischen und kapitalistischen Wirtschaft der Borkriegsperiode fragen — ich glaube, ich darf die Ausdrücke bei aller Verschiedenheit der für sie gegebenen Definition in diesem Zusammenhang ruhig ohne besondere Erklärung brauchen —, wie wir uns zu dem Problem der Sozialisierung zu stellen haben, so bleibt uns hier doch die Definition

nicht erspart, die ich leider bei meinem verehrten Herrn Vorredner versmißt habe. Ich glaube, in unserer heutigen Zeit die Definition so allsemein wie möglich fassen zu müssen, denn was als Sozialisierung außegeben und gefordert worden ist, hat mit all den Plänen, die früher alsselbstverständlich dabei galten, sehr wenig zu tun. Trot aller Anssechtungen, die ich ersahren werde, nenne ich Sozialisierung jede Form dauernder oder regelmäßiger zentraler Einflußnahme positiver Art auf die wirtschaftliche Tätigseit im wirtschaftlichen Interesse der Gesamtheit des organisserten Volkes, oder eines regional oder in der Bedarfsbefriedigung wirtschaftlich zusammengehörigen Teiles der Bevölkerung, soweit diese Einflußnahme über das Maß einfacher Normativbestimmungen hinausgeht und Ziel und Art der Produktion, der Organisation und Verteilung wesentlich bestimmt.

Selbstverständlich wird es wie bei allen historischen Kategorien Grenzsfälle geben, bei denen man darüber streiten kann, ob es sich um eine Sozialisierungsmaßnahme handelt oder nicht. Eine Bestimmung wie die, daß die Direktoren der Hamburg Amerika Linie Deutsche sein müssen, wird keiner als Sozialisierungsmaßnahme betrachten. Wenn etwa die Leiter eines Syndikats den Geheimräten des Wirtschaftsamtes zu entsnehmen sind, so würde man das als eine Sozialisierung der Leitung bestrachten müssen. Gine Ginkommensteuer in Höhe von 4 % ist sicherlich keine Sozialisierung des Gewinnes; aber auch Herr Lederer hat von einer Vermögensabgabe von 50 oder 80 % zugegeben, daß sie, obgleich sie auch eine rein sinanzielle Einwirkung darstellt, als Sozialisierung gelten könne.

Um einfachsten ist natürlich die Bollsozialisierung zu verstehen, über die sich Herr Lederer ausgesprochen hat, diez Bentrale Gestaltung der gefamten Wirtschaft im Interesse ber arbeitenden und fonsumierenden Bevölkerung. Sie umfaßt alle Zweige der Produktion und Diftribution, sie erstreckt sich in gleicher Beise auf die Verwertung des Kapitals und seine Investition, wie auf die spezielle Leitung wirtschaftlicher Teilorganisationen, wie endlich die Verteilung des produit net. Es ist eine völlig juristische Auffassung, dabei die Frage des Verkaufes als ausschlaggebend für die Einordnung in den Begriff des Sozialismus zu nehmen. Ob die völlig sozialistische Wirtschaft nicht auch mit Bahlungsmitteln arbeiten würde, ist zum mindesten zweifelhaft. Entscheidend ift die zentrale Regelung der Produktion und die Sozialifierung des Gewinnes. Deshalb erscheint mir auch Oppenheimers Behauptung, es gabe nur eine Bollsozialisierung mit Ausschaltung aller Verkehrswirtschaft, nicht zutreffend, und seine naturwissenschaftliche Analogie von der vollendeten Geburt besagt natürlich gar

nichts, da man mit viel mehr Recht von den in der Natur üblichen Übersgangsstadien sprechen kann, wann eine Rose aufgeblüht sei, oder entswicklungsgeschichtlich, welche Tiere als Amphibien und welche als Reptilien anzusehen seien.

Partiell aber kann die Sozialisierung in zweisacher Hinsicht sein, entweder in Rücksicht auf die Wirtschaftszweige, die sie erfaßt, oder in dem Umfang und der Art, in denen sie die betreffenden Zweige in die Hand der Gesamtheit überführt. Das kann im wesentlichen sein eine Sozialisierung des Gewinnes, der Leitung, des Kapitals; auch dabei natürlich entweder eine vollständige oder partielle.

Obwohl doch heute Jahre vergangen sind, seitdem Alfred Marschall, amerikanische Nationalökonomen und auch ich diese Frage des Produktionssgesches der Industrie theoretisch dis zum Ende durchdacht und dargelegt haben, sehe ich noch keinen Bersuch, an dem von uns gefundenen Nesultat eine ernsthafte Kritik zu üben und eine dauernde Steigerung der Produktivität bei beliebiger Bergrößerung der produzierenden Einheiten, bei Zusammenkassung aller Betriebe und Unternehmungen als allgemein gültiges Geset zu beweisen. Man kann doch wenigstens verlangen, daß dieses allerwichtigste Argument technischer und organisatorischer Natur entweder von streng sozialistischer Seite fallen gelassen oder von neuem tieser besgründet wird, als dies bisher geschehen ist.

Das gleiche gilt für die Vorteile des Monopols, die selbstverständslich in vielen Fällen vorhanden sind, und die von denen des Großsbetriebes und der Großunternehmung streng zu scheiden sind. Es geht beim besten Willen nicht an, die Frage der Monopolisierung in der Großsindustrie, im Bankwesen Fzr in wichtigen Zweigen des Großhandels als erledigt anzusehen, wenn man bewiesen hat, daß in Berlin einige hundert Zigarrendetailgeschäfte zuviel vorhanden sind, ohne demgegenüber zu fragen, welche tatsächlichen Leistungen durch die Konkurrenz in den großen Zweigen der Produktion, Verteilung und Finanzierung hervorgebracht werden.

Doch dainit leiten wir schon zu dem zweiten Gesichtspunkt über, der für die Frage der Konzentration, der Monopolisierung und der Sozialisserung einzelner Wirtschaftszweige ausschlaggebend ist: das sind die Marktverhältnisse. Ich brauche in diesem Kreise nur anzudeuten, welche Verschiedenheit organisatorischer Art zwischen einer Produktion von Rohmaterialien oder Typenwaren auf der einen Seite und vielsach spezialisierten Fertigwaren vorliegt. Wesentlich zu betonen ist aber doch, daß vielleicht in der Herstellung von Produktivgütern eine gewisse Beschränkung auf wenige Typen von wesentlichem Vorteil sein kann, obwohl

auch dabei die Grenzen keineswegs, wie man aus mißverständlichen Besmerkungen Walter Rathenaus, der das sicherlich nicht meint, schließen könnte, im Unendlichen liegen, daß aber eine Beschränkung in der Herschlung der Arten der Konsumgüter eben nur auf Kosten der Beschiedigung der Bedürsnisse zu erzielen ist, und daß, wenn eine solche Einschränkung in Art und Umfang des Konsums, über deren Möglichkeit und Nüglichkeit hier nicht gesprochen werden soll, zwangsmäßig ersolgt, die Vorteile selbstverständlich ebensosehr von einer nicht monopolisierten oder nicht sozialisierten Produktionss und Verteilungsorganisation wahrgenommen werden könnten.

Ebenso wird von vielen Vertretern einer streng sozialistischen oder planmäßigen Gesamtorganisation die Frage des Außenhandels wesentlich unterschätzt. Wenn man bedenkt, daß Deutschland vor dem Kriege ungefähr 25% seiner Gesamtproduktion exportiert hat, so heißt das, da der größte Teil der Landwirtschaft und ein nicht unerheblicher Teil des lokalen Gewerdes nur für den heimischen Markt arbeitete, daß unsere Industrie, und zwar die Großindustrie genau wie die mittlere Industrie in einem weit höheren Prozentsak, der vielfach auf 50 dis 75 stieg, in den Welthandel verslochten war. Wer nicht in absoluter Verkennung unserer wirtschaftslichen Lage übersieht, daß wir als Schuldnerland in Zukunst noch viel mehr zu exportieren gezwungen sind, muß diese Frage und damit natürlich auch die der Einfuhr, die wir nach den politischen Verhältnissen auf die Dauer gar nicht wesentlich beschränken können, als ausschlaggebend sür die Organisation von Erzeugung und Handel betrachten.

Endlich sei wenigstens angedeutet, daß Deutschland auch heute alles andere eher als eine stationäre Wirtschaft hat und haben kann. Das Problem der Sozialisierung ist also unter wesentlich dynamischen Bershältnissen zu betrachten, und nicht die Gignung einer Organisationssorm für die im ganzen gleichbleibende Berwaltung einer bestehenden Wirtschaftssorganisation, sondern für eine in dauernder Entwicklung und täglicher Unpassung arbeitende Neuschaffung muß als Kriterium für Möglichkeit, Maß und Art jeder Sozialisierungsbestrebung gelten.

Und damit kommen wir drittens zu dem Punkt, der, solange eine Bolkswirtschaftslehre existiert, den Hauptgrund für die Bertretung einer kapitalistischen Wirtschaftsweise gegenüber einer sozialistischen gebildet hat: die Frage des wirtschaftlichen Geistes.

Man kann sich wirklich nicht als Vertreter einer besonders exakten und wissenschaftlichen Auffassung betrachten, wenn man das wirtschaftliche Agens, den Geift der wirtschaftenden Menschen außer Betracht läßt, der zum Schlusse doch mindestens so wichtig ist, wie irgendeine maschinelle Verbesserung oder die Ausschaltung irgendeines Zwischensgliedes, das wahrscheinlich noch dazu in anderer Form wieder eingefügt werd en muß.

Eine weitgehende Sozialisierung irgendwelcher Art geht bewußt ober unbewußt von der Möglichkeit aus, an die Spige der Gesamtorganisation Mealmenichen ftellen zu tonnen. Wer ba glaubt, bag allweife, allwiffende und allgerechte Götter von einem Bunkt der Wilhelmstraße oder Behrenftraße aus die deutsche Wirtschaft leiten murden, daß ebenso ideale Mitarbeiter an allen Stellen ber technischen und faufmännischen Arbeit zu finden fein wurden, die, gegen alle hemmungen, gegen alle Berärgerung gefeit, mit genau demfelben Gifer, berfelben Berantwortungsfreudigkeit und bemfelben Wagemut in fozialifierten Betrieben tätig fein murden wie durch den Unreiz des finanziellen Erfolges, der wirtschaftlichen Macht= ftellung und dem wirtschaftlichen Zwange in einer fapitalistischen Organifation, der mag aus dem Geifte heraus die Vollsozialisierung fordern. Sch sehe nur nicht ein, warum er dann nicht, wie es ja auch Guftav Landauer früher getan, den Anarchismus, die rein freiwillige Zusammenfaffung, propagiert. Was schon in privatwirtschaftlichen Großunternehmungen ein wesentliches Moment für die Steigerung der Rosten bei einer Vergrößerung darftellt, die Notwendigkeit steigender Kontrolle, die Unmöglichkeit für den Leiter, alle Einzelheiten zu übersehen und andererseits ben unteren Angestellten die Selbständigfeit der Entschließung zu laffen, die allein zu höchsten Leistungen führt, das alles steigert sich naturgemäß bei jeder Unnäherung an staatliche oder ähnliche Bureaufratisierung, bei einer Verantwortung der Leiter nicht nur gegen sich felbst und einen fleinen Kreis von Auftraggebern, sondern zu einem zum Schluß der politischen Kontrolle ausgesetzten Wirtschaftsinstem. Sch erinnere mich, wie Guftav Schmoller, als ich ihn vor mehr als 20 Jahren im Kolleg hörte, barauf hinmies, daß felbst in der politischen Verwaltung der preußische Geheimrat, deffen Leiftung er doch ficherlich nicht unterschätte, niemals einen führenden Geift aus sich heraus geschaffen habe, und daß die einzigen großen Männer der preußischen Staatsverwaltung in den letten Sahrzehnten wie Bismarck gegen sie und wie Miquel ohne sie in die Sohe gekommen feien. Wer in diefem Kriege die militärischen und zivilen Stellen beobachtet hat, wird mit Erschrecken fonftatiert haben, daß diejelben Manner, die nicht nur zu fterben verftanden, sondern auch bereit waren, militärische Berantwortung von großer Tragweite auf sich zu nehmen, in jeder finanziellen Frage auch vor dem fleinften felbständigen Schritt, der nicht durch die Vorgesetzten gedeckt war, zurückschreckten (Zuruf: Sehr richtig) und andererseits mit dieser Deckung alles, auch was sie selbst für verkehrt hielten, ohne Bedenken durchführten.

MI das wird nun von einsichtigen Sozialisten, wie von meinem perehrten Vorredner, nicht beftritten. Abgesehen von der Frage der Form der Sozialisterung, von der die Betreffenden, genau wie ich felbst, einen ausschlaggebenden Ginfluß auf dieses Moment erwarten, ift aber das Gegenargument und zwar dasjenige, mit dem man sich am allerernsthaftesten außeinandersetzen muß, die Behauptung, daß ja auch unter der jo hoch gerühmten kapitalistischen Wirtschaftsorganisation nur ein kleiner Teil der Produktion und des Handels den hohen Grad der Vollkommenheit erreicht habe, den man nach dem Maß unserer technischen und organifatorischen Kenntnisse erwarten dürfte. Die mangelnde Fähigfeit vieler kapitalistischer Unternehmer, das Höchstmaß historisch erreichbarer Broduktivität zu erzielen, sei so wesentlich, daß eine zentralistische Organisation — alle Nachteile einmal zugegeben — immer noch eine mindestens ebenso hohe Stufe erreichen werde. Die Tatfachen, auf die fich Berr Lederer ftutt, find unzweifelhaft richtig, wenn auch nicht ganz in dem Make, wie Lederer und andere glauben. Bielleicht find es nur einige große Induftriezweige in Deutschland, die als ganze ungefähr wenigstens tendenziell die denkbar höchsten Leistungen erreichen: die Großeisenindustrie, die chemische Industrie, die Maschinenindustrie einschließlich der Glektrizitätsindustrie, wohl auch die Papierinduftrie und einige mehr. Ich felbst kenne sicherlich große Industrien, die bis jum Kriege oder bis jum heutigen Tage mit Ausnahme weniger Betriebe durchaus rückständig find. Aber ift dies eine Folge von zu viel Kapitalismus, von zu geringer Planmäßigkeit oder nicht etwa von zu geringem Kapitalismus, finanziell und psychologisch, von einem Mangel an leitenden Berfönlichkeiten, vielleicht einmal ausnahmsweise von einer durch spezifische Marktverhältnisse mit verursachten Anastlichkeit? Wesentlich scheint mir dabei nur die Frage, ob derartige Rückständigkeit bei freiem kapitaliftischen Snftem eher beseitigt wird, oder bei einem jozialisierten planmäßigen Syftem. Ich möchte dabei einen Vergleich wagen. Diese Fragen sind eben wesentlich wirtschaftspfnchologischer Natur. Freihandelslehre hat — meines Erachtens auch in diesem Punkte mit Recht — angenommen, daß die internationale Konkurrenz am sichersten und im ganzen am schnellsten für den Fortschritt der Technik und der Wirtschaft Deshalb wiffen wir jedoch ganz genau, daß auch Freihandelsländer zeitweilig geschlafen haben, daß die Ginführung eines Schutzolles als Impuls von gewaltiger Bedeutung sein kann, und sich Dutzende von

Malen bewährt hat. Aber die Gefahr, daß caeteris paribus bei geschütztem Markt, bei Beherrschung der Situation dieses Einschlafen einstritt, ist, wie Theorie und Praxis übereinstimmend beweisen, hundertmal größer, so daß eine wirklich überlegene Wirtschaftspolitif das Mittel des Schutzolles als Impuls in einer hochstehenden Wirtschaftsorganisation nur äußerst selten und mit genauem Programm des Wiederabbaus verwenden wird.

Der Merkantilismus war sicherlich eine äußerst zweckmäßige Politik in einer Zeit, in der die leitenden Staatsmänner und ihre Helser kapitalistischen Sinn hatten, während die große Masse der Bevölkerung noch nicht von derartigen Motiven beherrscht war. Daß das heute der Fall sei, wird man kaum behaupten wollen. Deshalb mag aber in einem bestimmten Moment eine oder die andere Zwangsmaßnahme als einmalige Handlung oder als Normativbestimmung für beschränkte Zeiten einen wohltätigen Ginsluß ausüben. Das Prinzip der Überlegenheit kapitalistischer Konkurrenz wird damit nicht widerlegt.

Wer diese prinzipielle Darlegung anerkennt, wird im Ginzelfalle genau prüfen, ob die Vorteile der Vergrößerung der Wirtschaft oder des Monopols stark genug find, die Hemmung zu kompensieren, die in jeder sozialisierenden Magnahme notwendigerweise enthalten find. Das heißt keineswegs, daß er alles von Sozialisierung ablehnt. Wo schon heute Monopole und gar teilweise bureaufratische Organisation herrschen, wird man leichter zu gemiffen Sozialifierungsmaßnahmen schreiten können. Underseits stimme ich mit Herrn Lederer und vor allem Herrn Professor Wilbrandt, der das fehr ftark betont hat, auch darin überein, daß es unrichtig ift, gerade biefe Wirtschaftszweige allein ober auch nur vorzüglich für Sozialisierungsmagnahmen reif zu betrachten. Wo die Rückständigkeit eklatant aus hiftorischen Gründen besteht oder in dem Bedürfnis eine selbständige Arbeitsftelle als Rleinhändler, als fleinerer Backer oder fonftwie zu finden, ihre tiefften Wurzeln hat, wird eine fühne überführung zu großinduftrieller Rabrifation, vielleicht auch eine iraendwie, nicht notwendigerweise durch Berbot hervorgerufene Beschränfung der Betriebe auch dem Relativisten nicht nur afzeptabel, sondern in unseren schwierigen Wirtschaftsverhältnissen, wenn anders die Rapitallage es geftattet, munschenswert und notwendig erscheinen.

Ich möchte mir erlauben, aus dem leider noch immer nicht versöffentlichten Berhandlungen der Sozialisierungskommission, die man doch in einer demokratischen Zeit nicht nur für die Registratur des Reichswirtsschaftsamts ausheben kann, die Tatsache mitzuteilen, ohne zu ihr mangels genügender eigener Studien endgültige Stellung zu nehmen, daß die

Kommunalpolitiker aller Parteirichtungen es für ausgeschlossen erklärten, die Bewirtschaftung der Milch je wieder aus Händen zu geben, und dies mit sehr gewichtigen sanitären, technischen und organisatorischen Vorteilen begründeten. Es scheint mir durchaus verständlich, daß eine vielsach zu semimonopolistischer Stellung gelangte Elektrizitätsversorgung nicht nur sinanziell, sondern auch technisch und organisatorisch von einer zentralen Stelle mitbeeinslußt wird. Aber wer die Geschichte des Eisenbahnwesens in England studiert hat, der weiß, daß prinzipiell dieser Gesichtspunkt von den dreißiger Jahren an dis zum heutigen Tage trot allem Individualismus vorherrschend war, daß der Charter nur nach Bedürsnis erteilt oder mit Bedingungen sinanzieller und sozialer Art hypotheziert wurde und daß wir dasselbe in unseren Gas: und Elektrizitätskonzessionen, wenn auch vielleicht in zu geringem Waße und mit zu geringem Ersolge, schon prinzipiell getan haben.

Meine Damen und herren, vor allem anderen aber hängt das Maß von Sozialisierung, das wir mit Erfolg anwenden könnten, von der Form und Art ber Sozialifierung ab. Sie fann fich erftreden auf ben Beminn, auf das Rapital, auf die Leitung. Das einfachste ist die Sozialisierung Man wendet gegen sie ein, daß sie doch feine großen des Gewinnes finanziellen Erfolge für die Allgemeinheit erzielen könne, gleichgültig, ob fie nun in Form von Steuern oder billigen Preisen geschehen foll. Ich erkenne Eulenburgs Argument, daß man in der Sozialisierung des Gewinnes keineswegs den Simmel auf Erden für die Arbeiter schaffen könne, burchaus an und bin weit entfernt, ihre Bedeutung zu überschäßen, qu= mal ich gleich auch bei ihr große Einschränkungen prinzipieller und praktischer Art machen werde '. Aber es scheint mir doch unrichtig, eine Erhöhung des Ginkommens der unteren Klaffen auch nur um einige Goldmark als nebenfächlich zu betrachten. Der Grenznugen der letten zur Berfügung ftehenden Guter ift bei dem Arbeiter hoch genug, daß ein paar Schuhe, eine etwas beffere Nahrung oder ein paar Bergnügungen, die ja nicht nur in Rinos beftehen muffen, feineswegs zu vernachläffigen find. Ich betrachte aber diese Frage der Sozialisierung gewisser Gewinne noch mehr unter pfychologischem, um nicht zu fagen moralischem Gesichtspunkte. Auch der Arbeiter versteht den normalen Bins, auch der Arbeiter findet fich ab mit bem großen Entgelt für außergewöhnliche Leistung ber Unternehmer und muß fich, ob er will oder nicht, mit ihm abfinden. Renten=

¹ Ich habe hier ein Moment nicht genügend betont, das mir neuerdings besonders wichtig erscheint, nämlich das der Kapitalbildung; ich werde darüber dennächst an anderer Stelle sprechen.

gewinne, die feine ökonomische Notwendigkeit für die Erhaltung der Broduktion darftellen, wird er immer perhorrefzieren und aus ihnen feine Rampfmittel gegen alle fapitaliftischen Gewinne holen. Deshalb trete ich in Deutschland für die Weasteuerung der Renten im Berabau ein und behaupte, daß allgemeine Wirtschaftspläne, die an dieser Frage vorübergehen, das Höchstmaß von Dilettantismus darftellen. In Ländern, in denen es gilt, Bergwerke erft aufzuschließen, in denen nicht Rentengewinne, sondern dem Risiko entsprechende Entgelte in der Minenindustrie erzielt werden, würde ich weit entfernt sein, das gleiche zu fordern. Sozialisierung des Gewinnes kann auch eine weitgehende Kapitalbesteuerung angesehen werden — ob für die Lebenden oder deren Erbschaft, mag da= bei bahingeftellt bleiben -, obwohl auch hierin schon auf ben Import ausländischen Kapitals und die Notwendigkeit inländischer Kapitalbildung Rücksicht zu nehmen ift. Den ganzen Mangel an geistigem Durchbenken in unserer heutigen Politif ersieht man aber, wenn in einer Zeit, in der man nach Sozialifierung ruft, und teilweise von benfelben Mannern, an dem Gedanken der Mehreinkommenfteuer und Kapitalzumachssteuer auch über den Krieg hinaus festgehalten wird, und damit gerade derjenige, der wirtschaftlich etwas leiftet, benachteiligt wird zugunften des alten Rapitalbesitzers und Rentenbeziehers und der Kapitalbildende zugunsten des Nichtsparers.

Auf einen derartigen besonderen Schut des alten Reichtums und der ererbten Unternehmungen gegenüber den Neuaufsommenden läuft im Grunde genommen auch ein erheblicher Teil der Walter Rathenauschen Vorschläge hinaus, der nur demjenigen, der etwas besonders Neues schafft, das von seinen Fachgenossen anerkannt wird, eine Gelegenheit gibt, mit zu konfurrieren, und auch das nur in einem ungewöhnlich beschränkten Maße (Zuruf: Sehr richtig).

In einem herrscht weitgehende Übereinstimmung zwischen ausgesprochenen Sozialisten und mir: nämlich darin, daß die Leitung der wirtschaftlichen Unternehmungen so frei wie möglich belassen werden muß, also von der Sozialisierung sowenig wie möglich erfaßt werden darf. Über die Frage des Einslusses der Arbeiter und Angestellten spreche ich gleich. Hier sicheint mir nur wesentlich zu sein, daß ich bei allem Nachdenken keinen Weg gesunden habe, eine unabhängige in geistigem Wettbewerb arbeitende Leitung nicht nur einmalig zu ernennen, sondern für die Dauer zu sichern, wenn nicht die Konkurrenz des Kapitals aufrechterhalten bleibt. Alle Rathenauschen Kommissionen zur Erteilung der Erlaubnis, ein neues Versahren auszuprobieren, oder nachdem es ausprobiert ist, in die Praxis

umzusetzen, müssen, da wir nun eben die Fbealmenschen nicht haben, gleichseitig zu einer unerhörten Hemmung des Fortschrittes in Deutschland und zu einer Auswanderung der tüchtigen Individuen führen. Nur die Freiseit des Wettbewerds des Kapitals kann die Freiseit der Leitung und der Anspannung aller Kräfte sichern. Alle Forschungsinstitute und ähnsliche Ersahorganisationen werden niemals den gleichen Erfolg auch nur annähernd zeitigen können. Ich könnte Beispiele genug aus meiner eigenen Kenntnis des deutschen Wirtschaftslebens anführen, die als trefsliche Beslege dasur anzusehen sind.

Aus diesem organisatorischen Grunde komme ich dazu, alle die Bestrebungen, die auf die Zusammensassung des Kapitalbesites mittels der Bermögensabgabe hinausgehen, als völlig versehlt anzusehen. Solange der Staat mit kleinen Prozentsäten beteiligt ist, wird die Konkurrenz der freien Kapitalisten genügen. Wenn wirklich einmal das Gesamtkapital beim Staat ist, wo soll dann der Fortschritt in der Leitung herkommen?

Ich bin erstaunt und enttäuscht gewesen, daß Professor Lederer heute mit einer folchen Stärke für die Betriebsrate eingetreten ift, ba ich es ebenfalls als einen der größten Erfolge der Sozialifierungstommiffion angeseben hatte, daß fie wie in der Frage der Leitung so in der Frage der Mitbestimmung der Angestellten und Arbeiter mit allen Kompromissen, die beide Teile natürlich in praktischer Arbeit schließen mußten, zu einem einheitlichen Botum und prinzipiell zu einer völligen Übereinstimmung gelangt ift. Übrigens genau jo in der Ablehnung alles deffen, mas ftatt des Gedankens der Arbeit für die Gemeinschaft des Boltes auf einen Syndifalismus, das heißt ungehemmten Egoismus der in dem Unternehmen tätigen Bersonen hinaus-Soweit die Betriebsräte über das hinausgehen, mas mir als Arbeiterausschuffe bezeichnen können — Arbeiterausschuffe sind ja auch nichts Neues -, bedeuten sie im wesentlichen eine Ginschränfung ber Selbständigkeit in den Entschlüffen der leitenden Bersonen, den Erfat der bureaufratischen Kontrolle des Staatsbetriebes durch die bureaufratische Kontrolle der Räte. Ich sehe nicht ein, wie man von einem Betriebsrat, der etwas zu jagen haben soll und nicht bloß eine Puppe ift, etwas anderes erwarten fann als dieje Ginschränfung. Wenn aber die Betriebs= rate eine Ginschränfung der Freiheit bedeuten, fo ift das Gelektionspringip das falschefte, das ich mir benten fann. Der Gedanke, daß der, der in einem fleinen Kreise, in der Arbeiterrotte bewährte und gewählte Mann, auch der geeignete Vertrauensmann sei für den Betrieb, für die Unternehmung ober für den Bentralwirtschaftsrat, ift eine große Berkennung der spezifischen Verschiedenheiten dieser Tätigkeit (Buruf: Sehr richtig).

Folge dieses falschen Wahlmodus ift, daß die meisten dieser Räte absolut versagen, sobald es sich um größere Probleme handelt. Wir haben in der Sozialifierungstommiffion fur den Bergbau wenigstens ein Kompromiß geschloffen dahin, daß die Bertreter für die höheren Rate von, aber nicht notwendig aus den Bertrauensmännern der fleinen Rate gemählt merden follten. Es ift aber auch dieses Kompromiß abzulehnen, da es die Fehler der Auswahl nur teilmeise beseitigt. Das ganze Suftem führt dazu, daß in diefer für den Zweck zumeift völlig ungeschulten Maffe der Räte die wenigen, die zufällig anderer Art find, oder es verstanden haben, sich aus anderen Kreisen in die Räte hineinzubringen, infolge des geiftigen Abstandes, der zwischen ihnen und der Masse besteht, zu einer plebifgitaren Diftatur gelangen, wie fie in einer reprafentativen Gemeinschaft auch der bedeutenoste Staatsmann niemals haben fann. Es ift basselbe im fleinen wie im greßen, ob es sich um herrn Lenin und Berrn Trotti, um Berrn Coben-Reug und Berrn Kalisti, um Berrn Däumig ober Herrn Levien handelt, gang gleich auch, ob die Betreffenden ihren Ginfluß zum Guten oder zum Schlechten verwenden. Gs ift der Erfat porgebildeter oder fich im Laufe der Arbeit bildender Repräsentanten durch die avooà oder richtiger nicht durch die avooà athenischer Bollbürger, sondern eher die Comitien der nach der Annona verlangenden römischen Bolksmenge (Auruf: Sehr richtig). Und so entsteht jene Rufälligkeit der Beschlüffe, für die der Bentralrat der deutschen Arbeiter in Berlin genau fo groteste Beispiele bietet, wie die fleineren Organisationen einzelner Bezirke und einzelner Unternehmungen.

Ich halte es für effentiell, in dieser Frage reinen Tisch zu machen, und glaube, daß es sowohl vom rein politischen wie vom wirtschaftlichen Standpunkt aus nötig ist, zu erklären, daß es mit diesem System kein Kompromiß gibt, daß alles, was über den Arbeiterausschuß hinausgeht, von uns abgelehnt werden muß (Zurus: Sehr richtig), nicht etwa aus Gegnerschaft gegen die Arbeiter, sondern weil auch für sie keinerlei Borteil daraus erwachsen kann. Die einzelnen Unternehmungen sind für die Arbeiter nur in einer Beziehung von wesentlicher Bedeutung, nämlich in allen Fragen der Arbeitsbedingungen. Schon die Fragen des Lohntariss sind nicht vom Standpunkte des einzelnen Werkes aus zu beurteilen. Die Geschäftsergebnisse des einzelnen Unternehmers interessieren, wenn man nicht den völlig aussichtslosen Bersuch einer Gewinnbeteiligung in normalen Industrien machen will, den Arbeiter keineswegs. Es geht natürlich nicht an, daß der Dreher in einem Werk 20 Mt. verdient und noch 10 Mt. Gewinnbeteiligung erhält, und bei dem Konkurrenzunter-

nehmen, weil die Geschäfte dort schlechter gehen, vielleicht schlechter geleitet werden, nur 20 Mt. Entweder bedeutet das die Schaffung einer Rente und vielleicht den Verkauf von Arbeitsplägen, mit denen diese Rente verbunden ist, oder der Mann erklärt seinem Unternehmer: mir ist es gleich, aus welchem Fonds du die 30 Mt. bezahlst; wenn mein Kollege sie der Konkurrenz erhält, so verlange ich sie auch. Damit ist erwiesen, daß es ein prinzipieller Fehler ist, diese Fragen auf den Betried anstatt auf den ganzen Geschäftszweig einzustellen, und dieser Fehler muß notwendigerweise wieder gutgemacht werden, wenn man nicht zum Syndikalismus kommen will, den Prosessor, wenn man nicht zum Syndikalismus kommen will, den Prosessor Lederer und seine Freunde ebenso ablehnen wie ich (Zuruf: Sehr gut).

Wer, im Gegensatzu mir, das organisatorische Problem prinzipiell anders beurteilt und etwa von der Konzentration stets eine Minderung volkswirtschaftlicher Kosten erwartet, wer das psychologische Problem der Leitung und Verwaltung quantitativ soviel anders auffaßt, daß er seine Lösung ohne Kücksicht auf Zeitverhältnisse und Tradition für leicht anssieht, konnte im letzten Winter vielleicht zu einer radikalen Umgestaltung in sozialistischem Sinne, zu einer bewußten Arbeit an einer Vollsozialisserung neigen. Sie wäre meines Erachtens an ihren organisatorischen Fehlern und psychologischen Frrtümern eines Tages zusammengebrochen, hätte sich aber immerhin einige Zeit halten können, falls kein Machtwort der Entente sie aufgehoben hätte.

Viel schwieriger war die Stellungnahme für alle diejenigen, die eine Bollsozialisierung für absehbare Zeiten organisatorisch als versehlt erachten und auch bei Teilsozialisierungen alle Schwierigkeiten des Maßes und der Form, des Zeitpunktes und der psychologischen Einstellung deutlich erkennen. Für sie, die die Frage als reines Zweckmäßigkeitsproblem erachten, wurde sie zum eminent politischen Problem, das jeden Tag einen neuen Uspekt gewann, zumal auch von dem Gesichtspunkt aus, das Höchstmaß von Ruhe und Arbeit in diesem so sehr zerrütteten deutschen Wirtschaftsleben zu erreichen.

Eines war am 9. November allen denkenden Deutschen klar: über die alten sozialpolitischen Forderungen nicht nur der christlich-sozialen à la Bodelschwingh und Stöcker, nicht nur der Anhänger eines preußischen Königtums, das — wie früher zwischen dem cavalier und dem roturier — jest zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden die balance halten und den Schwachen vor Ausbeutung, den Bedürftigen vor Not schützen sollte, nein auch über die weitgehenden Postulate auf Anerkennung der Persönlichkeitserechte des Arbeiters und der Gleichberechtigung seiner Berufsorganisationen

mit denen der Unternehmer war nicht mehr zu streiten. Brentano war nicht nur regierungsreif, sondern auch unternehmerreif geworden, oder richtiger, Regierung und Unternehmertum waren reif geworden für all das, was uns, dem äußersten linken Flügel nichtsozialdemokratischer Sozialpolitiker, was auch sozialdemokratischen Parteiführern und Gewerkschaftsleitern als das höchste Maß des Erreichbaren für Jahre und Jahrzehnte erschienen war — von der Frage des Einkommens und der Lebenshaltung einmal abgesehen. Es konnte sich nur um die Kodisizierung eines durch consensus omnium schon gewordenen Rechtszustandes handeln.

Ein anderes aber stand im Vordergrund sorgender Betrachtung: wie kann einer seit Jahrzehnten argwöhnischen Arbeiterschaft, die plöglich mit Unterstügung weiter Kreise des Kleinbürgertums und der Intelligenz zu unumschränkter Macht gekommen war, das Gefühl beigebracht werden, daß eine neue Zeit angebrochen sei, in der keine auf die Tauer durchsührbare Forderung auch nur um einen Tag länger als nötig verschoben werden würde, daß Privatrechte und kapitalistisches System an keiner Stelle um ihrer selbst willen, an keiner Stelle anders als im Interesse der Allgemeinsheit aufrechterhalten würden?

Die prinzipiellen Widerstände lagen zumeist nicht bei den Unternehmern beren führende Geister, abgesehen von den wenigen Ausnahmen, die auf eine glatte Katastrophenpolitis hinarbeiteten, bereit waren, alle erdenklichen Zugeständnisse zu machen, um eine friedliche Fortentwicklung zu sichern. Männer wie Hugo Stinnes hatten, leider sehr spät, aber nunmehr doch mit der ganzen Energie ihres Geistes den Gedanken aufgenommen, alles vom Kapitalismus zu opfern, was nicht absolut zur Erhaltung der deutschen Wirtschaft und zu ihrem Neuausbau nötig war. Viele kluge Unternehmer waren, odwohl sie eine restlose Erfassung der Kriegsgewinne für ungerecht und unzweckmäßig hielten, bereit, der nicht immer klaren moralischen Forderung freiwillig entgegenzukommen, und der Leiter einer großen Gesellschaft sprach im November das Wort aus, man solle ein Geset erlassen, daß jeder dis zu einem bestimmten Tage seinen Kriegsegewinn herauszugeben habe bei Vermeidung von Zuchthausstrassen.

In diesem Augenblick hatte der Rat der Volksbeauftragten, damals noch stark an effektiver Macht und noch stärker an moralischer Autorität, die Sozialisierungskommission geschaffen, die in weiten Kreisen — das läßt sich aus Zeitungsartikeln und Zuschriften beweisen — mit großer Hoffnung begrüßt wurde. Nicht durchaus glücklich in der Zusammenssehung — wir haben oft überlegt, ob wir nicht andere hinzuziehen sollten — aber doch nach der persönlichen Seite aut arbeitsfähig, nicht mit klaren

Befugnissen und Zwecken, aber doch in so weitem Rahmen, daß sich vieles aus ihr machen ließ. Sie hatte die Absicht, etwas in absehbarer Zeit zu schaffen und hätte es meiner Ansicht nach geleistet, wenn nicht der Mangel an politischem Sinne bei den Volksbeauftragten und nachher dem ersten Ministerium, wenn nicht die Mitleid erregende Unbeholfenheit der meisten neuen Männer und die kleinliche Eisersucht ressortversunkener Bureaukraten von der Minute ausgeschlagen hätten, was Jahre nicht zurückbringen.

In einer Zeit, in der es nicht unwesentlich gewesen wäre, eine von Kautsky und Hilferding unterzeichnete Erklärung an die Bergarbeiter herauszugeben, hat man sich zu keinem Entschluß aufraffen können. Und dann kam ein System kleinlicher Schikane, auf das ich hier nicht näher eingehen möchte, das aber für den Erforscher deutscher Behördenorganisationen nicht ohne Interesse seine Antwort erhielten, wenn wertvolle Stunden und noch wertvollere Kraft damit versoren ging, für die auswärtigen Mitzglieder der Kommission die Bezahlung der Hotelrechnung durchzusehen, wenn über die Frage einiger tausend Mark Ausgaben für Sekretäre und Papier die Bolksbeauftragten zwei Sitzungen abhielten und dann zu einem ablehnenden Entschluß kamen, so war eigentlich schon damit jeder Erfolg unmöglich gemacht.

Der Höhepunkt bureaufratischer, kleiner Tricks wird dann in der Rohlenfrage erreicht und zwar von den damals leitenden Berren des Reichswirtschaftsministeriums, gedeckt durch die Unterschrift des Berrn Wiffel, des Ministers, von dem man sagte: il règne, mais il ne gouverne pas. Hinter dem Rücken der Sozialisierungskommission ließ man ohne große Brufung der Frage von einem auch bei der Sozialifierungskommission als Sachverständigen tätigen Herrn einen Entwurf ausarbeiten, der noch vor dem unfrigen heraustommen mußte, und schnitt gleichzeitig in vormärzlichbureaufratischem Übermut einem Gremium, das immerhin einige wirtschaftliche Kenntnisse hatte, den' Weg zur Öffentlichkeit ab. zwischen in Generalstreiks und wilden Sozialisierungen konvulsierenden Arbeiterschaft warf man in varietemäßiger Reklame ein Sozialisierungs= gesetz hin, das vielleicht Mitte November psychologisch von Bedeutung gemesen mare, jest aber nur die völlige Ratlosigkeit der Regierung offenbarte, und geht endlich mit ber Ankundigung des Betriebsrätegesetes und ihrer Begründung leichten Sinnes über all das weit hinaus, mas selbst die Neunerkommission der Effener Bergleute und die extremften Mitglieder ber Sozialifierungsfommission verlangt hatten, die alle anerkannt hatten,

daß eine Mitwirkung nicht etwa einzelner jetiger oder früherer Arbeiter, sondern der Arbeiterschaft und der Angestellten durch ihre Räte an der kaufsmännischen und technischen Leitung jedem vernünftigen organisatorischen Prinzip zuwiderlause. So wird die Regierung, die nichts leistet, was die Phantasie der Arbeiter befriedigt, zu immer vageren Versprechungen geführt, die keiner Begrenzung in Maß und Schnelligkeit der Durchführung unterliegen.

Inzwischen geht das Wirtschaftsleben an Leistung und Moral von Tag zu Tag bergab. Wenn erst bei den vielen Beschränkungen — Kontingentscheine, Aussuhr- und Einsuhrbewilligungen, Tevisenordnung usw. — das Geschäft ganz in die Hände von Schiebern zu sallen droht, denen es gleich ist, ob sie sich an die Vorschriften halten, fängt nun auch der solidere Kausmann und Fabrikant an, seine politische und geschäftliche Moral den Verhältnissen anzupassen. Hatte er im Kriege gelernt, die Beschaftung von Butter und Fleisch im Schleichhandel, von Kohle und Rohstossen zur Ersüllung seiner Kriegsausträge, wie jeder Fourageossisier und jedes militärische Bestellungsbureau als erlaubten Kniff anzusehen, so wird jeht das Schmieren, um Waggons gestellt zu bekommen und bald noch manches andere von den Verussgenossen nicht mehr als unzulässige — weil eben nötige — Maßnahme beurteilt.

Viel schlimmer entwickelt es sich aber noch bei den Arbeitern. Was als das wesentliche Moment der Stärke in der Arbeiterbewegung sowohl politisch als auch moralisch gegolten hatte, das Solidaritätsgefühl, es ist zugrunde gegangen in einer Weise, die niemand für möglich gehalten hätte. Der Achtstundentag wird erzwungen; der Fabrisschlosser ist von 6-2 Uhr in seinem Werk, dann geht er nach Hause und — arbeitet bei Privatleuten oder in anderen Werken noch 4—5 Stunden, derselbe Arbeiter, der durch die höchsten Löhne nicht dazu zu bewegen ist, auch nur eine Stunde länger in der Fabrist tätig zu sein, so sehr es im Interesse der Produktion vielleicht nötig wäre. Ost wissen die Unternehmer des gleichen Ortes davon, daß ihre Arbeiter nach Geschäftsschluß bei dem anderen tätig sind, und tolerieren es, weil sie froh sind, daß auf diese Weise überhaupt etwas geschafft wird.

Und in diesem Augenblicke vollkommener moralischer Auflösung, in dieser Zeit des Schwankens zwischen Lethargie und Arbeitsunlust auf der einen Seite, und Schiebertum und Mangel an Solidarität auf der anderen, tritt das Reichswirtschaftsamt auf, nicht etwa um einen moralischen Feldzug gegen einen durch keinerlei ethische Hemmungen eingeschränkten Egoissmus aufzunehmen, sondern mit der unerhört realistischen Jdee, auf diesem außerordentlichen Gemeinsinn und dieser fabelhaften Einheit des deutschen

Volkes, nicht etwa in später Zukunft, sondern heute eine Gemeinwirtschaft planmäßigen Zwanges aufzubauen, von der kein Mensch auch nur weiß, wie der Blan aussehen soll.

Es ift in diesem Kreise unseres heute fast 50 Jahre alten Bereins der Rathederjozialisten ichwer, über die moralischen Selbstverständlichkeiten zu reden, die in der Betonung sozialer Pflichten und in der Bedeutung volkswirtschaftlicher Vorteile gegenüber rein privaten liegen. originären Wiederentdeckungen 47 Jahre nach Gifenach, nach Schmollers Rampf gegen Treitschke und Brentanos Auseinandersetzungen mit seinem manchesterlichen Gegner, von Shaftesbury und Toynbee gang zu schweigen, können unser Interesse nicht lange in Anspruch nehmen. Organisatorisch aber besagt die Denkschrift des Reichswirtschaftsamts einfach nichts, weder über die Art der Personenauswahl, der dieser neue Plato doch wohl ebensoviel Gedanken wie der alte hätte widmen sollen, noch über die Form erterner Konkurrenzverhütung und interner Konkurrenzförderung, noch über die wirklichen Probleme der Kapitalbildung, noch über die Beziehung zum Auslandmarkt, von der Beschaffung der Rohmaterialien und dem nun wirklich findlichen Erquß über das Geldwejen abgesehen. Plan, Imana und Unterdrückung des wirtschaftlichen Egoismus find die einzigen ewig wiederholten Boftulate; welcher Plan, welcher Erfat für den Egoismus, das bleibt der Zukunft und den allwissenden Technikern der ehemaligen Kriegsrohftoffabteilung überlaffen. Rein Wort über die Reibungen, über die faux frais, fein Wort über die Verderblichkeit etwaiger falscher Blane der Zentralinstanz. Der Militärstaat ins Wirtschaftliche übertragen und eine allmächtige oberfte Heeresleitung als Diktator, das ift der mahre Inhalt dieses Programms. Damit dürfte dieses Elaborat erledigt fein, das nur beshalb eine gewiffe Beachtung erforderte, weil es neben Kautskys zwar auch von allen Detailzeichnungen entferntem Plan das einzige mar, das an sozialistischen und pseudosozialistischen Programmen in den letten Monaten an die Öffentlichkeit getreten ift.

Was aber fönnen wir heute, in diesem konkreten Zeitpunkt, als Forderung für die deutsche Wirtschaft aufstellen? An Sozialisierungen sicherlich viel weniger als vor 6 Monaten. Wenn es damals meines Erachtens richtig gewesen wäre, als Konzession an die Willensrichtung der Arbeiter aus psychologischen Gründen weiter zu gehen als rein organisatorisch geboten war, so kann man heute nach dem psychologischen Zusammenbruch der sozialistischen Idee die Frage nur noch vom Produktivitässtandpunkt aus betrachten. Wenn wir nicht heute vollkommen umkehren von einem System unhaltbarer Vorschriften und Pläne, die nur auf dem

Papier stehen, dann werden wir zu einem Zusammenbruch kommen, nach dem der Verein für Sozialpolitik noch einmal die sozialpolitischen Forderungen zu verteidigen haben wird, die am 9. November kampslos der Arbeiterschaft in den Schoß gefallen waren.

So bleibt von den Forderungen auf Sozialisierung einmal eine vernünftige Regelung im Bergdau, die gewisse aus der Zufälligkeit der privatwirtschaftlichen Entwicklung im Zusammenhang mit dem Monopolscharakter der Bodenschäße stammende Rückständigkeiten beseitigt und odiose Einkommensquellen zugunsten der Allgemeinheit abgräbt, vielleicht eine Regelung des Elektrizitätswesens und endlich gewisse lokale Zusammenssasseningen in der Befriedigung wichtiger Lebensbedürfnisse, so viele politische Gesahren heute für eine vernünstige undureaukratische Form derartiger Konzentrationen unter Beteiligung und Kontrolle der Allgemeinheit bestehen.

Ich glaube, es ift heute notwendig, klarzustellen, daß die rein psychologische Tatsache des Gedankens, für den eigenen Betried zu arbeiten, für die Entscheidung nicht maßgebend sein kann. Es scheint mir eine vollkommene Berkennung, eine rein abstrakte, aus der Studierstube kommende Idee zu sein, wenn man glaubt, daß dies dem Arbeiter und Angestellten wirklich eine Genugtuung geben kann. Die Arbeiter des Stahltrusts, die bekanntlich Aktien besitzen, haben auch nicht in anderem Maße das Gesühl gehabt, für sich zu arbeiten. Wenn man wirklich annimmt, daß der Arbeiter und Angestellte der unteren Stellen keine Freude an der Arbeit an sich haben kann — ich bin anderer Meinung —, aber wenn man diese Auffassung vertritt, so verstehe ich nicht, wie dieses Band eines Einshunderttausendstels von Eigentum eine so wunderbare Wirkung hervorsrusen kann.

Ich finde es auch eigenartig, daß gerade diejenigen, die in so weitsgehendem Maße die psychologischen Voraussehungen der produktiven Leistung bei den Unternehmern unterschätzen, bei den Arbeitern diese rein psychoslogische Einstellung auf so abstrakte Dinge für ausschlaggebend halten, und das in einer Zeit, in der in den Betrieben des Staates und der Kommune genau so schlecht gearbeitet wird wie in der Privatindustrie und genau dieselben Streiks vorkommen.

Meine Damen und Herren, wir können heute nicht wie die glücklichere Generation in den siedziger Jahren glauben, daß in wenigen Jahren der Arbeit, politischer und wirtschaftlicher Arbeit, ein Jbealzustand, oder wenigstens ein Zustand relativer Befriedigung erreicht werden kann. Wer sich nicht klar macht, daß bei jeder Form der Organisation das Leben weit davon entfernt von dem sein wird, das unseren höher gestellten

139

Arbeitern vor dem Krieg als felbstverständlich galt, der arbeitet mit falschen Boraussetzungen. "Solange du glaubst an die goldene Zeit", solange mag man einem Phantom nachjagen, das unerreichbar ist und Mittel wählen, die so unklar sind, daß ihre Unzweckmäßigkeit dem Unskundigen nicht sosort evident sind.

Wir aber, die durch die Schule der Historiker gegangen sind, haben heute die eine Verpflichtung, zunächst jeden Fortschritt der Organisation und jede Steigerung der Produktivität zu fördern, um einst in späten Jahren dahin zu kommen, uns zu fragen, ob eine besser mit materiellen Gütern ausgestattete Zeit die Gesichtspunkte der Bequemlichkeit und der Rücksicht auf die Arbeiterpsychologie wieder als ausschlaggebend betrachten kann. (Lebhafter Beisall.)

Vorsitzender: Ich möchte Ihnen jett das Ergebnis der Wahlen mitteilen. Es wurden abgegeben 47 Stimmzettel. Gewählt sind: Herkner, Hainisch, Max Weber, v. d. Lenen, Francke, Boese, Geibel, Albrecht, Bücher, Delbrück, Knapp, Ludwig-Wolf, Sering, Stieda und Fuchs. Im übrigen hat eine große Zahl von Herren eine geringe Zahl von Stimmen erhalten.

Ich darf die Herren noch daran erinnern, daß der Ausschuß 2 Uhr 45 Minuten hier im Saal zusammentreten wird.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Dr. Bogelstein.

Dr. Bogelstein (zur Geschäftsordnung): Ich hatte vor, am Schlusse meines Reserats einen geschäftsordnungsmäßigen Antrag zu stellen — ich glaube, daß der Berein für Sozialpolitif ein Recht hat, derartige Anträge zu stellen, die von Privatleuten oft genug gestellt worden sind — nämlich eine Resolution zu sassen, daß all daß, was von der Sozialisierungsfommission an Material vorhanden ist, endlich einmal doch in unserer demokratischen Zeit auch dem Volke zur Verfügung gestellt wird und sich daß Reichswirtschaftsamt nicht allein das Recht vorbehält, aus den Arbeiten der Sozialisierungskommission daß zu lernen, was es zu lernen wünscht. Ich stelle hiermit den Antrag, diese Resolution zu beschließen. (Beifall.)

Borsigenber: Wir haben in unseren Generalversammlungen nicht die Gepslogenheit, Beschlüsse zu fassen. Es handelt sich auch nicht um einen Beschluß, sondern es handelt sich in diesem Falle darum, daß wir den Wunsch haben, daß ein so wertvolles Material zum mindesten nicht länger den Fachkreisen vorenthalten werde und ich möchte Ihnen vor-

schlagen, daß Sie Ihren Ausschuß bzw. dessen Borstand beauftragen, beim Reichswirtschaftsamt vorstellig zu werden, daß dieses Material der Sozialisierungskommission der Öffentlichkeitzugängig gemacht wird. (Beifall.)

Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß Sie damit einverstanden sind, und der Vorstand wird — hoffentlich mit einigem Erfolg — die ersorderlichen Schritte tun können. —

Es hat sich noch eine ziemlich große Zahl von Rednern zur Debatte gemeldet und ich möchte deshalb vorschlagen, daß wir, um den später daran kommenden Herren nicht die Ausmerksamkeit der Bersammlung zu entziehen, von vornherein eine mäßige Beschränkung der Redezeit eintreten lassen. Ich möchte vorschlagen, daß wir eine Beschränkung auf 20 Minuten sestschen (Zuruf: ich beantrage 15 Minuten). Ist die Bersammlung damit einverstanden, daß die Redezeit auf 15 Minuten beschränkt wird? (Zustimmung). Das ift der Fall. Ich bitte deshalb die Herren, sich an diesen Beschluß zu halten und nicht über die Zeit von 15 Minuten hinaus zu reden.

Abolf Braun-Rürnberg: Meine Damen und Herren. Unser großes Unglück ist es, daß wir jett diesem Problem nähertreten müssen, in einer wirtschaftlichen Lage, die durchaus nicht dulbet, daß wir große Experimente mit unserer Wirtschaft vornehmen, die vor allem auch mit der gewaltigen Schwierigkeit verknüpft ist, daß wir mit den Joealen der Arbeiterklasse zu rechnen haben, die gebildet sind vor dem Kriege, erwachsen sind aus der Evolution der kapitalistischen Gesellschaft. Gine weitere Schwierigkeit ist die, daß die Tatsache der Kriegsgewinne auf die Psychologie der Arbeiter in einer Weise gewirft hat, daß die Absichäung des heute Möglichen vielsach verloren ging. Wir wissen und können daß auch aus dem ersten Referat erkennen, daß nicht nur die Arbeiter eine Übertreibung der Möglichkeiten ergriffen hat, daß von diesen Übertreibungen auch sehr gelehrte Herren in diesem Saale nicht frei bleiben.

Das Problem ist ungeheuer schwer zu erörtern für Nichtsozialisten, die sich im Gegensatz sehen zu der Massenstimmung, der Rechnung getragen werden muß. Aber auch für Sozialbemokraten ist es schwierig, das Problem zu erörtern, weil wir uns bewußt sind all der Hemnungen, die im wirtschaftlichen Körper nun nach dem Kriege der Erfüllung unserer Jeale entgegenstehen.

Wenn es Leute gibt, die heute sagen, Karl Margens Lehre und seine Ausblicke in die Entwicklung, die er rückschauend so großartig uns gezeigt hat, beweisen, daß er Unrecht hat, so ift zu sagen, daß den Grundsehler

nicht Karl Mary gemacht hat. Man kann ihm nur vorwerfen, daß er diesen fürchterlichen Krieg nicht vorausgesehen hat. Wenn die Gegner von Mary den Vorwurf machen, daß er diesen Krieg nicht erkannt hat, so sollten diesenigen, die sich fälschlich als seine Schüler bezeichnen, nicht in den gleichen Fehler der Antisozialisten verfallen, die diesen Krieg mit seinen verheerenden Wirkungen bei dieser Kritik des Erreichbaren und Geplanten nicht in Rechnung stellen.

Man kann dieses Problem das uns gestellt ist, vom Standpunkt der Wissenschaft und Politik betrachten. Auch im rein wirtschaftlichen Kreise stehen wir unter äußerstem politischen Zwang. Was zur wissenschaftlichen Arbeit, soweit es denkbar ist, notwendig ist: die Folierung des Problems, die Boraussetzungslosigkeit, die der Forscher dem Problem entgegenbringt, diese Möglichkeiten sehlen uns allen. Wenn wir meinen, wir haben diese Möglichkeiten, so sehlen sie uns doch, wir wissen dann bloß nicht, daß wir mit diesem Mangel zu rechnen haben.

Wir stehen heute bei der Sozialisierung zwischen der nüchternen wirtschaftlichen Überlegung bessen, mas möglich und durchsethar ift und der Hoffnung, mit der roben Gewalt auf dem Wege des Butsches alles erreichen zu können. Ich kann mir nichts Antimarristischeres benken, mas Marx mehr widerspricht als der Gedanke, mit dem Ausdruck einer momentanen Macht all bas zu erreichen, was man für möglich hält, ohne zu prufen, ob es ausführbar und dauerhaft fein kann. Die extremen Sozialiften nicht nur in Rugland, auch die in Deutschland find in ihren Unschauungen vielfach, ohne das einzugestehen, bestimmt durch syndikalistische und anarchistische Auffassungen, die alle dem Wesen des Marrismus und Sozialismus und damit den Anschauungen der deutschen Sozialdemokratie auf das äußerste widerstreiten. Diesen Anschauungen widerspricht auch die Hoffnung, daß die Sozialisierung ein jederzeit anwendbares Allheilmittel ift. Sie ware es nicht gewesen vor dem Krieg, Gerade Marr hat uns gelehrt, daß wir das Reife des kapitaliftischen Prozesses por der Überführung der Privatwirtschaft in die Gemeinwirtschaft genau zu prüfen haben. Seute fann das angebliche Allheilmittel der Sozialisierung zum Gift werden, das nicht an jedem Krankenbett und in jedem Fieberzustand anzuwenden ift. Ich möchte feststellen, daß es keine einheitliche sozialistische Anschauung über die Sozialisierung gibt, weber bei den Bolschewisten, wo Lenin und Trokki ihre Anschauungen gründlich geändert haben, auch nicht unter den Neo-Kommunisten, ebensowenig unter den unabhängigen Sozialisten und auch nicht unter den Anhängern der Partei, der ich angehöre. Es gibt zahlreiche Spielarten in der Stellung zur

Sozialisierung. Schon deshalb muß ich feststellen, daß ich nur in meinem Namen und in niemandes Auftrages hier spreche und nur für mich versantwortlich bin.

Die Zeit, in der wir über dieses Problem nachdenken und zu seiner Lösung Entschlüsse fassen müssen, ist leider sehr unsicher, unsicher auch in der Betrachtungsweise, weil Außerordentliches, viel Nebelhaftes in der Zufunft liegt und wir wenig Genaues wissen, wie Deutschland in wenigen Monaten wirtschaftlich dastehen wird. Wollen wir unsere Wirtsichaft auf eine neue Grundlage bringen, so müssen wir uns bewußt sein, daß wir, bevor wir eine neue Grundlage geschaffen haben, vor durchaus veränderten wirtschaftlichen Voraussetzungen jeder Produktionsmöglichkeit gestellt sein werden.

Eine der bedeutsamsten Aufgaben der Wissenschaft ist aufzuklären. Deshalb möchte ich, obgleich ich mit keinem Reserat einverstanden sein kann, an die Vorstandschaft die Bitte richten, für eine beschleunigte Versöffentlichung der Reserate zu sorgen. Sehr viel Wertvolles ist in ihnen enthalten, wenn sie auch zum Widerspruch reizen, aber sie veranlassen auch in hohem Maße nachzudensen. Da die Zeitungen nicht in der Lage sind, über derartige Reserate aussührlich zu berichten, wäre ich dankbar, wenn sie möglichst bald im Stenogramm vorgelegt werden würden.

MIS vor wenigen Monaten Herr Professor Lederer mit Herrn Professor Schumpeter, ber nunmehr Finangminister in Deutsch- Dfterreich ift, Deutschland verlaffen hatten, waren die beiden Berren fürchterlich über die manaelhafte Energie der deutschen Reichsleitung entrüftet, mit der fie die Sozialisierung betrieb. Professor Lederer, der nun einer der maßgebenden Männer in Österreich geworden ist, dürfte jetzt kühler über die Möglichkeiten denken, wie man rasch und großzügig nach dem Kriege und nach ber Niederlage Öfterreichs und Deutschlands mit der Sozialisierung vorgehen kann. Man muß auch in der Wissenschaft — in der Politik lernt man das öfters — die Hemmungen mit ins Auge fassen. So wertvoll die Darftellungen von Professor Lederer in seinem fritischen Teile maren, so ausgezeichnet seine Verurteilung des Bolschewismus mar, so nebelhaft und unsicher war er in allem, mas er über die Sozialisierung vorgetragen hat. Es ift der leichtere Teil zu fritifieren und der schwerere aufzubauen. Diefe padagogische Lehre können wir auch aus dem sonst so trefflichen Referat von Berrn Professor Lederer ziehen.

Bei dem Vortrag von Vogelstein, dessen Kenntnisse ich außerordentlich hoch schätze, erinnere ich mich eines Gespräches, das ich vor zwanzig

Jahren mit einem Universitätslehrer gehabt habe, der sich um die foxialpolitische Heranbildung unserer akademischen Jugend fehr verdient gemacht Uch, jagte der, was ist es für ein schrecklicher Beruf, deutscher Professor der Nationalökonomie zu fein. Alle Studenten sind begeistert für jebe foziale Reform und drei Jahre, nachdem fic den Dottor gemacht haben, haben fie mehr Gehalt als ich, find fie Syndici großer kapitalistischer Gesellschaften geworden. Ich meine, Berr Dr. Bogelstein hat die Sache zu einseitig gesehen. Er hat die Kräfte, die heute in unserer Gesellschaft wirfen, einfach unter dem Gesichtspunft eines großen Sabrifdirektors beiseite geschoben. Wenn wir in ber "schonen" Beit bes Berrn im Saufe leben würden, vermöchte ich diese Rede zu begreifen. Vor fünf Jahren wäre diese Rede sehr flug gewesen, heute ift sie nur gescheut, aber flug ift sie sicher nicht. Herr Dr. Logelstein hat uns beweisen wollen, daß die Zentralifierung öfonomisch nicht richtig ift. Ift nicht alles Zentrali= fierung gewesen? Denken Sie boch an die Zentralisierung der Kohlenwirtschaft, der Banken, der Bundhölzer, überall haben wir Zentralisierung. Die Entwicklung der deutschen Industrie haben wir bewundert, fie ift zurückzuführen auf das Prinzip der Zentralisierung. Dort soll aber die Rentralisierung aufhören, wo sie manchem unbequem ist. (Zuruf Dr. Vogelftein: unproduktiv wird.) Unproduktiv ist sie nur heute, wo wir den Krieg gehabt haben. Wie fann man als Wirtschaftler das sagen! Arbeits= unluft ist vorhanden, das ist flar, aber auf Grund von diesen sechs Monaten bes Lebens eines gerrütteten Bolfes, eines unterernährten, enttäuschten Boltes, eines umgeworfenen Boltes, auf Grund diefer fechs Monate zu generalisieren und zu fagen : "Wir find fertig," bas geht boch nicht an. Die Notwendigkeit produktiver Arbeit predige ich meinen Barteigenoffen in jeder Versammlung und in allen Sitzungen. Go schnell mit dem Wort bin ich nicht, daß ich auf Grund der furzen Zeit nach dem Kriege die deutsche Wirtschaft beurteilen wurde. Richtig ift, wir können zugrunde gehen; aber wir können auch zugrunde gehen, wenn der Kapitalift weiter herrscht, auch wenn die Sozialisierung fommt. Wer magt zu beweisen, daß heute die Rückführung und Sicherung der kapitalistischen Zeit für die Produktivität etwas garantieren wurde? Herr Dr. Bogelstein hat über den Borschlag gehöhnt, man follte weniger Sorten von Schuhen machen. Eine gutgeleitete fozialiftische Production wird natürlich auch den Konsum bestimmen. Es ist wirklich nicht nötig, daß zum Beispiel so viele Sorten Rheinweingläser produziert werden, wir werden auch mit vier Arten aus-Die Production fann natürlich auf die Konsumtion außerordentlich wirken. Aber es gibt zwischen der Produktion und der Konsum=

tion die Zirkulation, auch in ihr kann der sozialisierte Betrieb vieles leisten.

Ein Wort möchte ich noch sagen über die Gewerkschaften. Herr Professor Lederer hat gesagt, was die Betriebsräte wollen, das haben die Gewerkschaften immer gewollt. Die Betriebsräte haben mehr gewollt. Aber das schwierige Prinzip war, daß sich unsere Gewerkschaften zu wenig unserer kapitalistischen Wirtschaft angepaßt haben. Hätten wir das Prinzip der Betriebsorganisation durchgeführt, dann wären in den Gewerkschaften Leute, die einen Betrieb übersehen könnten. Heute muß jeder Gewerkschaftsbeamte über viele Betriebsarten insormiert sein, weil er in seiner Gewerkschaft Arbeiter aus den verschiedensten Betrieben hat.

Sch hatte fehr gern über die Steigerung der Arbeitsluft gefprochen. fehr bedauere ich, daß Berr Professor Berkner hierüber nur einen kleinen Es handelt fich um ein außerordentlich Vortrag veröffentlicht hat. wichtiges Problem. Die Arbeitsluft fehlt und fie fehlt mit und ohne Betriebsrat. Das Problem ist, wie kommen wir da heraus. Überall wird jest die Affordarbeit verlangt, sie wirfte nur dort produktionssteigernd. wo eine ftarke Spannung zwischen bem garantierten Lohn und dem durch den Affordlohn erreichbaren Einkommen gesetzt war. Gine Afford= möglichkeit mit geringem Überverdienst über den garantierten Lohn wird . nie die Leiftungen hervorrufen, die wir wollen. Bielleicht ift die einzige Möglichkeit zur Wiederkehr der Arbeitsluft, daß ein Teil des Lohnes in Waren und Lebensmitteln den Arbeitern gegeben wird. Bürden wir zu einer Differenzierung des Lohnes kommen, indem wir neben dem Geldlohn einen Teil des Arbeitsverdienstes in Nahrungsmitteln auszahlen, jo wird die Lohnsteigerungssichraube ohne Ende zum Stillstand fommen. (Beifall.)

Prof. Dr. Leopold von Biefes Cöln: Meine Damen und Herren! Gegenüber dem schwierigen Problem, das wir hier erörtern, müssen wir uns die Frage vorlegen: was können wir als wissenschaftliche Gesellsschaft tun? Ich möchte glauben, daß es unsere Hauptausgabe ist, zunächst die Probleme als solche zu klären und dazu beizutragen, daß eine theosretische Entwirrung eintritt; denn der Wirrwarr, der mit dem Begriff Sozialisierung verknüpft ist, kann nicht groß genug gedacht werden. Es wäre zu begrüßen, wenn sich ein theoretischer Fortschritt dahin anbahnte, daß wir erkennen: der Sozialismus ist eine so zusammengesetze Ersscheinung, daß wir eine Unterscheidung innerhalb dieses Begriffes vorsnehmen müssen. Ich habe den Vorschlag gemacht, zwischen formalem

und materiellem Sozialismus zu scheiden. Wir machen nämlich mehr und mehr die Beobachtung, daß alle Beftrebungen auf Vergesellschaftung der Production etwas anderes sind als positive Arbeiterförderungspolitik, und daß der reine Klaffensozialismus, der die besitzlosen Gesellschaftsschichten beffer stellen will, nichts zu tun hat mit dem, mas man heute als Gemeinwirtschaft bezeichnet. Karl Marr fagt, die Befreiung der Arbeiterflasse sei nur möglich durch die Vergesellschaftung der Produktions= Beute beanspruchen wir aber in steigendem Mage nicht bloß Opfer von den Wohlhabenden, sondern auch Opfer von den Arbeitern. Daraus entsteht auch der Konflift für die Mehrheitssozialisten. Aus dem schriftlichen Referat von Gulenburg geht hervor, wie die Magnahmen zur Verwirklichung der Gemeinwirtschaft gerade den Vertretern der Arbeiter schwer durchführbar erscheinen, so daß die Realisierung der Gemeinwirtschaft baran scheitert. Wenn man aber Gemeinwirtschaft will, muß man von den Arbeitern Opfer verlangen; sie find jedoch nicht bereit, dieje Opfer zu bringen. Formaler Sozialismus, dieser vergesell= schaftende Sozialismus, ift eben etwas anderes als Arbeiterförderungspolitif.

Ferner geht aus der heutigen Behandlung des Themas klar hervor: wir find darin einig, daß wir sagen, der Kern des Problems der Gegenswart ist: wie erhalten wir die Produktivität der deutschen Bolkswirtschaft, und wie steigern wir sie.

Nun entsteht aber ber Gegensatz zwischen Professor Lederer und Dr. Bogelstein. Diesem und mir und manchem anderen ist es klar, daß die Gemeinwirtschaft unergiebiger als die Verkehrswirtschaft ist, während Lederer das nicht gelten lassen will. Freilich darf man nicht der Verztehrswirtschaft gegenüberstellen die bloßen gemeinwirtschaftlichen Projekte in der Form, wie sie auf dem Papier stehen. Angeblich soll ein chaotisscher anarchischer Zustand der Volkswirtschaft beseitigt werden durch Planmäßigkeit; dabei wird aber das psychologische Moment beiseite geschoben. Die Gemeinwirtschaft scheint mit einem Male die Produktivität zu erhöhen: aber alle Aussührungsversuche zeigen wieder, daß es sich bei den Projekten um ausgeklügelte Entwürse handelt, die von falschen Prämissen ausgehen und wenig der Wirklichkeit des Lebens gerecht werden.

Ich glaube, die vielen Beispiele des Herrn Dr. Bogelftein haben gezeigt, daß sich die Ergiebigkeit der Bolkswirtschaft auf diesem Wege nicht wahren und ermöglichen läßt.

Das dritte ist, daß es uns allmählich bewußt wird, daß wir in der Shriften 159. — Verhandlungen.

Kritik am wirtschaftlichen Liberalismus zu weit gegangen sind. Es ist interessant, daß auch Professor Lederer hervorheben mußte, der Kapitalismus sei viel planmäßiger als man behaupte, er sei viel tiefer fundiert, als es in der Diskussion des Alltages behauptet wird. Wenn das von dieser Seite zugegeben wird, so ist das ein wesentlicher Fortschritt. Die Notzwendigkeit besteht hier, zu erkennen, daß die alte Marktwirtschaft nicht ein Chaos, sondern eine planmäßige Organisation war.

Nun möchte ich glauben, daß es fehr unersprießlich wäre, wenn wir mit einem gemiffen negativen Ergebnis, mit einer gemiffen Resignation unfer Problem beschließen mußten. Mir scheint es nötig zu fein, eine neue Synthese zu finden. Nicht, daß sich beibe Gruppen voneinander entfernen, fondern aus all diesem Für und Wider gemeinsam etwas Neues aufbauen, das scheint mir die Aufgabe zu fein. Wir können aus ber Erfahrung lernen, daß es möglich ift, eine folche Synthese zu finden. Diese beruht darin, alle Theorien und Auffassungen zu stützen, die geeignet find, die Produktivität der Volkswirtschaft zu heben. Auf diese Weise kommen wir uns näher, als es den Anschein haben mag. Gerade die Erinnerung an Schmoller follte uns dazu führen, fo vorsichtig wie er in der realistischen Erkenntnis und in ben Schluffolgerungen zu fein. Wir müffen verurteilen die Projekte Möllendorfficher Art, die ausgeklügelt find und keine Rücksicht nehmen auf das Leben und die Natur der Menschen. An diese alte Tradition des Vereins muffen wir an-Sie ift das Wertvolle, und darin können wir Wesentliches knüpfen. leiften. (Beifall.)

Dr. Heinz. Potthoff (Referent im bayerischen Ministerium für soziale Fürsorge, München): Berehrte Bersammlung! Ich stimme mit dem Herrn Borredner darin überein, daß wir eine Bersammlung von Männern der Wissenschaft sind. Da wir aber unsern Berein Berein für Sozial politif nannten, bin ich als einer, der an der Verwirklichung der Sozialisierung mitzuwirken hat, hergekommen in der Hoffnung, etwas zu lernen, was ich praktisch morgen oder in den nächsten Tagen verswerten kann in der Arbeit. Insofern muß ich sagen, daß ich von dem disherigen Verlaufe der Diskussion nicht befriedigt din. Ich glaube, es hat das nicht nur für die Leute, die praktisch sozialisieren sollen oder irgendwie unter den neuen demokratischen Regierungsformen die Massen befriedigen wollen, eine Bedeutung, sondern auch für unsern Verein und die Wissenschaft. Ich habe mit Schrecken gesehen, daß unsere volkswirtschaftliche Wissenschaft bei der Masse keinen Kredit hat, daß unsere

Aussprache.

147

Massen hinter jedem hergelausen sind, der ihnen Versprechungen gemacht hat; einfach, weil sie zu unseren Hochschullehrern und der Wissenschaft gar kein Vertrauen mehr gehabt haben. Es ist ein entscheidender Moment, wie diese Tage und die Erinnerung dieser Tagung in den Volksmassen aussehen, ob sie für die ernste Wissenschaft Anhang und Vertrauen in den Volksmassen gewinnen, damit solche Dinge wie in München künstig nicht mehr möglich sind.

Da möchte ich mich zunächst gegen einen Satz wenden, der wiederholt ausgesprochen worden ift, als ob es für uns nur auf das Problem anfame, wie wir die Produktivität der Wirtschaft heben können. So als reines Wirtschaftsproblem durfen wir die Frage der Sozialifierung nicht auffassen. Der Sozialismus ift in erster Linie eine fittliche Forderung; und wenn Herr Professor von Wiese die Synthese nur darin sucht, daß wir nach der höchsten Produktvität streben muffen, so glaube ich, daß die höhere Aufgabe, die Synthese darin zu suchen ist, wie wir eine neue Ordnung finden, die mehr als bisher die große Maffe unferes Volkes innerlich und äußerlich befriedigt. Gegenwärtig ift dieses feelische Moment aus zwei Gründen besonders wichtig. Ginmal, weil wir materiell unserem deutschen Bolf nichts Befriedigendes bieten können. Wir ahnen in unseren Massen gar nicht, wie verarmt wir sind und in welch schlechten Berhältniffen wir werden leben muffen. 3ch habe in allen Vorträgen vor Arbeitern das Bild gebraucht: wir sind wie die Kinder Jerael in der Bufte und arbeiten und arbeiten, damit einft einmal unsere Rinder es beffer haben. Für uns ift nichts Bedeutsames zu gewinnen, dazu hat ber Krieg uns zu ftark ruiniert. Deswegen muffen wir in gewiffen feelischen Momenten einen Erfat suchen; und ich glaube, daß die Inbrunft, mit der die Arbeiterschaft den Sozialismus will, zum großen Teil dem, vielleicht nicht klaren. Bewußtsein entspringt: wir wollen eine feelische Befriedigung, weil wir die erwartete höhere Lebenshaltung nicht befommen können. Das wird besonders notwendig sein, weil wir vor einer schweren, großen sozialen Umschichtung fteben. Millionen von Leuten befinden fich in Erwerbszweigen, in denen fie in den nächsten zehn Sahren verhungern würden. Ich bin überzeugt, daß der Sandel nicht die Salfte seines Personals wird behalten und beschäftigen können. Cbenjo ift es in den geiftigen Berufen, daß Taufende und Abertaufende herausmuffen; ich fage jedem jungen Studenten, daß er lieber Bickel und Schaufel in die Hand nehmen oder Landwirt werden möge, wenn er etwas Vernünftiges tun will.

Wir muffen die Vorbedingungen zu einer neuen gefteigerten Arbeits=

I uft schaffen. Wenn es nicht gelingt, Arbeitsfreude in das Volk hineinzubringen, dann werden alle unsere Bestrebungen umsonst sein. In hohem Maße ist zweisellos die Hebung der Produktivität der Arbeit Boraussehung für alles. Diese hängt aber an der Arbeitsfreude und ich glaube, daß wir die Frage der Sozialisierung nicht ökonomisch zu betrachten haben, uns nicht zu fragen haben, ob die Sozialisierung rentabel ist, sondern daß wir uns zu fragen haben, ob sie die Arbeitsfreude wieder hebt, ohne die wir aus der gegenwärtigen Not nicht herauskommen können.

Um diese Arbeitsfreude wieder zu heben, bedarf es zweier Dinge:

Einmal muß eine bessere Erkenntnis der Arbeiter von dem Sinn und dem Zwecke ihrer Arbeit Platz greisen. Das ist ja das große Elend, über das keine Sozialpolitik uns hat hinweghelsen können, daß die Masse unserer Bürger sich nicht mehr bewußt ist, wozu und was sie arbeitete, daß sie immer dieselbe Teilarbeit machte, an der sie keine Bestriedigung hat. Die Sozialisierung, die Heranziehung zur Mitarbeit durch die Demokratie ist ein Mittel, den Massen mehr Anteil an ihrer Arbeit und mehr Erkenntnis vom Zweck ihrer Arbeit zum Bewußtsein zu bringen.

Das zweite Mittel, um die Arbeitsfreude zu heben, sehe ich in der Demokratisierung unserer Wirtschaft, und glaube, daß eine weitsgehende Demokratie in unserem Wirtschaftsleben Boraussetzung für jede Sozialisierung ist. Durch die Demokratie bekommen wir das Interesse der Arbeiter an ihrem Betriebe, bekommen wir das Gefühl der Verantwortung der Arbeiter an dem Schicksal ihres Betriebes und dadurch bekommen wir erst die Menschen, die wir brauchen, um Sozialisierung treiben zu können.

Das ist schon angedeutet worden, und ich stimme überein damit: mit den heutigen Menschen einen sozialistischen Staat zu machen, ist unmögslich. Wenn es keine wirtschaftlichen Gründe gäbe, so ist dieser Grund genügend, um stückweise zu sozialisieren, weil wir die Menschen selber mitsozialisieren müssen, die in dieser Wirtschaft leben können.

Die Demokratisierung halte ich für das erste und dringenoste, weil sie allein imstande ist, die Arbeiter zu veranlassen, sich mit der uns vermeidlichen Regelung der Arbeitsbedingungen einverstanden zu erklären, die sie zunächst für eine Berschlechterung halten werden. Die Lohnsentwicklung, wie sie jeht stattsindet, ist unmöglich; nicht möglich ist auch die ewige Berkürzung der Arbeitszeit. Das Beispiel der Aktordarbeit, daß diese von den Arbeitern selbst wieder befürwortet wird, weil man einsieht, daß wir mit reinem Zeitlohnsystem nicht vorwärts kommen, sagt genug.

Die neue Regelung werden wir nur dann erreichen, wenn wir die Arbeiter als gleichberechtigte Faktoren bei der Regelung dieser Bedingungen zuziehen, wenn die Arbeiter das Gefühl haben, daß sie mitbestimmen und mitverantwortlich sind. Deshalb halte ich die Betriebsräte für eine unvermeidliche, notwendige und segensreiche Einrichtung. Ich glaube, wir sollten in das Geseh von vornherein ein so weitgehendes Maß der Selbstverwaltung und Selbstregierung hineinlegen, wie es vernünftigers weise möglich ist.

(Zuruf Dr. Bogelftein: Bitte Einzelheiten, wie stellen Sie sich das vor?)

Ich ftelle mir vor, soweit wie möglich zu gehen, bis an die Grenze bes Bernünftigen; die febe ich darin, daß die Betriebsleitung nicht ausgeschaltet und nicht zu ftark gehemmt werden darf. Ferner darf die Einrichtung der Betriebsräte nicht zu einer Ausschaltung der Gewertschaften führen, sondern fie muffen im Ginvernehmen mit den Gewertschaften bleiben, weil wir eine gleichmäßige Produktion und gleichmäßige Arbeitsbedingungen in den Berufen haben wollen. Wir muffen Organifationen haben, in denen die Arbeitnehmer mit den Unternehmern paritätisch wirken. Ich verstehe unter Selbstverwaltung in der Wirtschaft auch, daß Unternehmern und Arbeitern gemeinschaftlich die Regelung ihrer Wirtschaftsbedingungen anheim gegeben werden foll. Wenn das neue Arbeitsrecht, das wir in Deutschland schaffen, dem BBB. nicht nur an Bedeutung, sondern auch an Baragraphenzahl nachkommen soll, so ift es von vornherein verpfuscht. Ein berartiges aus Taufenden von Ginzelbestimmungen zusammengesetztes Reichsgesetz können wir nicht machen, fondern wir muffen uns beschränken auf Grundfage, auf Mindeftbedingungen und auf Schaffung ber Organe, die im einzelnen nach den Bedingungen der Erwerbszweige die Arbeitsverhältniffe regeln. möchte ich betonen, daß die Betriebsräte sich auf die wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zu beschränken haben, daß sie allerdings nach obenhin zusammengefaßt werden sollen, daß aber die politische Herrschaft dieser Räte mir auch vollkommen verfehlt erscheint. Politisch halte ich die reine Demokratie, wie sie in der Reichsverfassung und in den Landesverfassungen vorgeschrieben ist, für richtig. Diese Demokratie wird von felbst zu einer "Diftatur des Proletariats" führen, die sachlich berechtigt ift, weil das Proletariat im Marxschen Sinne, die Masse derer, die auf Arbeit angewiesen find, und die Besithlosen die Mehrheit ausmachen; beswegen foll und wird das Bedürfnis und ber Wille biefer großen Mehrheit immer entscheidend sein für die deutsche Bolitif und damit für

bie Regelung der deutschen Wirtschaft. Das scheint mir sozial berechtigt und richtig; aber dazu brauchen wir das Rätesustem nicht. Alles, was wir machen, wird aber vergeblich sein, wenn es nicht gelingt, neue Arbeitsfreude hervorzurufen.

Was wir erstreben im neuen Staate, den Fortschritt und die Wohlsfahrt der Gesamtheit, das kann nur erreicht werden durch die höchste Leistung der Gesamtheit, und die Frage, wieweit die Sozialisserung nicht nur ökonomisch die Ergiebigkeit der deutschen Wirtschaft beeinflußt, sondern wieweit sie geeignet ist, die Schaffensfreudigkeit aller unsver Menschen zu heben, das scheint mir die entscheidende Frage zu sein. (Beifall.)

(Schluß der Sitzung 12,30 Uhr.)

Vorsitzender: Ich eröffne die Sitzung (3 Uhr). Das Wort hat Herr Dr. Conrad.

Dr. Otto Conrad (Wien): Von der Sozialisierung kann man mit Goethe sagen: Denn eben wo Begriffe sehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein. Es wird so viel darüber gestritten, ob, was und wie sozialisiert werden soll, daß von einem auch nur halbwegs sestsstehens den Begriff keine Rede sein kann.

Angesichts dieser Sachlage mögen mir einige Bemerkungen über eine Sozialisierungsform gestattet sein, die in der öffentlichen Erörterung der Sozialisierungsfrage bisher, wie mir scheint, nicht die gebührende Besachtung gefunden hat und die auch heute nur vom zweiten Herrn Referenten und auch von diesem mehr in ironischem Tone berührt wurde, obwohl esssich dabei um wahre, echte Sozialisierung, ich möchte sagen um echteste Sozialisierung handelt: das ist die Besteuerung.

Sozialisierung ist Vergesellschaftung. An die Stelle des privaten Besitzers soll die Gesamtheit, Staat, Land, Gemeinde treten. Das ist bei der Besteuerung der Fall. Denn jede Steuer überträgt ein Stück Einkommen oder Bermögen aus der Hand des privaten Besitzers in das öffentliche Eigentum. Besteuerung ist Sozialisierung von Ginstommen, Erwerb oder Vermögen.

Es ift daher nicht zu bestreiten, daß wir im Steuerwesen ein sehr wirksames Sozialisierungsmittel schon längst besitzen; und mit diesem Sozialisierungsmittel könnte meines Erachtens unter normalen Verhält-nissen — die gegenwärtige Zerrüttung der Staatsfinanzen und die sinanziellen Verpslichtungen aus dem Friedensvertrage lasse ich vorläusig

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-57481-0 | Generated on 2025-11-05 00:11:55 OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

außer Betracht — all das erreicht werden, was die Sozialdemokratie mit Recht anstredt: die Zurückdrängung des arbeitslosen Einstommens. Dazu dienen die Bodenwertsteuer, die Rentensteuer, die Monopols und Konjunkturengewinnsteuern: der Ausgleich der Besitzunterschiede. Diesem Zweck kann die Erbschaftssteuer dienstbar gemacht werden: die Hebung der Produktivität der Bolkswirtschaft werden: die Hebung der Produktivität der Bolkswirtschaftlich unteil am Nationalseinkommen, dann wird er volkswirtschaftlich wichtige Anlagen, wie Bodenmeliorationen, den Bau von Gisenbahnen, Wassertraßen usw. aussühren können, ohne wie bisher auf den Anleiheweg angewiesen zu sein und ohne sich dem ewigen Zinstribut unterwersen zu müssen. Und auch die ihm obliegenden kulturellen Aufgaben wird der Staat in dem Maße besser erfüllen können, als sein Anteil am Nationaleinkommen wächst.

Auf diesem Wege würde der Gedanke der Gemeinwirtschaft, der Gebanke, daß wir nicht ausschließlich nur für unsere persönliche Bedarfse deckung wirtschaften dürsen, sondern für die Gesamtheit arbeiten müssen, viel sicherer und viel allgemeiner verwirklicht werden, als durch die Sozialisserung einzelner Produktionszweige. Und dies geschähe, ohne daß die Triebsedern des individualistischen Wirtschaftssystems, die Selbste verantwortung, das Streben nach wirtschaftlicher Selbständigkeit und wirtschaftlichen Aufstieg, ausgeschaltet zu werden brauchten.

Nur die Stellung des Arbeiters im Betriebe mird durch die Besteuerung nicht berührt. Diese bisher viel zu sehr vernachlässigte Frage sucht man nunmehr durch die Betriebsräte, durch die Einführung der Gewinnbeteiligung und anderes zu lösen. Die überragende Bedeutung dieser Frage verkenne ich keineswegs. Allein mit der Sozialissierung hat sie meines Erachtens gar nichts zu tun. Denn die Arbeiterschaft des einzelnen Betriebes ist eine Gruppe von Sonderinteressenten, ganz ebenso, wie etwa die Aktionäre einer Aktiengesellschaft. Sozialisserung aber ist Bergesellschaftung. Das Wesen der Sozialisserung besteht eben gerade darin, die Sonderinteressen zugunsten der allgemeinen Interessen zurückzudrängen. Ich würde es deshalb für viel richtiger halten, die Frage der Stellung des Arbeiters im Betriebe als ein besonderes Problem abzgetrennt von der Sozialisserungsfrage zu behandeln.

Nach dem Gesagten möchte ich der sozialistischen Forderung nach Sozialisierung der Produktionsmittel die Gegenforderung gegenüberstellen: Sozialisierung eines angemessenen Teiles des National-einkommens durch Besteuerung, wobei ich ein Vielsaches dessen, was vor dem Kriege an Steuern eingehoben wurde, als "angemessen" betrachte.

Ich bin mir jedoch vollkommen darüber im klaren, daß diese Forderung denjenigen nicht befriedigen kann, der auf dem Boden der sozialistischen Theorie steht. Der Sozialist muß auf der Sozialisterung der Produktionssmittel bestehen, denn diese Forderung hängt mit den letzen theoretischen. Grundlagen der sozialistischen Lehre, mit der Arbeitwerts und der Mehrswertkeorie, auf das allerengste zusammen. Ich würde es deshalb auch für aussichtslos halten, der Sozialisierung der Produktionsmittel eine solche Gegenforderung gegenüberzustellen, wenn ich nicht in der Lage wäre, auch der sozialistischen Theorie einen theoretischen Gedanken gegenüberzustellen, der jener Gegensorderung, wie ich glaube, einen sestens Halt gewährt als die Mehrwerttheorie der Sozialisserung der Produktionsmittel.

Es sei mir gestattet, diesen Gedanken ganz kurz anzubeuten, so mißlich es auch ist, einen theoretischen Gedankengang bloß andeutungs-weise vorzusühren. Ich kann dies jedoch nicht umgehen, da die theoretische Seite der Sache für die ganze Frage von entscheidender Bedeutung ist.

Der Sozialismus findet den Ursprung des Kapitalprofites in der Broduktion, genauer gesprochen in der industriellen Produktion und im Bergbau, und auch in diesen Wirtschaftszweigen nur insoweit, als sie um= laufendes Kapital verwenden. Auf die übrigen Zweige des kapitalistischen Betriebes, die, zusammengenommen, ein weitaus größeres Gebiet als die industrielle und die Bergbauproduktion umspannen, auf den Sandel, auf die Güter-, insbesondere die Wohnungsvermietung, auf das Verkehrswesen, auf das Bank-, Börsen-, Versicherungsgeschäft, dann auf das große Gebiet der öffentlichen Schulden ift die Mehrwerttheorie nicht oder doch nur teilweise und höchft gezwungen anwendbar. Das liegt im Wefen der Mehrwerttheorie. Die Trennung des Arbeiters von den zur Produktion unentbehrlichen Produktionsmitteln verschafft dem kapitalistischen Produzenten eine Machtstellung, die er dazu ausnütt, dem Arbeiter unbezahlte Arbeit, den Mehrwert, abzupressen. Dieser Gedankengang ist auf die industrielle Produktion zugeschnitten. Daher der Sturm der Sozialdemokratie gegen das Brivateigentum an den Broduktionsmitteln, während die übrigen, zum Teil viel mächtigeren Kapitalformen die in diesem Falle recht vergnügliche Rolle des Beilchens spielen, das unschuldsvoll im Berborgenen blüht.

Demgegenüber habe ich in einer Schrift, die eben jetzt vor 10 Jahren erschienen ist 1, nachgewiesen, daß der Kapitalprofit nicht dem Arbeiter, sondern dem Käufer der Ware, in letzter Linie dem Konsumenten ab-

^{1 &}quot;Lohn und Rente", Berlag Franz Deutice, Leipzig und Wien 1909; Seite 33 ff.

Aussprache.

153

genommen wird. Der Kapitalprofit ift kein Lohnabzug, sondern ein Breisaufschlag, der auf Grund der Monopolstellung eingehoben wird, die der Kapitalbesitz verleiht. Die Unentbehrlichkeit des Kapitals in allen vom Rapitalismus erfaßten Wirtschaftszweigen schließt den Kavital=Nicht= besitzer, also vor allem den Arbeiter, von dem Wettbewerb im Unternehmerberuf aus. Das ift die erste, die perfonliche Beschränkung des Wettbewerbes, die im fapitaliftischen System liegt und den Bins erklärlich macht. Denn nur die Konfurrenz des Arbeiters fann offenbar den Warenpreis auf dem Niveau der Arbeitskoften festhalten. Dazu kommt noch eine zweite, eine fachliche Beschränfung bes Wettbewerbes. Konfurrenz, die sich die favitalistischen Unternehmer untereinander bereiten, ist beschränkt, und zwar durch die Begrenztheit der verfügbaren Rapitalmengen. Induftrie, Sandel, Berkehrsanftalten usw. find feiner beliebigen Ausdehnung fähig. Ihrer Erweiterung find durch die Mengen des verfügbaren Kapitals ganz bestimmte Grenzen gezogen. Diese Begrenztheit ber Kapitalmengen hindert den Zinsfuß, auf den Nullpunkt herabzusinken. Wenn allgemein anerkannt ist, daß der verschiedene Stand des Zinsfußes in den verschiedenen Ländern auf die verschiedene Größe des Rapital= reichtums zurückzuführen ift, alfo der niedrige Stand in den fortgeschritteneren Ländern auf den größeren Ravitalreichtum, dann kann die Frage, warum der Zinsfuß in diesen Ländern nicht noch tiefer und schließlich auf den Nullpunkt herabsinkt, nur dahin beantwortet werden, daß, um diese Wirfung hervorzubringen, die Kapitalmengen auch in den kapitalreichsten Ländern nicht ausreichen — daß sie zu begrenzt sind, um den Zins zu beseitigen. Die Zinstheoretifer haben es merkwürdigerweise versäumt, ben Gedanken, ber die verschiedene Sohe bes Binsfußes erklärt, für die Erklärung des Binfes felbft nugbar zu machen.

Die Unentbehrlichkeit des Kapitals und die Begrenztheit der Kapitalsmengen sind es, denen der Kapitalprosit sein Dasein verdankt. Es ist richtig, daß der kapitalistische Unternehmer eine Machtstellung einnimmt, und es ist meiner Überzeugung nach auch richtig, daß ihm diese Machtsstellung zu einem Gewinn verhilft, dem keine wirtschaftliche Gegenleistung entspricht und der daher als unverdient zu betrachten ist. Die Wahrheit dieser Grundgedanken der sozialstischen Lehre gibt der Sozialdemokratie ihre gewaltige Kraft. Aber die Richtung, in der die Machtstellung des Kapitalisten wirksam wird, hat Karl Marx völlig verkannt. Der Kapitalsprosit wird nicht dem Arbeiter, sondern dem Käuser der Ware, in letzter Linie dem Konsumenten abgenommen. Der Kapitalprosit ist kein Lohnsabzug, sondern ein Preisausschlag. Er ist die Frucht einer Beschränkung

der Konkurrenz, ein Monopolgewinn', womit der Kapitalprosit mit den übrigen Formen des arbeitslosen Einkommens in eine Linie gerückt erscheint.

Diese Theorie stellt die Erklärung des Kapitalprosites auf eine viel breitere Grundlage als auf den engen Bereich der industriellen Produktion. Denn unentbehrlich ist das Kapital auch im Handel, bei der Wohnungspermietung, im Verkehrswesen, beim Betrieb des Bank-, Börsen-, Berssicherungsgeschäftes usw., und die Begrenztheit der Kapitalmengen wird bei dieser vielseitigen Jnanspruchnahme des Kapitals nur noch augensfälliger.

Geht man nun von dieser Theorie des Kapitalprosites aus, dann ershält die Sozialisierungsfrage ein ganz verändertes Gesicht. Sie wird aus dem engen Bereich der industriellen Produktion gewissermaßen heraussgehoben und auf das weite Gebiet der Einkommen hinübergelenkt. Dann tritt an die Stelle der Forderung: Sozialisierung der Produktionsmittel die Forderung: Sozialisierung eines angemessenen Teiles des Nationalseinkommens.

Rusammenfassend möchte ich daher sagen: Unsere Zeit ift dadurch gefennzeichnet, daß das Berhältnis, in dem die Ginzelinteressen und die Intereffen der Gesamtheit zur Geltung gelangen, in ein neues Stadium getreten ift. Der Individualismus hat die Interessen der Allgemeinheit viel zu weit in den Hintergrund gedrängt, nun rücken fie vor und - wie bei jedem Rückschlag — weit über das Ziel hinaus. Bis in jeden einzelnen Betrieb hinein will man nunmehr die Interessen der Gesamtheit zur Geltung bringen. Ich glaube nicht, daß auf diesem Wege ein dauernder, haltbarer Zustand erreicht werden kann. Der neue Ausgleich zwischen ben Ginzelintereffen und ben Intereffen ber Gefamtheit wird zum gerinasten Teile auf dem Gebiete der Produktion in den einzelnen Betrieben herbeigeführt werden. Der Hauptsache nach wird er sich auf dem Gebiete ber Ginkommen vollziehen, und zwar in der Weise, daß der Anteil des Staates am Nationaleinkommen gewaltig anwachsen wird. wicklung geht jedenfalls in dieser Richtung. Denn das Steuerzahlen merden mir wohl oder übel lernen müssen, und zwar nicht nur wir Deutsche, sondern auch die meiften Ententevölker. Wenn dann einmal die Kriegslaften abgetragen sein werden, dann wird sich die Bevölkerung an die hohe Steuerlaft längft gewöhnt haben, dann wird der neue Ausgleich zwischen den Gingel- und den Intereffen der Gefamtheit zum Segen der Volkswirtschaft und des Volkes wirksam werden.

Es ist nun balb 50 Jahre her, seit Abolf Wagner das Wort von

ber "Sozialen Spoche ber Besteuerung, in die wir einzutreten im Begriffe sind", niederschrieb. Dieses prophetische Wort wird sich erfüllen, aber in einem viel weitergehenden Sinne, als Adolph Wagner selbst gesmeint hat: nicht nur Herbeiführung einer gerechteren Güterverteilung, nicht nur Entlastung der Besitzlosen vom Steuerdruck, sondern: Bersschnung zwischen dem Individualismus und dem Sozialissmus, das ist die große Aufgabe, die das Steuerwesen in Zukunft erstüllen wird.

Vorsitzender: Es ift der Antrag eingegangen, die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken. Es ist noch eine große Zahl von Rednern vorgemerkt. Ich schlage vor, die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken.

Wenn sich kein Widerspruch erhebt, so nehme ich an, daß Sie damit einverstanden sind, und ich möchte die Redner bitten, sich an die 10 Minuten zu halten.

Ich möchte die Verhandlungen jest unterbrechen. Es ift hier ein Photograph anwesend, der ein Vild des Kongresses aufzunehmen wünscht. Ich nehme an, daß die Aufnahme rasch vor sich gehen wird. (Photographische Aufnahme.)

Ich erteile nun das Wort Herrn Dr. Stephinger.

Prof. Dr. Ludwig Stephinger (Tübingen): Meine Damen und Herren! Die Referate strebten, auf den tiessten Ausgangspunkt der Frage zurückzugehen. Dies ist notwendig, auch wenn das Bersfolgen des grundsätlichen Ausgangspunktes augenblickliche oder gelegentsliche wirtschaftliche oder sonstige Schäden bringen würde. Aber der Ausgangspunkt, der gewählt wurde, ist nicht der meinige. Her Kollege Lederer hat ihn ungefähr so dargestellt: das erste ist der Wille zur Tat. Und später wurde von ihm ausdrücklich das Zurückgehen auf die technischen und wirtschaftlich technischen Möglichkeiten damit in den Hintergrund geschoben, daß gesagt wurde, auch der Sozialismus sei in der Lage, die höchste Produktivität zu fördern, dagegen habe gerade die Kapitalwirtschaft zu gewissen Hemmungen geführt und als Beispiele wurden manche Hemmungen angeführt, die durch die Kartellbildungen versursacht waren.

Ich glaube, daß es nicht möglich ist, vom Willen zur Tat auszugehen, auch nicht von der gesellschaftlichen Organisation. Diejenigen, die meinen, die Gesellschaftsverfassung stehe im Vordergrund dieses Problems, befinden sich auf einem methodologisch nicht unähnlichen Wege wie die, die glauben,

daß das Problem des Geldes reftlos aus einer staatlichen Theorie erklärt werden könne. Das führt zu einer Begriffsbildung, die der naturrechtslichen nicht unähnlich ift. Man nimmt die Erscheinung aus der komplexen Birklichkeit; dabei kann es aber vorkommen, daß man die Begleitserscheinung für das tatsächliche Wesen eines Phänomens nimmt. Beispielsweise wird die Kapitalwirtschaft als eine Organisation beobachtet, welche den Kapitalismus, das heißt die Ausbeutung, den Raubbau, mit sich bringt. Das führt zur Gleichsetung von Kapitalwirtschaft und Kapitalismus.

Man sagt, der Unternehmer sei der Mensch, der die Produktionsmittel besitt und der diesen Besit zur Ausbeutung benutt; Dinge, die gewiß zutreffen. Aber das Wesen des wirtschaftlichen Begriffs des Unternehmers im Gegensatz zum Arbeiter macht bas nicht aus. Der rein wirtschaftliche Begriff befiniert Kapitalwirtschaft als Wirtschaft mit ben Mitteln und zum Zwecke des Kapitals. Ein Unternehmer im gesellschaftlich-wirtschaftlichen Sinne ift ein folcher, der es versteht, für die Gesellschaft einen neuen Wert zu bringen. Und was die Arbeiter anlangt, so muß man zugeben, daß es auch in einer Gesellschaft, in der "freie Bahn dem Tüchtigen" gilt, und wo die Unentgeltlichkeit der Unterrichtsmittel jeden zur höchsten Leistung befähigt, Arbeiter geben wird, nämlich Leute, die die leitenden Gedanken anderer ausführen. Das ist ein Begriff, den Bücher sehr einfach mit dem Wort "Lohnwerker" präzisiert hat; Arbeiter ift, wer seine Arbeit dem andern leiht und nur den Lohn für seine Leiftung fordert, dagegen nicht Rohstoffe u. dgl. und den weiteren Erfolg der Produktion in seine Wirtschaftsrechnung einkalkuliert.

Die technischen Möglichkeiten einerseits und die staatliche Organisation anderseits stehen zu beiden Seiten des Wirtschaftslebens. Die staatliche Organisation läßt sich entwickeln, umwersen, revolutionieren, dagegen sind die Gesetzmäßigkeit der Technis und der wirtschaftlichen Technis Notwendigkeiten, mit denen gerechnet werden muß. Sine Art der Betrachtung, wie ich sie hier zum Ausdruck bringe, ist in der Literatur oft angebahnt worden. Ich möchte sür die Sigenart der Landwirtschaft ganz besonders auf die Arbeiten von David, Wygodzinski und Aeredoe hinweisen und sür die Unternehmermöglichkeit in der Industrie auf die Literatur über Kartellierung u. des. Geht man so von rein wirtschaftlichen Begriffen aus, so sieht man, daß es in jeder Wirtschaftsform Unternehmer, Arbeiter und Kavital geben wird.

Für die Frage der Sozialisierung aber ist der Ausgang zu nehmen von dem Unterschied zwischen Wirtschaft und Unternehmung.

Wirtschaft entsteht, wenn die Mittel sestliegen, wie bei sestbesoldeten Besamten und Arbeitern, oder wenn die Zwecke sest liegen, wie beim Staat. Die Unternehmung entsteht, wenn volle Freiheit der Möglichseiten und Zwecke gegeben ist. Wenn gesagt wird, das Kartell sei ein Beispiel das für, daß das Kapital gar nicht zur freien Entsaltung kommt, so ist zu sagen: die Unternehmer, von denen da gesprochen wird, waren in vielen Fällen keine eigentlichen Unternehmer mehr. Der wirtschaftliche Begriff des Unternehmers ist nur dann und insoweit zutressend, solange es geslingt, sür wirtschaftliche Zwecke in der Gesellschaft neue Werte zu dringen. Die Kartellierung tritt meist dann ein, wenn die wirtschaftliche Unternehmerwöglichseit nicht mehr besteht. Dann aber wird oft der Versuch gemacht, auf dem Wege des Monopols das sestzuhalten, was vorher durch wirtschaftliche Unternehmung an Gewinn erreicht war.

Namentlich in Auslassungen, die zeigen wollen, daß der freie Untersnehmer auch im Rahmen des sozialistischen Gesellschaftsbildes möglich ist, wird häusig auf die Zeißstistung hingewiesen. Ich glaube, es handelt sich weniger darum, wie Unternehmungen fortgeführt werden sollen, sondern darum, daß sie überhaupt zustande kommen. Bevor die Zeiße"Stistung" möglich war, war sie als Unternehmung nötig. Für den Zweck, daß Unternehmungen ent stehen, ist vollständige Freiheit dessenigen nötig, der die Möglichkeit erfaßt hat, wie der Gesellschaft ein neuer Wert versschafft werden kann.

Dann aber ist die Sozialisierung erstens allerdings auch in vielen Fällen Verstaatlichung; hierfür ist einfach zu verweisen auf die Finanzsliteratur, die nach meiner Meinung hierüber genügend Aufschluß gibt auch für die Zufunst. Ferner aber muß der Unternehmer zwar einerseits seine Freiheit haben, anderseits aber darf er weder an den Verbrauchern noch an den Arbeitern noch an der übrigen Gesellschaft Raubbau treiben. Dasgegen hilft vor allem die Steuerbehörde. Sie führt den Gewinn der Allgemeinheit zu, damit er nicht privatwirtschaftlich vergeudet wird.

Wenn aber eine Unternehmung aufgehört hat, eine solche zu sein, dann müffen allerdings dem betreffenden Betrieb die Möglichkeiten gesnommen werden, den Unternehmergewinn festzuhalten; das wäre nach meiner Auffassung die eigentliche Sozialisierung und zwar durch überführung in Genossenschaftsbetriebe. Dies ist von Fall zu bestimmen. Es ist aber nicht nur zu fragen: was ist reif für eine dersartige Vergenossenschaftung, sondern auch: was ist reif für die Freigabe?

Nun könnte der Borwurf gemacht werden, all das, was ich verlange, sei nichts anderes als Sozialpolitik alten Stils. Das habe ich nicht im

Sinn. Das Grundlegende und wesentlich Berändernde soll die steigende Beteiligung des Arbeiters an der Willensbildung in der Bolkswirtschaft und zugleich die Einsicht des Arbeiters in die Unternehmermöglichkeit bringen. Dann wird der Arbeiter erkennen, was möglich ist, und auch nicht übersehen, was nicht möglich ist, und das scheint mir zu einem verstrauensvollen Zusammenarbeiten zwischen staatlicher Organisation und Bolk, zwischen Unternehmer und Arbeiter gleich nötig zu sein. (Beisall.)

Vorsitzender: Unsere Aufgabe ift es, zu berichten über die Neukonftituierung unseres Ausschuffes, die vorhin ftatkgefunden hat. Ich darf den Herrn Schriftsührer bitten, über das Ergebnis zu berichten.

Schriftsührer Boese: Der Rumpfausschuß hat im Grundsat alle die Herren wieder kooptiert, die bisher im Ausschuß gewesen sind. Ausnahmen sind nach zwei Richtungen gemacht worden. Es sind erstens nicht endsüllig kooptiert die Herren, die ihren Beitrag noch nicht bezahlt haben. Ihre Zahl ist nicht ganz klein. Zweitens solche, die seit Jahren an den Arbeiten des Ausschusses keinen Anteil mehr genommen haben. Bei den Angehörigen beider Gruppen soll angefragt werden, ob sie Wert auf eine weitere Zugehörigkeit zum Ausschuß legen.

Neufooptiert sind folgende Herren: Herr Altmann, Amonn, Fräulein Dr. Bäumer, die Herren Behrens, Brauer, Bingold, Adolf Braun, Clarus, Gehrig, Gerloff, Handelsminister Hamm, Hartmann, Ruczynski, Lederer, Lusensky, v. Mises, Fräulein Dr. Alice Salomon, Fräulein Dr. Siemering, die Herren Sieveking, Skalweit, Umbreit, Bogelstein, Weidinger, Wittek und Zahn.

Prof. Dr. Friedrich v. Gottl Dttlilienfeld (München): Bloß zu dem Punkte, der mich sozusagen persönlich berührt, möchte ich Stellung nehmen. Ich knüpfe an eine Reminiszenz an. Bor zehn Jahren, in Wien, war ein ganzer Tag der Tagung unseres Bereins ausgefüllt von der Disstussion über "Bolkswirtschaftliche Produktivität". Damals kam ich in die unangenehme Lage, schon am Problem selber Kritik üben zu müssen, und ich habe mich sehr scharf dazu geäußert. Inhaltlich ungefähr so, daß "Produktivität" wesentlich eine Sache des Betriebes sei, nicht aber der Bolkswirtschaft, für die immer nur ihre "Prosperität" als letzter Wert in Frage käme. Das ist auch heute noch meine Meinung, nur würde ich

es heute anders formulieren. Ich bin nicht blindlings dagegen, daß man auch noch über den Betrieb hinaus das Wort gelegentlich anwendet, von der "Produktivität" einer Industrie, oder selbst der Volkswirtschaft redet; aber in der Sache kann dies immer nur als ein dienendes Mittel des allgemeinen Gedeihens gemeint sein: "Volkswirtschaftliche Produktivität" jedoch als Endzweck, als letzten Wert zu behandeln, das ist mir in der Seele zuwider. Und nun heute, genau nach zehn Jahren, tritt dieser Begriff abermals, und ganz in jener bedenklichen Weise, in den Mittelvunkt!

Ich fann daher mit Dr. Vogelstein nicht einig darin gehen, wenn er in der Hauptsache die sogenannte volkswirtschaftliche Produktivität als letzten Scheidegrund aller Maßnahmen ausspielt. Da sympathisiere ich in diesem Punkte mehr mit Kollegen Lederer.

Es führt aber letten Endes dieses grundsätliche Hervorstellen der Produktivität zu einer schiefen Konkurrenz. Mag der Notstand, unter welchem wir leiden, noch so groß sein, und mag es auch unbedingt not= wendig werden, gegen diesen Notstand das Außerste aufzubieten, aber den Wandel der Wirtschaftsordnung, ja ber ganzen Gesellschaftsordnung gewissermaßen als "Notstandsaktion" darauf einzustellen, damit kann ich mich nicht befreunden. Auch nicht mit jener anderen Wendung, wie Dr. Potthoff es ausführte, der mir ja diesen Einwand zunächst vorwegnahm, dann aber felbst die beanstandete Sache bloß höher hinaufschraubte; er verwies auf den Zwang zur Abwendung der seelischen Not, in die der Arbeiter bei feinen getäuschten materiellen Hoffnungen gerät, weshalb fich wenigstens das erfüllen foll, woran feine Steale hangen, eben der Sozialismus, praktisch also die Sozialisierung. Diese jedoch, und selbst nur als moralische Notstandsaktion aufzufassen, als Tat der sozialen Hygiene — ich geftehe, daß ich auch das nicht fassen kann. Mir wiberftreitet das einfach. Ich sage mir einerseits, will man gegen einen noch jo großen, aber schließlich doch vorübergehenden Notstand gleich einem Wechsel der Wirtschaftsordnung als Abwehrmittel handhaben, so beißt dies meines Grachtens mit Ranonen auf Spaten schießen; auf der anderen Seite ift diese Sache in ihren eigenen Ideen doch zu hehr und hoch, um nur als Notstandsaktion gedacht und eingestellt zu werben.

Aber ich gebe zu, daß der Sozialismus selbst, in seinen namhaftesten Bertretern, nicht unschuldig daran ist: viel zu nachdrücklich ist er uns vorgetragen worden — wohl mit dem Seitenblick auf die zu beeinflussenden breiten Schichten — als ein Zustand der Gesellschaft, bei dem die Wirtsschaft von wesentlich höherer Produktivität sein wird. Also die Sünde,

Sozialismus und Produktivität in grundsähliche Verbindung zu setzen, ob nun so oder so, wurzelt schon im orthodogen Sozialismus. Als ob überhaupt die Wirtschaft letzten Endes nur dazu da wäre, möglichst viel Ertrag zu liesern! Ich habe fünf Jahre meines Lebens daran gewandt, durch eine eingehende Untersuchung der Wege, auf denen sich die Produktivität steigern läßt, diesen Begriff klarzustellen. Allein, so überschätze ich ihn wahrlich nicht, um ihn als Richtpunkt aller Ordnung und Regelung, aller Resormen und Revolutionen im Wirtschaftsleben anzuserkennen. (Sehr richtig!)

Aber die Sünde setzt sich fort. Es hängt nun wieder mit dieser einfeitigen Hervorkehrung einer technischen Überlegenheit des Sozialismus zusammen, wenn ein anderer Fehler sich einschleicht, der nachweisbar ift aus ben Schriften der Sozialisten und auch sonst überall spukt. Meine Damen und Herren! In allen Erwägungen über die Zufunft unferer Wirtschaft wird mit der Technif wie mit einem feststehenden Wert gerechnet! Die moderne Technik, umstrahlt von allen ihren Errungenschaften, denkt man sich frischweg und unbekümmert hineingestellt in beliebige andere Wirtschaftsordnungen, als würde sie auch dort ebenso arbeiten und ebenso ihren Dienst tun wie früher. Nun glaube ich, da genügt es sich zu versenken in den Werdegang der modernen Technik, um einzusehen, wie verwachsen diese Technik mit dem kapitalistischen Beift ift; geht doch der innere Zusammenhang zwischen Technif und Wirtschaft — und zwar Wirtschaft von jener Form, inmitten welcher die moderne Technik geboren wurde - ganz außerordentlich weit. halte es für einen großen Leichtfinn im Denken, wenn man bem nicht Rechnung trägt. Es ift etwas ganz Bestimmtes um diese moderne Technik, und ich glaube nicht, daß man sich auch darin so eins zwei "umstellen" fann. Denken Sie jum Beispiel baran, in welchem Umfang die moderne Technik für ihren Fortschritt auf den Opferwillen der Wirtschaft angewiesen bleibt; ob nun diesen Opferwillen auch jede künftige Wirtschafts= ordnung aufbringen kann, das mußte doch erst erwogen werden. der schier unermegliche Belang des Wettbewerbes, nicht nur für den Fortschritt, schon für das Behaupten des Standes der Technif. Dann die Rolle des Geldpreises, der erft alle Aufwände untereinander verrechenbar macht, als conditio sine qua non exafter Technif, und so fort.

Ich halte daher, wenn ich mich auf den Boden dieser Diskussion stellen foll, zu allererst auch eine "Sozialisierung der Technif" für notwendig, erörtert zu werden. Gewiß, eine Fülle von Problemen würde mit dem einsehenden Wandel der Wirtschaftsordnung an die Technif neu herantreten und könnte sie neu beleben, aber trohdem handelte cs sich für sie um einen durchaus nicht gefahrlosen Übergang in eine durchsaus problematische Zufunstsform. Ich würde es schon als einen greifsbaren Nuhen dieser Worte ansehen, wenn man nicht fernerhin so harmslos mit dem Gedanken der Technik operierte, als ob das etwas ein für allemal Ausgeniachtes wäre, was jeder Resorm und jeder beliebigen Wirtschaftsordnung zur Verfügung steht.

Und abermals jener Fetischismus der Produktivität ist dabei geschäftig, wenn man mit den Gedankengängen des Sozialismus selbst Dinge zu vereindaren glaubt gleich dem Taylorsystem. Dessen Einführung wird ja heute aus den verschiedensten Lagern heraus als mitwirkendes Ugens der neuen Zeit gesordert, auch wieder im Sinne einer Notstandsaktion. Darüber werde ich mich anderswo äußern, wie sehr dieses System mit Sozialismus unvereindar ist. Wer aber diesen will, sollte etwas, das auf den Sozialismus paßt wie die Faust aufs Auge, auch nicht im Sinne einer Notstandsaktion mit hereinschlüpfen lassen, der alleinseligmachenden Broduktivität zuliebe.

Wir werden uns wohl genötigt sehen, mit einem neuen Grenzwert der ganzen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung auch praktisch zu rechnen und haben uns damit auseinander zu sehen. Dabei aber sollten wir uns hinsichtlich der großen Gesichtspunkte — über praktische Ginzelsheiten haben nicht wir zu entscheiden — nicht allzusehr von der augensblicklichen Lage bestimmen lassen, schon gar nicht aber die Produktivität zum alles beherrschenden Gesichtspunkt machen. Ich meine, wir sollten das Neue, das unserer Zeit vorschwebt, nicht mit dem Rechenstift, sondern mit der Seele suchen. (Lebhafter Beisall.)

Prof. Dr. Robert Wilbrandt (Tübingen): Eine Notstandsaktion, wie sie eben in Zweisel gezogen wurde, ist auch vor 100 Jahren der Liberalismus gewesen, und all das, was wir von der französischen Revolution in Teutschland mit bestem Erfolg übernommen haben. Notstandsaktion war mir im vorigen Winter all das, was ich so, wie heute Dr. Potthoff ausgesührt hat, redete, schrieb, tat, um gegenüber dem inneren Notstand etwas zu erreichen. Ich greise darauf heute nicht weiter zurück.

Der Notstand, der mich heute vor Ihnen nach einer Notstandsaktion rufen läßt, ist der, welchen der Krieg und der Friedensschluß über uns verhängt hat. Unsere Unterhändler haben von Willionen und Aber-

Schriften 159. - Berhandlungen.

millionen von Deutschen gesprochen, die entweder verhungern oder auswandern muffen. Was damals Gegenftand der Berhandlungen mar, jest ift es Tatfache geworben. Mit den Milberungen ift es doch im großen und ganzen so geblieben wie es war. Auszuwandern, als Deutscher, verachtet, gehaßt, abgewiesen, höchstens irgendwo geduldet, weil man ihn brauchen kann, das ist heute fast unmöglich. Verhungern fann man aber ebensowenig. Und das scheint mir — ich vermisse es — ber Gesichtspunkt zu sein, unter dem die Dinge betrachtet werden muffen: benn ehe Millionen von Deutschen verhungern ober biefen Leidensmeg gehen, der ihnen in der Fremde auferlegt wird, muß der deutsche Boden ausgenutt merden. Und ist es tatsächlich notwendig, daß diese Menschen auswandern oder verhungern? Diese Frage muß gestellt werden. Es handelt sich um fein ökonomisches und natürliches, sondern um ein foziales Muß. Es ift begründet in der heutigen Gigentumsordnung und in nichts anderem.

Was uns bei diefer Lage nottut, das laffen Sie mich in dem Begriff Regararifierung zusammenfassen: daß wir uns umftellen auf die Landwirtschaft in Deutschland, daß wir den Boden mehr ausnugen als bisher, daß wir feben, wieweit es gelingen kann, industrielle Robstoffe felber herzustellen auf unserem Boden, alles das natürlich mit Unterftungung durch die Industrie. Die Landwirtschaft kann auch noch ihren Betrieb bei weitem mehr mechanisieren. Biele Spanntiere, die uns bas Land megfreffen, konnen durch Maschinen ersetzt werden; jo wird die Produktion für uns felber steigen und so werden wir sehen muffen innere, Aufträge zu bekommen, weil der Erport stocken wird und muß. Das ift unseren Gegnern ja gelungen. Diese Reagrarisierung ift heute eine notwendige Forderung. Es kommt nur darauf an, wieweit sie möglich ift. Sie scheitert nicht an Bobenmangel, sondern an den Dingen, die ich Ihnen noch ausführen werde. Es gibt Männer der Landwirtschaftswissenschaft, die lange behauptet haben — und Ballod hat das in feinem Buch "Der Zukunftsstaat" zusammengefaßt — (Bört! Bort!), daß wir auf unserem Boden erstens eine reichliche Ernährung des gesamten Bolkes möglich machen fonnten und daß zweitens, bei einer geschickten Organi= fation, eine genügende Bekleidung des ganzen deutschen Bolkes erreicht werden fann. (Bort!) Die Zurufe von Ihnen beweisen Ihr Interesse für diesen Punkt. Ich möchte Sie bitten, dahin zu wirken, daß der Berein als folcher diefen Dingen nachgeht, fie nachprüft, nachrechnet und Untersuchungen anstellen läßt. (Beifall) Dem burfen wir uns nicht entziehen. Es kommt darauf an: find die Menschen zu opfern oder am Leben zu erhalten? Dem ist nachzugehen mit Sorgfalt, mit deutschem Rleiß und Gründlichkeit.

Was sind die Hinderungsgründe, warum diese Reagrarisierung tats sächlich nicht geht? Reagrarisierung bedeutet: intensivste Landwirtschaft. Deshalb — ich vermeide das Wort produktivste — erstens arbeitssintensivste, zweitens kapitalintensivste und drittens muß die Landwirtschaft nach wissenschaftlichen Grundsägen geführt werden.

Bunächst komme ich auf die Arbeit. Wir hatten fürzlich ungefähr eine Million Arbeitslose in Deutschland; jest etwas weniger. Nach der Heinfehr der Kriegsgefangenen wird ihre Zahl wieder größer werden. Gleichzeitig sehlte eine Million Arbeitskräfte in der deutschen Landwirtsschaft. Was wäre näher gelegen, als die Menschen umzuschulen und in die Landwirtschaft zurückzubringen. Ich habe mich mit den Arbeitslosen in Verbindung gesetzt. Sie erklärten zum Teil: Wir wollen nicht wieder zurück in die Sklaverei, das heißt, der soziale Zustand, dem sie einst mittels der Landslucht entronnen sind, der war ihnen unerträglich und bleibt es ihnen. Sie kehren dahin zurück nur unter dem Druck der Not.

Zweitens schiefte ich probeweise einen Mann zum Arbeitsnachweis in Berlin, der versuchen sollte, sich anzubieten als Arbeitsloser für Arbeiten in der Landwirtschaft, obgleich er noch nie landwirtschaftlich tätig gewesen war. Die erste Frage war: "Sind Sie Landarbeiter?" Antwort: "Nein." "Dann wird es sehr schwer fallen; aber Sie werden vorgemerkt." Sie sehen also, daß ein Arbeiter, der in die Landwirtschaft zurück will, nicht gerade mit offenen Armen aufgenommen wird.

Drittens. In dem Demobilmachungsamt lag vor uns die gedruckte Ziffer, daß $25\,000$ Stellen in der deutschen Landwirtschaft angeboten sind als offene Stellen, mährend eine Million Arbeitskräfte sehlen. Es ist die Furcht vor dem Bolschewismus, die Furcht vor dem Erntestreit, die Furcht vor einer radikalen Verseuchung der Landarbeiter durch die Städter, die den Landwirt davon abhält, den städtischen Arbeiter wieder aufzunehmen. Also die sozialen Klassenverhältnisse, der Klassen gegensah sindert die Menschen zurückzusehren und — wie Sie nun wollen — entweder wird ihnen das dadurch innerlich unmöglich gemacht oder die Stellen werden überhaupt nicht angeboten.

Ein weiteres: Kapitalintensität ist der zweite Punkt. Kapital intensität ist nötig für all das, was Ballod aussührt: für Beregnung, künstlichen Dünger, Maschinerie in ganz anderem Ausmaß als heute, Scheunen in größerer Zahl und verbesserter Art und schließlich der ganze Betrieb mechanischer Autopslüge, Autolastwagen usw. an Stelle des Spann-

viehs. Diese und ähnliche Dinge führt Ballod auf. Das alles erfordert Kapital und das fehlt.

Im Marg erhielt ich einen Brief von einem oftelbischen Großgrundbesitzer. Er prophezeite den Ernteftreit, "wenn nicht bis dahin soziali= fiert wird." Das ist der Notschrei eines Großgrundbesitzers nach der Sozialisierung und zwar vor allem wegen des in der deutschen Landwirtschaft chronischen Mangels an Kapital. Warum in der Landwirtschaft ein solcher Rapitalmangel besteht, die Gründe hierfür sind jedem Theoretifer der Landwirtschaft bekannt. Der Grundbesiker hatte sie durchlebt und ftellte fie vor mich bin: die Renten, welche fortwährend abfließen an die Miterben, an die Borbefiger, an die Sypothekengläubiger, biefe Renten laffen nur noch ben Serrentitel übrig und die Stellung eines Bermalters für jene tatfächlichen Eigentümer, fo daß für den Besitzer nur eine bescheidene Angestelltenversorgung in der Praxis bleibt. bleibt por allem kein Überschuß, um das zu tun, mas der Landwirt gern tun möchte, wenn er wissenschaftlich gebildet ist. So ift die Lage ber Großgrundbesitzer in der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege, mo mir die intensivste Wirtschaft nötig haben.

Der britte Punkt ist die wissenschaftliche Durchbildung der deutschen Landwirtschaft. Dafür ist es nötig, ihr eine wissenschaftliche Oberleitung zu geben. Um unsere landwirtschaftliche Hochschule in Hohenheim herum sitzen die Bauern bei Dreiselderwirtschaft! Und ebenso gibt es noch eine Reihe von rückständigen großen Gütern. Das ist bekannt.

Das sind die Dinge, um die es sich meiner Überzeugung nach handelt. Das sind die Lebensfragen des deutschen Volkes, an denen der Verein für Sozialpolitif nicht vorübergehen darf, weil hier eine Produktivitätsfteigerung in Frage steht, bei der es sich um das Leben oder um die Auswanderungsnotwendigkeit von vielen Deutschen handelt. Geschieht all dergleichen nicht, was wir als Sozialisierung der Landwirtschaft bezeichnen könnten, dann, glaube ich, sind die Auswandernden unnötig vom deutschen Boden weggegangen und um ihr Vaterland betrogen. (Beifall.)

Redakteur Paul Umbreit, Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin): Ich danke dem Vorstand des Vereins für Sozialpolitik für seine Einladung, die er an den Vorstand des Allsgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat gehen lassen. Unser Vorstand hat um so lieber von dieser Einladung Gebrauch gemacht, als die Frage der Sozialisierung auch unser Interesse im größten Maßstabe erweckt. Sie wissen, daß die Gewerkschaften nicht mehr die Kleiniakeit

Aussprache.

165

darstellen wie vor dem Kriege mit $2^{1/2}$ Millionen Mitgliedern, jett ist in ihnen die große Masse der deutschen Arbeiterschaft organisiert. Wir haben $6^{4/10}$ Millionen Mitglieder in unseren Reihen und eine kleinere Zahl in den Reihen der übrigen organisierten Arbeiterschaft, so daß wir sagen können: die großen Massen der Arbeiter sind organisiert, und die Mehrzahl dieser Arbeiter steht auf dem Boden der Sozialisierung und erwartet sie je bälder, desto besser. Deshalb begrüßen wir es, daß sich auch die Wissenschaft mit der Frage des Sozialisierungsprodlems besaßt und wir wollen gern zusammen arbeiten mit den wissenschaftlichen Verzeinen, um diese Frage zu fördern. (Beisall.)

Mit dem ersten Referenten, Berrn Professor Lederer, bin ich ein= verstanden. Und wenn wir in der Sozialifierungskommission zusammen arbeiteten, fo maren wir auch dort über alle großen Fragen, wenn auch manche Barteiunterschiede sich geltend machen, einig. Einverstanden bin ich mit ihm in der Ablehnung des Bolschewismus, der den Sozialismus mittels Gewalt herbeiführen will. Die Gewalt kann nie der Geburtshelfer einer neuen Wirtschaftsweise sein. Der Sozialismus muß durch eine politische Aftion, durch die Gesetzebung verwirklicht werden und Professor Lederer hat das angedeutet, in welcher Weise er sich diesen Weg denkt, in dem er das Betriebsrätegesetz anführte, das geschaffen ift, um die Betriebe zu demokratisieren. Die Vermögensfteuer betrachten auch wir als einen großen politischen Aft der Vermögensausgleichung und Überführung eines Teiles der Bermögen und auch eines Teiles der Betriebe und des Grundbesites in die Bande des Staates ober des Gemeinwesens.

In Wirklichkeit kann die Sozialisterung nicht mittels der Politik, mittels politischer Maßnahmen sich vollziehen, sondern sie ist ein Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung. Wir können zwar durch die Gestsgebung Wirtschaftlichen Gedielster erklären, aber die Hauptarbeit muß doch auf wirtschaftlichem Gediet geleistet werden. Der Sozialismus muß wirtschaftlich erarbeitet, organisiert werden, nur durch seine technische wirtschaftliche Überlegenheit, durch die Überlegenheit all der, die in ihm arbeiten, kann er sich gegenüber der Privatwirtschaft behaupten. Und das ist möglich. Die einzelnen Gesetze können noch so gut gemeint sein, früher oder später kommen, alle diese Gesetze stehen aber auf dem Papier, wenn nicht alle Teile des Volkes und besonders die, die in der Produktion mitgearbeitet haben, übereinstimmen in der möglichsten Entwicklung der Produktion. So geht es mit dem Gesetz über die Betriebsräte. Dem einen geht es zu weit, dem anderen genügt es bei weitem nicht. Auch

das idealste Gesetz steht auf dem Papier, wenn nicht die Masse der Arbeiterschaft tatsächlich in der demokratischen Organisation der Betriebe mitarbeitet und sich durch ihre Organisation im Betrieb, durch ihre Mitarbeit den tatsächlichen Einsluß verschafft. Das Gesetz könnte weit idealer sein, noch größere Mitartscheidungsrechte garantieren, wenn sie nicht tatsächlich ausgeübt werden und wenn die Arbeiter nicht so erzogen sind, daß sie imstande sind, mitzuentscheiden und mitzubestimmen, daß sie imstande sind einen Teil der Mitverantwortung an der Leitung zu übersnehmen, dann wird das schönste Gesetz auf dem Papier stehen. Dagegen kann das Gesetz heute wirklich mangelhaft sein. Wenn die Arbeiterschaft in ihre Aufgabe hineinwächst und Einsluß in dem Betrieb erarbeitet, dann wird ihr Einsluß über das Gesetz hinausgehen, dem Gesetz vorauseilen, und in den meisten Fällen wird die Gesetzgebung der Entwicklung hinterher hinken.

So war es vor dem Krieg in allen Dingen, die die Arbeitergesetzgebung betrasen und so wird es auch nach dem Kriege sein. Mit Herrn Prosessor Lederer bin ich auch einverstanden mit dem Begriff der soziazlistisch reisen Betriebe. Er erklärt und ich meine, man kann mit ihm übereinstimmen, daß nicht die Betriebe erst sozialisiert werden können, die nach den herkömmlichen Ansichten am meisten konzentriert sind, mechanisch am höchsten entwickelt sind, sondern die, dei denen die Gessellschaft am ehesten imstande ist, die Bedingungen des Betriebes zu besherrschen. Beherrschung des Rohstossbezuges für diese Wirtschaftsweise, Beherrschung des Absatzs, Beherrschung des gesamten Wirtschaftsweise, wie in der Weltwirtschaft am meisten verslochten sind, sondern die, deren Markt begrenzter ist, deren Markt von uns am ehesten beherrscht werden kann, die für das Gemeinwesen arbeiten und deren Wirtschaftsweise am ehesten von der Gesellschaft abgegrenzt werden kann.

Professor Lederer wies darauf hin, daß die kapitalistische Produktion keineswegs eine planlose gewesen sei, sondern daß sie gewisse Wirtschaftspläne gehabt hat und daß wir nur der Auswechselung des Wirtschaftsplanes bedürfen, um zu sozialisieren. Man müsse einen Wirtschaftsplan durch den anderen ersetzen. So leicht aber ist die Verwirklichung nicht. Das Reichswirtschaftsamt hat durch seine Planwirtschaft versucht, einen solchen Wirtschaftsplan uns aufzuoktronieren. Aber es kam damit nicht weit, weil eben nicht alles, was von oben herab durchgesetzt werden soll, verwirklicht werden kann, sondern die Entwicklung, die Gesundung, die Weiterentwicklung und die Sozialisterung muß mehr von innen heraus

burch Zusammenarbeiten ber Kräfte erfolgen. Die Industrie muß aufgebaut werden durch eine eigene Organisation aller Produktionsfaktoren, burch das Rusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und aus der Industrie heraus muß das Zusammenarbeiten sich organisieren, aus der Industrie heraus muß der Wirtschaftsplan entstehen und bei fonsequenter Weiterverfolgung diefes Gedankens wird die Sozialisierung leichter von unten herauf erfolgen können als durch einen noch so wohl= weisen Plan, den die Bureaufraten von oben herab durchführen wollen. Das deutsche Unternehmertum wird nicht begeistert einer solchen Soziali= sierung zustimmen, wird nicht ohne weiteres für die Sozialisierung zu haben fein. Es wird gewaltige Kämpfe toften. Auf dem Gebiet aber fann es genau jo gehen wie mit ber Gesetzgebung. Die Unternehmer können noch so starken Widerstand leisten, wenn die Arbeiter und die Angestellten den Willen haben zur Sozialifierung und wenn sie ihren wirtschaftlichen Ginfluß ausnüten und zur Geltung bringen, dann wird mehr oder weniger das Unternehmertum diefer Willensbildung unterliegen und wird mit diesen neuen Produktionsfaktoren zu rechnen haben, und jo wird die Arbeitsgemeinschaft, die junächst ein Draan des Wiederaufbaus der Wirtschaft sein foll, auch die Borftufe fur die Sozialisierung darstellen, weil die maßgebenden Produktionsfaktoren es wollen. einmal die Volkswirtschaft mit öffentlichen Mitteln durch das Zusammenwirken des ganzen Bolkes aufgebaut werden foll, dann ift gar nicht daran Anstoß zu nehmen, daß dieser Wiederaufbau nicht im Sinne des Wiederaufbaus der alten Privatwirtschaft erfolgt, sondern daß aus diesem Wiederaufbau etwas Neues, Zeitgemäßes fich entwickelt und herauskommen foll und das ift die Wirtschaft, die auf die Gemeinwirtschaft zusteuert.

Mit allem diesen bin ich mit Professor Lederer einverstanden.

Ich kenne Herrn Dr. Vogelstein ebenfalls. Er ist immer ein kritischer Kopf gewesen. Er ist mehr Anhänger der freien Konkurrenz. Er hat auch in der Sozialisserungskommission es an kritischem Salz nicht sehlen lassen, aber trozdem war er uns ein guter und schätzbarer Mitarbeiter in der Sozialisserungskommission. Er war keineswegs der Geist, der stets verneint, sondern er hat uns wertvolle Dienste geleistet nicht nur in der Kritik, sondern auch in der praktischen Förderung, und wie er mit Dr. Braun in Weimar zusammengekommen ist, so hat er auch ihm sein Leid geklagt über die Behandlung des Reichswirtschaftsamtes. So geht daraus hervor, daß er nicht nur ein Anhänger des alten, des freien Wirtschaftsprinzips ist, sondern doch in einem Winkel seines Gerzens

eine Vorliebe für die Sozialisierung gehabt hat und daß er bedauert, in der Sozialisierungskommission nicht weiter mitarbeiten zu können.

Zum Schluß noch ein Wort an den Verein! Es ist sowohl in den Referaten als auch in der Diskussion auf das Taylorsystem, auf die Notwendigkeit der Steigerung der Produktivität hingewiesen worden. Sie wissen, daß das Taylorsystem einer der umstrittensten Punkte ist und daß es seitens der deutschen Arbeiterschaft mit großem Mißtrauen der trachtet wird. Es sehlt an der Untersuchung der Wirkungen dieses Taylorsystems. In Amerika besteht eine wissenschaftliche Kommission, die derartige Untersuchungen durchgeführt hat. In Deutschland wird es zweckmäßig sein, wenn der Berein sich einmal an die Untersuchung der wissenschaftlichen Betriedssführung heranmachte und die Ergebnisse der Untersuchung veröffentlichen würde. Die deutschen Gewerkschaften würden jede Mitarbeit gern leisten.

Wenn wir davon überzeugt sind, daß die Sozialissierung im wesentlichen von der Steigerung der Produktivität abhängt, daß der Wiedersausbau unserer Bolkswirtschaft, die Wiedergesundung, die Eroberung der alten Stellung davon abhängt, dann müssen wir uns darüber klar werden, auf welchem Wege diese Steigerung erfolgen kann. Da könnte der Verein eine wissenschaftliche und sozialpolitische Arbeit leisten, wenn er die Aufhellung dieses Problems, die Untersuchung der Wirkungen der wissenschaftlichen Betriedsführung im sozialen wissenschaftlichen Sinne in die Hand nehmen würde. Der Dank der Arbeiterschaft würde ihm sicher sein. (Lebhafter Beisal.)

Professor Dr. Alfred Amonn (Wien): In den ausgezeichneten Referaten, die heute vormittag hier erstattet wurden, ist das Problem der Sozialisierung hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Mögslichteit, der Formen und der Zweckmäßigkeit der Sozialisierung unter Besrücksichtigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage beshandelt worden.

Das Problem der Sozialisierung ist aber ein so ausgedehntes und umfangreiches, daß es gewiß viele von uns, die sich heute zum Wort gemeldet haben, bedauern werden, daß sie auf eine so kurze Zeit von zehn Minuten beschränkt worden sind, eine Zeit, die schwer hinreicht, um mit einiger Klarheit und irgendwelcher Gründlichkeit jene Gedanken zum Ausdruck zu bringen, denen wir Ausdruck verleihen möchten.

Ich möchte die Anregung fallen laffen, ob es nicht möglich wäre bei fünftigen Tagungen, wenn derartig wichtige und große Probleme auf

die Tagesordnung gesetzt werden, daß sich diese auf ein einziges Problem beschränken würde, um dieses dann um so aussührlicher und gründlicher behandeln zu können. Die Arbeiten des Vereins würden an Wert und Bedeutung und Wirkung dabei gewiß nur gewinnen. Selbstverständlich ift es möglich, daß andere Gründe dagegen sprechen.

Ich möchte hier nur auf einige Spezialprobleme aufmerkjam machen, die mit der Sozialisierung zusammenhängen und besonders wichtig sind. Ich brauche sie Ihnen nur vor Augen zu setzen, und Sie werden sofort die große Bedeutung dieser Probleme, die Schwierigkeit ihrer Lösung und die Zeit, die eine solche in Anspruch nehmen wird, erfassen können.

Da ift zunächst ber Begriff ber Sozialifierung, ber schwer festauftellen ift. Professor Leberer ift von einem Begriff der Sozialifierung ausgegangen, ber jener ift, aus beffen Beift bas Wort "Sozialifierung" geboren murde, nämlich bie Überführung der gegenwärtigen oder bisherigen wirtschaftlichen Organisation, in die als sozialistisch bezeichnete Organisationsform. Nun erhebt sich die Frage: was ift das für eine Organisationsform? Bunächst handelt es fich einfach um Schlagworte, Schlagworte wie: Überführung der Produktionsmittel aus den Banden der Privaten in die Hände der Gesellschaft, Produktion für und durch die Gesellschaft einerseits, andererseits Berteilung des Ertrages nach Berechtigkeitsprinzipien. Diese Worte reichten fo lange aus, als man noch nicht genötigt mar, darüber nachzudenken und die Brazis darnach zu gestalten. In dem Moment, wo man dies aber versucht, sieht man, daß sich große Schwierigkeiten ergeben. Wer ist die "Gesellschaft" beziehungsweise welches find die "Sande" der Gesellschaft, in welche die Broduktionsmittel gelegt werden follen? Jest muß festgestellt werden, wer fonnen diefe Bande fein und welche fonnen es fein, die erlauben, daß die Produktionsmittel so benützt werden, wie fie im Sinne des Sozialismus benütt werden follen. Es ift dies ein völlig ungelöftes Problem, ein Problem aber, deffen Löfung die Boraussetzung für die Lösung ber Sozialisierungsfrage überhaupt ift. Es muß gelingen, fie ju -finden; es ift ein Problem und eine Frage, die geftellt und gelöft werden muß, damit die Produktion durch die Gesellschaft für die Gesellschaft überhaupt erfolgen fann. Es handelt fich dabei um eine Verwaltungsfrage in der fozialistischen Organisation, also jedenfalls um ein Problem, deffen Lösung erft in ben Unfangen fteckt.

Und dann kommt ein zweites hinzu. Sozialisierung heißt zugleich: die Verteilung des Ertrages nach gewissen Gerechtigkeits prinzipien. Hier stehen wir vor einem ungeklärten Widerspruch in

ber sozialistischen Literatur. Es gibt zwei Gerechtigkeitsprizinpien, auf die sich die verschiedenen Schriftsteller berusen, einmal das Prinzip der Gleich heit der Bedürfnisdefriedigung beziehungsweise der Zuteilung der Güter nach den Bedürsnissen des einzelnen, und zweitens das Prinzip der Zuteilung des Ertrages nach der Arbeitsleistung, das heißt Zuteilung des vollen Arbeitsertrages. Hier muß zunächst, wenn von praktischer Sozialisierung die Rede ist, festgestellt werden, nach welchem Prinzip man den Ertrag verteilt wissen will, und in welchen Formen sich diese Berteilung abspielen kann und soll und muß, damit das Ziel erreicht wird. Das ist ein schwieriges und wenig bearbeitetes, ebensalls ein noch ganz ungelöstes Problem, dessen gründliche Behandlung und Lösung von außerordentlicher Wichtigkeit für die praktische Sozialisserung wäre.

Damit ist noch ein allgemeineres Problem verbunden, das Problem bes Berhältnisses des praktischen Sozialismus, was Sozialiserung heißt, zum theoretischen oder "wissenschaftlichen" Sozialismus. Der "wissenschaftliche" Sozialismus ist eigentlich ein evolutionistischer, das heißt ein Sozialismus, der als sich, aus bestehenden Zuständen heraus, von selbst entwickelnd und entstehend gedacht wird. Der praktische Sozialismus ist das Streben, durch bestimmte Mittel eine sozialistische Ordnung herbeizusühren. Es wäre zu untersuchen: wie vereinigt sich dieser praktische Sozialismus mit dem "wissenschaftlichen", wie, unter welchen Boraussezungen kann hier eine Bereinigung dieser beiden Aufsassungen über Sozialismus möglich sein. Davon hängen schließlich auch der Ersolg und die Aussichten der Sozialiserung in großem Maße ab, daß, was man erstrebt, tatsächlich mit dem übereinstimmt, was sich in der Entwicklung selbst vorbereitet und dessen Ziel in der Entwicklung selbst bereits in nahe Aussicht gestellt ist.

Damit will ich nur andeuten, welche Probleme in der Sozialisierungsfrage noch in Betracht kommen, wie wichtig und schwierig diese Probleme sind, und wie alle jene, die sich weiterhin mit der Sozialisierungsfrage befassen, ihre Ausmerksamkeit insbesondere auf diese Probleme richten sollten. (Beifall).

Vorsitzender: Es ift der Antrag gestellt worden, die Rednerliste zu schließen. Es stehen noch sieben Herren auf der Rednerliste und dann müssen wir noch die beiden Herren Referenten hören.

Widerspruch erhebt sich nicht, ich schließe also die Rednerliste. Ich erteile jett Herrn Dr. Stolper das Wort.

Dr. Buftav Stolver (Wien): Selten habe ich eine Diskussion mitgemacht, in der die Referenten sich so glücklich gegenseitig erganzt haben wie heute vormittag. Professor Lederer hat nur die geistigen Probleme in die Diskuffion geworfen, die etwa zwischen der U. S. P. und R. B. D. strittig find, und er hat die grundsätliche Diskuffion auf diesem Gebiete vertieft. Was rechts davon liegt, scheidet für ihn aus der Betrachtung aus. Auf der andern Seite hat Dr. Vogelstein all das, was wir in diesen Monaten erleben, mit der Stepfis des Praktikers betrachtet, der gleichwohl fühlt, daß nicht alles beim alten bleiben könne. Der gläubige Joealismus auf der einen und der skeptische Idealismus auf der andern Seite bilden eine glückliche Ergänzung. Aber trothdem habe ich den Eindruck gehabt, daß nicht auf ein gemeinsames Riel losgesteuert wurde und daß sich auch die Debatte nicht konzentrieren konnte. Das weift darauf hin, daß die einzelnen Redner über verschiedene Dinge Das ist etwas, was man immer wieder mitmachen kann. Wir reden immer von Sozialismus und Sozialisierung, aber eine Begriffsklärung ist noch nicht erfolgt. Die Grundfrage, die zur Untersuchung fteht, ware wohl: Wollen die Maffen, die fich heute fozialiftisch nennen, fozialistisch organisiert sind und sozialistisch wählen, wollen die wirklich ben Sozialismus? Und wenn herr Prof. Lederer bemerkt hat, daß man in Deutschland allzu vorsichtig an die Dinge herangehe, so ift das als Vorwurf gemeint, aber es ift doch nur der Ausdruck des instinktiven Empfindens, daß all die Dinge erst problematisch geworden sind, als sie plöglich zur Verwirklichung reif geworden zu fein schienen. Gerade ber Berein für Sozialpolitik hätte in diefer Generalversammlung feine Auflösung beschließen ober zum mindeften eine gründliche Umformung vornehmen muffen. Der Verein für Sozialpolitit, der der Lehre des Staatssozialismus feine Entstehung zu danken hat, ift eigentlich in dem Augenblick obsolet geworden, da die Forderung des Staatssozialismus durch die sozialistische Rührung des Staates obsolet geworden ift. Heute steht das sozialistische Bringip unter neuen Bedingungen wieder zur Diskussion, und ich kann nicht gerade fagen, daß eine revolutionare Zeit geeignet mare, irgendwelche Schluffe nach der positiven oder negativen Seite zu ziehen. Darum glaube ich, ift es notwendig, vor allem ein bischen Massenpsychologie zu treiben. Wir haben es erlebt, daß ungeheure Scharen von Arbeitern, Männer und Frauen, der Sozialdemokratie zugeströmt find. Es waren Menschen, die keine Ahnung haben, mas Sozialdemokratie ift. Die einen wollten eine Befferung ihrer wirtschaftlichen Lage. Sie erwarteten fie von einer Wirtschaftsordnung, die nicht die bisherige war. Die andern

wollten höhere Brotkarten, gut zu effen, höhere Löhne, aber die Wirtschaftsversassung war ihnen gleichgültig. Dann kamen die Jdealisten, die
ethischen Sozialisten. Die gibt es in den breiten Massen wenig. Der
ethische Sozialismus ist eine Angelegenheit der Intellektuellen, die in
Deutschland relativ zahlreich sein mögen, die aber für das Massenempsinden
nur geringes Verständnis haben. Gerade diese Intellektuellen sind es,
die oft von dem Primitivsten der Wirtschaft keine Ahnung haben. Namen
möchte ich nicht nennen, aber meine Wiener Freunde werden es mir bestätigen, daß wenigstens bei uns selbst einzelne hervorragende Führer der
Sozialdemokratie in wirtschaftlichen Dingen Analphabeten sind.

Daneben haben wir noch eine letzte Gruppe. Das sind die, bei denen man eine Art chiliastische Sehnsucht wahrnimmt. Die Leute glauben, daß hinter dem tiefsten Glend die ewige Weltbeglückung winke.

Alle diese Bestrebungen lassen sich nicht auf eine und dieselbe Methode behandeln. Man kann nicht sagen, daß man gleichzeitig diese und jene durch die Sozialisierung bestriedigen kann. Der ethische Sozialist erklärt die Produktionseinschränkung für gleichgültig. Er verzichtet auf materielle Güter, wenn nur die ewige Gerechtigkeit hergestellt wird. Dazu ist zu bemerken, daß nach meiner Meinung eine Ethisierung der Massen in diesem Sinne unmöglich ist. Denn der Begriff ist schon eine contradictio in adjecto. Versittlichung ist immer eine höchst persönliche Angelegenheit, Ethisierung der Massen wieder ein rein intellektuelles, dem Massensbewußtsein fremdes Postulat. Ich halte nicht einmal eine Ethisierung der Intellektuellen als Gesamtheit für möglich. (Zurus: Sehr richtig!)

Wir können nichts tun, als die Maffeninftinkte durch allgemeine Joen zähmen, das heißt sozial regeln. Ob das durch die Sozialisierung oder auf andere Weise geschieht, ist eine Frage, die zu erwägen sein wird.

Das andere Problem, wie man die Lebenshaltung der Massen hebt, ist eine Frage, die eine gesonderte Behandlung ersordert, die aber nicht prinzipiell mit dem Sozialismus zusammenhängt. Ich muß Prof. Lederer widersprechen, wenn er der Meinung ist, daß es objektive Ariterien dafür gibt, wo man die Sozialisierung zu beginnen hat. Ich glaube, daß eine planmäßige Sozialisierung und eine partielle Sozialisierung efsentiell ganz verschiedene Dinge sind.

Eine planmäßige Sozialisterung ist die, die auf einen bestimmten Wirtschaftszustand hinstrebt. Gine partielle muß nicht von einer Idee eines fünftigen Wirtschaftsplanes und einer fünftigen Wirtschaftsverfassung, sondern sie wird vom augenblicklichen Bedürfnis ausgehen. Wir haben uns zu fragen, wollen die Massen Gsen, Wohnung oder Stiefel und

Kleider, und wenn ich der Wohnung und Kleidung bedarf, ift es dann besser, sie auf dem Weg der Privatwirtschaft zu beschaffen oder unter den gegenwärtigen Verhältnissen durch kommunale Justitutionen. Das scheint mir keine prinzipielle Frage, sondern eine Frage der praktischen Volitik zu sein.

Dann noch eine Kernfrage, die Frage nämlich, ob eine Wirtschafts= verfassung überhaupt gemacht werden fann. Es scheint mir, - wie auch unter ben Margiften benen, die evolutionär denken, — was gemacht werden kann, ift eine Rechtsverfassung, aber nie eine Wirtschaftsverfassung. Für gegebene Wirtschaftsformen können wir einen juristischen Ausdruck finden. Man kann einen Zuftand, der bereits da ift, rechtlich legitimieren. Oder man kann rechtliche Fesseln beseitigen, die eine vorhandene Entwicklungs= tendenz an ihrer Auswirkung hindern. Niemals in der Geschichte ift eine Wirtschaftsverfassung gemacht worden. Es gibt keine wirtschaftliche Revolution, wie es politische Revolutionen gibt. Dazu kommt, daß jede Wirtschaftsverfassung jederzeit Elemente verschiedenster geschichtlicher Entwicklungsstufen in sich enthält. Ich glaube nicht, daß, felbst wenn wir alle den Sozialismus wollten, sich eine fozialiftische Wirtschaft mit einem Schlage herausbilden ließe. Ich meine, daß fich immer eine Wirtschaftsverfassung aus den Rudimenten einer vergangenen Gpoche, Elementen der gegenwärtig herrschenden Verfassung und den embryonalen Ansähen einer kommenden Wirtschaftsverfassung zusammensett. Das Ziel, zu dem wir ftreben, willfürlich zu bestimmen, sind wir nicht imstande. Es werden gewiß die Bestrebungen der Parteien, die Entwicklung der Wirtschaft dahin oder dorthin zu lenken, vorhanden sein, von Beschlüffen eines Parteifonaresses oder von Gesekentwürfen wird die Entwicklung aber unabhängig sein. Man kann versuchen, eine Wirtschaftsordnung zu machen. Der Berfuch wird unbedingt scheitern, weil schließlich doch nur die Rechtsform beschloffen sein wird, der der wirtschaftliche Inhalt fehlt.

Es ift heute so unendlich schwer, über all diese Dinge vor den breiten Massen zu sprechen, weil den breiten Massen und nicht nur diesen, sondern oft auch ihren Führern, die sundamentalen wirtschaftlichen Kenntnisse sehlen. Tenken Sie nur daran, was sich der einfache Mann unter Geld vorstellt. Ich meine, eine der wichtigsten und dringendsten politischen Aufgaben ist das Problem der Studienresorm, welches auf unsere Tagessordnung hätte gestellt werden sollen. Ich möchte die Behandlung diese Problems nicht auf die Hochschulen und die Verwaltungsbeamten besschränkt sehen, sondern man sollte darüber nachdenken, ob es nicht an der Zeit wäre, in der Volks und Mittelschule den Kindern die primis

tiosten wirtschaftlichen Begriffe beizubringen. Warum soll es nicht möglich sein, den Kindern, denen man von der Agrarresorm im alten Rom spricht und die man die schwierigsten religiösen Begriffe lehrt, denen man sogar in den oderen Klassen des Gymnasiums "philosophische Propädeutif" angedeihen läßt, warum soll es nicht möglich sein, dieser Jugend wenigstens soviel wirtschaftliche Kenntnisse beizubringen, daß sie nicht dem ersten Schwindler anheimfallen, der ihnen die Möglichseit versheißt: Wenn du mir folgst, dist du morgen im Paradies. Das ist eine Sache, die in zehn Jahren Früchte tragen kann, und das ist der Zeitzaum, den wir brauchen werden, um uns aus der surchtbaren Psychose herauszuretten, in der wir jetzt leben. Was dis dahin geschieht, wird unter allen Umständen viel weniger von theoretischen Erwägungen als von praktischen Bedürsnissen des Augenblicks bestimmt sein. (Lebhaster Beisall.)

Architeft Seinrich Raufmann: Meine Damen und Berren! Ich habe junachft dem Berein für Sozialpolitif namens des Bundes der technischen Angestellten und Beamten den Dank für die freundliche Ginladung zur heutigen Tagung auszusprechen. Der Bund — entstanden durch die Verschmelzung des Deutschen Technifer-Verbandes und des Bundes der technisch = induftriellen Beamten, der beiden alten, großen Techniferorganisationen, zählt heute mehr als 100 000 Mitglieder hat gern der Ginladung Folge geleiftet, denn auch die technischen Ungestellten haben ein außerordentlich lebhaftes Interesse an der Frage der Sozialifierung zu bekunden. Ich fann mich hinfichtlich der Beurteilung dieser Frage durchaus einverstanden erklären mit dem, mas vor mir Herr Umbreit als Bertreter ber Generalkommission ber Gewertschaften hier ausführte, weil auch wir in der freigewertschaftlichen Angestelltenbewegung uns in sozialen Dingen solidarisch mit der gewerkschaftlich organisierten Urbeiterschaft zusammenfinden. Darüber hinaus habe ich noch einiges andere zu bemerken.

Auch mir geht es wie Herrn Dr. Potthoff, der hierher gekommen ist, um zu lernen, in der Hoffnung, neue Anregungen für seine praktische Sozialisierungsarbeit zu erhalten. Auch ich glaubte, daß hier ein Weg gewiesen würde, der heraussührt aus dem Labyrinth der Meinungen und Gedanken, die heute überall über die Frage der Sozialisierung vertreten werden; denn wir haben hier eine Reihe von Männern, die als sührende Köpfe in der deutschen Sozialpolitik angesprochen werden müssen, Professoren und Gelehrte, und wenn diese nicht den Weg sinden, der zur praktischen

Sozialisterung führt, dann darf man sich nicht darüber wundern, wenn in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten, die ja nur die eine Sehnsucht kennen, so rasch als möglich aus der Zwangsjacke, in die das Kapital den Arbeitnehmer heute noch eingeschnürt erhält, herauszukommen, die wunderlichsten Meinungen und phantastischsten Anschauungen über die Sozialisierung zum Ausdruck gebracht werden.

Verschiedene der Herren Vorredner haben von der Stimmung der Arbeitermaffen gesprochen, die bei ber Sozialifierung nicht unberücksichtigt bleiben dürfe. Ich darf hier wohl über die Stimmung der Angestellten fagen, daß auch fie der Frage der Sozialifierung mit nicht weniger lebendigem Interesse entgegensehen. Gerade die Angestelltenschaft in Handel und Induftrie, wie auch im Baugewerbe, hatte mahrend des Krieges noch schwerer zu leiden wie die Arbeiterschaft, die sich mit Silfe ftarker Organisationen mehr zur Geltung bringen konnte. Die Angestellten lebten vor dem Kriege unter einem fehr schlechten Recht. Ihre Bertragsund Arbeitsbedingungen waren fehr ungunftig und während des Krieges konnten sie sich noch weniger frei bewegen. Immer hing das Damoklesschwert der Einberufung über den Röpfen der einzelnen Angestellten. Da= mit wurden alle Bestrebungen, ihre wirtschaftliche Lage den veränderten Lebensverhältniffen anzupaffen, niedergehalten. Es ift baber erklärlich, daß sich jest überall eine Radikalisierung in der Angestelltenbewegung zeigt, bie vom Standpunkt bes reinen Gewerkschaftlers aus gesprochen, als erfreulich bezeichnet werden muß. Immer weitere und größere Kreise der Ungestelltenschaft, namentlich die Techniker, erkennen den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, und sie ftimmen mit uns überein, wenn wir diesen Gegenfak als unüberbrückbar bezeichnen. Und wenn auch heute noch gemisse Gruppen der Angestelltenschaft in völliger Verkennung ihrer mahren Interessen diesen unüberbrückbaren Gegensatz leugnen und nur gelegentlich die Ausmüchse des Kapitalismus zu beschneiden versuchen, ohne der Wurzel selbst nachzugehen, so muß doch gesagt werden, daß der Radikalismus in den Kreisen der Angestellten reißende Fortschritte macht. Das eine fteht feft: die große Mehrheit der Angestellten, gleichviel welcher Richtung, will nicht wieder freiwillig unter das Soch des Kapitalismus fich beugen, und wenn Herr Dr. Wilbrandt darauf hingewiesen hat, daß die Industriearbeiter nicht aufs Land gehen wollen, weil fie fich bort noch ftarter ins Joch des Agrar-Kapitalismus gespannt fühlten, so gilt das in ähnlicher Beise auch für die Angestellten der Industrie und des Handels, die man heute noch wie vor dem Kriege durch Dienstverträge gebunden erhält, denen man auch heute noch durch Konkurrenzklauseln verbietet, ihre Arbeits=

fraft zu verwerten, wo es für sie am günstigsten ist. So hat sich also auch unter den Angestellten eine Stimmung herausgebildet, die nicht überssehen werden darf und die nach Taten drängt. Die Angestellten verlangen in ihrer übergroßen Mehrheit, daß nicht bloß die Auswüchse des Kapitaslismus beschränkt, daß nicht nur da und dort soziale Verbesserungen einzeführt werden, sondern sie wollen heute mehr haben. Sie wollen mitsarbeiten an dem Ausbau des neuen Deutschland, sie wollen mitverantwortsliche Träger der Produktion werden, sie fordern die Gleichberechtigung mit den Arbeitgebern innerhalb des Produktionsprozesses.

Die Revolution hat die Angestellten und Arbeiter zu gleichwertigen Staatsbürgern gemacht, die nicht mehr minderen Rechtes find wie früher. Sie find politisch frei geworden und gleichgestellt mit den Arbeitgebern; aber wirtschaftlich sollen fie nach wie vor gebunden bleiben. Das ist ein Zustand, der nicht ertragen werden kann. Wir müssen dahin kommen, daß, wie es mit dem Gesetz über die Betriebsräte zunächst angestrebt wird, zur politischen auch die wirtschaftliche Demokratie hinzutritt. Ich bin mir flar darüber, daß in Deutschland nicht eher Ruhe wird, als bis die politische Freiheit der Staatsbürger ergänzt wird durch die wirtschaftliche Freiheit und Gleichberechtigung aller Schaffenden. Es nütt gar nichts mehr, wenn die Organisationsvertreter — und wir tun das immer in allen Berfammlungen — barauf hinweisen: Last die Streiks sein, arbeitet, damit die Volkswirtschaft wieder in Gang gebracht und weiter aufgebaut werden fann! Die Angestellten und Arbeiter wollen nicht mehr zurückfehren unter das alte kapitalistische System, und sie befürchten, daß sie bennoch wieder darunter gezwungen werden. Sie glauben, jest sei die Zeit gekommen, ihre große Sehnsucht nach Befreiung aus dem wirtschaftlichen Druck zu erfüllen.

Wir müssen also in erster Linie die Menschen gewinnen, wenn wir heute wieder zu geordneten Verhältnissen in unserer Volkswirtschaft zurücksommen wollen. Es langt nicht aus, überall ein Grammophon aufzustellen, das ständig ruft: "Arbeitet, arbeitet!" Wenn nicht die Arbeitsfreude in den Arbeitenden selbst geweckt wird, und die kann nur geweckt werden, wenn sie mitverantwortlich hineingestellt werden in die Produktion.

Nun — die Redezeit ist fast abgelaufen — noch kurz mit einigen Worten zu dem Gesetz über die Betriebsräte. Herr Umbreit hat schon darauf hingewiesen, daß ihm manches in dem Gesetz nicht weit genug geht. Auch uns technischen Angestellten, die wir mit unserem Bund in der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände — es ist dies die größte Zusammenfassung der Angestelltenorganisationen mit über 600 000

Mitgliedern — an führender Stelle arbeiten, stehen auf dem Standpunkt, daß das Geset im ganzen nicht weit genug geht, daß es nichts anderes ift, als eine schwach verbefferte Auflage der Angestellten= und Arbeiter= ausschüffe, die mit der Verordnung vom 23. Dezember geschaffen wurden und die in Wirklichkeit und in der Praxis nichts anderes sind, als jene weiße Salbe, die vor zehn Jahren schon die Scharfmacher im Bergbau als geeignetes Mittel gegen die Unzufriedenheit der Massen empfohlen haben. Wir verlangen, daß die Betriebsräte nicht nur eine dekorative Einrichtung werden, sondern daß sie das Recht der Kontrolle der Betriebsleitung erhalten, wir fordern die konsequente Durchführung des Direktions= pringips, wenn wir damit leider auch im Gegensatz zu Dr. Vogelftein fommen, der dieses Prinzip als ganz ungesund bezeichnet. Es wäre ungefund, diefes Pringip, wenn es nur fo werden murde, wie herr Dr. Bogelftein fürchtet, nämlich, daß nur die größten Schreier in die Betriebsräte hineingewählt mürden. Ich darf für die deutschen Ingenieure und Technifer in Anspruch nehmen, daß, wenn die Betriebsräte nach den Vorschlägen der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände ausgestaltet würden, sie das Recht, durch ihre Vertreter mitzureden und mitzuentscheiden, zum Segen der deutschen Wirtschaft ausüben werden. fähiasten Köpfe stehen in der Industrie durchaus nicht immer an der Spite, und mas die Betriebe hochgebracht hat, ift nicht ausschließlich die Intelligenz einzelner führenden Köpfe, sondern das Resultat der Gesamtarbeit der Masse, der namenlosen Techniker und Ingenieure.

Ich muß meine Aussührungen schließen und möchte nur noch an ein Bismarcfiches Wort erinnern, der bei der Einführung des Reichstagswahlrechtes sagte: "Setzen Sie das deutsche Volk in den Sattel, reiten
wird es schon können." Helsen Sie also mit, Betriebsräte zu schaffen,
die auch wirklich etwas bedeuten und den notwendigen Ginfluß der Angestellten und Arbeiter auf die Produktion und die Leitung der Betriebe
sicherstellen. Damit nur werden wir zum Ausbau und zur Weiterentwicklung unserer zerbrochenen Volkswirtschaft kommen. Wir müssen den Arbeitern und Angestellten Vertrauen entgegenbringen, sie in den Sattel
setzen, reiten werden sie dann schon können.

Prof. Fuch & (Tübingen): Ich habe mich nicht zum Wort gemelbet, um dem agrarpolitischen Programm meines Spezialkollegen Professor Wilbrandt entgegenzutreten, das kann nur von einem landwirtschaftlichen Techniker geschehen. Nur eine nichttechnische Bemerkung möchte ich dazu machen: seine Auffassung scheint mir an dem Grundsehler zu leiden, daß sie eine rein

Schriften 159. - Berhandlungen.

wirtschaftliche Betrachtung darstellt und Imponderabilien unberücksigt läßt, wie die Wertschätzung der eigenen Scholle — der großen ebenso wie der kleinen — durch den Besitzer, die von so großer Bedeutung für unsere ganze nationale Kultur ist!

Ich wollte vielmehr vor allem darauf hinweisen, daß in der ganzen Diskussion wie in den Reseraten, abgesehen von den Aussührungen des Herrn Kollegen Amonn und einer slüchtigen Bemerkung in dem einen Reserat, heute immer "Sozialisierung" und "Sozialismus" mehr oder weniger gleichgestellt worden sind, und da glaube ich, daß die Frage ausgeworsen werden sollte, ob das wirklich zutrifft.

Faffen wir zu diefem Zwecke die verschiedenen Formen der Sozialis fierung, die vorgeschlagen worden find, in einem Überblick zusammen, jo laffen fie fich in drei Gruppen einteilen: 1. die Betriebsjozialisierung, 2. die Besitssozialisierung und 3. die Ginkommenssozialisierung, die durch Maßregeln der Besteuerung erreicht werden kann, wie einer der Herren Vorredner so interessant dargestellt hat. Ich möchte die lettere außer Betracht laffen. Es fommen als Formen der "Betriebsfozialifierung" in Betracht: einmal die "Betriebsräte" und weiter die sogenannten "Selbstverwaltungekörper", wie sie in einzelnen Zweigen unserer Industrie in der Bildung begriffen find, zum Beispiel in der Papierindustrie, die dabei für sich in Anspruch nimmt, daß sie nicht erst durch die Denkschrift von Wiffel dazu veranlaßt worden fei, sondern fich rühmt, daß fie mit ihren Gedanken Wissel beeinflußt habe. Es handelt fich hier um die Schaffung einer Stelle, welche, ohne eine Besitssozialisierung vorzunehmen, die Regelung der Produktion eines ganzen Industriezweiges nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten vornimmt. Als Formen der "Befits= fozialifierung" aber find in Frage gekommen und haben zur Diskuffion gestanden: Verstaatlichung, Kommunalisierung, Vergenossenschaftung, Besitzfozialifierung durch die Arbeiter des betreffenden Betriebes (Produktivgenoffenschaften) und wiederum "Selbstverwaltungsförper", in denen der Besit sozialisiert ift, das heißt alle bisherigen Betriebe, öffentliche ebenso wie private, von der neuen Organisation enteignet sind, wie dies von der Mehrheit der Sozialisierungskommission für den Bergbau vorgeschlagen war.

Ich frage nun, welche von diesen vorgeschlagenen Formen ift wirklicher Sozialismus? Ift überhaupt eine von ihnen wirklicher Sozialismus im Sinne von Mary oder im Sinne des Erfurter Programms?

Ich komme da zu dem Schluß, daß keine von diesen Formen es ist, auch die Produktivgenossenschaft nicht, obwohl bei ihr der Gegensat

Aussprache.

zwischen Kapital und Arbeit aufgehoben ift. Auch die Form der Selbsteverwaltungskörper mit Besitzsalisierung ist nicht Sozialismus. Denn dabei sollen ja die bisherigen Besitzer durch irgendwelche verzinsliche Essetzen entschädigt werden: es würde ihnen also eine Rente garantiert werden, die sie als Entschädigung für den bisherigen Besitz bekommen, und damit wäre meines Erachtens das Privatkapital Privateigentum an den Produktionsmitteln, auch in diesem Falle aufrechterhalten. Also auch die "Durchsozialisierung" oder "Bollsozialisierung" einzelner Industrieszweige ist kein echter Sozialismus.

Ich habe diese Ausführung nur gemacht, um dem wissenschaftlichen Grundcharakter unseres Bereins seinen Boll darzubringen. meinen Augen ift es gang gleichgültig, ob diefe Formen der Sozialifierung wirklicher Sozialismus find ober nicht, ich meine, daß diese Frage eine reine Doktorfrage ift, darauf kommt es nicht an! Wären sie Sozialismus, echter Sozialismus, und wären fie die einzige Möglichkeit für uns, emporzukommen aus der gegenwärtigen Not unseres Bolkes, dann mußten wir sie tropdem durchführen. Das ist ein Standpunkt, den ich nicht erst heute einnehme, sondern den ich schon auf der Wiener Generalversamm= lung des Bereins in meinem Referat über die Gemeindebetriebe, den "Munizipalsozialismus", vertreten habe. Es kommt für uns heute, für die Fragen der Realvolitik, nur darauf an, welche Wirtschaftsform und Unternehmungsform ist imstande, uns aus der Not emporzureißen, und ist dazu vor allem imftande, die Arbeitsluft wieder zu erwecken, dafür zu sorgen, daß wieder gearbeitet wird. Es fommt also, allerdings, wie fehr richtig angeführt wurde, in erster Linie darauf an, wie sich die verschiedenen Formen der Sozialifierung jur Produktivität verhalten, ob durch die verschiedenen Formen eine Steigerung der Produktivität ermöglicht wird oder eine Verschlechterung der Produktivität verhindert wird.

Aber ich kann mit Herrn Dr. Bogelstein nicht übereinstimmen, wenn er heute morgen gesagt hat, auf die psychologische Seite der Sache können wir keine Rücksicht nehmen, das sei ein Luxus, den wir uns auf Jahre hinaus nicht gestatten können. Das ist ein nicht unbedenkliches Bort. Ich glaube, diesen Stein statt des erwarteten Brotes darf die heutige Generalversammlung dem deutschen Arbeiter nicht geben! Und wenn wir die Frage der Produktivität überhaupt richtig aufsassen, dann kommen wir mit Notwendigkeit dazu, dann können wir gar nicht davon absehen, die psychologische Seite der Sache zu berücksichtigen. Denn der Arbeiter muß arbeiten wollen, und auch selbst, wenn er weniger arbeitet als früher, so daß vielleicht die Produktivität leidet gegen früher, ist das doch

für den Augenblick immer noch mehr und wichtiger, als wenn er übershaupt nicht arbeiten will. Und da ist nun die Frage — eine quaestio facti —: es muß untersucht werden, welche Form im einzelnen Falle, in der einzelnen Jndustrie, im Betrieb eingeführt werden muß, nämlich diesenige, welche uns heute am schnellsten eine erfolgreiche Arbeit der Arbeiter sichert. Und dann ist zu untersuchen: ist damit vereindar eine Steigerung der Produktion oder die Berhinderung eines Sinkens der Produktion oder wird letzteres die Folge sein? Und es gilt dann abzuwägen, welches Opfer das größere ist, und ob man mit einem kleinen Opfer an Produktivität den Willen zur Arbeit bei den deutschen Arbeitern wieder zu erzeugen imstande ist.

Ich möchte sagen: soweit die Sozialisterung in irgendeiner dieser Formen — und es ist jedenfalls die Betriebssozialisterung (entsprechend gestaltete Betriebsräte und freie Selbstverwaltungskörper ohne Besitzsozialisterung), welche in erster Linie in Frage kommt — soweit, sage ich, die Sozialisterung dazu notwendig ist, daß wir den deutschen Arbeiter und das deutsche Bolk überhaupt wieder arbeitslustig machen, und soweit sie dabei zu keiner zu großen Minderung der bisherigen Produktivität führt, soweit muß sie kommen — mögen wir als Theoretiker darüber denken wie wir wollen! (Lebhafter Beisall.)

Dr. Michael Hainisch (Wien): Meine Damen und Herren! Das Problem der Reagrariserung, welches Prosessor Wilbrandt aufsgerollt hat, halte ich auch für sehr wichtig. Zudem din ich der Meinung, daß es außerordentlich leicht zu lösen ist, gerade heute, wo die Landwirtschaft entschuldet und die Bewölkerung an Zwangsmaßregeln gewöhnt ist. Als Mitglied der österreichischen Sozialiserungskommission habe ich dem Staatssefretär Bauer auf seinen Wunsch ein Programm übermittelt. Der Staatssefretär Bauer war so freundlich zu sagen, er gebe zu, daß ich die Sache besser verstünde als er, aber er könne dem Programm nicht zustimmen.

Was die Arbeitsunlust betrifft, so ist diese bei unseren Bauern nicht zu sinden, auch nicht bei den Landarbeitern, schon gar nicht bei den Intellektuellen. Diese arbeiten sogar sehr viel. Ihnen hat nicht einmal die Kerkerstrase, der Kriegsgefangene in Sibirien ausgesetzt waren, die Lust zum Arbeiten genommen. Nur ein Teil der Industriearbeiterschaft arbeitet nicht. Das stammt zum Teile von einer misverständlichen Aufsasseiterschaft eine neue Schicht ist, die einen eigenen Lebensstil noch nicht geschaffen hat. Es wird Aufgabe der Zukunft sein, der Erziehung dieser

Maffen mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden, als bisher geschehen ift. Die Gewerkschaften haben zwar viel in der Richtung getan: aber das war nicht ausreichend, da die Gewerkschaftsführer jeden Einfluß verloren haben.

Die Massen verlangen die Sozialisierung; das ist richtig. Aber was verstehen sie unter Sozialisierung? Meine Landarbeiter sind alle für die Sozialisierung. Sie sind aus dem Grunde dasür, weil sie glauben, sie befämen dadurch einen Hof mit 20 Kühen und Zubehör. Auch unsere Bauern wünschen zum Teile die Sozialisierung, weil sie annehmen, sie bekämen zu den 30 bis 40 ha Grund, die sie besitzen, noch ein paar Hestar dazu. Die Drucker der österreichisch-ungarischen Bank sind um Lohnerhöhung eingekommen und haben gedroht, daß bei Nichtbewilligung ihrer Forderung die Bank sozialisiert würde. Die Bank ist aber gerade der Typus eines sozialisierten Instituts. Alle Merkmale der Sozialisierung sind bei ihr vorhanden. Es sehlt nur der Betriebsrat, weil die Bank sein deutsch-österreichisches, sondern ein österreichisch-ungarisches Unternehmen ist. Ossendar dachten sich die 1500 Drucker, wenn die Bank sozialisiert würde, so könnten sie sich in die 60 bis 70 Millionen, die täglich gedruckt werden, teilen.

Es scheint mir nun ein großer Fehler in der Diskussion über die Sozialisierung zu sein, daß man eines Mannes vergessen hat, der das Problem des Sozialismus als Erster richtig hingestellt hat: Fichtes Sozialismus ist an die Voraussehung des geschlossenen Absabes gebunden. Wer sozialisieren will, muß vom Absab der Waren ausgehen und kann erst an diesen die Produktion angliedern und nicht umgekehrt.

Ich weiß nicht, wieviele von Ihnen schon geschossen haben. Wer es getan hat, wird wissen, daß er, wenn er noch soviel Sorgsalt anwendet, daß Zentrum selten trifft; insolge von Visierungssehlern und insolge von kleinen Bewegungen des Körpers. Je weiter daß Ziel ist, desto größer ist die Gefahr der Abweichung. Ühnlich verhält es sich mit der Produktion. Sozialisiert man die Produktion von Fertigprodukten, so rächen sich Fehler in der Organisation lange nicht so sehr, als wenn die Fehler in der Organisation der Produktionsmittel begangen würden. Gine kostspielige Herstellung von Kohle, der Roheisen kann eine Konkurrenzfähigkeit der ganzen Industrie in Frage stellen.

Wenn man sozialisieren will, so muß man bei dem Konsum anfangen. Die Konsumvereine haben nur gezeigt, wie das zu machen ist. Sie haben zuerst den Konsum organisiert und erst später mit der Produktion der Produkte begonnen. Auch die Erfolge des österreichischen Tabakmonopols sind darauf zurückzuführen, daß die Regie den Absat beherrscht.

. Ich bin steptisch gegenüber der Behauptung, daß durch die Sozialissierung eine vermehrte Arbeitsluft bei den Arbeitern eintreten würde. Stellen Sie sich einen Betrieb wie den Krupps vor. Wenn dieser Betrieb spialissiert würde, würde sich jeder Arbeiter sagen: an den Früchten meiner Arbeit bin ich mit einem Vierzigs oder Fünfzigtausendstel beteiligt, an dem Ersolge meiner Faulheit aber mit 100%.

Ich glaube, daß sich die deutsche und die österreichische Volkswirtschaft mit verhältnismäßig ganz geringen Schwierigkeiten reagrarisieren ließe, daß man aber von unserer Industrie leider nur wenig sozialisieren kann und zwar deshalb, weil sie immer mehr auf den Außenhandel angewiesen sein wird.

Deutschland hat seine Kolonien verloren und einen Teil von Gebieten, die landwirtschaftlich von Bedeutung waren. Je mehr man aber auf den Handel mit dem Auslande angewiesen ist, desto geringer ist die Möglichkeit der Sozialisterung. Man könnte allenfalls die Erzeugung von Mehl und Brot und den Verschleiß einzelner Produkte, wie der Milch sozialisieren, aber nicht sehr viel mehr.

Ich glaube also, wir dürfen uns nicht durch das Schreien der Masse irre machen lassen, denn die Mißersolge einer versehlten Sozialisierung hätten gerade in erster Reihe die Massen zu tragen.

Professor Dr. Frang v. Mammen Brandstein: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Verlauf unserer Verhandlung wird Sie alle mit mir davon überzeugt haben, daß die Zeit heute nicht dazu ausgereicht haben murbe, wenn wir für bie einzelnen Erwerbszweige beren Sozialifierungsfähigkeiten und Sozialifierungsmöglichkeiten eingehend erörtert hätten; ich würde mich als Forstpolitifer aber einer Unterlaffungsfünde schuldig machen, wenn ich die vom Herrn Referenten wiederholt geftreifte Möglichkeit ber Sozialisierung ber Privatwaldungen ganz unwidersprochen ließe, und zwar weniger im subjektiven Interesse ber Waldbesitzer als im Namen der objektiv urteilenden Wissenschaft. Soviel ich weiß, hat Geheimrat Bücher erstmalig auf jene Möglichkeit der Sozialisierung des Waldes hingewiesen, in der Hauptsache mit der Begründung, daß das Vorhandensein von Staatswaldungen die Möglichkeit der Sozialifierung der Privatwaldungen schon genügend beweise; seitdem ift dieses Problem in der entstandenen überaus reichhaltigen Literatur, die ich daraufhin ziemlich genau durchgesehen habe, wiederholt behandelt worden; der Gedanke hat darin neben Zustimmungen aber auch viele Gegnerschaft erfahren, ja ganze Denkschriften sind bagegen erschienen,

und zwar sinden sich diese Gegner in den Reihen der praktischen wie theoretischen Nationalökonomen, vor allem in den Reihen der forstlichen Praxis und Wissenschaft, die sich naturgemäß mit diesem Problem am eingehendsten beschäftigt hat, ferner nicht nur naturgemäß in den Reihen der Waldbesitzer selbst, sondern auch unter den Staatsforstbeamten, die ja an einer Sozialisierung des Privatwaldes, die wir uns in diesem Falle nach übereinstimmender Meinung aller Autoren technisch schlechterdings nicht anders als Verstaatlichung vorstellen könnten, ein persönliches Interesse hätten.

Berehrte Anwesende! Fürchten Sie nicht, daß ich all die Gründe, die für und wider die Verstaatlichung der Privatwaldungen sprechen, aufführe; ich will nicht aus dem bisher eingehaltenen Rahmen der Debatte fallen, nur gang turg auf zwei Puntte hinweifen. Einmal hat Professor Eulenburg in feinem Gutachten darauf hingewiesen, daß das Borhandenfein von Staatsbetrieben noch kein Beweis für die Sozialisierungs= möglichkeit des betreffenden Erwerbszweiges ift, und dann möchte ich diejenigen Berren, die diefer Frage vielleicht nähertreten wollen, vor einem oft gemachten Fehler warnen. Es ift nämlich der deutschen Brivatforstwirtschaft wiederholt der Vorwurf gemacht worden, daß sie weniger produktiv, weniger rentabler sei als die Staatsforstwirtschaft, indem die Privatforstwirtschaft sich im Durchschnitt geringer verzinse als die staatliche. Wer sich allerdings auf diese eine Durchschnittszahl stützen würde, der mußte folgerichtig gerade in unserer Beit, in der es in erster Linie, wie heute so oft mit Recht hervorgehoben wurde, auf die Produktivität ankommt, ohne weiteres auf die Sozialisierung des Privatwaldes zufommen. Dieses Vorgehen mare aber ein typisches Beispiel bafür, wie Statistif nicht gemacht werden darf; in jenem Durchschnitt stecken nämlich die in Deutschland nicht nur an Bahl, sondern auch an Fläche bei weitem überwiegenden kleinen und kleinsten, insonderheit bäuerlichen Forstbetriebe, Die infolge ihrer meist schlechten Bewirtschaftung jenen Durchschnitt ungunftig beeinfluffen muffen. Wir muffen vielmehr, um zu einer einwandfreieren Beurteilung der Verhältniffe zu gelangen, nach dem Vorgang des Geheimen Regierungsrates Schwappach in Eberswalde die Privat= waldungen nach der Betriebsgröße einteilen in große (über 5000 ha umfassende), mittlere (500 bis 5000 ha umfassende) und kleine, unter 500 ha große Waldkomplere. Und wenn man nun diese Kategorien auf ihre Rentabilität untersucht, findet man, daß gerade die großen, die an . fich das dankbarfte und entschieden geeignetfte Objekt zur Sozialifierung darstellten, hinsichtlich ihrer Produktivität im Durchschnitt über ben

Staatsmaldungen ftehen, zum mindeften ihnen gleichkommen, wobei bei der Vergleichung der betreffenden Rahlen noch zu berücksichtigen ift. daß in ihnen, welche ben finanziellen Durchschnittsreinertrag pro Heftar angeben, bei den Privatwaldungen die heute schon recht beträchtlichen Steuern in Abzug gebracht find und fo den Ertrag brücken. mährend die Staatswaldungen ja bekanntlich folche Beträge nicht in Abzug zu bringen brauchen, ba fie keine Staatsfteuern gablen. Immerhin fteht die Berginfung auch der privaten Großforstwirtschaft, wie binlänglich bekannt, als Bodengewerbe beträchtlich unter dem sogenannten landesüblichen Wirtschaftszinssuß (und zwar war dies nicht nur vor dem Kriege, sondern ift auch heute der Fall), so daß der Staat fehr zum Nachteil feiner übrigen Steuerzahler mit der Verftaatlichung diefer Waldungen ein recht schlechtes Geschäft machen würde, da er sich das Geld für die Enteignung der Balber (und es ift ja meines Erachtens nur die Frage einer Entschädigung zum mindesten nach dem Ertrags= wert, gang abgesehen von dem oft vorhandenen gemeinen Wert, disfutabel) nur im Wege einer höher verzinslichen Unleihe verschaffen müßte. Meines Erachtens fame hier viel folgerichtiger ber auch heute öfters genannte Beg ber Besteuerung bes Ginkommens aus biesen Waldungen in Betracht, um dadurch der Allgemeinheit einen größeren Anteil am Ertrage Diefer Waldungen zu sichern. Die mittleren Waldungen sind außnahmsloß integrierende Beftandteile von landwirtschaftlichen Betrieben, beren finanzielles Rückgrat fie oft bilben; aber schon ihre zerstreute Lage macht fie für die Berftaatlichung ungeeignet, da fich die Berwaltungs= fosten dann relativ höher stellen wurden. Bas endlich die fleinen Waldungen anbelangt, so sagte ich schon, daß hier manches im argen liege, und daß fich all die immer und immer wieder vorgeschlagenen Magnahmen zur Hebung der Privatforstwirtschaft in erster Linie auf diese Wälder beziehen. Ist ja der Holzertrag pro Flächeneinheit etwa nur die Sälfte von dem der Staats- und größeren Privatwaldungen (zirka 2 cbm gegen zirka 4 cbm), und hieraus erklärt sich die geringe Berginfung, die jenen oben erwähnten Produktionsdurchschnitt aller Privatmaldungen so außerordentlich drückt. Und doch wird es keinem Menschen einfallen, dem Bauern seine paar Heftar Wald nehmen und etwa verstaatlichen zu wollen! Sier mußte ein anderer Beg der Sozialifierung eingeschlagen werden, nämlich ber ber Bildung von Waldgenoffenschaften. Berehrte Anwesende! Geftern wurden die öfterreichischen Bauern als ein gesunder Einschlag für unsere deutsche Volkswirtschaft begrüßt, und auch ich murbe mich über diesen Rumachs außerordentlich freuen.

wurde aber auch darauf hingewiesen, daß die österreichische landwirtschaftsliche Produktion mit Rücksicht auf ihren heutigen tiesen Stand noch versdoppelt, ja verviersacht werden könnte, nur wurde uns leider kein Weg genannt, jene konservativen, rückständigen Bauern, die z. B. noch keinen Saatgutwechsel kennen, zu jenen nötigen Verbesserungen ihrer Wirtschaft zu bringen, die allein die Voraussetzungen zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion in Österreich sind. Und wer gleich mir seit Jahrzehnten theoretisch und praktisch an der Hebung der deutschen Privatsforswirtschaft arbeitet, der wird sich gerade hinsichtlich der kleinen Waldungen nicht gerade allzu großen Hossinungen hingeben können.

Berehrte Anwesende! Ich wollte Ihnen durch diese kurzen Worte nur andeuten, wie verwickelt auch bei den Waldungen die Sozialisierungssfrage gelagert ist. Hierzu kommt aber noch, daß in diese Frage auch die oft erhobenen Forderungen der Ausstrockung von Wald zugunsten der Landwirtschaft, die Siedelungsfrage, die mir als Agrarpolitiker bestonders am Herzen liegt, also die Zerschlagung großen Grundbesitzes, endlich die Ablieserung von Lebensmitteln in den einzelnen landwirtschaftslichen Betriebsgrößen hineinspielen!

In einem Ihnen allerdings weniger zugänglichen Artikel (da er in einer forstlichen Zeitschrift erschienen) habe ich vor kurzem auf den Kampf zwischen Feld und Wald hingewiesen, der so alt ist wie die deutsche Kultur, und der nur mit großer Vorsicht durch künstliche Eingriffe geregelt werden sollte.

Hinsichtlich der Siedelungsfrage bin ich bezüglich des gestern geäußerten Wunsches, Hunderttausende von Bauernstellen zu schaffen und Millionen von Arbeitern anzusiedeln, recht steptisch. Hier werden neben den Gessichtspunkten der Produktivität aber auch in erster Linie soziale Gründe mitzusprechen haben, denn es leuchtet ohne weiteres ein, daß die mit Recht gesorderte Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschsland nicht in solchen kleinen Betrieben erreicht werden kann. Es ist ein Berdienst mit von Buttke, darauf hingewiesen zu haben, daß nur eine gesunde Mischung von Großs, Mittels und Kleinbetried in der Landswirtschaft den größtmöglichen Gesamtertrag garantiert, wie ich dies des näheren hier nicht auszusühren brauche. Eine allzu starke innere Kolonisation, die sozial so äußerst erwünscht ist, wäre also eventuell nur mit einer relativen Verkleinerung der landwirtschaftlichen Produktion zu erkausen, und es dürfte auch hier also ein Fall vorliegen, in dem die

¹ Forstliche Mitteilungen (Beilage zur Holzwelt) 1919, Nr. 5, 7 und 9.

sozialen Gesichtspunkte die wirtschaftlichen der Produktivität zum Teil überwiegen können.

Sie fehen also, so ganz einfach liegt die Frage der Sozialisierung auch bei den Waldungen nicht, und ich möchte daher nochmals die Anregung des Herrn Dr. Vogelstein, in dem ich heute nach 20 Jahren einen Münchener Studiengenoffen begrüßen konnte, unterftreichen, daß nämlich das offiziell gesammelte wertvolle Material zur Sozialisierungsfrage endlich auch der Allgemeinheit zugänglich gemacht werde. Aber, verehrte Anwesende, ich mochte noch einen Schritt weiter geben. glaube, es ware eine dankbare Aufgabe unferes Bereins, wenn er außerdem noch die Veröffentlichung besonderer Monographien über die Sozialifierung der einzelnen Ermerbszweige, wie wir fie wohl faum burch die Veröffentlichung jenes offiziellen Materials erhalten werden, in die Sand nehmen wurde. Sierzu wurde meines Erachtens auch eine eingehende und einwandfreie Behandlung der viel umftrittenen Frage nach der Erzeugung von Lebensmitteln in den verschiedenen landwirtschaftlichen Betriebsgrößen gehören. Außerst wertvolles Material über diese Frage ift schon vor dem Kriege in den "Arbeiten der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft" niedergelegt; furz vor dem Kriege und besonders mährend desselben ift weiteres Material auf dem Wege der Enquete gesammelt worden, das zum großen Teil noch der wissenschaftlichen Bearbeitung harrt, so vom deutschen und bayerischen Landwirt= schaftsrat, von den bayerischen Kreisregierungen, vom bayerischen statistischen Landesamt usw. Auch die Bearbeitung einer Bibliographie über die so überaus stark angeschwollene Sozialisierungsliteratur erscheint mir äußerst erwünscht 1. All diese monographischen Arbeiten könnte meines Erachtens unfer Verein wohl in die Hand nehmen, und was diejenige über die Sozialisierung des Waldes anbelangt, so bin ich gern bereit, mit meinen schwachen Kräften in objektiv wiffenschaftlicher Weise mitzuarbeiten.

Ökonomierat Dr. v. Altrock, Generalsekretär des Preußischen Landessökonomie Kollegiums (Berlin Lichterfelde): Meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, mich in theoretische Auseinandersehungen einzulassen, doch halte ich mich für verpslichtet, als Vertreter der Landwirtsschaft zu verschiedenen Ausführungen, die in bezug auf die praktischen

¹ Einen schwachen Versuch, diese Literatur nur für einen kurzen Zeitraum zusammenzustellen, habe ich in den Forstlichen Mitteilungen 1919 Nr. 12, 16 und 17 unternommen.

Aussprache.

Maßnahmen seitens des Herrn Professor Wilbrandt gemacht worden sind, mit einigen Worten einzugehen. Herr Professor Wilbrand ist für eine Reagrarisierung eingetreten. Dabei handelt es sich um ein Problem, das zweisellos von der größten Bedeutung ist und auch berusen ist, in unserem Wirtschaftsleben eine hervorragende Rolle zu spielen. Doch halte ich es für ausgeschlossen, daß sich die weitgehenden Hossmungen, die sich augensicheinlich Professor Wilbrandt von seinen Vorschlägen und von den Plänen Prosessor Ballods verspricht, realisieren lassen. Herr Professor Wilbrandt hat mit Recht darauf hingewiesen, daß es sich nicht nur darum handelt, Hunderttausende von Leuten auf dem Lande unterzubringen, sondern vielsmehr darum, mehreren Millionen, die nicht mehr in der Industrie ihr Brot sinden werden, eine Heimstätte zu gewähren, um sie von der Abewanderung abzuhalten.

Meine Damen und Herren! Als Bertreter der Landwirtschaft kann ich nur der erste sein, der diesen Gedanken, die Leute auf dem Lande unterzubringen, befürwortet, doch stehen diesem Problem erhebliche praktische Schwierigkeiten entgegen, die es mir zur Pflicht machen, vor übertriebenen Hoffnungen zu warnen.

Die Unterbringung der überschüffigen ftädtischen und industriellen Bevölkerung kann auf zwei Wegen geschehen, einmal mit Silfe ber inneren Kolonisation und dann auf dem Wege, den Herr Professor Wilbrandt Als Freund der inneren Kolonisation halte ich es für durchaus notwendig, daß auf eine zweckentsprechendere Berteilung des kleinen, mittleren und großen Grundbesiges in Deutschland hingewirft wird, und es wird kaum noch einen Agrarpolitiker geben, der diese Forderung nicht ohne weiteres mit zu der seinen machte. Es darf aber nicht außer acht gelaffen werben, daß diesem Ziele außerorbentliche Schwierigkeiten nach ben verschiedensten Richtungen entgegenstehen. Nicht bloß Sunderttausenbe, fondern Millionen von Menschen in der allernächsten Zeit auf dem Lande anzusiedeln, dazu bietet sich, felbst wenn die innere Rolonisation mit Hochdruck betrieben murde, nicht die Möglichkeit. Dazu find die technischen Schwierigkeiten zu erheblich, denn es besteht nicht nur Mangel an Baumaterial, insbesondere an Steinen, sondern nicht minder an Holz; benn mas mir an Holz an die Entente werden abliefern muffen, weiß noch fein Mensch, furz und aut, es muß mit einem erheblichen Mangel an Baumaterial gerechnet werden.

Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich aus der Unmöglichkeit, Hundertstausende von Wirtschaften mit dem notwendigen Inventar, besonders mit dem lebenden Inventar zu versorgen.

Dann ift aber noch auf ein anderes psychologisches Moment hin- zuweisen.

Meine Damen und Herren! Gewiß möchten Hunderttausende von Leuten auf dem Lande angesiedelt werden und eine eigene Wirtschaft haben. Gbenso sicher aber ist auch, daß viele von ihnen große Enttäuschungen erleben werden, sich falsche Vorstellungen von den Ansorderungen machen, die an sie herantreten, weil sie nicht imstande sind, derartige Vetriebe zu führen und weil hierbei — was meist viel zu wenig beachtet wird — die Frauenfrage sehr mitspricht. Wer weiß, welche Schwierigkeiten es den kleinen Landwirten auf dem Lande bereitet, Frauen zu bekommen, wird dieses Problem nicht leicht nehmen. Gin Landwirtsschaftsbetrieb, in dem die Frau des Besitzers aber nicht mitarbeitet, der ist von vornherein zur Unrentabilität verurteilt.

Weiter muß die innere Kolonisation aber auch eine natürliche Grenze in der Rücksichtnahme, auf die Notwendigkeit der Bersorgung der Großsstädte und Industriebezirke mit landwirtschaftlichen Produkten, insbesondere mit Brotgetreide, sinden. Wenn es technisch möglich wäre, in zwei dis drei Jahren einen erheblichen Teil des Großgrundbesiges aufzuteilen, so würden die Schwierigkeiten für die Versorgung der Städte und Industriesbezirke mit Lebensmitteln entstehen, und auf eine erhebliche Einfuhr von Brotgetreide kann mit Rücksicht auf die Valutaverhältnisse nicht gerechnet werden.

Ich will mich auf die Hervorhebung dieser Bedenken beschränken. Trothem muß natürlich die innere Kolonisation mit allen nur möglichen Mitteln gefördert werden, um so viel wie möglich Leute auf dem Lande unterzubringen, sei es als Siedler, sei es als Arbeiter. Daß man hiers bei aber nicht mit Millionen rechnen kann, unterliegt für jeden Praktiker keinem Zweifel.

Nun hat Herr Professor Wilbrandt weiter geglaubt, den Ballobschen Ideengang propagieren zu sollen, der dahin geht, die Landwirtschaft auf genoffenschaftlicher Grundlage zu betreiben. Ein Beweis, daß auf diesem Wege brauchbare Ergebnisse zu erzielen sind, ist bisher nicht erbracht worden.

Ganz abgesehen von anderen Schwierigkeiten ist es auch hier besonders ein psychologisches Moment, das alle theoretischen Erwägungen über den Haufen wirft.

Denn die Leute wollen felbst in einem genossenschaftlichen Großbetrieb nicht in Abhängigkeit tätig sein, sondern sie wollen eine eigene Wirtschaft haben, in der sie mit Frau und Kindern frei und unabhängig über sich

189

selbst perfügen können. Diese Erscheinung bildet zweisellos eines der größten Hindernisse für den produktivgenossenschaftlichen Betrieb der Land-wirtschaft. Das darf nicht vergessen werden und darüber kommt man eben nicht hinweg. (Sehr richtig.)

Das hat sich auch bei der vor dem Kriege von Herrn Professor Oppensheimer ins Leben gerufenen zionistischen Genossenschaft in Syrien gezeigt, wie mir der dortige Administrator mitteilte. Die Frauen der Genossen sind die ersten, die eine Austeilung in selbständige Betriebe wünschen. Alle Theorien sind demgegenüber wertlos und deshalb wird es auch nicht gelingen, derartige Produktivgenossenschaften ins Leben zu rusen und dauernd existenzsähig zu erhalten.

Es ift bedauerlich, daß Herr Professor Wilbrandt die Gelegenheit genommen hat, die Ballodschen Ideen hier zu propagieren. Ideen, die zwar einen geistvollen Anstrich haben, aber rein am grünen Tisch entstanden sind und die einer Kritik im praktischen Leben stehender Männer nicht standhalten können. (Zuruf: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Die Erfahrungen von mehreren tausend Jahren haben doch immer und immer wieder bewiesen, daß nichts schwieriger und gefährlicher ist, als willkürlich Eingriffe in die Grundund Bodenverhältnisse zu machen. Gefährlich im Interesse des Wolkswohls wäre es daher auch, wollte man das von Prosessor Wilbrandt bestürwortete System nur im großen durchführen wollen und Millionen von Menschen, die jetzt in der Industrie überslüssig werden, in kurzer Zeit auf dem Lande anzusiedeln versuchen. Das wäre ein Experiment, welches in verschiedener Beziehung höchst bedenkliche Ergebnisse zeitigen würde und für das schließlich kein Mensch die Verantwortung übernehmen kann. So erfreulich es ist, daß die innere Kolonisation mehr als disher in Flußkommt, sowenig kann man von ihr erwarten, daß sie derartige Wirskungen auslösen wird, wie sie Herr Prosessor Wilbrandt als selbstwerständlich annimmt.

Meine Hervorzuheben, um ganz übertriebenen Erwartungen, die sich nicht erfüllen können, entgegenzutreten, da sonst große Enttäuschungen nicht ausbleiben können. Innere Kolonisation und Maßnahmen auf dem Gesbiete der Grundbesitzverteilung sind selbst bei intensivster Förderung schwierige und langwierige Geschäfte, die in ihren Wirkungen höchst unsicher zu sein pslegen. (Beisal!)

Professor Dr. Walther Lot (München): Meine Damen und Berren! Wenn ich die Eindrücke, die ich bis jetzt gewonnen habe, que fammenfaffe, jo mar es, daß man heute junachft im Berein für Sozialpolitif mit gewohnter Gründlichfeit die Für und Wider erörtert und abgewogen hat, die hinsichtlich der Sozialisierungspläne eriftieren. Außerdem aber wurde dem Berein von denjenigen, deren Berg von diesen Sozialifierungsplänen erfaßt ift, nahegelegt : bente an beine Butunft, lieber Berein für Sozialpolitif, du verlierst das Vertrauen bei den Arbeitermaffen, wenn du nicht einen Weg findest, um aus diefen Schwierigkeiten herauszukommen. Demgegenüber gibt es nur zwei Standpunkte, die auch tatfächlich vertreten murden: der eine Weg ift der des fritischen mirt= schaftlichen Denkens, daß man unter Abwägung aller Umftande bie Sache betrachtet und fragt: ift uns bewiesen oder nicht bewiesen, daß bei Ersekung der kapitalistischen durch eine sozialistische Ordnung eine größere Broduktivität herauskommt? — Run find keine schlüssigen Beweise dafür geliefert, daß bei der Sozialisierung eine größere Produktivität erzielt werden kann. Der Verstand mußte dann die Sozialisierung ablehnen. Demaegenüber wurde aber noch ein anderer Standpunkt vertreten, der bes Gemütes: bei folchen Dingen habe man lediglich der Stimme des Bergens und nicht bem Berftande in erfter Linie zu folgen.

Blicken wir zurück, so ist es durchaus keine neue Erscheinung in der Geschichte des Vereins für Sozialpolitik, daß uns von einer Seite, die etwas will, zugerusen wurde: sindet ihr einen Ausweg! Das ist uns auch früher von Politikern, Arbeitern und Unternehmern oft nahegelegt worden. Wir haben uns — solange ich mich erinnern kann — nie davon abbringen lassen, kritisch alle Projekte zu prüsen und es offen auszusprechen, wenn uns ein Projekt nicht ausgereist erschien. Die Frage ist sehr ernst, ob wir denn dieses Mal eine Ausnahme machen wollen und angesichts der unleugdaren Strömung in den Massen, die nach vieler erlebter Entztäuschung eine Befriedigung durch eine radikale Sozialisierung verlangt, etwa darauf verzichten sollen, ganz kühl alle Argumente abzuwägen. Dürsen wir gewissenhafterweise zu einem anderen Schluß kommen, als zu sagen: die von der Sozialisierung erhossten Sorteile sind nicht ausreichend bewiesen?

Wenn ich da insbesondere den Standpunkt des ersten Heferenten richtig verstanden habe, so hat Herr Professor Lederer gesagt, es komme auf den Willen an und mit entschiedenem Willen könne schon etwas erreicht werden. Es müsse aber etwas geschehen, denn die Sache eile dringend.

Fedenfalls würde ich angesichts dessen es mit Dank begrüßt haben, wenn der ganzen Diskussion eine breitere Grundlage von den Anhängern der Sozialisierung dadurch gegeben worden wäre, daß man uns dargelegt hätte, in welcher rechtlichen Regelung sich eigentlich der erste Reserent diese gewollte schleunige Vollsozialisierung vorstellt: ob durch Enteignung mit Entschädigung oder ohne eine solche. Es gibt da verschiedene Wege. Der eine Weg ist, daß man bei der Überführung der Betriebe in den Gemeinschaftsbetrieb die bisherigen Unternehmer durch Entschädigung abssindet. Darf man etwa hierbei auf die Ersolge sich berusen, die bisher mit der Eisenbahnverstaatlichung und der Kommunalisierung monopolistischer Betriebe erreicht worden sind?

Ich muß bestreiten, daß irgendein Brazedenzfall hier gegeben sei. In der Tat ift die preußische Gisenbahnverstaatlichung finanziell und technisch ein glänzender Erfolg gewesen. Sehr zweifelhaft bleibt, ob man in der Arbeiterfrage dabei ebenso glänzend abgeschnitten hat. Aber wenn die preußische Verstaatlichung der Eisenbahnen in technischer und anderer Hinsicht bis 1914 ein Erfolg war, so ist dieser Erfolg begründet worden in einer Zeit, in der man zu einem billigen Zinsfuß Anleihen aufnehmen konnte und ein Unternehmen auf einen Überschuß von 6 bis 7 % bringen fonnte, dessen Belastung durch Schuldzinsen nur 3 % betrug. Dieje Voraussetzungen treffen im Augenblick, wo wir im Reich mit mehr als 6 % Bins rechnen muffen und überhaupt nur schwer die Mittel aufbringen fönnen, feineswegs zu; wenn bemgegenüber vielleicht empfohlen wird, burch Aftienabtretung beim Reichsnotopfer bas Reich an Betrieben zu beteiligen, jo hatte ich gewünscht, daß diefes im einzelnen uns anschaulich gemacht worden ware. Jedenfalls find die Methoden, wie mittels Entschädigung der bisherigen Unternehmer jozialisiert werden fann, nicht im einzelnen dargelegt worden.

Immerhin habe ich den Eindruck gehabt, daß sich der erste Herr Referent die bolschewistische Lösung, einer Enteignung ohne jede Entsichädigung, eine Methode, die ja recht glatt und einfach ist, nicht zu eigen gemacht hat. Über all dies aber wurde eine klare Auskunft überhaupt nicht gegeben. Es wurde darauf hingewiesen, daß nicht nur Überführung der Betriebe in Gemeinschaftseigentum, sondern auch das Betriebsrätesisstem und gewisse Steuerreformen zur Sozialisserung gehören. Dem ist wohl auch kaum viel Widerstand im Prinzip entgegengestellt worden. Wenn aber in der Hauptsrage, ob mit oder ohne Entschädigung die überführung der Betriebe in das Gemeinschaftseigentum ersolgen solle und unter welchen Bedingungen dies geschieht, keine Klärung erreicht

ift, so ist kaum der Vorwurf am Plate, daß wir zu vorsichtig und zurückschaltend gegenüber dem Sozialisierungsgedanken gewesen seien. Ich beshaupte, es gehört heute vor allem Charakter dazu, zu sagen: solange die Sozialisierungsfrage nicht mehr als disher geklärt ist, halten wir sest an dem alten Rezept der sozialen Resorm auf Grundlage der heutigen Ordnung.

Es wurde darauf hingewiesen, daß mit der Feststellung, die Vorteile der Sozialisierung seien nicht überzeugend bewiesen, der Verein oder die einzelnen Mitglieder das Vertrauen der Arbeiterschaft verlieren könnten. Ich weise das von mir. Ich denke zu hoch von unserer Arbeiterschaft, um anzunehmen, daß sie Beweisen unzugänglich sei. Sicher ist nur eines: wenn wir für Dinge uns festlegen, die sich als leichtsinnig entworsen und unausgereist erweisen, würden wir vollends das Vertrauen der Arbeiter nicht verdienen. Unbekümmert um Beifall und Angriffe haben wir die Pflicht, nur für solche Resormen einzutreten, die nach ernstester Prüfung möglich und erreichbar erscheinen.

Mehr als dies letztere hat der Verein nie in Aussicht gestellt. Haben die neuen Bestimmungen über Mitwirkung der Arbeiter bei der Verswaltung der Betriebe, die weitere Ausbildung der Ausschüffe zum Betriebs=ratsustem den Arbeitern alle Hoffnungen bereits erfüllt? Gewiß, bestiedigt seid ihr Arbeiter davon heute noch nicht. Aber ist der Verein für Sozialpolitik schuld, wenn Erwartungen auf weitergehende Umgestaltung der Wirtschaftsordnung statt der schrittweisen Verbesserung in die Arbeitersschaft hineingebracht wurden?

Ich erachte jeden Fortschritt in gerechter Besteuerung und verbessertem Arbeiterschutz für wünschenswert: aber ich kann mick nicht entschließen, zu sagen: aus Gemütsrücksichten, weil euer Herz daran hängt, will ich euer Schlagwort "Sozialisierung" unbesehen unterschreiben. Ich würde mich mit der Sozialisierung nur einverstanden erklären, wenn die geltend gemachten Bedenken bei gewissenhafter und sorgfältiger Prüfung beseitigt werden. Ich bin bereit, die Bedenken fallen zu lassen, wenn ausgereistere Projekte vorgelegt und als einwandsrei bewiesen werden. Heute sind wir noch nicht so weit. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Wir sind am Schluß unserer Rednerliste ans gekommen. Ich erteile nun das Schlußwort den beiden Herren Reserenten. Die beiden Herren haben sich geeinigt, daß zuerst Herr Prosessor Lederer und dann Herr Dr. Bogelstein das Wort nehmen wird.

Professor Leberer: Meine Damen und Herren! Es märe eine ungebührliche Jnanspruchnahme Ihrer Geduld, wenn ich versuchen wollte, auf alle in der Diskussion vorgebrachten Argumente und alle die verschiedenen Stellungnahmen der einzelnen Hernen Redner einzugehen. Nur das Eine oder Andere kann ich herausgreisen, und empfinde es peinlich, daß ich mich nicht mit jedem der vorgebrachten Gedanken auseinanderzusehen vermag. Ich muß aber trachten, mich auf einige Probleme zu konzentrieren, und begegne damit derselben Schwierigkeit, welche ich schon in meinem Reserat nicht zu überwinden vermochte: auf all die Fragen zu antworten, ja auch nur sie zu stellen, welche im Thema des heutigen Tages liegen.

Wenn ich an das anknüpfen darf, was der letzte Diskussionsredner, Herr Professor Log, bezüglich der ganzen Problemstellung sagte, so gestatte ich mir, eine kleine Korrektur meiner Ausführungen zu vermerken, welche — offendar durch meine Schuld — etwas mißverstanden wurden. Ich sass Moment des Willens als das schlechthin und allein aussichlaggebende auf; ich versuchte lediglich die Auffassung, in welcher dieses Moment des Willens weitaus überwiegt, in der also die These vertreten wird, daß die soziale Entwicklung eine politische, eine Machtsrage sei, zu kontrastieren mit der Auffassung, in der das Moment der Evolution im Vordergrunde steht. In dieser hat zwar das Moment des Willens auch eine wesentliche Bedeutung, aber der Wille selbst, ob er entstehen und zu ausschlaggebender Bedeutung gelangen kann, ist abhängig von dem realen Tatbestand, den der Wille vorsindet, an welchem er sich bestätigen muß.

Das Charakteristische in der Auffassungsweise von Marx liegt darin, daß in ihr der Weg, auf welchem der Wille zustande fommt, anders aufgefaßt wird als jum Beispiel in der idealiftischen Auffaffung, die eine freie Gigenbewegung der Idee annimmt. Die foziologische Betrachtungs= weise wird nie (wie es in der Theorie des Bolschewismus der Fall ift) die Realisierung einer Idee in jedem Zeitpunkt für möglich erachten, wenn nur die politische Maschinerie für diese Idee in Bewegung gesetzt werden fann, sondern sie wird die Wirksamkeit und Durchsetzbarkeit der Idee vom realen Tatbestand für abhängig erachten. Gerade diese Betrachtungsweise mird fragen, welche Ideen jeweils möglich sind, das heißt vereinbar mit den gegebenen Tatfachen und den daraus fließenden menschlichen Dispositionen. Diese Möglich feit schließt nicht in fich, daß fie wirklich zur Realität wird, wie ja überhaupt in der Ebene der foziologischen Betrachtung die Kategorie der historischen Notwendigkeit nur Schriften 159. - Berhandlungen. 13

sehr eingeschränkt vorkommt. Um so mehr ist es von diesem Boden aus möglich, zu beurteilen, welche Chancen in der jeweiligen Situation für die Realisierung der einen oder anderen Jdee gegeben waren. So kann man auch, ohne sich mit dem Gedanken der Sozialisierung ganz zu identifizieren, zu einem Urteil gelangen, ob und inwieweit Sozialisierung in den letzten Monaten in Teutschland möglich war?

Da muß man zunächst zugeben: Es kann gewiß der Beweis dafür nicht geliesert werden, daß bei Durchführung radikaler Sozialisierungsmaßnahmen es in Deutschland heute um den Fortschritt der Produktion besser stünde. Aber der Beweis ist doch durch die Tatsachen geliesert, daß ohne die Durchführung der Sozialisierungsmaßnahmen die Beunruhigung des Wirtschaftslebens andauert, und eine Gesundung leider noch nicht einsgetreten ist.

Sch möchte nun auf einige Ginwendungen zurücksommen.

Der wesentlichste, der von mehreren der Redner ausgesprochen murde, zielte barauf ab, daß ich zwar in der Kritif des bolichewistischen Systems manches Wefentliche gefagt, jedoch eine positive Darstellung der fozialis fierten Wirtschaft nicht gegeben hatte. Mit diesem Einwand muß ich mich auseinandersetzen. Man fann das Problem der Sozialifierung gebanklich durcharbeiten für die Magnahmen, welche als allgemeine in Frage fommen, und ich versuchte zu ffigzieren, welche Bedeutung folchen allgemeinen Magnahmen zufomme. Sandelt es fich dann weiter um die Durchfozialifierung einzelner Wirtschaftszweige, jum Beispiel bes beutschen Rohlenbergbaues oder der Gischwirtschaft, so ist es unmöglich, hierfür ohne weiteres ein Rezept aufzustellen, das morgen durchgeführt werden fann. Es war zum Beifpiel dies die Aufgabe ber Sozialifierungstommiffion und ich glaube, sie hat es auch für einzelne Wirtschaftszweige bis zu einem wesentlichen Bunfte gefordert. Aber es fann die Aufgabe eines Referates nicht fein, zu weiteren Rezepten diefer Urt zu gelangen, welche von den Herren, die die Freundlichkeit hatten, herzukommen, in die Tajche gefteckt und morgen durchgeführt werden fonnen. Das ift eine Aberschätzung der Kraft des spekulativen Denkens, weil man nicht in der Lage ift, aus einem Grundgedanken heraus einen konkreten Borfchlag für die Induftrie eines Candes auszuarbeiten. Ich habe das auch in Wien geschen, daß bei jeder Industrie oder jedem Wirtschaftszweig eines jeden Landes notwendig ift, die Tatsachen genau zu fennen, um eine Organifationsform vorzuschlagen, welche das Sozialifierungsprinzip zu realifieren vermag. Es ift hingegen unmöglich, einen generellen Weg anzugeben, ber für alle Situationen paßt. Man muß die privat= und vollswirt=

Aussprache.

195

schaftliche Struktur einer Industrie übersehen, auch den Personalbestand der Industrie übersehen, um zu wissen, welche Organisationsform man einführen kann und an welche Personen man sich zu halten hat; denu bei allen diesen Maßnahmen ist die Gesahr des Scheiterns eine außersordentlich große, besonders dann, wenn nicht die Persönlichkeiten mit der größten Sorgsalt ausgewählt werden können.

Much für die Lösung des Berwaltungsproblems, für die Berteilung der Gewichte in der Verwaltung zwischen den Vertretern der Allgemeinheit und der Intereffenten, ob man jum Beifpiel im Deutschen Reiche die Einzelstaaten in die Selbstverwaltungsförper einbeziehen foll ober nicht, ift spezielle Behandlung ber einzelnen Wirtschaftszweige erforderlich. Aber bann fann man auch zu einem brauchbaren Refultat gelangen. Es wurden auch, soweit mein Urteil reicht, brauchbare fonfrete Vorschläge ausgearbeitet, und daß fie nicht realifiert, ja nicht einmal ausreichend befannt murden, hat politische Grunde. Daher mußte auch Berr Dr. Braun den Vorwurf, welchen er gegen mich erhoben hat, an eine andere Stelle adreffieren, der er felbft naher fteht als ich. Diefe Stelle traat Schuld daran, daß die Arbeiten der Sozialisierungstommiffion nicht fortgesett werden konnten, daß ihre Borichläge erft sehr spät, die Grundlage diefer Borichlage, nämlich die ausführlichen Enqueten, bisher überhaupt nicht publiziert wurden. Infolgedeffen ist das, mas geleiftet wurde, nicht zu ber Beit an die Menschen gefommen, in welcher bas Interesse bafur noch lebendig und brennend, die Aussicht für eine Klärung ber Probleme am größten mar.

Herr Dr. Braun war so freundlich, sich mit meinem Referat so einzehend zu beschäftigen, daß ich auf einen Punkt persönlicher Art zurückstommen muß. Er erinnerte an unser Zusammentreffen in Weimar, er erinnerte daran, daß ich an entscheidender Stelle in Österreich gestanden habe und also für die dortige Gestaltung der Dinge verantwortlich sei. Da muß ich zunächst sagen, daß ich nicht so weit, wie Dr. Braun anzunehmen scheint, sür die dortigen Vorgänge verantwortlich bin, denn ich hatte ja sein politisches Gewicht in die Wagschale zu wersen. Ferner ist der Tatbestand in Deutsch-Österreich ein ganz anderer als im Deutschen Reiche. Ich brauche nur an die gestrigen eindringlichen Aussührungen von Herrn Dr. Solper über das österreichische Wirtschaftsproblem zu erinnern, aus denen das Torsoartige der heutigen ösonomischen Struktur Deutsch-Österreichs greisbar hervortrat. Schon deshalb ist die Sozia-lisierung in dem deutsch-österreichischen Wirtschaftsförper schwerer durchzusühren als in dem des Deutschen Reiches, welchem noch ein einheitzusühren als in dem des Deutschen Reiches, welchem noch ein einheitz

13*

liches großes Wirtschaftsgebiet geblieben ift. Ich habe versucht, in einem Artikel im "Kampf" das Problem der Sozialisierung in Deutschland und Deutsch-Österreich zu behandeln und die Konsequenzen daraus zu ziehen und ich muß mich darauf beschränken, hier auf diesen zu verweisen 1.

Sch fomme zu einem zweiten Punft, welcher in der Diskuffion eine große Rolle spielte, zu der Frage der Produktivität. Sier ift mein Standpunkt einfach. Es gibt nicht ein, sondern zwei "ideale" Wirtschaftsinfteme, wenn man ben Gesichtspunkt ber Produktivität allein ins Auge faßt, nämlich das Syftem der freien Konkurrenz und das einer durchorganisierten Wirtschaft. Wenn die freie Konkurrenz wirklich freie Konfurreng ift, wenn fie nicht bloß im luftleeren Raum fonftruiert wird, sondern wenn fich die individuellen Kräfte frei zur Geltung bringen könnten, wenn diese Abstrattion eine Realität ware, dann ift die freie Konfurrenz ein Weg, um zum Maximum der Broduftivität zu gelangen. Dasfelbe halte ich für möglich bei einer planmäßig organisierten Bolkswirtschaft. Weiter fann man fagen: die Unnäherung an ein vollendetes Suftem freier Konkurrenz ift nicht leichter realisierbar, als die Annäherung an ein vollendetes, das heißt gut funktionierendes Suftem organisierter Wirtschaftsfräfte. Aus dieser Position, die theoretisch unschwer begründet werden fann, ergibt fich, daß der Gesichtspunkt der Produktivität für die Frage der Sozialisierung diese Frage ganz allgemein gestellt, und nicht bloß für eine konkrete Epoche ausscheibet, weil von vornherein und theoretisch beibe Wirtschaftssysteme nebeneinander ein Scheal der "Broduftivität" erreichen fonnen, beziehungsweise (wie dasselbe ift), weil keines von beiden in Anspruch nehmen kann, in der Realität dieses Ideal wirklich zu erreichen. In beiden Syftemen bleibt das Problem: wie können all die Reibungen und Störungen beseitigt werden, welche sich ber Durchsetzung des Pringips in den Weg ftellen?

(Zuruf: Und die regulierte freie Wirtschaft?!)

Die regulierte freie Wirtschaft, wenn ich diesen Zwischenruf aufsnehmen darf, halte ich deshalb für eine schwierige Form, weil sie entweder bloße bureaukratische Wirtschaftsorganisation wäre, eine Fortsührung der Kriegswirtschaft, oder — wenn das nicht der Fall wäre — weil die Organisation der Wirtschaftszweige dann so aufgedaut werden müßte, daß bei de Prinzipien — hemmungsloses Auswirken persönlicher Kräfte und zentrale Organisation der Produktivkräfte — sich gegenseitig hemmen und stören würden.

Wenn man also meint, daß diese zwei Wirtschaftsformen, bloß auf

die Produktionsmasse hin angesehen, ein Optimum realisieren, wird man die Wahl zwischen diesen beiden Formen nur aus einem außerökonomischen Werturteil treffen können.

Noch einen Gesichtspuntt darf ich im Vorbeigehen erwähnen: Nicht nur das Wirtschaftssystem der hemmungslosen freien Konkurrenz kann im Kapitalismus das Höchstmaß der Produktivität erreichen, sondern bis zu einem gewissen Grade auch eine einheitliche Trustorganisation, obzwar bei dieser schon die Gesahrder Produktionseinschränkungen gegeben ist, und nur unter besonderen Bedingungen vermieden werden kann. Aber ich glaube, daß eine solche Trustorganisation überdies eine heute kaum mehr mögliche Form ist, weil diese eine Unterordnung der Arbeiterschaft verslangt, die in der heutigen sozialen Situation kaum mehr die Aussicht hätte auf die Dauer durchgesett zu werden.

Eine weitere Frage, welche in der Debatte eine große Rolle gespielt hat, ift die der Betriebsräte. Meine Ausführungen darüber haben meinen geschätten Kollegen Bogelftein zu einigen fehr scharfen Bemerkungen gegen mich veranlaßt. Er erinnerte mich baran, daß ich in der Sozialisierungs= kommission genau so gestanden hatte, wie er, daß ich auch die Stelle über die Bechenräte in unserem Kohlenbericht mitunterschrieben hätte und baß ich jett einem Gedanken das Wort rede, der diesem dort vertretenen ins Geficht schlägt. Ru meiner Chrenrettung darf ich vielleicht anführen: ich habe in Wien, als ber Entwurf feine endgültige Faffung bekam, bewirft, daß aus dem Gefet über die Betriebsrate das in der erften Fassung noch vorgesehene Prinzip der obligatorischen Gewinnbeteiligung ausgemerzt wurde, und ich habe dies getan, weil ja letten Endes diefes Prinzip eine Umwandlung fämtlicher industriellen Betriebe in Produktivgenoffenschaften bedeuten könnte. Bei obligatorischer Gewinnbeteiligung mare eine Entwicklung angebahnt, in welcher ber Betriebsrat jum Mitregenten des Betriebs, auch in feiner Geschäftsgebarung werden konnte. So waren meine Ausführungen also nicht gemeint, und wenn fie so verftanden wurden, dann habe ich mich fehr schlecht ausgedrückt. Allerdings glaube ich, gehe ich in der Beurteilung der Betriebsräte mefentlich meiter als Rollege Vogelstein und zwar insofern, als ich in der heutigen Form der Betriebsräte, die fich an die Ginzelbetriebe anschließt, nur ein Provisorium feben fann, das nicht haltbar ift. Wenn fie zu einer Bedeutung fommen follen, dann muß ein Bufammenschluß ber Betrieberäte jeder Industrie stattfinden, so daß die Fabrikdemokratie auf breiter Basis auch noch vor der Durchsozialisierung der Wirtschaftszweige zur Durchführung gelangt. Dag biefer Bufammenschluß auf breiterer Bafis heute

noch nicht realisiert ist, das liegt in Österreich an dem Widerstand der Gewerkschaften, welche von der Durchsetzung der Betriebsräte in dieser Form eine Beeinträchtigung ihrer Organisation und ihres Einflusses bestürchten. Aber auch in dieser Frage wird sich — nach der meines Ersachtens bevorstehenden Umwandlung der Gewerkschaften aus Berusszu Industrieverbänden — bald die Haltung der Gewerkschaften ändern. Und, gerade, wenn die Betriebsräte derart organissiert werden, wenn sich also der Blick der Arbeiter nicht allein auf die Berhältnisse des Einzelbetriebes, sondern der Gesamtindustrie richtet, ist eine Chance dafür gegeben, daß die Arbeiterschaft einen Blick für die volkswirtschaftlichen Zusammens hänge bekommt, mehr, als es disher der Fall ist und ihre ganze Position in der Bolkswirtschaft besser zu ergreisen in der Lage ist, als das disher der Fall war.

Gerade die Herren, welche sich nicht genug tun können in der Stepsis gegenüber der Arbeiterschaft, oder die es schmerzlich empsinden, daß der Arbeiter nur für seinen Borteil arbeitet und nicht seinen Blick auf das Ganze zu richten vermag, diese Herren sollten nicht übersehen, daß in den Betriebsräten eine Einrichtung gegeben ist, welche in hohem Maße erzieherisch wirken kann. Wir werden dazu kommen, daß Schulen für die Betriebsräte errichtet werden, in denen daß Interesse der Arbeiter auf die Probleme ihrer Industrie und der Volkswirtschaft gelenkt wird. Im Betriebsrat wird der Arbeiter von der oberstächlichen Art zu denken und abzuurteilen, geheilt werden, er wird konkret, nüchtern sehen lernen, frei von schwenzischen Doktrinen, die sich bei einem Wandel der sozialen Machtverhältnisse um so sicherer einstellen müßten, je mehr die soziale Macht der Arbeiterklasse wuchs, ohne daß sie in die wirtschaftliche Maschinerie Einblick gewinnen konnte.

Es ift nun das Problem der Sozialisierung nicht nur behandelt worden von dem Gesichtspunkte aus, wie das in den Referaten geschah, sondern es ist noch hingewiesen worden darauf, daß die Sozialisierung auch andere Wege gehen könnte, zum Beispiel den Weg der Besteuerung. Es waren die Herren Dr. Conrad und Prosessor Stephinger, welche diesen Weg andeuteten. Ich din der Meinung, daß die Ausdehnung des Sozialisierungsbegriffs auf Maßnahmen der Besteuerung eine Gesahr in sich schließt, weil ja noch nicht von Sozialisierung gesprochen werden kann, wenn den Menschen etwas weggenommen wird. Ich glaube, von maßgebender Stelle ist vor kurzem das Wort gebraucht worden: die Entwertung des Geldes sei die größte Sozialisierung, welche die Geschichte kennt. Das ist eine Sozialisierung eigentümlicher Art. Dann könnte

ich auch sagen, es sei die größte Sozialisierung, wenn ich jedes zweite Haus in einer Stadt niederbrenne. Denn die Geldentwertung ist ja doch nur der Ausdruck dafür, daß ein großer Wert in der Bolkswirtschaft vernichtet wurde. Und ebensowenig wie die Entwertung des Geldes, ebensowenig würde ich den Ausdau der Besteuerung an sich, ohne die Verknüpfung mit weiteren Maßnahmen, als Sozialisierung anzusprechen in der Lage sein. Sine Bermögensabgabe, die lediglich die Kriegsschulden abbürden würde, wäre eine innerkapitalistische Angelegenheit, eine Neupverteilung des vorhandenen Vermögens.

In der Debatte tauchte nur unter anderem — beinahe möchte ich fagen: natürlich - die Frage der Reagrarifierung beziehungsweise bas Problem auf, wie man die überschüffige Bevölkerung in Deutschland unterbringt. Es ift intereffant, daß diejes Problem der Autartie im Sozialismus immer wieder disfutiert wird, der doch seinen Blick auf die Weltwirtschaft richtet und der seiner Idce nach nicht eine Organisation der Kräfte einer Bollswirtschaft, sondern eine Organisation der Kräfte der gangen Weltwirtschaft ift. Es ist eigentümlich, daß diese gee bei den verschiedensten Fragestellungen auftaucht, zum Beispiel beim Bolschewismus: aber auch bei allen Bertretern eines gepanzerten Deutschland, das innerhalb feiner Grenzen alle Lebensnotwendigkeiten fich erzeugen muffe; und daß jegt diese Jdee wieder als Sozialisierungsidee auftaucht. Es find Gedanken, welche aus einem Notzustande heraus erwachsen find, mahrend die Frage der Sozialifierung mit der der Autarfie einer Boltswirtschaft nichts zu tun hat. Es ift ein Symptom bafur, bag bie Sozialisierung noch nicht radikal möglich ist, daß sie erst möglich wird auf internationaler Stufenleiter — wobei dann die Frage der Autarfie nicht mehr murbe auftauchen fonnen.

Auf die anderen vorgebrachten Argumente ist es mir nicht möglich einzugehen.

Nur auf eine Gruppe von Aussührungen möchte ich noch kurz replizieren: auf die ungeheuere Stepsis, von der überwiegende Kreise Deutschlands erfaßt sind, eine Stepsis, die mir und allen meinen Freunden aus Österreich ganz unverständlich ist. Denn wir beurteilen unseren Zustand in Österreich so steptisch, daß wir der Meinung sind, Deutschland sei eigentlich mitten im Ausschwung. Wir glauben, es wird schon gearbeitet, man sei in Deutschland eben im Begriffe, die erste Sprosse der Leiter zu erklimmen. Es ist das die restlose Überzeugung nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch der Unternehmerschaft, der Landwirte, kurz aller Kreise, daß Deutschland in einer Auswärtsbewegung begriffen ist und darum ist mir diese Skepsis, diese Verzweislung, welche aus allen Reden herausgeklungen hat, etwas Sonderbares. Aus dieser Skepsis aber können wir verschiedene Folgerungen ziehen, auch solche, die hier noch nicht gezogen wurden: Der Zustand, welcher heute hier beklagt wurde, ist nicht das Resultat einer radikalen Sozialisierung, sondern das Resultat einer kapitalistischen Wirtschaft. Wir leben ja doch in einer kapitalistischen Wirtschaft, mehr noch als während des Krieges, da ja zahlreiche Hemmungen der Kriegswirtschaft inzwischen weggefallen sind. Soviel ist sicher: die Sozialisierung kann die Entsaltung der Volks-wirtschaft nicht gehindert haben: denn wir haben keinen sozialisierten Kohlendergbau, sondern einen kapitalistischen und dieser ist es, in welchem bisher oder auch noch heute nicht oder weniger gearbeitet wird, aus Gründen, auf die ich hier nicht mehr eingehen möchte.

Für mich folgt gerade aus dieser Stepsis, daß vielleicht eine Chance versäumt wurde, um das ganze Bolk durch ein großes Wort, durch ein großes Programm der Sozialisierung und durch dessen Realisierung auf den Weg zu führen, auf welchem produktive Kräfte leichter zur Entsfaltung gekommen wären, als es bisher möglich war.

Nun wurde in der Diskuffion hie und da gefagt, und es ift viel Richtiges daran: man hätte im November sozialisieren können. damals waren die psychologischen Vorbedingungen auch bei den Unternehmern vorhanden. Seute aber, wird gejagt, fei es nicht mehr möglich, heute stehen wir vor anderen Problemen. Dieser Meinung bin ich nicht: benn je schwieriger die wirtschaftliche Situation ift, um so notwendiger ift es, tief einschneidende Magnahmen zu treffen. Das wird fein Mensch bezweifeln. Wenn aber tief einschneidende Magnahmen heute mehr noch als im November notwendig find, so werden sie nur möglich sein in Berücksichtigung der gegebenen Berhältniffe, das heißt also namentlich auch unter Berücksichtigung ber Tatfache, daß sich die Stellung ber Arbeiter schon mährend des Krieges und noch mehr nach dem Busammenbruch grundlegend geändert hat. Mit diefer Tatsache als der für die Broduktion, ihren Neuaufbau, insbesondere ihre organisatorische Neuformung schlechthin entscheidenden, muß jeder, wo und wie er fteben mag, rechnen. Selbst wenn wir - und auch das ift von sehr vielen Gesichtspunkten aus vertretbar — eine wirtschaftliche Diktatur fordern follten (biefe mußte nicht bolichewiftisch fein, sondern könnte aus dem Willen des ganzen Bolfes entstehen, um dieses Chaos zu bewältigen), fo könnte auch diese keinen Weg gehen, der nicht durch das soziale Problem hindurch führte. Gs ift uns als das Entscheidende gestellt durch ben Krieg, und die psychologische Umwälzung, die er mit sich brachte. Das Problem der Sozialisierung ist nicht mehr Sache einer Partei, sondern die Aufgabe, deren Lösung unserer Zeit geschichtlich gestellt ist. (Beisall.)

Dr. Bogelstein: Meine Tamen und Herren! Ich freue mich, duß ich den revolutionären Borschlag gemacht habe, daß der erste Referent das erste Schlußwort hat. Es wäre doch schade gewesen, wenn ich nicht die Möglichkeit gehabt hätte, auf die Erwiderungen mir gegenüber ein paar Worte zu antworten. Gleichzeitig wird es dabei möglich sein, das zu streisen, was mir von den verschiedenen Diskussionsrednern entgegengehalten worden ist, und dabei die wesentlichen Punkte der Diskussion von meinem Standpunkt zu beleuchten.

Ich glaube, die Hauptfrage mar die: Sollen wir das Problem der Sozialifierung vom Weltanschauungsftandpunkt aus ober vom Standpunkt ber Produktivität aus betrachten? In diefer Beziehung find mir Berr Dr. Braun und die anderen Berren nicht gerecht geworden. Einen Bergleich möchte ich vorbringen. Wenn wir fagen — nehmen wir an, wir fagen es - wir feien Demofraten, fo kann ein allgemeines bemofratisches Prinzip ausgedrückt sein, das von der Anerkennung der gleichen Rechte der Menschen ausgeht. Haben wir damit die Stellungnahme zu dem Problem der amerikanischen Verfassung oder des Referendums oder einer anderen folchen Zweckmäßigkeitsfrage formuliert? In fozialer Binficht: Worüber wir alle einig waren, ift, daß im Bordergrund unserer jogialen Weltauffaffung zwei Dinge ftanden, die Anerkennung des Wertes bes Individuums, feines Rechtes gegenüber dem Arbeitgeber und die Notwendigkeit, soweit es benkbar ift, seine materielle und kulturelle Lage zu Das sind Dinge, die wir als Weltanschauungsfragen betrachten und bei benen wir einen prinzipiellen Unterschied ber Meinungen nicht sehen. Ob dieses auf einem bestimmten Wege erreichbar ift, das ift eine Frage, die einer exakten Untersuchung, soweit sie exakt möglich ist, unterliegt, und die meinetwegen bei Fragen psychologischer Natur nicht gang von dem Stimmungsmäßigen, die Dinge zu erfaffen, unabhängig gemacht werden fann.

Da stehe ich im Gegensatz zu den Herren, die in dem Sozialismus entweder die günftigste oder wenigstens eine ebenso günftige Form der Produktion sehen wie in einer in weitgehendem Maße privatwirtschaftlichstapitalistisch-organisierten Wirtschaft.

Berr Lederer hat gefagt: es seien zwei Syfteme, die gleich ideal find.

Entschuldigen Sie, Herr Lederer, darüber wollten wir ja sprechen, welches dieser Sufteme das ift, bei dem das hochfte Mag von Produktivität zu erreichen ift. Es mag bas eine ober andere fein, vielleicht auch feines von beiden, fondern irgendeine Kombination beider. Wahrscheinlich ist es in jedem hiftorischen Moment ein fehr verschiedenes, das für die Erreichung der höchsten Produktivität das geeignete ist. Nun kann man sagen, wir sind nicht reine Wirtschaftstheoretifer, sondern Sozialwissenschaftler und Sozialpolitifer im weiteren Sinne. Man fann an sich erflären, wir wollen ben Produktivitätsgedanken gegenüber anderen, kulturellen Momenten, guruckstellen. Sch habe das angedeutet, daß ich mir vorstellen könnte, das in einem Lande wie Amerika, in dem der Arbeiter beffer lebt als bei uns ber Mittelftand, ein folcher Ginstellungspunkt in Frage fame. Bei der ungunftigen Bosition ber beutschen Bolfswirtschaft aber ift ber 2mang jur Produktivität ein fo elementarer, daß die Unluftempfindungen, das Maß von pain — um einen Ausdruck der englischeamerifanischen Terminologie zu gebrauchen — darüber daß die Organisation der Arbeit den Wünschen des Betreffenden nicht gang entspricht, hinter diesem Produktivitätsgedanken gurückstehen muß und wegen der absoluten Dringlichfeit des Bedürfniffes guructstehen mird.

Deshalb glaube ich auch, daß alle diese Fragen, selbst das Taylorssystem, unter diesem Gesichtspunkt in die Debatte hineingeführt werden müssen, wobei es eine andere Frage ist, mit der sich der Verein zu beschäftigen haben wird: wie man eine gewisse technische und organisatorische Entwicklung, die aus Gründen der Zweckmäßigkeit nicht zu umgehen ist, so gestaltet, daß — sagen wir einmal altmodisch — sozialpolitische Ansforderungen dadurch nicht verletzt werden.

Ein anderes: Was ist mit diesen sozialpolitischen Forderungen der Fall, wenn man von der Frage des Einkommens, die nur ein wenig gestreist worden ist, absieht, Das Wesentliche aller dieser Forderungen ist durch die Revolution erreicht, und ich glaube, daß es, wenn nicht ein Zusammenbruch unserer Wirtschaft mit vollkommen reaktionärer Umkehr erfolgt, dauernd anhält. Man kann nicht sagen, daß dieser heutige Kapitalismus irgendwie mit dem Kapitalismus des Jahres 1913 auf eine Stuse zu stellen ist. Man hat behauptet, daß ich, der alte Schüler von Brentano, der stets auf dem linkesten Flüzel der Sozialpolitiker gesstanden hat, der 1912 aus Unzusriedenheit mit der Haltung des Vereins sür Sozialpolitik eine schärfere Organisation schaffen wollte, heute den Herrsim-Hause: Standpunkt vertreten hätte. Das ist ein großes Mißsverständnis. Es ist völlig ausgeschlossen, daß wir ohne einen völligen

Rusammenbruch jemals wieder auf etwas ähnliches zurückkommen, und beshalb ist die psychologische Frage anderer Natur, als sie formuliert worden Diefes Maß von Unbehagen, gefnechtet, ausgebeutet zu fein, bas wird und das braucht nicht wieder in der zufunftigen fapitaliftischen Wirtschaft zu bestehen. Damit es nicht besteht, damit biefes Gefühl ben Arbeitern deutlich wird, deshalb habe ich von der Sozialifierung berjenigen Teile des Gewinnes gesprochen, die als reines Renteneinkommen charakterisiert werden. Ich glaube, wenn das der Fall ist, daß der Rest von Unluft, der übrig bleibt, nicht fo groß ift, daß er wefentlich ins Gewicht fällt, und ich glaube andererseits, daß das Mag von Luftgefühl. bas die Sozialisierung bietet, fo minimal ift, bag es feine praftische Bedeutung hat, nicht bloß in Sinficht auf die Produktivität, sondern auch nur, um der Seele eine Befriedigung zu bieten. Daß das der Rall ift. find mir die Berren zu beweisen schuldig geblieben. Das Beifpiel ber fozialifierten Betriebe follte barin genügendes befagen. Berr Leberer hat gesagt, dem Sozialismus sei die Lage der deutschen Volkswirtschaft nicht in die Schuhe zu schieben. Aber ebensowenig doch der kapitalistischen Organisationsform. Das, mas da ift, ift aus Gründen entstanden, die — wenn man den Krieg nicht in die kapitalistische Organisation einordnen will — mit dem Kapitalismus als internem Wirtschaftssyftem nichts zu tun hat.

Herr Lederer hat fich felbst widerlegt. Er hat davon gesprochen, daß wir eine Befferung ber Situation in Deutschland bereits haben, daß also ohne die gewünschte Sozialifierung die Wirtschaft bei uns im Aufschwung begriffen ift. Ich bin ber Überzeugung, daß das tatsächlich der Fall ift. Sch bin überzeugt, daß in der Arbeiterklaffe ganz langfam wieder, vielleicht mit einer gewissen Enttäuschung, eine Beruhigung eintritt und das Wirtschaftsleben sich richtig einstellt. Wenn wir das aber als richtig annehmen, bann follten wir auch anerkennen, daß in der prinzipiellen Aufrechterhaltung der alten Wirtschaftsordnung die Möglichkeit einer Gefundung gegeben ift. Ich möchte diefe Frage als ausschlaggebend binftellen — alle Einzelheiten will ich nicht erörtern — und ich glaube, wenn wir diese Verständigung suchen auf diesem Boden der Produktivitätslehre, der in der Sozialisierungstommission die anerkannte Basis mar, die aber heute prinzipiell verlaffen worden ift, dann wird das die einzige Möglichkeit sein, zu praktischer Politik zu kommen. Und das war ja eigentlich die Aufgabe unseres Bereins, seitdem er besteht, eine praktische Politik vorzubereiten, die Auffassung der Arbeiterklasse und die Auffassung sozialpolitisch gerichteter Individuen anderer Klassen auf dem Boden ber Wissenschaft zusammenzuführen. Diese Möglichkeit ist heute in wesentlich anderem Maße gegeben, weil der Unternehmerstand geändert worden ist. Und es wird ein Zusammenarbeiten möglich sein, wenn von der Arbeitersschaft die Auffassung nicht mehr vertreten wird, daß eine goldene Zeit, materiell und ideell, zu erreichen sei, sondern anerkannt wird, daß eine lange Arbeit geleistet und unerhörte Opfer von allen Seiten gebracht werden müssen, um überhaupt wieder menschenwürdig zu existieren (Lebshafter Beisall).

Vorsitzender: Ich möchte vorerst noch darauf ausmerksam machen, daß heute um ½9 Uhr der Unterausschuß für staatswissenschaftliche Studienresorm im Garten des Hotels Maximilian zusammenkommt. — Meine Damen und Herren! Wir sind am Schluß unserer Tagung und Arbeit, und wenn diese Tagung nicht so zahlreich besucht gewesen ist, wie die meisten Tagungen des Vereins, so ist es doch nicht unbescheiden, zu behaupten, daß das, was an Quantität sehlte, durch die Qualität autgemacht worden ist.

Es ift die angenehme Pflicht des Vorsitzenden, den Dank des Vereins auszusprechen allen benen, die fich um die Tagung verdient gemacht haben. Vor allem möchte ich meinen Dank richten an die Herren Referenten, die ja, wie die langen Debatten zeigten, hochst anregend gewirft haben. Meinen Dank möchte ich aber auch richten an alle anderen, die mit Teilnahme unseren Verhandlungen gefolgt find. Ich habe schon Gelegenheit gehabt, dem herrn Sandelsminifter, der jest nicht mehr unter uns weilt, unferen Dank perfonlich auszusprechen. Wir haben zu danken den Säuptern diefer Stadt und der Sandelstammer, die uns gaftfrei aufgenommen haben, ... haben noch besonders zu danken den Herren des Ortsausschuffes, die fich fo erfolgreich bemüht haben, tron aller Schwierigkeiten der Gegenwart unseren Aufenthalt zu einem angenehmen zu machen. (Beifall.) Wir haben es uns in diefer schönen Stadt mit ihren fostlichen Bauten heimisch zu machen gewußt und ein Blick auf diese schöne mittelalterliche Stadt hat Bedeutung für unsere Gegenwart. Wir miffen, dieser Mitrotosmos des mittelalterlichen Wirtschaftslebens ift auch der Schauplat gemefen von heftigen fozialen Rampfen, und die Geschichte Regensburgs zeigt blutbeflectte Seiten im Gefolge folcher Rampfe. Uber wir miffen, baß aus biefen Rampfen ein Buftand entstanden ift des gegenseitigen Sich-Bertragens, der dann endlich wieder allgemein als ein gerechter und befriedigender empfunden worden ift. Und daraus ift die große Blüte ber Reichsftädte gegen Ende des Mittelalters entstanden, und, mir durfen

die Hoffnung in keiner Weise aufgeben, daß aus all den schweren Kämpsen unserer Zeit wir wieder zurückkommen zu einem sozialen Zustand, der als gerechter und befriedigender empfunden wird. Das ist der hoffnungsfrohe Glaube, von dem der Verein in dem halben Jahrhundert seiner Existenz gelebt hat, ohne den der Verein nicht gediehen wäre dis zum heutigen Tage.

Und damit find wir am Schlusse unserer Tagung.

(Beifall.)

Professor Herkner: Meine Damen und Herren! Bor dem Kriege pslegten wir unsere Verhandlungen mit einem Festmahl abzuschließen, in welchem dann die Gefühle und Gedanken in bezug auf den Verlauf der Tagung zum Ausdruck gebracht wurden. Wir halten es nicht für zeitzgemäß, diesmal an ein Festmahl zu denken. Aber ich möchte es mir nicht nehmen lassen, im Namen des Ausschusses mich dem Dank anzuschließen, welchen der Herr Borsißende ausgesprochen hat, und den Dank zu erzgänzen insosern, als ich ihn im wärmsten Tone für die ausgezeichnete Leitung der Verhandlungen durch unseren Präsidenten und das Bureau zum Ausdruck bringe. Ich möchte weiter danken den Herren für ihre anstrengende, mühevolle Arbeit, die im Austrage der Presse hier tätig gewesen sind, und dem Herrn, der mit der stenographischen Aufnahme der Verhandlungen betraut war. Im übrigen ist es auch mir ein Herzensebedürfnis, dem Ortsausschuß zu danken, der die Verhandlungen so auszgezeichnet vorbereitet hat.

Im Berlaufe der Tagung ift mir vor allem eines klar geworden: nämlich der Grund, aus dem der alte Reichstag des alten Römischen Reiches deutscher Nation schließlich nie mehr von Regensburg weggegangen ist. Wenn es bei der Wahl eines Kongreßortes nur darauf ankommen würde, auf die Schönheit der Stadt, die Liebenswürdigkeit der Bewohner, die künstlerische Vollendung und behagliche Stimmung des Vershandlungssaales zu sehen, dann würde auch der Verein das Beispiel des alten Reichstages nachahmen und seine Tagung immer in Regensburg abhalten. (Lebhafter Beisall.)

(Schluß der Verhandlungen 6 Uhr 50 Minuten.)

Schriftliche Verichte.

Dritter Bericht.

Urten und Stufen der Sozialisierung.

Bon

Franz Eulenburg.

Wort und Begriff der Sozialisierung sind erft neueren Datums: man versteht darunter alle Magnahmen, die das Wirtschaftsleben dem Biele einer "fozialistischen Ordnung" näherführen können. Diese felbst wird nach bem deutschen Sprachgebrauch gefaßt als Bergefellschaftung ber Produktionsmittel; das schließt die Leitung der Erzeugung und Berteilung für und durch die Bolksgesamtheit ein 1). Jenes ift also ein politischer Begriff. Dabei fonnen die Mittel, deren sich die Sozialifierung bedient, fehr verschiedene fein. Gie fallen feineswegs mit "Berftaatlichung" gufammen, wenn diese auch oftmals in Betracht kommen wird. Soweit ich sehe, verknüpfen sich mit dem Begriff drei Motivreihen, die auseinanderzuhalten sind. Einmal der Gedanke einer Steigerung des fachlichen Gütervorrates und der produktiven Kräfte, die durch die heutige Ordnung zurückgehalten und gehemmt würden; sodann der Gedanke einer gleich= mäßigeren Berteilung der Guter unter alle Bolfsgenoffen; endlich ber einer wesentlichen Mitbestimmung der Arbeiter am Betriebe und Produktionsprozeß, den heute die Unternehmer bzw. die Kapitalisten allein zu beftimmen haben. Es handelt fich alfo um ein Reichtumsproblem, um ein Berteilungsproblem und ein Machtproblem — drei Fragen, die nicht ohne weiteres zusammenfallen, wenn sie auch innerlich zusammenhängen. Im politisch-wirtschaftlichen Kampfe spielen die beiden letteren Probleme die allein ausschlaggebende Rolle. Nach der und durch die Revolution in noch ftarferem Mage als vordem. Man fann fagen: der Kampf um den Mehrwert spiele sich ab als Kampf um die Macht, und umgekehrt.

^{&#}x27;) Dazu Auguft Miller, Sozialisierung ober Sozialismus, Berlin 1919, S. 51 f. Es ist sestzuhalten, daß der Begriff des Sozialismus in anderen Ländern viel weiter geht, und daß vor allem in England schon alle Sozialisierungs-maßnahmen auch bei Fortbestehen des Privateigentums als Sozialismus gelten würden. Charakteristisch dasür das Finanzprogramm der Fadian society, das Dinge fordert, die wir in Deutschland längst haben.

Es ist aber deutlich, daß beide jenes erstere zur Boraussetzung haben. Das Reichtumsproblem erweist sich als das bei weitem wichtigste. Für jede Wirtschaft ist das Vorhandensein von Gütern nun einmal die Grundlage aller Weiterungen. Möglich ist es, daß durch die Verteilung der Ersträgnisse und durch die Macht der Klassen auch die Produktion ihrersseits wieder beeinslußt wird. Aber von selbst versteht es sich nicht. Wir werden darum dieses Problem des Reichtums vor allem im Auge behalten.

Dem entsprechen die verschiedenen Stufen der Sozialifierung, die man bei Befolgung des Weges logisch wie historisch unterscheiden kann. Man ordnet die Magnahmen zweckmäßig unter dem Gesichtspunkte eines allmählichen Hinftrebens auf das Ziel der Vergesellschaftung unseres Dieses Ziel selbst fann die Tendeng einer ganzen Lebensprozesses. autonomen organischen Entwicklung sein: das also, was man oft auch das "Hineinwachsen in den Sozialismus" genannt hat, ohne daß die Politik es bewußterweise zu fördern unternimmt. Dabei laffen wir es bahingestellt, ob in Wahrheit dieses Ziel objektiv für uns schon erfennbar ift, oder ob es nur eine Deutung des Wirtschaftsgeschehens darstellt. Andererseits kann man aber gewisse Magnahmen so einrichten, daß fie geeignet erscheinen, jenes Biel zu erreichen. Wiederum muß es von vornherein unentschieden bleiben, ob dieses Ziel auch wirklich badurch erreicht wird. Das kann allemal erst durch die Tatsachen bewiesen, nicht aber von vornherein als sicher angenommen werden. Man spricht nicht umfonft von einer Beteronomie der Zwecke.

Wenn man die verschiedenen Möglichkeiten auf ihre Wesenheit betrachtet, so scheinen mir vier solcher Stufen von Magnahmen auseinanderzufolgen. Wir charakterisieren sie folgendermaßen:

- I. Beftimmender Ginfluß der Arbeiter auf das Ginzelunternehmen (Betriebsräte),
- II. Überführung "reifer" Gewerbe in die Hände der Gesamtheit: Bollsozialisierung (Berstaatlichung),
- III. Beteiligung der Gesamtheit am Wirtschaftsleben überhaupt: gemischtwirtschaftliche Betriebe (Staatskapitalismus),
- IV. Planmäßige Leitung der Bolkswirtschaft durch Anderung der Wirtschaftsverfassung (Gemeinwirtschaft).

Dabei läßt sich jede der vier Stufen wieder in verschiedener Weise verwirklichen.

Es kann nicht die Aufgabe dieses vorläufigen Gutachtens sein, fämtsliche bisher gemachten Borschläge darzustellen oder die vorhandenen

Möglichkeiten zu erschöpfen 1). Ebensowenig werden hier selbst neue Vorschläge gemacht, um etwa die Sozialisierung schnellstens zu verwirklichen. Das ift nicht Sache einer wissenschaftlicher Betrachtung. Vielmehr werden die Magnahmen unter den beiden wesentlichen Gesichtspunkten kritisch betrachtet: a) Wie wirken sie auf die Erhöhung des nationalen Produktionsumfanges und die Gütermenge? b) Wie wirken sie auf den individuellen Produktionsanteil und damit auf das Realeinkommen? Das find die beiden Zentralprobleme aller Wirtschaft überhaupt, gleich welcher Ordnung sie untersteht: es werden auch die Zentralprobleme einer sozialistischen Es ist deutlich, muß aber ausdrücklich hervorgehoben Ordnung sein. werben, daß damit feineswegs das ganze Problem der Sozialisierung erschöpft ift. Denn alle Machtfragen find politisch zu beurteilen und zu werten. Sie laffen in weitem Mage für gefühlsmäßige Momente Raum, wie das bei jedem Staatsideal der Fall ist. Sie entziehen sich damit einer wissenschaftlichen Behandlung. Sie gehören in das Reich des Glaubens, nicht des Wiffens. Von diefer Erörterung wird hier Abstand genommen und nur die ökonomisch sogialen Ursachenbeziehungen einer Betrachtung unterworfen. Wir möchten also gleichsam die Logik der Soziali= sierung untersuchen, ihren metapolitischen Sinn, der hinter ben äußeren Magnahmen steckt: wenn durchgeführt, welches kann ihre Tragweite für den volkswirtschaftlichen Gesamtprozeß sein?

1. Einfluß der Arbeiter auf das Einzelunternehmen: Betriebsräte.

Das Syftem der Betriebsräte ist durch Gesetz jest grundsätlich geregelt, und mithin fünftig als integrierender Bestandteil des Produktionsprozesses

¹⁾ Die Literatur darüber ist recht groß geworden und in der Hauptsache bem Folgenden zugrunde gelegt. Es feien genannt: Edmund Fifcher, Das sozialistische Werden, 1918. — Kautsky, Die soziale Revolution, 1911. — Derfelbe, Sozialdemokratische Bemerkungen zur Übergangswirtschaft, 1918. — Derfelbe, Rriegsmarrismus (Marr=Studien 4), 1918. — Rathenau, Die neue Wirtschaft, 1918. — Erich Schairer, Rathenaubrevier, 1918. — S. Beck, Bege und Ziele der Sozialisierung, 1918. — B. v. Möllendorf, Deutsche Gemeinwirtschaft, 1916. — L. v. Biefe, Freie Birtschaft, 1918. — Golbicheib, Staatsfapitalismus oder Staatsfozialismus?, 1917. — Derfelbe, Sozialifierung der Wirtschaft oder Staatsbankerott, 1919. — Bücher, Die Sozialisierung, 1918. — Meurnth, Die Sozialifierung Sachsens, 1919. — v. Tyfgta, Die Sozialisierung des Wirtschaftslebens, 1919. — Reurath und Schumann, Können wir heute sozialisieren?, 1919. — Ballod, Der Zukunftsstaat, 1919. — August Müller, Sozialisierung ober Sozialismus, 1919. — Nachträglich: Calmer, Gebundene Planwirtschaft?, 1919. — Wilbrandt, Sozialismus, 1919. Schriften 159. - Berhandlungen.

zu betrachten. Ihr Aufgabenkreis läßt sich bemnach überschauen. Soweit dadurch ein Ginfluß der Arbeiter auf die Leitung der einzelnen Betriebe stattfindet, kann er für diese felbst große Bedeutung erlangen. Der einseitige Machtstandpunkt innerhalb des Betriebes wird verschoben. Das wird zunächft die Behandlung aller fozialpolitischen Fragen betreffen: also Überstunden und Zeitverwendung, Anstellung und Entlassung der Arbeiter, Ferien und Ruhepausen, dazu auch die Arbeitsmethoden in Berbindung mit den neuen Entlohnungsarten, die fünftig faum noch auf die einfache Formel der Beit- und Affordlöhne guruckzuführen fein werden. Aber auch andere Fragen können hereingezogen werden. Nicht gehört bazu freilich die Preisbemeffung, da hierin der einzelne Betrieb nicht felbständig vorgehen kann, sondern auf Markt, Konjunktur, Auslandsfonfurrenz Rücksicht nehmen muß. Man scheint das vielfach zu verfennen, wie immer neue Außerungen vermuten laffen. Dafür fann anderes in den Aufgabenfreis der Betriebsräte fallen. Betriebsverbefferungen, vornehmlich auch die Frage der missenschaftlichen Betriebsführung und des Taylorsystems, werden fortan nur im Einverständnis mit der Arbeiterschaft sich lösen laffen. Ihre Mitwirfung ist für eine Umstellung und Neueinrichtung nicht zu umgehen. Auf diesem Gebiete ift ein wirtschaftlicher Fortschritt im Sinne besserer Ausnützung des Stoffes, des Transportes, der Zeit und der Arbeitsfraft bei verftändnisvollem Busammenarbeiten aller Beteiligten allerdings möglich. Sie ift andererseits freilich nötig. Einmal zwingen die gesetzliche Zeitverfürzung des Achtftundentages, sodann die hohen Nominallöhne ohnedies dazu, in jedem einzelnen Falle mit geringeren absoluten Rosten höhere Realerträgnisse herauszumirtschaften. Alle Rationalifierung des Betriebes fest aber verftandnisvolles Mitgehen der Arbeiterschaft voraus: Berftehen der neuen Methoden, Anpassen der Sand an die Aufgaben, Vermeiden unnüger Bewegungen, Sparen an toter Zeit und toten Koften 1). All das verlangt dauerndes Sicheinstellen der Arbeiter. Der Betriebsrat bedeutet weit mehr als der ehemalige Betriebsausschuß, bem nur ein kleiner Aufgabenkreis zuerkannt war. Natürlich befagt die rein formale Schaffung folcher Betrieberate noch nichts über ihre tatjächliche Gestaltung und Wirksamkeit. Es foll die Möglichseit nicht bestritten werden, daß in technischer Beziehung die Arbeiter leicht fehr konservativ wirken können und Neuerungen sich wenig zugänglich erweisen, wie das Beispiel der englischen Gewertvereine zeigt.

¹⁾ Darüber habe ich geschrieben in "Borfragen zur künftigen Finanzwirtsschaft" (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 156, II) und sodann "Neue Wege der Wirtschaft", Leipzig 1918.

Unders steht die Frage, ob die Arbeiter eines Betriebes unmittelbar am Geminn beteiligt werden können. Abgesehen werden soll gang von der Frage, in welcher Art von Betrieben eine Gewinnbeteiligung überhaupt möglich und durchführbar erscheint. Sie ist es nur in Betrieben mit gleichem Absatz, gleichartiger Produktion und gleichartiger, fehr hochstehender Arbeiterschaft, wie dies bei Zeiß-Jena tatfächlich der Fall ift 1). Much bei folchen Betrieben besteht die Schwierigkeit in dem Unterschied zwischen dauernden Gewinnarbeitern und vorübergehend angenommenen Lohnarbeitern. Aber es wird erklärlich, daß manche gutgelohnten Arbeiter dem Tarifgedanken ablehnend gegenüberstehen und sich viel lieber auf die Umgeftaltung bes eigenen Betriebes felbst verfteifen: vornehmlich unter dem Gefichtspunkt der Gewinnbeteiligung. Diese murde, wie es scheint, imftande sein, den Profit wesentlich zu beschneiden und den Mehrwert des Unternehmens direkt an die Arbeiterschaft abzuführen. Unternehmerlohn und eine geringe Vergütung für Aufsichtsräte würde neben der normalen Berginfung des Kapitals beftehen bleiben, das übrige aber unter die Arbeiter verteilt werden. Das scheint manchem die Folge des Rätesustems werden zu follen. Indessen bedeutete das eine rein individualistische Lösung des Problems. Gine bestimmte, ausgewählte Arbeiterkategorie würde am Betrieb interessiert, der ihr auch allein zugute fäme. möchte das der realistischen Behandlung folcher Fragen, wie sie etwa feitens ber englischen Arbeiter befolgt wurde, am ehesten entsprechen. Die Betriebsgemeinschaft von Arbeitern und Unternehmern würde dadurch gleichmäßig an möglichst hobem Gewinn interessiert sein und entsprechend vermutlich auch an hohen Preisen. Letteres ift am bedeutsamsten. Das Gewinnstreben murde dadurch unmittelbar die Arbeiter ergreifen. freilich in Deutschland diese letteren Folgen eintreten dürften, ist aus politischen Gründen ungewiß. Man braucht an sich Sozialismus nicht immer unter der deutschen Flagge zu betrachten, die für die englischamerikanische Sinnesart von vornherein nicht paßt. Gewinnbeteiligung bedeutet jedoch nirgends eine foziale Löfung der Lohnfrage, geschweige denn, daß damit überhaupt das Verteilungsproblem im gangen berührt wird.

Eine andere Erwägung kommt noch hinzu. Es würde die durch Gewinnbeteiligung erlangte Mehreinnahme für die einzelnen Arbeiter-

¹⁾ Die Borschläge von R. Wilbrandt im "Vorwärts" vom 9. Dezember 1918 sind davon natürlich auch getroffen; sie sind mehr gefühlvoll-romantisch als sozialökonomisch gedacht. Aufsallenderweise ichlägt auch die Sozialisierungs=kommission in ihrem "vorläufigen Berichte" S. 39 für den Kohlenberglau "Beteiligung am Ertrage" vor.

kategorie sehr unerheblich sein. Berführt durch das Schema von Mary, ber in seinen Beispielen rein hypothetisch vorzugsweise die halbe Tagesleistung als Mehrwert annahm, wird seitens der Arbeiter allgemein der individuelle Mehrwert erheblich überschätzt.

Geheimrat Deutsch von der A. E. G. hat berechnet, daß bei 66 Aftiengesellschaften mit zusammen 21/2 Milliarden Mark Ravital, die im Durchschnitt des letten Jahrzehntes 10% Dividende verteilten, entfallen seien1): 215 Millionen Mark auf Dividende, 217 für staatliche, kommunale und foxiale Lasten, 1425 auf Löhne. Erstere macht also 13% der übrigen Boften aus. Verteilt man die ganze Dividende auf Arbeiter und Angestellte, so erhält jeder 270 Mark als Anteil des gesamten Mehrwertes. Da sie bisher im Durchschnitt 1945 Mark Arbeitslohn empfingen, so macht also die Berbefferung nur 1/7 des Lohnes aus. Wenn man die Verzinsung des Kapitals mit 4 vom Hundert in Abrechnung bringt, so bleiben nur noch 115 Millionen Mark Mehrwert übrig. Auf jeden Arbeiter entfallen 147 Mark gleich $7^{1/2}$ % des Lohnes: das beträgt für die Arbeitsstunde ganze 5 Pfennig mehr. Das ift alles, mas bei Berteilung des Mehrwertes 2) herausfommt. Gine lächerlich fleine Summe, die wirklich von keiner grundfturzenden Bedeutung ift. Dabei liegen hier abnorm gunftige Berhältniffe por. da kaum viele Gesellschaften durchschnittlich eine so hohe Dividende verteilen können. Wie August Müller berechnet3), wurde vor dem Kriege bei einer restlosen Verteilung aller Reingewinne auf jeden Arbeiter im Durchschnitt überhaupt nur 100 Mark mehr entfallen; bei 3000 Arbeits= ftunden in der Stunde etwa 3 Pfennig. Offenbar bedeutet die Gewinnbeteiligung oder auch die Wegbesteuerung des Mehrwertes ceteris paribus feine Lösung des Verteilungsproblems. Der Mehrwert ift eben im Berhältnis zu der Masse der Lohnempfänger nicht groß genug, als daß seine bloße Verteilung ohne Underung der übrigen Verhältnisse viel ausmachen fönnte.

Aber noch eine andere wichtige Folgerung ergibt sich daraus: auch die Menge der realen Güter, auf die die Arbeiter bei einer gleichen Verteilung des Einkommens Anspruch erheben können, ist nicht groß genug. Der Konsum der wohl-

¹⁾ Deutsche Wirtschaftszeitung Nr. 10 vom 15. Mai 1919.

²⁾ Es bedeutet keinen Einwand, daß auch in dem festen Bestandteil des Kapitals bereits früherer "Mehrwert" stede. Wenn dieser aus den Produktionskosten fortsfällt, so muß auch der Kostenpreis der Produkte sich niedriger stellen.

[&]quot;) August Müller, a. a. D., S. 78 — auch bei anderen Grundzahlen würde doch das Berhältnis das gleiche bleiben.

habenden Schichten beträgt nicht so viel, daß durch deren Beseitigung der einzelne Arbeiter erheblich mehr an realen Gütern erhalten würde. Es kommt natürlich immer nur auf das reale Einkommen, nicht auf die nominale Höhe des Geldlohnes an.

Die Gewinnbeteiligung brächte also im günstigsten Falle, wenn nämlich die Preise der Waren die gleichen blieben, nur eine sehr geringere Verbefferung der Lebenslage mit sich. Es würde von vornherein durch das Syftem nur ein verschwindender Teil der Arbeiter Borteil haben. Die große Mehrzahl murde leer ausgehen. Das ift der Haupteinwand: das Prinzip läßt sich überhaupt gar nicht verallgemeinern. Es versagt mit Notwendigkeit in dem Augenblicke, wo es auf alle angewandt werden foll. Ein gesellschaftlicher Mehrwert an sich ift in jeder Gesellschaftsordnung nötig 1). Er dürfte fünftig um so nötiger werden, weil die Aufgaben der Gesellschaft gegenüber den einzelnen außerordentlich machfen werden. Der einzelne Arbeiter empfängt ja in jedem Augenblick von der Gefellschaft eine ganze Menge von Aufwendungen: Schule, Rechtsschutz, Gefundheitspflege, öffentliche Einrichtungen bis zur Straßenbeleuchtung herab. Sein individueller Konsum wird erganzt durch foziale Aufwendungen. Die aber muffen von vornherein durch Berfurzung des Arbeitslohnes mitgetragen werden. Jeder Arbeiter hat eben durch seine Arbeit gleichzeitig gefellschaftlichen Mehrwert zu erzeugen — gleich ob dieser durch die Hände der Unternehmer geht oder unmittelbar an die Gefamtheit abgeführt wird. Er hat durch seine Arbeit nicht nur unmittelbar sich und seine Familie fowie die unproduktiven Blieder der Gescllschaft zu erhalten. Bielmehr muß er auch für die allgemeinen Ausgaben der Gefamtheit, an benen er beständig teilnimmt, beisteuern. Mit anderen Worten, er muß täglich fo viel Stunden Mehrarbeit leiften, bie über fein individuelles Ginfommen hinausgehen. Wenn er über eine gepflafterte Straße geht, so hat er schon dafür Mehrstunden zu "frohnden". Er muß außerdem für die Ausweitung des Produktionsapparates Mehrarbeit mit leisten, die erft in Bukunft Früchte trägt, von der er aber unmittelbar gar nichts hat 2).

Betriebsräte bedeuten Demokratisierung der Gewerbe und Berwirklichung der konstitutionellen Fabrik. Sie können daneben auch auf Intenstwierung des Betriebes, Auswahl des Personals, wissenschaftliche Betriebs-

^{1) &}quot;Mehrwert" ist hier natürlich im uneigentlichen Sinne gemeint.

²⁾ Über die naiven Borstellungen Neuraths a. a. D., der glaubt, daß eine kommunistische Lebensordnung ohne Wert= und Preisderechnung auskommen könne, brauche ich mich hier nicht auszulassen. Es gehört in den Bereich der "Utopistik", die freilich zahlreiche Anhänger hat.

führung und Verbesserung der Arbeitsmethoden Einfluß gewinnen. Insofern kommt ihnen allgemeine volkswirtschaftliche Bedeutung zu. Sie können freilich auch jene hemmen. Die lettere Gefahr liegt sehr nahe, wenn damit persönliche Unbequemlichkeiten und keine Verbesserung der Löhnungsmethoden verdunden sind. Dagegen bedeutet die Beteiligung der Arbeiter am Gewinn und Reinertrag lediglich eine individuelle Besserstellung einiger Betriebsarbeiter, keine Hebung der Gesamtlage der Arbeiter überhaupt selbst. Sie vermag höchstens einzelne Arbeitergruppen individuell herauszuheben und dadurch differenzierend auf ihr Einkommen zu wirken. Materiell nicht sehr bedeutungsvoll, stellt sie formell keine Bergesellschaftung des Mehrwertes dar, sondern eher das Gegenteil; nämlich die unmittelbare Hiehre den Bege der Arbeiters in die kapitalistische Ordnung. Dabei ist es eine Frage für sich, ob diese "Sozialisierung" sich nicht weit zweckmäßiger auf dem Wege der Besteuerung zugunsten der Allgemeinheit erreichen ließe.

II. Überführung "reifer" Gewerbe in die Sände der Gefamtheit: "Bollfozialifierung".

Weit stärker in die Augen springt und darum weit mehr erörtert ist die zweite Gruppe von Maßnahmen, die man wohl als "Bollsozialisierung" bezeichnen kann. Wir verstehen darunter die restlose Übersührung einzelner, besonders "reiser" Gewerbe in die Hände der Gesamtheit: entweder durch einsache Verstaatlichung, indem Reich oder Gemeinde einzelne Gewerbebetriebe gänzlich übernehmen, wie das disher schon oft genug geschehen ist. Oder in der Form, daß selbständige halb öffentliche Wirtschaftskörper gebildet werden: Zwangssyndisate mit öffentlichem Charakter oder Gesamtorganisationen einzelner Gewerbezweige wie des Kohlenbergbaues. Welche von beiden Formen gewählt wird, bleibt die Frage von Zweckmäßigkeitserwägungen. Es ist zu untersuchen, was das wirtsschaftlich für die Erhöhung des Produktionsertrages und für die Aussgleichung dzw. Erhöhung des Produktionsanteiles bedeutet. Wir betrachten zuerst die Verstaatlichung.

Gewöhnlich begreift man unter sozialisierungsreisen Gewerben solche, bei denen auch ohnedies die Konzentration und die Zusammenballung in wenigen Händen weit vorgerückt ist. Als Muster dient immer das Kohlensyndikat. Andererseits kommen solche Gewerbezweige in Betracht, die erst neu geschaffen werden und von vornherein monopolistischen Chazrakter haben, wie die Luftstickstoffgewinnung, die Kraftversorgung oder Schleppdienst auf den deutschen Binnenwasserstraßen. Damit vers

knüpft sich überhaupt der Gedanke der staatlichen Ausnutzung eines faktischen Monopols, wie bei den natürlichen Bodenschätzen. Diese gehören an sich ber Allgemeinheit und find erft aus hiftorischen Gründen der privaten Ausbeutung überantwortet 1). Nächst dem Kohlenbergbau, sowie dem Kali maren außerdem zu nennen: Berfehraunternehmungen ber Städte, eleftrotechnische Industrie, mindestens die elettrische Kraftversorgung des Landes, ferner Versicherungswesen und Sypothekenbanken, ev. gewisse Zweige ber chemischen Industrie. Gine mehr oder weniger ftraffe Kartellierung fann vorangehen, muß cs aber nicht. Seltener genannt als fozialifierungsreif werden die Banken und die transozeanische Dampfschiffahrt, obwohl in beiden die Konzentration weit genug gediehen ift. In Betracht kamen noch etwa die Apotheferei und die Milchversorgung, beide vorwiegend als fommunale Angelegenheit. Absehen möchten wir dabei von den weitergehenden Vorschlägen des fächsischen Dreimannerprogramms2) oder von den Versuchen Neuraths in Bagern, die die direfte Berbeiführung der sozialistischen Wirtschaftsordnung "auf fürzestem Wege", um mich so auszudrücken, bezweckten. Dabei fett die Berwirklichung einer Über= führung der einzelnen Gewerbezweige in die Sande der Allgemeinheit natürlich eingehende Untersuchungen voraus, die bisher zum guten Teil So läßt fich ohne genaue Kenntnisnahme bes Berficherungs= wefens und der Hypothekenbanken ein Urteil über ihre Berwirklichung nicht abgeben.

Am weitesten gedichen sind solche Untersuchungen beim Kohlen- und beim Kalibergbau. Am wenigsten Schwierigkeit macht die Sozialisierung bei der Luftstickstofferzeugung, bei der Kraftgewinnung und Bersorgung. Letzere müssen neu geschaffen werden, und ein Staatsmonopol sieße sich hier wie beim Schleppdienst leicht erreichen. Durchführbar erscheint die Verstaatlichung bei einzelnen Zweigen des Handels, so beim Getreides, Betroleums, ev. Zuckerhandel, ev. noch bei der einen oder anderen Art, wenn man von dem Gedanken öffentlicher Einsuhrsyndikate für Rohstoffe

¹⁾ Über das Bergbaumonopol und die Berftaatlichung des Bergbaues ist sehr viel geschrieben worden, außer den bekannten Abhandlungen von Hue, Georg Gothein, Sberhard Gothein (Schristen des Bereins für Sozialpolitik) noch Edmund Fischer a. a. D., sodann "Borläusiger Bericht der Sozialisserungskommission über die Frage der Sozialisierung des Kohlenbergbaues" 1919 und Bruno Habicht, Beitrag zur Frage der Sozialisierung der Montanindustrie, 1919.

²⁾ Neurath-Kranold-Schumann, aufgeführt in den genannten Schriften von Neurath.

ganz absieht 1). Dabei ist eine ganze Reihe von Fragen den Bolkswirtschaftlern seit länger bekannt. Sie sind unter dem Namen der "Finanzmonopole" öfters erörtert, für einzelne Zweige, wie Tabak, Streichholzsabrikation, Spiritusverkehr, sind sie auch tatsächlich schon verwirklicht.
Ebenso haben die Kommunen zum Teil aus sinanziellen, zum Teil aus
sozialpolitischen Gründen gleichfalls eine Kommunalisierung vieler Betriebe
durchgeführt, nur daß man das ehedem nicht. "Sozialisierung" nannte²).
Hatte doch Deutschland selbst noch im Kriege das Spiritusmonopol 1918
verwirklicht. Man sieht schon aus dieser Aufzählung, daß im Sinne der
"Reisheit" eigentlich nur wenige Gewerbe in Betracht kämen, bei denen
die Konzentration hinreichend weit vorgeschritten ist. Andererseits wird
manchmal gerade wegen der vorhandenen Zersplitterung (Tabak, Spiritus,
Kali) die Übersührung in den Staats- dzw. Sozialbetrieb besürwortet.
Wir halten uns bei unserer vorläusigen Betrachtung vorwiegend an den
Kohlenbergbau.

Es fann sich bei dieser Vollsozialisierung um etwas Doppeltes handeln. einmal um die Übernahme der Berwaltung selbst, sodann um die Abtretung des Besites dieser Gewerbe. Wir können von "sozialisierter Berwaltung" und von "sozialisiertem Besits" sprechen. Letztere erscheint als das bei weitem Einfachere. Er würde, wenn die Verwaltung im Grunde unverändert bliebe, auf eine steuers und sinanzpolitische Maßenahme hinauslausen. Diese Art Sozialisierung wird besonders auf die Gewerbe zutressen, die sich mit Ausbeutung der Bodenschäte — Kohlen, Kali, Erze, Wasser — abgeben. Dabei scheidet die Frage der Entsichädigung (bzw. der Enteignung) hier aus, obwohl sie vor allem sür die künstige Kentabilität eine entscheidende Bedeutung erlangt. In der Art der Absindung kann sich bereits ein sozialer Gesichtspunkt äußern: ob man nur die heutigen Besitzer und ev. ihre Söhne oder auch die

¹⁾ Auch die Frage des Getreidemonopols ist öfters erörtert. So von Hainisch in den Schriften des Vereins sür Sozialpolitit, Bb. 156, sodann Blankenstein, Kinanzquellen I. Getreidemonopol; außerdem Edmund Kischer a. a. D.

²⁾ Der Zusammenhang sozialer Finanzmonopole mit Sozialisierungsabsichten ist in der ganzen Finanzliteratur dauernd behandelt; zulest bei Log, Finanzwissenschaft. Reuerdings wird dieser Zusammenhang jedoch über Gebühr vernachlässigt. Ausstührlich handelt darüber wieder Fischer. Allerdings begnügt sich der letztere mit der Darstellung und Durchsührung der Mahnahmen selbst. Betrachtungen über die wirschaftliche Tragweite, über die Wirkungen auf Produktion und Verteilung sowie über die Notwendigkeit einer dureaukratischen Mitwirkung sinden sich nicht. Wirtschaftliche Gesichtspunkte sehlen überhaupt durchzgängig bei der Mehrzahl der einschlägigen Schriften.

Rente selbst absindet, also ob Vollabsindung des Besiges oder Individualsabsindung der Besiger. Allerdings dürfte die Tatsache der Besigübernahme bald auch eine sozialisierte Verwaltung als notwendige Folge nach sich ziehen. Das ergibt sich als Konsequenz. Warum und in welcher Form?

Wenn die verschiedenen privaten Besitztitel, die heute den Betrieb bestimmen, fortfallen, so ist an sich die Möglichkeit eines Zusammenlegens mehrerer Werke gegeben. Denn es hat offenbar keinen Sinn, wenn der= felbe Besitzer (Staat) Betriebe von minderer Rentabilität aufrechterhält. Diese könnten und müßten vielmehr ftillgelegt werden. Möglichermeise wird ein größerer technischer und wirtschaftlicher Fortschritt damit erzielt werden, daß bei Preisfestjetung auf jene keine Rücksicht mehr genommen zu werden braucht. Vorausgesetzt naturlich, daß der zentralifierte Betrieb gleich leiftungsfähig ift. Allerdings murbe die Wirfung auf die Arbeiter= verhältnisse für die Übergangszeit genau so ungunftig sein wie bei der Brivatindustrie: Proletarisierung von Arbeitern, die durch die Konzentration überflüffig werden, zumal wenn fich die Werke an verschiedenen Orten befinden. Es ist die erneute Schaffung einer industriellen Reservearmee mit all ihren Folgen. Vorwiegend brauchte das nur die Übergangs= zeit zu betreffen, mahrend im übrigen gerade die dadurch erzielte Intensi= vierung der Betriebe eine Hebung der wirtschaftlichen Kräfte herbeiführen fönnte. Beschränkt man sich demnach auf die Überführung des Besitzes unter Beibehaltung ber privaten, unternehmungsweisen Berwaltung, fo wurde das von vornherein auf bloße Sozialifierung der Gewinne hinauslaufen. Nur würde hier im Unterschied von jener ersten Form der Gewinnbeteiligung nicht eine einzelne Arbeitergruppe, sondern tatfächlich die Befamtheit daran beteiligt. Es würden die Erwerbseinkunfte des Staates dadurch wesentlich vermehrt. Es ift also im Grunde eine besondere Form ber Finange und Steuerpolitif; vom fistalischen Standpunft kame babei alles auf die Söhe der Entschädigungen an. Man kann sich eventuell auch damit begnügen, die besondere Diffenrentialrente aus Grund und Boden fortzubesteuern bam. ju "sozialisieren", indem man dadurch eine besonders frasse Form des Renteneinkommens an der Quelle trifft'). Das ift die eine Möglichkeit der Bollsozialifierung, die fich aus der bloßen Abtretung des Besites als Konsequenz ergibt.

Soll aber gleichzeitig auch mit der Sozialisierung der Verwaltung Ernst gemacht werden, und das scheint mir die notwendige Folge zu sein,

¹⁾ Dies ist der Vorschlag der Minderheit der Sozialisierungskommission, der dort eingehend begründet wird. Egl. "Vorläusiger Bericht", S. 22 f.

so entsteht eine Reihe von weiteren Problemen. Dabei ist es ganz gleich, ob der Staat unmittelbar jene übernimmt, oder ob man eine besondere Kohlengemeinschaft oder ähnliche Körperschaften zu diesem Zwecke ins Leben rust'). Das private Kohlensyndikat bedeutete bei aller straffen Organissation, die ihm bezüglich Umfang der Produktion sowie Preis und Absab der Waren eigen war, doch Fortbestehen der individuellen Einzelverwaltung jeder Kohlenzeche. Eine sozialisierte Verwaltung bedeutet demsgegenüber prinzipiell etwas anderes: eben eine Gemeinschaft aller vorshandenen Vetriebe. Nicht anders, wie die einzelnen Vetriebsämter der Eisenbahn zwar für sich verrechnen und einer Direktion unterstehen, aber doch im ganzen eine gemeinsame Zentralverwaltung haben. Einen bureauskratischen Apparat, darüber soll man sich nicht täuschen, braucht auch die Kohlengemeinschaft wie jede andere Körperschaft ähnlicher Art in stärkerem Maße als das ehemalige Syndikat.

Was bedeutet nun aber diese Sozialisierung der Verwaltung in Wirklichkeit? Seitens der Arbeiter und Angestellten murde jedenfalls eine stärkere Berücksichtigung ihrer Interessen gefordert werden. Das ftellen sie sich in der Mehrzahl der Fälle als "Sozialisierung" vor, daß fie unmittelbar dabei beffer fahren. Begreiflich genug. Momente sind in der Regel nicht ftark genug, um große Bewegungen nach dieser Richtung auszulösen; die Magnahmen sollen vielmehr schon im gegenwärtigen Leben etwas bringen. Auf ben Genuß zu verzichten und nur für die Enfel zu arbeiten, übt geringe Werbefraft aus. Wenn die Berwaltung der sozialisierten Betriebe im übrigen die gleiche bliebe, die Lohnhöhe nicht wefentlich ftiege, fo haben die Arbeiter und Angestellten unmittelbar fein ftarferes Intereffe baran, wer den Mehrwert, d. i. den Überschuß der Preise über die Produktionskosten an sich, einsteckt. Demofratisierung des Betriebes wird ja ohnedies allenthalben vorhanden sein im vollsozialisierten Betrieb kaum mehr als anderwärts. Die Betriebsrate der sozialisierten Werke murden jedenfalls darauf bestehen, daß der Gewinn in der Hauptsache an die Arbeiter selbst abgeführt wird. Sonst hätten sie ja nur den Herrn gewechselt, eventuell das Mitverwaltungsrecht erweitert; die Ausbeutung der einzelnen Arbeiter bliebe aber dieselbe. Welches war denn der leitende Gedanke der Bollsozialisierung? Das Gewinnstreben follte fortfallen. Nicht barauf durfe es ankommen, überschüffe und Mehrwert für den privaten Besitzer zu schaffen. Wenigstens diese sozialisierten Betriebe mußten lediglich vom gemeinwirtschaftlichen

¹⁾ Borschlag der Mehrheit der Sozialisierungskommission.

Gesichtspunkt geseitet werden: Überschüsse für das private Kapital erscheinen nicht mehr nötig. Damit entsiese allerdings auch ein Gewinn für den Staat oder die Kohlengemeinschaft. Es würde scheindar in diesem Gewerbezweig wirklich "Gemeinwirtschaft" herrschen, zumal dann, wenn die Betriebsräte in weitgehendem Maße mitzusprechen hätten. Das allein wird die anderen Arbeiter zur Nachahmung reizen, wenn ihre eigenen Aussichten im ganzen verbessert werden und sie jetzt Herren im eigenen Haussichten des sozialisierten Gewerbes würden. Das ist die zweite Konsequenz.

Hier aber gilt nun das unter I Gefagte. Es würde nämlich lediglich eine besondere Arbeitergruppe individuell herausgehoben. Diesmal erhielten rund 600 000 Bergarbeiter einen etwas höheren Lohn. Die Allgemeinheit aber hatte feineswegs viel davon, wenn eine einzelne Arbeiterkategorie nominell beffer geftellt mare als früher. Im Gegenteil mußten die übrigen wegen Entganges an Steuern und Kapitalbildung feitens der früheren Bergwerksbesitzer nun ihrerseits den Verluft durch Mehrlaften aufbringen. Es bedeutete dies also nur eine Verschiebung des Nominaleinkommens zugunsten der sozialisierten Bergarbeiter, aber zuungunsten der AUgemeinheit. Wir laffen es dahingestellt, ob nicht schon dieses Resultat des Aufsteigens gewiffer Arbeitergruppen erwünscht mare. Bielmehr versuchen wir nur, uns die wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen deutlich zu machen. Die Bevorzugung einer einzelnen Arbeitergruppe, und sei sie auch so bedeutsam wie die der Bergarbeiter, denen man eine Befferstellung gewiß munscht, murde für die Gesamtheit der übrigen direkt ungunftige Folgen haben. Denn es mußte nun der Anteil diefer Gruppe an den allgemeinen Aufwendungen von den übrigen Arbeitern mitgetragen werden. Der Cgoismus diefer Gruppe murbe einer mirklichen Sozialisierung entgegenstehen, ohne daß dabei jene selbst in ihrem Arbeitslohn sehr gehoben Dazu, das sagten wir vordem, macht die Aufteilung des Mehr= wertes unter die Arbeiter dieses Gewerbezweiges im Berhältnis zur AUgemeinheit nicht genug aus. Danach fann also die fozialifierte Verwaltung einzelner Gewerbezweige wie des Rohlenbergbaues feine fehr weittragenden Folgen für die Allgemeinheit haben.

Andererseits kommt bei der Frage der sozialisierten Berwaltung das oft erörterte Problem der Staatsregie in Betracht. Die Anhänger des Systems sehen in der Tatsache eigener öffentlicher Unternehmungen, wie Post, Gisenbahn, Bergwerke, schon einen hinreichenden Beweis für die Zusträglichkeit des Systems 1). Gbenso sei durch die in vielen Ländern vors

¹⁾ So Goldicheid, Staatstapitalismus oder Staatsfozialismus, der neuers bings zu einer vollftändigen Staatsvergottung neigt; fodann Ebmund

handenen Monopole auf Tabat, Spiritus und andere Gegenstände erwiesen, daß Staatsverwaltung fehr gut neben der privaten bestehen fönne. Meistens wird jedoch von Unhängern der Sozialisierung zugegeben, daß dem nicht so sei: staatliche Verwaltung wirtschafte schlechter, kostspieliger und weniger ertragreich als die private. Man kann sich auch nicht aut damit tröften, daß eine fünftige Bureaufratie schon einsichtsvoller und ökonomischer wirken werde. Diese Betrachtung verkennt das Wefen einer felbständigen und das einer bureaufratischen Leitung. Zudem handelt es sich gerade um Gegenwartsprobleme. So ist denn auch Die Sozialifierungskommiffion einftimmig zu dem Ergebnis gelangt 1): "Jegliche Ausdehnung der staatlichen Betriebe ift unökonomisch und daher abzulehnen." Darum municht man eine private Berwaltung beizubehalten: in der Form der "deutschen Kohlengemeinschaft" und anderer wirtschaft= licher Betriebskörver. Das murde auch aus finanziellen Grunden ermunscht sein, vor allem bei einem so wichtigen Gewerbe wie dem Rohlenberabau.

Will man sich in sozialisierten Betrieben eine Einnahmequelle schaffen, so muß man ihre Ertragsfähigkeit nach Möglichkeit steigern, b. h. man wird gerade das Gewinnstreben, den Prosit, zum Angelpunkt dieser Betriebe machen, wenn und weil sie der Allgemeinheit nüglich sein sollen. Mit dem Unterschiede freilich, daß die Nutznießer dieses Gewinnstrebens nicht die individuellen Besitzer, sondern die Gesamtheit ist. Es ist eine Art von "fiskalischem Sozialismus" — eine alte Sache mit neuen Namen.

Hier aber sehe ich einen gewissen Antagonismus, eine ökonomische Antinomie, die durch noch so schöne Worte nicht verdeckt sind. Zwei Möglichkeiten bestehen: entweder bleiben nämlich private Verwaltungssgrundsähe mit bloßer Gewinnbeteiligung des Staates und der Allgemeins

Fischer, Das sozialistische Werden, der sich mit der rein formalen übernahme begnügt. Dazu Eulenburg, Bon Staatsregie, Sozialisierung und anderem in "Deutsche Politit", Heft 11—12 (1919). Hus such für den Kohlenbergbau die größere Rentabilität der Staatsbetriebe zu erweisen. Er wird aber von dem einstimmigen Botum der Sozialisierungskommission widerlegt.

¹⁾ Borläufiger Bericht S. 5. Allerdings kommt noch ein Zusat: "folange nicht die völlige Loslöfung dieser wirtschaftlichen Tätigkeit des Staates von seiner politischen und verwaltungsmäßigen, solange nicht der Bruch mit den bureaufratischen Praktiken in den wirtschaftlichen Betrieben des Staates erfolgt". Der Sat ist reichlich dunkel und unklar, wie sich denn überhaupt der "vorläusige Bericht" keineswegs durch scharfe Formulierung auszeichnet. Offenbar wird das Wesen jeder Bureaukratie verkannt.

heit. Sozialisiert man sozusagen nur den Ertrag, so mird die Beeinsstuffung seitens der Zentrale immer gering sein. Bestehen bliebe auf diese Weise allerdings die Beweglichkeit, die Selbstverantwortlichkeit und damit auch der Eigenvorteil des Unternehmens. Auf Anpassungsfähigkeit, schnellste Entschlußsähigkeit, Selbsteinsicht, Ausspähen der besten Methoden, Einschlagen neuer Wege beruhte gerade das Wesen der energetischen Unternehmung. Das bedeutet, daß man das Hineinreden der Zentralstelle, das Binden an bestimmte Richtlinien, die Besolgung von obersten Leitzsähen hier nicht brauchen kann. Diese Urt "Sozialisierung" schlägt dann ungefähr in das Gegenteil um. Sie ist rein privatwirtschaftlich gerichtet; möglichst ausgedehntes Berwertungsstreben des Kapitals ist ihr Zweck. Höchste ökonomische Leistungsfähigkeit wird dis zu einem gewissen Grade immer einer gemeinwirtschaftlichen Regelung widersprechen. Das ist die eine Möglichseit sozialisierter Verwaltung.

Dber aber, man munscht eine bestimmte Richtunggebung (mag fie von einem staatlichen Rohlenamte oder von einem öffentlichen Kohlendirektorium ausgehen): Rücksichtnahme auf die Verbraucher bez. der Preise, Schonung der Kohlenvorräte für die Zukunft, besonders hohe Entlohnung der Arbeiter, entsprechend niedrigere des Direktoriums. Man wünscht auch in den verschiedenen Betrieben Befolgung einheitlicher Grundfake, man munscht eine vorgeschriebene und im öffentlichen Interesse gehaltene planmäßige Leitung ber Wirtschaft. Dann tann man offenbar Privatverwaltung nicht gebrauchen; die läßt fich nun einmal nach folchen Grundfätzen nicht regeln. Die öffentliche Leitung wurde den Kohlenbergbau nicht als privates Gewinnunternehmen, sondern als eine öffentliche Angelegenheit behandeln sollen. Sie setze nicht nur eine Zentralinstanz voraus, sondern auch eine dauernde Kontrolle und Beaufsichtigung, Leitung und Bindung durch eine oberfte Wirtschaftsbehörde (Kohlendirektorium) mit öffentlichem Charafter. Das private Syndifat läßt ben einzelnen Betrieben trot allem eine weit größere Freiheit, als eine Kohlengemeinschaft ober gar eine Staatsregie jemals dürfte. Man vergesse doch nicht, daß eine Kohlengemeinschaft, die Arbeiter und Unternehmer zugleich umfaßt, an sich ebenso egoistisch denkt und handelt wie das bisherige Ginzelunternehmen. Nur mit dem Unterschied, daß jest auch die Arbeiter an dem Gewinft intereffiert find. Mithin durfte ihre Macht und ihre Profitsucht, die den eigenen Genoffen direft zugute fommt, fich noch weit ftarfer ents wickeln, falls hier nicht von oben eingegriffen wurde. Dem mußte nun die sozialisierte Verwaltung entgegensteuern, indem gemeinwirtschaftliche Grundfate befolgt merden. Dann haben wir aber wieder bie alte unökonomische Folge der Staatsregie, der wir gerade entgehen wollten. Das ist die zweite Möglichkeit, die sich aus einer Bollsozialisierung ergibt. Die Dinge haben eben ihre eigene Dialektik, die oft genug mit unseren Absichten wenig übereinstimmt.

Der Rohlenbergbau ift bisher am meisten durchgearbeitet und seine fünftige Organisation am besten gesichert. hier liegt ber Gedanke an die Überführung in die Bande ter Gesamtheit fehr nahe. Sie hat hier am eheften Aussicht auf Berwirklichung und läßt sich auch zweifellos am leichtesten durchführen. Dabei scheiden wir die heifle Frage der Trennung des Kohlenbergbaues von anderen zusammenhängenden Betrieben noch gang aus. Trothem befteht gerade hier jenes sehr schwierige Privatverwaltung und Sozialisierung lediglich des Geminnes bedeutet Beibehaltung des privatwirtichaftlichen Suftems auf Roften ber eigenen Arbeiter zugunften der Bolksgesamtheit, bedeutet zugleich aber auch Verzicht auf planmäßige Leitung. Staatsregie andererseits könnte eventuell die eigenen Arbeiter besser stellen, ließe eventuell eine plan= mäßige Behandlung der Kohlenschäte, ihres Verbrauches, der Preisftellung wie des Absatzes vornehmen: murde aber nach allgemeinem Urteil zugleich sehr unökonomisch sein und wirtschaftlich keinen Fortschritt dar-Um eine deutliche Entscheidung handelt es sich dabei: Ents weder - oder. Man fann eben nicht gut in Einem das energetische Prinzip des freien Unternehmungsgeistes, das immer ein privatwirtschaftliches Mehrwertstreben in sich tragen wird, wollen und gleichzeitig staatliche Berwaltung mit planmäßiger Bindung fordern. Gemeinwirtschaftliche Berwaltung nach priva wirtschaftlichen Grundsätzen ift nun einmal ein Widerspruch in fich 1). Wenigstens innerhalb des favitalistischen Systemes, mit dem wir es zunächst noch zu tun haben. Beides schließt sich toto coelo aus. Wenn man bei der praftischen Verwirklichung, wie es wohl der Fall sein mag, ein Kompromiß schließt, so verhindert man gleichzeitig beides.

Am allerwenigsten darf man sich jedoch einbilden, wie es als die Meinung vieler erscheint, von hier aus unser Wirtschaftsleben im ganzen stark beeinflussen zu können. Sogar in der Preisbildung — das wird meist ganz verkannt — würde sich eine Staatsregie wie eine Kohlengemeinschaft im Prinzipe nicht gar so weit von der bisherigen Gepflogens

¹⁾ Dieser Widerspruch zwischen freier Jnitiative, individueller Berantwortlichskit, die man für unerläßlich hält, und den Forderungen der Gemeinwirtschaft, die jene notwendig hemmen muß, besonders deutlich im "Borläufigen Bericht der Sozialisierungskommission", S. 13.

heit unterscheiden. Das heißt, die Preise müssen einmal auf die Selbstkosten der schwächsten Werke Rücksicht nehmen, wenn diese fortbestehen sollen. Andererseits haben die nationalen Preise auf die Weltmarktpreise zu achten und sich denen anzupassen. Die bloßen Verdraucher pslegen das gerne zu übersehen. Deklamationen, denen man hier besonders häusig begegnet, sind leider keine Gründe. Im ganzen wird der Ginfluß der Sozialisierung eines einzelnen Gewerbezweiges, und sei es auch die des Kohlenbergbaues, auf die Gesamtwirtschaft ganz erheblich überschätzt, solange im übrigen das privatwirtschaftliche System weiterbesteht.

Vollsozialisierung reiser Betriebe dürfte ökonomisch nur dann eine Ershöhung der Leistungsfähigkeit und damit des Güterquantums darstellen, wenn gerade das privatwirtschaftliche Gewinnstreben beibehalten wird. Dabei kann freilich der Mehrwert ausgenutzt werden, indem der Überschuß der Gesamtheit anheimfällt. Es ist nur eine besondere Form der Besteuerung. Das Verteilungsproblem selbst wird auf diese Weise der Lösung keinen Schritt näher gebracht. Das Realeinkommen wird davon übershaupt gar nicht betroffen. Will man aber andererseits wirklich eine Besserstellung dieser besonderen Arbeiterkategorien erzielen, so muß man alle weitergehenden Pläne aufgeben: darf weder für die Gesamtheit einen nennenswerten Überschuß erzielen noch eine fortschreitende Ökonomisierung der Betriebe selbst in die Wege leiten.

III. Stärfere Beteiligung ber Gesamtheit am Wirtschaftsleben überhaupt: Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen.

Aber man braucht bei der Durchführung sich nicht auf einzelne Gewerbezweige und Betriebe zu beschränken. Bielmehr bleibt der Gedanke maßgebend, daß die "Bollsozialisierung" nur den Unfang bedeutet; andere Industrien murben folgen, wenn sie bazu "reif" find. Wann indessen werden sie das? Das Tempo der Konzentration im Gewerbe vollzieht sich weit langfamer, als Marx ursprünglich annahm. Aber kann man den Prozeß nicht beschleunigen, indem man überhaupt den Anteil des Staates bezüglich der Gemeinden vermehrt? Damit schaffte man eine Form, die als Übergang zur späteren Entwicklung betrachtet werden könnte. Das "Werden der sozialistischen Ordnung" braucht sich nicht auf einem Wege zu vollziehen. Das führt auf den Gedanken einer allgemeinen Beteiligung der Gefamtheit am Wirtschaftsleben überhaupt. Nicht die Arbeitsgemeinschaften der Arbeiter und Unternehmer dürften dabei in Frage kommen: die möchten in der Hauptsache sozialpolitische Fragen ihres Gewerbes behandeln, also Tarifverträge, Lohnstreitigkeiten, Arbeits=

ŧ

frieden, Durchführung der Schutzesetzgebung. Wohl aber kann daran gedacht werden, die Zahl der gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen, wie die Reichsbank eine ist, zu vermehren. Im Hintergrund sieht die Erwägung, auf diese Weise den Einsluß der Gemein wirtschaft zu stärken. Dem könnte in doppelter Weise Rechnung getragen werden. Sinmal durch Realabtretung bestimmter Gewerbezweige und Betriebe, sodann durch Schaffung von Zwangssyndikaten, denen bestimmte Richtslinien gegeben werden.

Der erstere Gedanke ist als finanzielle Maßregel verfochten worden gelegentlich der Vermögensabgabe 1). Sie foll darin bestehen, daß gemiffe Vermögensteile in natura abgetreten werden. Von vornherein murde man mit Vorteil nur folche Betriebe auswählen, die bisher wirtschaftlich rentabel maren; die Auswahl würde auch die Art der Gewerbezweige berücksichtigen. Es ist ein Gedanke, der in ähnlicher Form zuerst bei Louis Blanc sich findet, jest aber, wie es scheint, leichter verwirklicht zu werden vermöchte. Dadurch würde das Reich in den Teilbesitz von Betrieben gelangen. Es besteht des ferneren auch die Möglichkeit, einzelne Werke gang zu erwerben. Gine Enteignung, wie das österreichische Sozialifierungsgeset fie porschlägt, vermöchte diefen Weg zu beschleunigen und auf alle mögliche Arten von Betrieben ausgedehnt zu werden. Es fönnten ebenso Schuhfabrifen wie Gifenwerte, Berfehrsunternehmungen wie Bankgeschäfte auf diese Beise verstaatlicht werden. Man darf fehr wohl von "Staatskapitalismus" iprechen. Der Natur ber Sache nach eignen fich nur größere Werke dazu. Dabei kann die Weiterbehandlung verschieden geschehen: am ehesten durch Anteil am Besitz und Gewinn, der dadurch der Allgemeinheit zugeführt wird, ftatt in die Hände der Privatunternehmer zu fließen. Es würde also wesentlich auf eine Reichsreingewinnabgabe hinauslaufen. Un dem Unternehmen felbst murde sich wenig andern. Leiter, Angeftellte, Arbeiter murbe in derfelben Stellung belaffen und weiter durch Privatverträge mit dem Unternehmen verbunden bleiben. Nur mit dem Unterschiede, daß das Geschäft für Auftrag und Rechnung des Reiches geführt würde. Es liegt auf der Hand, daß diese Form der Sozialisierung nicht vor bestimmten einzelnen Gewerbebetrieben halt zu machen brauchte, sondern weitergehen kann. Die Wisselsche Denkschrift hatte für die reine Vermögensverwaltung dieses Staatsbesites die Einrichtung einer "Bermögensbank" geplant 2). Man könnte auf diese

¹⁾ So von Jastrow, Gut und Blut fürs Laterland, 1918; Goldscheid, a. a. O, Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums.

²⁾ Siehe Unmerkung 3 auf S. 32.

Weise versuchen, wie es einst L. Blanc bachte, der Privatinduftrie Konfurreng gu machen. Nehmen wir als Beispiel ben Erwerb leiftungsfähiger Schuhfabriken. Der private Unternehmer murde auch nachdem die Leitung bes Unternehmens in Sanden haben. Dabei ließe fich die Fabrikation vereinfachen, indem sie auf Massenfabrikation eingestellt wurde und den Absatz durch Konsumgenoffenschaften oder bestimmte Verkaufsstellen betriebe. Man wurde so eine Sozialisierung von der Produktions= und Absahseite aus in Verbindung mit ben Genoffenschaften vornehmen. burchaus die Form eines gemischtwirtschaftlichen Unternehmens fein, wie die Porzellanmanufaktur oder Reichsdruckerei es find, übertragen auf gemiffe größere und umfaffendere Produktionszweige. Im Gegenfat zu der reifen Bollsogidlifierung murben in erster Linie nicht Produktionsmittelindustrien, fondern vielmehr gerade bie der Fertigerzeugniffe Gegenstand der Sozialisierung werden. Jene blieben aber nicht ausgeschloffen. Der Gedanke felbst mar in der Wiffelschen Denkschrift nicht durchgeführt, da man sich hier auf eine reine Vermögensverwaltung beschränkte. Die Form der Privatunternehmung murde gewahrt fein. Die der Produktivgenoffen= schaft, die an fich für folche fozialifierten Betriebe nahelage, hat fich bisher zu wenig bewährt, als daß sie dafür groß in Betracht zu ziehen mare. Wohl aber murde die Verbindung mit Konsumvereinen und Absatzenossenschaften in Frage kommen. Eventuell konnten biefe an der Leitung mitbeteiligt werden und dadurch-einen Teil "Gemeinwirtschaft" verwirklichen 1). Das Gewinnstreben als Stimulans bleibt bestehen. Auch eine bureaufratische Verwaltung wird nicht notwendig werden, da der Betrieb unter Verantwortung der Leiter für Rechnung des Reiches bzw. der beteiligten Genoffenschaften geschähe.

Welches würde die volkswirtschaftliche Wirkung sein? Die individuellen Arbeitergruppen würden als Produzenten keine besonderen Borteile haben. Wir nehmen an, daß das System der Betriebsräte und der konstitutionellen Fabrik sich überall durchsetzte, die Methode der Gewinnbeteiligung aber aus anderen Gründen sich nicht als durchführbar erwiese. Insosern würde also keine erhebliche Anderung in den Werken eintreten. Technisch könnte allerdings eine gewisse Bereinfachung ersolgen, indem die Herstellung sich auf gewisse Massenstate spezialisierte. Normalisierung etwa der Schuhe

¹⁾ Charakteristischerweise tritt in der Mehrzahl der Borschläge der Genossensichaftsgedanke wiederum gänzlich zurück, kaum daß er erwähnt wird. Dafür überwiegt gänzlich der Staat und seine Funktionen. Darüber die Leitsätze von Staudunger in Beck, Wege und Ziele, S. 82. Verücksichtigung findet er dagegen bei Kautsky, Soziale Revolution.

auf wenige Nummern, Typisierung der Formen ließe sich anstreben. Möglicherweise ließen sich durch Stillegung einzelner und Vergrößerung anderer Betriebe wirtschaftlich neue Vorteile mahrnehmen. Verteilung der Standorte wurde hinzukommen. Es könnte also billig fabriziert werden. Die Produkte würden, weil der Absak direkt an bestimmte Geschäfte, Konsumvereine und Genossenschaften geschähe, bei gleicher Qualität preiswerter fein. Es wurde ein großer Absatz von beftimmtem Umfang gewährleiftet werden, der feinem großen Risiko unterläge. Denkbar wäre es immerhin, daß dann andere Betriebe verwandter Art freiwillig ihre Werke an das Reich abträten. Ich mag den Gedanken nicht weiter ausmalen, der ganz im Berfolge einer folchen Bermögensabgabe bestände. Der Gewinn würde natürlich dem Reich bzw. Staate zufallen und eine besondere Einnahmequelle darstellen. Das ist offenbar ein Hauptmotiv für das Vorgehen: den Standpunkt des energetischen Unter= nehmers mit der Sozialisierung des Gewinnes und der Verbilligung des Absakes zu verbinden. Zwang würde gänzlich vermieden sein, auch bureaufratische Verwaltung fortfallen, öffentliche Kontrolle nicht nötig werden. Vielmehr wird nur der Gewinn auf der Einnahmeseite des Reichsetats zu buchen sein.

Offenbar kommt es auf den Umfang folcher übernommener Betriebe an, wie groß ihre Bedeutung wird. Die Möglichkeit, auf diese Weise gewisse Industriezweige zu sozialisieren, wenn dabei ein Staatsbetrieb vermieden wird, braucht nicht geleugnet zu werden. Untereinander würden die Werke den Wettbewerb ausschalten, wurden den Absatz unter fich verteilen. Allerdings die Produktionsweise mußte und wurde im Pringip rein kapitalistisch sein, nur daß sie für Rechnung des Reiches und der Gemeinschaft geschieht. Es würde an Absatzpesen gespart; auch könnte Bereinfachung der Produktion Plat greifen. Der Gewinn kann möglicherweise den normalen privaten übertreffen und die Produktion trokdem verbilliat werden. Vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft würde das Real= einkommen und der Reallohn der Arbeiter relativ dadurch steigen, daß gemisse Massenprodukte preiswert abgegeben würden. Es ist eine Form ber Sozialisierung, die allerdings gewisse Grenzen in sich felbst hat. Es eignen sich nur bestimmte Industriezweige mit einem Massenabjat, wie Befleidungsgegenstände, Baumaterialien, Rüchengeräte, dazu. In allen Betrieben, die einen ausländischen Absatz haben, würde eine nicht geringe Schwierigkeit bestehen, ebenso dort, wo ftarte Modeschwankungen des Abfakes vorhanden sind. Noch eines ift dabei zu bemerken und für die Zukunft im Auge zu halten: die völlige Übernahme eines ganzen Gewerbezweiges durch das Reich murde auf diese Weise nur fehr langsam vonftatten

gehen, solange die Privatindustrie daneben besteht und neue Geschäfte sich gründen können. Die entstehende Konkurrenz ist die Uchillesserse des Borgehens, falls man nicht die Neugründungen solcher Gewerbebetriebe konzessionspslichtig machen will. Offenbar kommt gerade hier alles auf die energetische Leitung an. Sie müßte genau so wie dei der privaten Unternehmung stark am Gewinn beteiligt sein, ohne doch dabei den Arbeitern höhere Löhne gewähren zu können. Vollends eine einheitliche Organisation des ganzen Gewerbezweiges würde dadurch nicht erreicht werden, da eben nur einzelne Betriebe der Sozialisserung unterliegen. Immerhin scheint mir auf diesem Wege noch manches durchsührbar zu sein, was eines weiteren Durchdenkens bedarf.

Die Form der gemischtwirtschaftlichen Unternehmung läßt sich aber auch auf ganz andere Weise erreichen, nämlich in Anknüpfung an die schon vorhandenen Syndifate. Freilich märe Bedingung dafür, daß sie überall dort, wo ihre Bildung hinreichend fortgeschritten ist, einen Zwangscharakter erhielten. Nur dann können ihnen auch öffentlich-rechtliche Kunktionen zugewiesen werden. Es leuchtet von vornherein ein, daß keinesweas in fämtlichen Gewerbezweigen sich solche Zwangsinndikate durchführen liegen, sondern vorwiegend nur in denen der Halbfabrifate und Rohftoffe, während die fertige Industrie dafür sich nicht eignet. Bersuchte man anders vorzugehen, so wurde man die schwersten Enttäuschungen erleben. Der privatwirtschaftliche Charafter ber Syndifate und ber ihnen angeschlossenen Betriebe murbe jedenfalls durchaus bestehen bleiben. Gbenfo jedenfalls auch die Ssoliertheit der einzelnen Syndikate, die nur für ihr eigenes Gewerbe zu wirken hatten. Ein Kartellamt wurde freilich die Aberwachung des Ganzen vornehmen und ein einvernehmliches Handeln in die Wege leiten. Allerdings ift durch diesen Zwangscharafter, den die Kartelle wohl oder übel erhalten müßten, eine wesentliche Anderung ihrer Struftur zu gewärtigen. Wir heben einige Buntte hervor.

Einmal würden ihre bisherige Selbstregulierung und Anpassungsfähigsteit an die geänderten Verhältnisse, denen mit Ablauf des Kartellvertrages immer von neuem Rechnung getragen wird, dadurch sehr leicht erstarren. Es hat schon seinen guten Sinn, daß die Kartelle nur auf eine Reihe von Jahren abgeschlossen und dann erneuert werden. Boraussichtlich würde den Zwangssyndikaten das selektorische Glement ganz abgehen, das ihnen jetzt noch eigen ist. Die kleineren und schwächeren Werke erhalten ohnes dies durch das Kartell einen besonderen Schutz. Wenn sie nun sogar "zwangsweise" angeschlossen sind, würde ihre Erhaltung ein Stück Kartellspolitik werden. Sie würden stärker als bisher Preise und Produktion

bestimmen. Das mußte gerade bann ber Fall fein, wenn die Arbeiter ein Mitbestimmungsrecht befämen. Denn natürlich wollen jene ebenfalls erhalten werden. Den konservativen Charakter jeder solchen Zwangsorganis fation durfen wir nicht verkennen. Ich glaube, man übersieht allgemein zu fehr, daß das Mitbeftimmungsrecht der Arbeiter fünftig ein ftark konfervatives Glement im Gewerbe darftellen wird. Natürlich ift iede Stillegung baw. Betriebsänderung mit großen Ungelegenheiten für die betroffene Arbeitergruppe verbunden: bei dem ftarken Solidaritätsgefühl der Arbeiter würde das nach Möglichkeit verhindert werden. Der Arbeiter ist in allen Fragen der Wirtschaft sicherlich sehr wenig revolutionär. Der einzelne Unternehmer steht in dieser Beziehung viel freier als der zwangsweise sozialisierte. Es ist schwer vorftellbar, daß von dem Rechte der Stillegung, des Ankaufes, des Auffaugens durch andere Betriebe dann noch viel Gebrauch gemacht werden follte, felbst wenn ben Kartellen die Befugnis dazu eingeräumt wird. In diesem konservativ-antiselektorischen Momente scheint mir eine nicht geringe Gefahr der Zwangssyndizierung für den industriellen Fortschritt zu liegen.

Sobann würden die Zwangssyndikate kunftig einen maßgebenden Einfluß auf die Schutzölle ausüben, um die Preise hochzuhalten. Es würden ihnen gewisse Preisfestletzungen garantiert werden, und dafür würde dem Reiche ein Anteil am Kartellgewinn zufließen 1). darum, weil der Kartellgewinn zum größten Teil sozialisiert und an die Gemeinschaft abgeführt wird, murbe aus finanziellen Grunden ber Staat an deffen Bohe intereffiert fein: Bewinn um jeden Preis, aber jum Beften ber Bolksgesamtheit. Mit Notwendigfeit erhalten dadurch alle Brobleme einen ftark finanziellen Anstrich. Eine weitere Schwierigfeit besteht darin, daß die Kartelle selten den ganzen Betrieb beherrschen, sondern stets nur einzelne Brodufte. Man scheint vielfach zu übersehen, daß nur sehr wenige Kartelle wirkliche Betriebskartelle dars stellen, sondern meist nur Waren- und Verkehrskartelle sind. Sie berühren die Produktion nicht kartellierter Waren desfelben Betriebes gar nicht. Das bekannteste Beispiel ist die Kartellierung der A-Produkte im Stahlwerksverband, der die übrige Erzeugung derfelben Werke unbeeinflußt Dasselbe gilt aber auch von der Mehrzahl der andern Syndikate. Man muß sich nicht immer die Steinkohle zum Muster nehmen, wo die Sache anders liegt. Darum ließe im allgemeinen auch ein Zwangssyndikat

¹⁾ So der Vorschlag des schlesischen Großindustriellen Caro in mehreren Denkschriften. Der Gedanke liegt aber auf dem Wege des Zwangssyndikates überhaupt.

für die übrige Produktion dem Leiter noch eine große Bewegungsfreiheit und Ausdehnungsmöglichkeit, weil nur ein gewisser Teil des Betriebes von den Kartellen wirklich erfaßt wird. Dadurch aber müßte eine Regelung der Gefamt produktion sehr erheblich erschwert werden.

Die Zwangsfyndikate vermöchten andererfeits durch Absatzorganisation in stärkerem Maße als bisher den Handel zu ersetzen oder von sich abhängig zu machen. Wieweit dadurch eine wirkliche Erīparnis an unproduktiven Aufwendungen herbeigeführt wird, kann nicht allgemein bestimmt werden. Ebensowenig der Ginfluß auf ben Ausund Einfuhrhandel der fartellierten Gewerbe. Auch hier dürfen wir nicht, wie es so leicht geschieht, die mit jeder Organisation verbundene Bureaufratisierung, die unproduttive Kosten verursacht, übersehen. Außenhandel wird sich kaum syndizieren lassen, da hier alles auf die Initiative des Raufmanns ankommt. Doch könnte eventuell ebenso wie beim inneren Absatz möglicherweise das eine oder andere Glied gespart Die Funktionen des Handels selbst muffen freilich erfüllt und ihre Kosten getragen werden. Ferner könnten die Syndikate durch Normalifierung und Invifierung die Erzeugnisse in weitem Maße vereinheitlichen. Es könnte bei Erneuerung der Kartellverträge auf die Innehaltung gewiffer Mindestleistungen hingewirkt werden und dadurch eine Erhöhung der Produktion eintreten. Wahrscheinlich ift das freilich nicht. Das Bedenken bleibt vielmehr immer bestehen, daß durch sie die zufällig vorhandenen Werke eine Verewigung erfahren, daß Sozialifierung gerade vom Standpunkt der beteiligten Arbeiter als Erhaltung ihrer Stellung aufgefaßt wird. Beiter erlangen Staat und Allgemeinheit durch ihre Beteiligung notwendigerweise ein Interesse am Gewinnstreben und Blusmacherei. Man wird kaum die finanzielle Tragweite von der wirtschaftlichen gang trennen konnen. Es ift ftets mit Gegenwartsaufgaben gu rechnen, so daß bei einer halböffentlichen Verwaltung niemals sehr radikal vorgegangen werben fann. Bielmehr wird das fapitaliftische Syftem nunmehr ein Glied der Bolfsgesamtheit und der Arbeiterschaft felbft.

Die Sozialisierung würde nur darin bestehen, daß das Neich bzw. das Kartelldirektorium, in dem natürlich Arbeiter und Angestellte vertreten sein müßten, ein Mitbestimmungsrecht über die Erzeugung erhält: also bei der Preisnormierung, bei Bestimmung des Umfanges der Produktion, der Absakregelung, der Schaffung eigener Absakrogane. Die sozialpolitische Seite würde durch Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten gewahrt werden, das Interesse der Allgemeinheit durch Anteil am Gewinn und durch billigen Absak gewisser Erzeugnisse an ärmere Bevölkerungsschichten.

Diese Zwangssyndikate lassen das Verteilungsproblem wiederum ganz unsbeeinflußt. Die Gewinnbeteiligung des Reiches ist keine solche Lösung. Auch auf das Gesamterträgnis der Volkswirtschaft würde dadurch kaum sehr erheblicher Einfluß ausgeübt werden — gerade wegen ihres Zwangscharakters. Wenn sie den Wettbewerd auf ihrem Gebiete ausschalten, so mögen manche seiner Nachteile verschwinden. Andererseits hemmen sie aber aber auch dessen Worzüge. Es fragt sich vom Gesamtstandpunkt aus, welches von beiden überwiegt.

Deutlich ift endlich, daß die Zwangssyndikate leicht einen übersgang bilden zur "Bollsozialisierung", deren Tragweite wir vordem außeinandersetzen. Nur würden sie sich im Unterschied von jenen "reisen" Betrieben jetzt auf weit mehr Gewerbezweige erstrecken. Bisher ist man über die Aufstellung von Forderungen noch nicht weit hinausgekommen, ohne konkrete Borschläge zu machen, vor allem ohne den inneren Zusammenshang der Erscheinungen zu klären. Der wirkliche Einfluß dieser gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen auf die Umgestaltung der Gesellschaft darf indes nicht überschätzt werden: ihre eigene Wirksamkeit ist vom Standpunkt der Gütererzeugung zwiespältig und, wie wir sahen, voll innerer Widersprüche. Eine Lösung bringen sie offenbar nicht.

Immerhin bedeuten sie einen Schritt auf dem Wege zur "Drganisation der Bolkswirtschaft", die bei den anderen Formen der Sozialisierung kaum in Frage kam. Sie erhält das privatwirtschaftliche System aufrecht, um es stärker mit dem Interesse des Volkes und der Allgemeinheit zu versbinden. Aber auch wenn dem Kapital der private Erwerbscharakter entzgogen wird, bleibt doch das Verwertungsstreben der Produktivmittel selbst bestehen, das notwendig "kapitalistische" Konsequenzen nach sich zieht.

IV. Unberungen der Wirtschaftsverfassung durch plansmäßige Leitung des Ganzen: Gemeinwirtschaft.

Die bisherigen Wege der Sozialisierung liesen darauf hinaus: entsweder einzelnen Arbeitergruppen einen größeren Nominalertrag vom Reingewinn zu gewähren, oder den Einfluß der Arbeiter auf die Betriedsleitung zu stärken und sie mitverantwortlich zu machen, oder den Staat in größeren Besitz von Vermögen zu setzen, oder endlich einen Einsluß der Allgemeinheit auf einzelne Produktionsvorgänge zu gewährleisten. Es blieb bei alledem zweiselhaft, wieweit dadurch die Hauptsache, nämlich die Hebung der produktiven Kräfte, in nennenswertem Umfange erreicht wird. Alle jene Maßnahmen lassen nicht nur die ganze Eigentumsordnung grundsählich unberührt, sondern im wesentlichen auch die Leitung des

Produktionsprozesses selbst. Ebenso bleibt die ganze Organisation der Bolfsmirtschaft, die wesentlich auf Selbft fte uerung eingestellt ift, in bisheriger Weise bestehen. Gerade auch die Abernahme schon "reifer" Unternehmungen und Gewerbezweige schließt eigentlich eine größere Umstellung der Wirtschaft aus. Wenn nur folche Industriezweige vom Staate übernommen werden, die ohnedies schon eine weitgehende Konzentration oder ein natürliches Monopol bzw. eine mehr oder weniger voll= ftändige Vertruftung besitzen, so besagt dies: die Entwicklung selbst wird völlig den immanenten Kräften der Wirtschaft überlassen. damit im Grunde ein passiver Standpunkt eingenommen. Man vermeibet, von Gemeinschafts wegen aus eine Neuorganisation vorzunehmen. die gefellschaftlichen Kräfte die Entwicklung zum Großbetrieb und die Konzentration nicht herbeigeführt haben, da ist offenbar noch nicht jenes Stadium erreicht, von dem Mary fpricht: "Neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Eristenzbedingungen berfelben im Schofe ber alten Gefellschaft felbst ausgebaut Berade die Überführung ohnedies reifer Gewerbezweige in die Sände der Gesellschaft läßt den Aufbau der Volkswirtschaft im ganzen unverändert. Die gegenteilige Meinung erscheint burchaus unbegründet. Es bedeutet eine gemiffe Verlegenheit, wenn man fich auf diese "reifen" Betriebe beschränft, alle andern aber sich felbst überlaffen will. fpricht fich ein beutliches Migtrauen barin aus, als wenn die Gefamtheit von sich aus willfürlich den Entwicklungsprozeß zu beschleunigen oder auch nur eindeutig zu regeln und bewußt zu beinfluffen vermöchte. Nur das von uns so bezeichnete dritte Stadium der Abernahme aller möglichen Betriebe durch den Staat oder die Schaffung von Zwangssyndifaten fönnte eine teilweise Durchbrechung dieses Grundsakes der Bassivität gegenüber der Entwicklung darstellen: aber doch auch nur in beschränktem Maße. Alles das bedeutet noch keine Gesamtorganisation ber Bolkswirtschaft.

Hierin scheint sich nun eine grundsätlich andere Auffassung anzubahnen. Dazu führt einmal die allgemeine Höherwertung der Staatstätigkeit überhaupt, die mehr merkantilistische Denkweise der Wirtschaftspolitiker schon vor dem Kriege. Gbenso kommt die zunehmende Rationalisserung unseres Denkens dem stark entgegen. Vernunft scheint auch "vernünstige" Leitung der Wirtschaft vorauszuseten und das Unvernünstige ausschalten zu müssen. Und ererseits hatte aber der Krieg auch tatsächlich eine weit ausgedehnte Umstellung vorgenommen und der Wirtschaft einen zwangssläusgen Charakter verliehen. Es liegt daher nahe, die alte Entwicklung überhaupt für abgeschlossen zu halten und an den neuen Zuständen als

einem Seienden anzuknüpfen. Allerdings wird der Umstand dabei leicht übersehen, daß der Friedenszustand schon durch den freien Verkehr mit bem Auslande und durch die zunehmende Mannigfaltigfeit der Bedürfnisse anders gekennzeichnet ift 1). Die Kriegswirtschaft war nur auf das eine Biel des Durchhaltens eingestellt, das nunmehr gang fortfällt. Gleichwohl wirkt die ganze Denkweise fort. Endlich hat durch die Anteil= nahme der Arbeiterklaffe an der Regierung der Staat felbst ein anderes Gepräge erhalten. Aus dem Obrigfeitsstaat wird der Bolksstaat. Darum fann versucht werden, die Wirtschaft im Interesse der Gesamtheit nach beftimmter Richtung mehr zu überwachen. Die breite Masse wird immer für eine solche stärkere Beeinflussung des Lebens durch den Staat zu haben fein, wie das schon Lassalle betont hatte. So treffen sich mehrere Motive in dem gleichen Gedanken zunehmender Staatstätigkeit und planmäßiger Regelung der Wirtschaft. Tropdem besteht ein theoretischer Widerspruch zwischen jener autonomen Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der bewußten Richtungsgebung durch Staats: und Volkwillen.

Die Überführung reifer Betriebe in die Hand des Reiches und der Gefellschaft bedeutet noch feine bewußt planmäßige Leitung der ganzen Volkswirtschaft. Man wird auf diese Weise voraussichtlich noch Generationen brauchen, bis neue Gewerbezweige "reif" werden. Sene murde beispielsweise die gesamte Stoffverwertung wie die Arbeitsmethoden, die Berteilung der Betriebe wie das Berhältnis zur Ausfuhr im ganzen ziemlich unbeeinflußt laffen. Um allerwenigsten vermöchte fie weitgehendere Folgen für eine einheitliche Leitung der Volkswirtschaft zu zeitigen. Das gilt felbst von der Rohlenwirtschaft, deren Bedeutung nach dieser Richtung wesentlich überschätzt wird. Wo soll dieser Einfluß auch herstammen? Sogar die ftaatliche Preisbeeinfluffung burfte wegen der Internationalität des Rohlenhandels kaum von der bisherigen nationalen Preisbildung sich wefentlich unterscheiden. Noch weniger murde das bei anderen Produkten der Fall fein. Berficherungswefen und Hypothekenbanken wurden wohl eine nennenswerte Underung ihrer Form erfahren; auch beim Kalibergbau murbe eine wesentliche Umftellung eintreten. Doch scheinen mir alle brei von keiner grundstürzenden Neuerung für das Ganze der Bolkswirtschaft zu sein. Auch die Verstaatlichung bzw. Kommunalisierung der Forsten und Wälder sowie die Übernahme der Stickftoffverwertung murden noch feine planmäßige Wirtschaft bedeuten. Gbenfo wenig murden von hier aus

^{. 1)} Richtig die Ausführungen von Kautsty in ben Sozialdemokratischen Bemerkungen.

tatsächlich die übrigen Teile des Wirtschaftslebens stärker beeinflußt werden. Sher ist das Gegenteil zu vermuten, daß nämlich jene Betriebe sich grundsätlich gar nicht vom privatwirtschaftlichen System unterscheiden! Größer dürfte allerdings der Einfluß der staatlichen Krafterzeugung und der Sozialisierung der elektrischen Wirtschaft werden, wie sie jetzt bei uns verwirklicht werden soll. Die Kraftversorgung würde aber auch ohnedies eine bedeutsame Neugestaltung herbeissühren.

Es ist notwendig, sich diese Konsequenzen klarzumachen und vor einer Überschätzung der bisherigen Stufen der Sozialisierung für die Allgemein= heit dringenost zu warnen. Man mag solche sozialisierten Betriebe als "Gemeinwirtschaft" bezeichnen und in ihnen einen neuen Geift sehen. Der Erfolg würde tatfächlich entweder nur einer besonderen Arbeitergruppe zugute fommen oder auf eine besondere Form öffentlicher Erwerbseinfünfte hinauslaufen. Auch der "Geift" wird kaum ein anderer werden. Dazu bedarf es eines langsamen Umbildungsprozesses; mit einer plöglichen Sinneganderung ift es nicht getan. Anders murde zum Teil wohl nur der Weg der Zwangsinnditate wirken. Aber doch eben nur zum Teil. Demgegenüber fann man nun ernsthaft versuchen, eine wirkliche Leitung der Wirtschaft anzuftreben und damit das Produktionsproblem an der Wurzel anzugreifen. Das erscheint bann allerdings geeignet, wirklich die produktiven Kräfte gunftig zu beeinfluffen: um aus der scheinbar planlofen eine fest vorgeschriebene und nach vernünftigen Grundfägen geleitete Wirtschaft zu schaffen. Es ift der Weg der Rationalisierung nicht nur im einzelnen Betriebe, sondern in der ganzen Wirtschaftsführung: möglichst Ausschaltung bes Zufalls und bafür bewußte Durchorganisierung.

Der Gebanke der planmäßigen Wirtschaftssührung betrifft nicht das Berteilungsproblem, auch nicht das der sozialen Macht, sondern das Produktionsproblem. Es bedeutet den Bersuch, die Wirtschaft als Gesamt prozeß selbst zu regeln. Bisher hatte der Gedanke immer nur in utopischen Schilderungen oder in sozialistischen Parteiprogrammen ein Dasein geführt. Selbst der Merkantilismus, der eine regelnde Wirtschaftspolitik befolgte, unterstützte gerade die private Initiative, wenn er auch im einzelnen die Produktion vorzuschreiben suchte. Von vornherein wird bei einer einheitlichen Leitung durch den modernen Volksstaat die Arbeitersichaft in entscheidender Weise mitzusprechen haben. Freilich würde eine solche Verwaltung einseitig die Produzenteninteressen zum Ausdruck bringen.

¹⁾ Der Entwurf der elektrischen Wirtschaft ist jreilich von einer stärkeren Sozialisierung weit entsernt, da nur die Höchstkraftwerke ersaßt werden.

Es müßten darum auch die Verbraucher sowie unabhängige Personen (die "Wissenschaft") in der Leitung mit vertreten sein. Dies fordert auch zum Beispiel Kautsky aus der richtigen Erkenntnis heraus, daß bloße Arbeitersinteressen noch keineswegs mit den Interessen der Gesamtheit zusammensfallen. Ihren Ausdruck hat der Versuch einer Planwirtschaft in der bekannten Wissellschen Denkschrift gefunden. Wir stellen hier den Grundsgedanken einer planmäßigen Gesantorganisation unabhängig von der dort vorgetragenen zufälligen Form dar.

Soweit ich sehe, sind zwei Wege zur planmäßigen Regelung der Wirtschaft an sich denkbar und bisher vorgeschlagen worden. Der eine ist vorgeschrittener Staatssozialismus, d. h. die Leitung der ganzen Wirtschaft geht von einer einzigen Zentralftelle aus 2). Sie bestimmt mit einem riefigen Apparat von Statistifen (Universalstatistif Reuraths) den Bedarf und verteilt danach einheitlich die Aufträge an die einzelnen Betriebe, die die Erzeugnisse dann an bestimmte Geschäftsstellen abzuliefern oder unmittelbar an die Verarbeiter weiterzugeben hätten. Dieser Weg scheidet aber wegen seiner Undurchführbarkeit von vornherein aus. Es ist reine Utopie und Phantastif und enthält keine brauchbaren Vorschläge. fächsische Sozialisierungsprogramm ift wohl nicht ernst zu nehmen, wenn es auch den Anspruch unmittelbarer Verwirklichung erhebt. Der andere Weg bedient sich bestimmter, schon vorhandener Organisationen oder fucht das Ziel durch Schaffung neuer Wirtschaftkörper zu erreichen, mögen es nun allgemeine Zwangsfyndifate, mögen es Selbstverwaltungsförper ber Induftrie sein. Es find Bermittlungsorgane, um zielbewußt "die Bolkswirtschaft zugunften der Bolksgemeinschaft zu betreiben und gesellschaftlich zu kontrollieren"3). Leitung mußte — das unterscheidet diese Form der Sozialisierung grundfählich von der vorangehenden — die Gütererzeugung felbst mindeftens überwachen und damit das Banze der Bolfswirtschaft zu beeinfluffen versuchen. Es murde also eine neue Wirtschaftsverfassung sein, ber notwendig auch ein anderer Inhalt eignet. Da die feineren Ausführungen im einzelnen nicht Gegenftand dieser vorläufigen Erörterungen fein können, so werden wir uns auf einige Bunkte beschränken.

¹⁾ Kautsky, Kriegsmargismus; sobann Referat auf bem Kongreß ber Arbeiterrate; vorbem ichon in ber "Sozialen Revolution".

²⁾ Dies bas fächfifche Sozialifierungsprogramm von Neurath = Kranold= Schumann, bas ber erftere bann in Bayern burchzusehen versuchte.

³⁾ So die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums, S. 181; abgedruckt in "Plutus" Nr. 23 u. 24 vom 4. Juni 1919.

Es besteht zunächst ein Unterschied, ob eine Wirtschaftsverfassung organisch mächst und sich entwickelt, wie es bisher in aller Geschichte ber Fall gewesen ift, oder ob fünftlich ein solches Gebilde gemacht und bewußt geschaffen wird 1. Gerade die Geschichte der Kartelle und Syndifate ift in dieser Beziehung sehr lehrreich. Wie fie erft langsam gleichsam taftend fich bilden, allmählich feste Formen annehmen, bis dann schließlich ein fo festes Gebilde wie das Kohlensyndikat hervorgeht. Auch dieses ist noch keineswegs abgeschlossen, sondern bildet sich dauernd um. Andere Kartelle haben überhaupt gar nicht annähernd diese feste Form erhalten und werden auch in der Weiterentwicklung schwerlich jemals dazu gelangen. Das gleiche mar ehedem bei den Zünften der Fall, die feinesmegs als fertige Bildungen erschienen, sondern dauernd in Umbildung begriffen waren, bis sie dann verknöcherten. Es ift ein erheblicher Unterschied, ob man zwangsweise solche Organe neu schafft, nach benen sich das Leben richten foll, oder ob diese aus dem Leben selbst fich gebildet haben und mit diesem dauernd eine Beränderung erleiden. Solchen fünftlichen Bildungen geht von vornherein nur zu leicht die Unpaffungsfähigkeit ab, gerade weil fie bewußterweise geschaffen sind. Sie verfallen einer Organisationsstarre um so eher, je feiner sie ausgedacht waren. Der dialektische Prozeß macht vor bewußt geschaffenen Organisationen keineswegs halt; es gibt auch hier eine Heteronomie der Zwecke. Der "Rapitalismus" war jedenfalls nicht gemacht, nicht aufgebaut und geschaffen, sondern war gewachsen und organisch geworden.

Doch dies sei, wie es wolle. Wir betrachten die einzelnen Maßenahmen, die eine solche Gesamtorganisation schaffen könnte, und lassen es dahingestellt, ob die Neuordnung der Wirtschaft durch Zwangssyndikate, durch Selbstverwaltungskörper oder durch ein zentralistisches Wirtschafts amt verwirklicht wird. Das Wesentliche ist, daß auch die gedachte Organisation an das Bestehende anknüpft und nur dieses in allen seinen Teilen planmäßig zu regeln unternimmt. Wir betrachten die Aufgabe, die sich eine solche planmäßige Wirtschaftssührung logischerweise stellen kann, daraushin: ob die produktiven Kräfte und die Gütererzeugung das durch dauernd gehoben werden, ob andererseits den Arbeitern wie der

¹⁾ Die philosophische Frage, ob wir aus einem Zustande mehr unbewüßten Schaffens in einen solchen des bewüßt schaffenden Geistes gelangen, scheidet hier aus. Es ist offenbar der neu erwachende Einfluß Hegels, der das Schwersgewicht wieder nach der Seite der Bewüßheit verschiedt, und der sich durch Marx und das sozialdemokratische Programm auf die Politik überträgt. Die notwendige Entwicklung der Willensrichtung zu einer "bewüßten" zu machen, wird im Ersurter Programm geradezu als politische Ausgabe betrachtet.

Gesamtheit ein größerer Anteil am Realertrag zuteil wird. Dabei lassen wir es ausdrücklich dahingestellt sein, ob nicht der materielle Nachteil durch andere immaterielle Werte (Selbständigkeit, Mitbestimmung, Selbsts verantwortlichkeit) aufgewogen werden kann. Wir haben es nur mit der ökonomischen Seite des Problems zu tun. Vier Aufgaben könnte eine planmäßige Wirtschaft sich stellen:

- a) Verteilung der Rohstoffe und Herstellung der Güter nach Dringlichs keit des Bedarfs;
- b) Regelung des Absahes im Inlande und eventuell des Außenhandels;
- c) Ginfluß auf die Preisbildung;
- d) Stillegung und Konzentration der Betriebe, sowie technische Berbesserungen.

Es besteht Einmütigkeit darin, daß nicht der Staat selbst die ganze Wirtschaft in die Hand nimmt und durch Beamte betreiben läßt. So-weit nicht Bollsozialisierung einzelner Gewerbe oder die Einrichtung gemischtwirtschaftlicher Betriebe vorgenommen wird, bliebe das privatwirtschaftliche System in weitestem Umsange bestehen. Man spricht wohl von "Gemeinwirtschaft" und versteht darunter "die zugunsten der Bolksgemeinschaft planmäßig betriebene und gesellschaftlich kontrollierte Bolkswirtschaft"). Wir behandeln die einzelnen Teilprobleme, ohne uns über die Art der Durchsührung und Realisierung im einzelnen den Kopf zu zersbrechen, obwohl gerade sie schwer genug sein dürste.

a) Verteilung der Rohftoffe sowie Herstellung der Güter nach Dringlichkeit des Bedarfes. Solange Rohftoffs fnappheit besteht, liegt es im Interesse des Volkes, auch die kleineren Betriebe über das ganze Land hin zu erhalten, weil sonst eine Stauung der Bevölkerung an wenigen Stellen die Folge sein würde. Diese vorsübergehende Zuteilung der Rohstoffe geschieht wesentlich deshalb, um nicht einigen kapitalkräftigen Betrieben allein die Versorgung zu geswährleisten. Sin Verteilungsschlüssel nach der bestehenden Kapazität der einzelnen Betriebe für jedes Gewerbe würde sich ohne große Organisation aufstellen lassen?). Etwas anders wäre aber naturgemäß die dauernde

¹⁾ Wörtlich die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums, S. 181.

²⁾ In der Tagesliteratur scheint ganz übersehen zu sein, daß die alte Kommission für die Übergangswirtschaft einen solchen Schlüssel ausgearbeitet hatte. Der Bezug der Rohstosse sollte an sich freistehen, aber die Zuteilung nur quotenweise nach der Höhe der Gesamteinsuhr geschehen. Wenn diese zunahm, würde auch automatisch der Anteil und das Bezugsrecht jedes einzelnen Empfängers zunehmen.

Ruteilung der Rohftoffe nach der Dringlichkeit des Bedarfes. Damit foll die Richtung der Produktion überhaupt vorgeschrieben werden. halte das im Grunde allerdings für eine ziemlich unüberlegte Redensart, der recht wenig Anschaulichkeit entspricht. Die "Dringlichkeit des Bedarfes" im ganzen läßt fich von vornherein nicht einfach bestimmen. Jene hängt in erster Linie ab von der Ginkommensgestaltung und der Raufkraft der Bevölkerung, sodann aber von der Ausfuhrmöglichkeit. Die letztere besteht häufig genug gerade in weniger bringenden Bedarfsartikeln des Luxus und der Qualitätswaren. Gine folche Ausfuhr ift für die ganze Bolkswirtschaft weit vorteilhafter als die von Maffenwaren. Es gibt eben auch einen nationalen Mehrwert. Spigen und koftbare Belge für die Ausfuhr herzustellen, dürfte einen größeren nationalen Mehrwert ergeben als die Ausfuhr von Kohlen und Halbzeug. Andererseits kann schwerlich die vorhandene nationale Induftrie allein auf die dringlichen Bedürfniffe eingerichtet werden, weil das eine vollständige Umstellung der vorhandenen Betriebe bedeuten murde. Man wird also auch die Berstellung von Erzeugniffen geftatten muffen, die vom Standpunkt bes Inlandskonfums nicht absolut dringend erscheinen. Gardinenfabrifation, obwohl sie weniger dringend ift als die von Bemben, mußte berücksichtigt werden, ebenso die Erzeugung von feinen Metallwaren, obwohl Küchengeräte dringender find. Sonst' stiftet man eine kolossale Berwirrung und Entwertung von fest= gelegtem Kapital, das man später doch wieder braucht. Nur eine andere Einkommensverteilung und eine Besteuernng der höheren Bezüge kann hier einwirken und eine allmählige Umstellung auf den Massenbedarf hervorbringen. "Blanmäßig" läßt fich sehr wenig auf diese Weise erreichen.

Andererseits aber überschätzt man allzugern die Bedeutung des nicht dringenden Bedarfes und des Luxuskonsums ganz erheblich. Es bestehen im allgemeinen ganz phantastische Vorstellungen darüber, was wunders für Bedeutung der Luxuskonsum erlangt hat 1). Es liegt das daran, daß er es ist, der in den Schausenstern vor allem zur Geltung kommt, und daß seine Zurschaustellung aufreizend wirkt. In Wirklichkeit macht er aber im Verhältnis zur nationalen Produktion einen geradezu verschwindenden Bruchteil aus. Ein Fortsall dieses würde tatsächlich nur sehr wenig produktive Kräfte freisezen. Dasselbe gilt übrigens auch für die Reklame: ob darauf über ein Prozent unserer Produktion entsällt? Es ist zu bezweiseln, wenn auch genauere Angaben bisher sehlen. Für die allges meine Massenherstellung würde durch beides nur wenig mehr an Produk-

¹ Besonders traf in den Schriften von Balter Rathenau.

tionsmöglichkeiten gewonnen. Das ergibt sich schon aus den früheren Erwägungen, die wir über den Mehrwert anstellten. Wenn im Verhältnis zum Arbeitslohn der Teil des Mehrwertes, der von der besitzenden Klasse wirklich konsumert wird, nur einen so kleinen Bruchteil ausmacht, so kann auch die Umstellung der Erzeugung auf den dringlichen Bedarf keine so erheblichen Mehrprodukte für die Gesamtheit liesern. Aus dieser Umstellung allein dürste keine nennenswerte Erhöhung des Güteranteiles herauskommen. Abgesehen von der Schwierigkeit der wirklichen Fesistellung dessen, was dringlich ist, abgesehen von der Unmöglichkeit, Produktion für Iussuhr zu trennen, ist auch das Realergebnis einer Umstellung der nationalen Produktion unter heutigen Verhältnissen nicht beträchtlich genug. Es erweckt den Anschein einer wunder wie großen Neugestaltung, ist es aber nicht.

b) Ru zweit fame Regelung des Absates unter Ausschaltung "unnüger Zwischenglieder" in Betracht; sodann Regelung der Ein- und Ausfuhr, die bisher scheinbar ganz zufällig und willfürlich erfolgte. Hier scheint am eheften anftatt ber planlosen Wirtschaft eine vorgeschriebene Regulierung einsetzen zu können. Die Übersetzung bes Detailhandels in vielen Branchen, die überflüffigen Geschäftsreisenden usm. find oft Gegenstand der Anklage geworden. Bum Teil durchaus mit Recht. Es geschieht freilich schon von felbst manches, um Zwischenglieber auszuschalten: so durch die Syndifate, durch Einkaufsgenoffenschaften der Landwirte und einzelner Gewerbe, durch Konsumvereine und Absatzvereinigungen. Bermöchte das indeffen nicht gang planmäßig ins Werf gefett zu werden? Durch eine folche wirkliche Gemeinwirtschaft scheinen Kräfte freigeset zu werden, die unmittelbare Rüklichkeiten und Gebrauchsauter herftellen könnten. Berurfacht nicht der heutige Weg, in der fehr viele fonfurierende Geschäfte nebeneinander bestehen, in der Niederlagsfreiheit und Gewerbefreiheit den Bedarf vermitteln, zu hohe unproduktive Roften, die bei planmäßiger Leitung ganz fortfielen? hier liegt eine weitverbreitete, aber unrichtige Borftellung zugrunde. Jede zentrale Organisation, gleich ob Umtsftelle oder Selbstverwaltungsförper, hat andere neue Koftenelemente aufzuweisen, kommt aber ebensowenig ohne solche aus wie der private Handel. Denn es bestehen eben ganz bestimmte Funttionen, die unter allen Umständen erfüllt werden muffen, und die bisher der Handel erfüllte. Es ift zuzugeben: oft auf fehr unvollkommene Welche find das?

Einmal handelt es sich um Rohstoffe bestimmter Qualität und um bestimmte Warenarten, die der individuelle Kausmann weit passender

auszuwählen vermag als ein Zwangssyndikat oder ein staatliches Bureau 1). Sobann hat ber Handel die pflegliche Behandlung ber Waren zu übernehmen, auf die es jehr viel ankommt. Eine solche Verwaltung der Waren ist wiederum eine Funktion, die ihm kein anderer abnehmen fann, um Verlufte möglichst zu vermeiden. Das hat die Kriegsverwaltung deutlich gezeigt. Weit er kommt das Kreditmoment in Frage; bei Fortfall bes handels mußte für die Zeit des Warenumsates das Kapital oder die notwendigen Genugmittelvorräte von anderer Seite vorgestreckt werden: das fett bedeutende Aufwendungen voraus. Endlich verursacht jede andere Organisation an fich ebenfalls Roften. Bor allem jede zentralistische Organisa= tion, die notwendig bureaufratisch und fachuntundig vorgenommen werden muß, kostet noch mehr. Man hat eben in jedem volkswirtschaftlichen Syftem mit unproduktiven Leiftungen zu rechnen, die man voll in Rechnung setzen soll. Die distributive Tätigkeit des Handels an sich muß aber unter allen Umständen ausgeübt werden. Darum erscheint mir die Ersparnis an nationalen Kräften nicht sehr erheblich zu sein, die bei einer einheitlichen Regelung des Absates, wie die Planwirtschaft sie vornehmen will, herausspringt. Sicherlich entfallen bei bem gegenwärtigen Suftem in Deutschland zwölf vom Hundert der Bevölkerung allein auf Handel und Verkehr. Aber ob die Rahl der distributiven Kräfte an fich geringer wird, wenn diese Tätigkeit "geregelt" murde, sieht doch höchst zweifelhaft aus. Noch mehr freilich, ob fie gleich gut und zuverläffig arbeiten wird. Denn man mußte ftatt ber privaten Händler ebensoviel anderes Bersonal und sachliche Koften auf den Apparat und die Organisation verwenden. Und vermutlich fogar noch einige mehr. Unproduktive Leistungen hier, unproduktive Leistungen dort: wir muffen sie nun einmal in Kauf nehmen und sie bei einer Sozialisierung erst recht in Rechnung stellen.

c) Ein Einfluß auf die Preisbildung wird vor allem in dem Sinne angestrebt, daß man übermäßige Preise herabdrückt oder durch Betriedsverbesserbesserungen vermindert. Auch hier scheint ein erhebliches Mißverständnis vorzuliegen, das sich aus dem Zustand der Kriegswirtsschaft herschreibt. Die Eigentümlichseit der Abschließung des Marktes und die dadurch erlangte Monopolstellung der Andietenden kommt in der Friedenswirtschaft wieder in Fortsall. Sine nationale Preispolitik versbietet sich jedoch in dem Augenblick, wo der freie Weltmarkt wiederhersgestellt ist. Selbst bei einem noch so stramm organisierten Kartell ist der

¹⁾ Dazu die unter dem Titel "Der Großhandel und die deutsche Bolks-wirtschaft" herausgegebene Schriftenfolge, z. B. Cppenheimer, Großmann, Leidig u. a.

Wettbewerd keineswegs ganz ausgeschlossen. Zudem hat die Handelspolitik Mittel zur Verfügung, um ihn effektiv werden zu lassen. Dieser Umstand gilt auch bei der Mitwirkung der Verbraucher an der Preisbildung: sie würde voraussichtlich von erheblich geringerem Belang sein, als man vielsach mutmaßt. Sine Mitwirkung aller anderen Instanzen vollends würde nur verschwindenden Sinsluß auf die Preise auszuüben vermögen. Oder sie würde durch unrichtige Normierung die Produktion hemmen und die ganze Volkswirtschaft schädigen. Der Preis ist nun einmal im privatwirtschaftlichen System, das man ja im übrigen beisbehält, der Regulator der Produktion wie des Sinkommens und Güterverbrauches. Er beruht auf einem sehr exakt arbeitenden Feinmechanismus, der sich kaum durch einseitige Regelung beseitigen oder wesentlich versschieden läßt, ohne das System selbst ins Wanken zu bringen. Er will darum ganz besonders behutsam behandelt werden.

d) Endlich Standortsänderung und Stillegung von Betrieben. An sich vermöchte eine Planwirtschaft allerdings unvorteilshafte Betriebe auszuschalten. Wenigstens auf dem Papier. Die unmittelsbare Wirtung auf die Arbeiterschaft würde aber, wie schon vorher gesagt ist, eine höchst ungünstige sein. Sie wäre zu ertragen und müßte in Kauf genommen werden, wenn dadurch eine Entlastung der Volkswirtsschaft und eine Erhöhung der Erträgnisse einträte. Darum darf sie nur mit allergrößter Vorsicht und ganz allmählich geschehen, wenn eine Zentralstelle die Sache verwaltet. Dabei wären außerdem stets lokale Vorteile und eine gewisse Dezentralisation im Auge zu behalten. Auch hier besteht ein nicht geringer Widerspruch zwischen theoretisch weitestgehender Konzentration der Verwaltung und der damit Hand in Hand gehenden Dezentralisation der Betriebe. Natürlich verursachte die geschaffene Zentralsinstanz wieder von neuem unproduktive Auswendungen, die die Erzeugung mittelbar belasten.

Anders stünde die Sache, wie ich vorher schon ausgeführt habe, in dem Falle, wo Zwangssyndikate oder Selbstverwaltungskörper der Insustrie gebildet würden. Sie müßten alle möglichen Betriebe des Geswerbezweiges umfassen, auch die kleineren und schwächeren. Das erschien uns vordem als Haupteinwand gegen eine solche Zwangsorganisation der Wirtschaft, daß sie einen bestehenden Zustand zu verewigen imstande ist. Die kleineren und schwächeren Betriebe würden natürlich mitzureden haben. Gerade bei Mitwirkung der Arbeiterschaft würden sie sich einer Stills

¹⁾ Dies bekanntlich ein Grundgedanke der Wiffelschen Denkschrift.

legung nach Möglichkeit zu widersetzen versuchen: sie verhalten sich darin ganz anders wie die Trusts, die aus privatem Gewinnstreben solche Stillegungen vornehmen. Diesen großen Unterschied darf man niemals übersehen. Wenn man jedoch eine solche Stillegung aus gemeinwirtschaft-lichen Gründen besiehlt, so würde die Folge wiederum Arbeitslosigseit sein, die man dem heutigen System der Konkurrenz gerade zum Vorwurf macht. Auch hier also ein schweres Dilemma und ein innerer Widerspruch.

Uhnlich steht es mit der Frage des technischen Fortschrittes. Db er gerade durch Zwangsfyndikate und Selbstverwaltungskörper bei dem Wehlen jeder Konfurreng am besten aufgehoben wird, kann höchst zweifelhaft fein. Übrigens möchte auch hier fehr oft die Ginführung technischer Verbefferungen, vor allem der weitere Ersat der Menschenarbeit durch Maschinen, wiederum die Wirkung haben, eine industrielle Reservearmee zu erzeugen und mithin den Lohndruck zu vermehren. Ihr dürfte also nur jehr allmählich ftattgegeben werden. — Etwas anderes ift es, eine vollständig planmäßig organisierte Wirtschaft auf dem Bapier zu entwerfen. Die funktioniert natürlich, wie alle rationellen Konstruktionen, vollständig reibungslos. Sie bedeutet ein "Perpetuum mobile" der Bolkswirtschaft, bas es nicht gibt und niemals geben fann. Etwas anderes ift es, im privatwirtschaftlichen System die Durchführung von bestimmten Maßnahmen ins Werk zu setzen und vorher in allen Konsequenzen zu durch-Nur mit letterem haben wir es hier zu tun. fich freilich auf dem Gebiete der Normalisierung und Inpisierung durch Vereinbarungen der Fachverbände und Kartelle unendlich viel erreichen Bierin scheinen mir die Anhänger des Systems absolut recht zu haben, daß eine Überfülle gang nebenfächlicher und zufälliger Formen, Muster und Modelle zum guten Teil nur aus Konkurrenzgrunden entftanden sind, die unproduktive Arbeit bedeuten 1). Auch an überflüffigem Hin- und Hertransportieren der Waren könnte fehr gespart werden, wenn der nächste Produzent den Verbraucher aufjucht und umgekehrt (Caren-Dühringsches Problem). Es bleibt die Frage offen, wie weit hier freiwilliger Zusammenschluß, wie weit Zwang und planmäßige Regelung biejes Gebiet am meiften fördert.

Andererseits bringt aber die absolute Konzentration der Betriebe an gewiffen Plägen, die scheinbar höchste Rationalisierung bedeutet, nur teils weise eine Hebung der produktiven Kräfte. Stauung der Arbeiter erzeugt

Schriften 159. - Berhandlungen.

¹⁾ Darüber Gulenburg, Neue Wege der Birtschaft. Beispiele bei Rathenau, Reurath, Bilbrandt u. a.

eine unökonomische Zusammendrängung der Bevölkerung, damit Steigerung der Grundrente, bedenkliche Wohnungsverhältnisse, Schwierigkeit der Ersnährung, erschwerten Transport. Sine gewisse gleichmäßige Verteilung der Industrie ist darum aus ökonomischen Gründen zweckmäßiger. Sie bringt aber, wie wir sahen, nun andere unproduktive Auswendungen mit sich 1), die in der Natur der Sache liegen.

Prüfen wir so die einzelnen Maßnahmen, die eine "planmäßig betriebene und gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft" durchführen könnte, fritisch auf ihre Tragfähigkeit, so ist das Ergebnis durchaus nicht eindeutig, falls man versucht, sie aus dem Papiernen in das Wirkliche ju übertragen. Gine nationale Preisregelung ift in einer Zeit weltwirtschaft= licher Beziehungen von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Eine Regelung der Produktion nach der Dringlichkeit des Bedarfes erwies sich nicht als durchführbar, weil diese selbst nicht eindeutig feststeht. Sie murde höchstens bei völliger Verstaatlichung aller Industrie und Landwirtschaft, also bei reinem Kommunismus, möglich sein. Der Luruskonsum hängt zudem wesentlich von der Einkommenverteilung ab, die von der Organisierung gar nicht getroffen wird. Die Regelung des Absates hat auf alle Källe das Moment der inneren Koften in Rechnung zu ziehen. Sie dürfte sich bei einer bestimmten zwangsläufigen Organisation weit höher stellen als bei freiem Wettbewerb, obwohl hier unproduktive Leiftungen ohne weiteres zuzugeben sind. Stillegung und Konzentration von Betrieben endlich haben ebenfalls doppelte Folgen. Einmal können fie machsende Bermaltungstoften verursachen, wenn fie über ein gemiffes Maß hinausgehen (Gesetz der zunehmenden Generalkoften); andererseits möchten fie die Selbstauslese der Betriebe dauernd hindern. Dagegen werden manche Regiekoften, die nur aus Konkurrenzgründen entstehen, tatfächlich fortfallen. Auch könnten eventuell Normalisierung und Typisierung sowie andere technische Verbesserungen in die Wege geleitet werden, sobald nicht fozialpolitische Momente dies vorübergehend erschweren. Dabei bleibt es eine psychologische Frage, wie weit sich die Dinge durch bureaufratische Regelung von oben erzwingen laffen, wie weit eine freiere Gestaltung und bas Geminnstreben des Einzelnen das herbeiführt. Auch das Graebnis erscheint durchaus strittig und feineswegs eindeutig festzustellen.

¹⁾ Untersuchungen über die Wirtschaftlichkeit der Trusts stehen noch ganz aus. Auffallenderweise fehlt leider jede konkrete Borstellung darüber, und es sind nur ganz vage allgemeine Behauptungen aufgestellt. Es ist aber billig zu bezweiseln, daß ihre Wirtschaftlichkeit eine so große ist. Die Ursache der Bertrustung liegt mehr in finanziellen als in rein betriebswirtschaftlichen Momenten.

V. Vorläufige Zusammenfassung.

1. Wir versuchen die vorläufigen Graebnisse unserer wissenschaftlichen Betrachtungen in etwas mehr suftematischer Weise festzuhalten. Es kann sich dabei nicht um die Kritik von Entwürfen zu einer künftigen Gesellschaftsordnung handeln, sondern nur um die Frage der Tragfähigkeit beftimmter Magnahmen im heutigen Wirtschaftssuften, ihrer Wirkungen auf die Gefamtheit der Volkswirtschaft, auf deren Bang und Entwicklungs= fähigkeit. Dabei ist freilich das politisch-psychologische Moment nicht zu vernachläffigen. Das Bewußtsein der größeren Macht und des mitbeftimmenden Ginfluffes kann die Menschen williger machen, sich den Verhältniffen zu unterwerfen, als wenn fie nur den Befehlen einer bevorzugten Minderheit gehorchen. Das erscheint als der Sinn der modernen Bewegung überhaupt, die Machtverhältnisse von Grund aus zu ändern. Damit mare die psychologische Möglichkeit gegeben, daß der Mensch sich auf die Verhältniffe anders einstellt als bort, wo reine Berrschaft aus geübt wird. Dabei könnte die Notwendigkeit einer Leitung der Wirtschaftsvorgänge durch selbstverantwortliche Unternehmer allenthalben gewahrt bleiben. Der energetische Unternehmungsgeist ift offenbar noch auf lange hinaus die Bedingung für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktiv-Solange diese aber nicht vollständig entwickelt sind - und fie find es noch in keiner Beise -, kann nicht gut von einer rein bureaufratischen Verwaltung die Rede fein.

Ein Teil der Sozialisierungsmaßnahmen stellt sich lediglich die Aufgabe, die neue Machtverschiebung äußerlich zum Ausdruck zu bringen. Die Bedingung ihrer Verwirklichung im ökonomischen Sinne aber ift: daß dadurch die Entfaltung der produktiven Kräfte nicht gehemmt oder gar unterbunden wird. Wenn das einträte, so murde die Gesamtheit eine Schädigung, d. h. einen Minderertrag an volkswirtschaftlichen Gutern, Auf deren Mehrung kommt es durchaus an. Die Demokrati= sierung der Gewerbe ist an sich nach dieser Richtung neutral. Sie kann fördern, aber sie kann auch hemmen. Die Möglichkeit, daß durch Mitwirkung der Betriebsräte technisch organisatorische Magnahmen unterbleiben, weil dadurch die beteiligte Arbeiterschaft unmittelbar ungünstig getroffen wird (Lohnverkürzung, Mechanisierung der Arbeit, Arbeiter= entlassung), ist vorhanden. Dadurch würde die Gesamtheit und die zufünftige Entwicklung geschädigt. Es wird die Frage der tatsächlichen Geftaltung fein, ob die Rateorganisation mehr von einem Geifte, der das gerade Bestehende zu erhalten sucht, oder mehr von einem fort=

schreitenden Geiste der Wirtschaft getragen ist. A priori ist darüber nichts auszusagen. Nur sind beide Möglichkeiten stets im Auge zu behalten, damit nicht schmerzhafte Enttäuschungen erlebt werden.

2. Soweit die bisher vorgeschlagenen Magnahmen das Verteilungs= problem betreffen, erscheinen die Wirfungen auf die Gesamtheit nicht fehr erheblich. Es handelt fich dabei ausschließlich, das ift niemals zu vergessen, zunächst nur um eine Anderung des Nominalertrages durch Verteilung des in Geld ausgedrückten Überschuffes (Mehrwertes) an die Arbeiter. Es ist möglich, dadurch einzelne Arbeiterkategorien herauszuheben und ihren Nominalertrag zu erhöhen. Das fann geschehen auf Rosten des Einkommensanteils der Besitzenden, also des privaten Konsumtionsfonds. Es kann geschehen auf Rosten künftiger Rapitalbildung und des fünftigen Güterumfanges, also des volkswirtschaftlichen Affumulationsfonds. Es kann endlich aeschehen auf Kosten, der für die Allgemeinheit bestimmten Aufwendunngen (Abgabenfonds): im ganzen also auf Rosten der drei Berwendungsarten, für die bislang die Uberschüffe des Mehrwertes bestimmt waren. Lettere beiden Underungen in der Verteilung würden jedoch für die Gesamtheit ohne jeden Vorteil, ja sogar schädlich fein. Bom Abgabenfonds fann nichts fortgenommen werden. Denn die allgemeinen Aufwendungen (Kultus, Gefundheitspflege, Rechtsprechung, Berwaltung) werden in Zufunft größer sein, also auch einen größeren Anteil des Überschuffes in Anspruch nehmen. Das einzelne Mitglied der Gesellschaft wird ftarter auf fie angewiesen sein. Rapital= bildung andererseits bleibt zur Schaffung von Zukunftswerten nötig. Wird dieser für die Kapitalbildung bestimmte Teil des Ertrages, also der Affumulationsfonds, unmittelbar in den Konsum der Arbeiter überführt, so vermindert sich die Berstellung von Gütern für die Zukunft. Gine Berminderung ber Bevölferung ober Auswanderung mußte bie Folge sein. Von der Einwirkung auf die Breise sehen wir dabei ganz ab.

Es bliebe also nur eines übrig: es muß die Erhöhung des Anteiles der Arbeiter und Angestellten am Ertrage auf Kosten des privaten Konsumtionsfonds der bisherigen Genießer (Unternehmer, Kapitalisten, Rentner, Grundbesiter) geschehen. Wie wir gesehen haben, ist aber der Mehrwert, der dadurch wirklich zur Berteilung gelangt, mag er auch im einzelnen außerordentlich groß erscheinen, im Verhältnis zur Zahl der anteilsberechtigten Arbeiter, Angestellten und Beamten doch nur verschwindend. Das war bereits der Fall, wenn wir uns lediglich auf die Gelbsorm beschränkten. Aber man kann durch den "Geldsetisch" hindurchschauend zu den realen Gütern gelangen. Dabei ergibt sich das Folgende: War

schon der bloge Geldbetrag, der auf diese Weise für den einzelnen herausfommt, fehr unerheblich, fo ift vollends ber Realbetrag an Stoffen, Materialien. Konsumtionsautern, der durch Verkleinerung des Luruskonsums der Besitzenden gewonnen werden könnte, noch viel geringer. Teil ihres Konfums bezieht fich ohnedies auf gewöhnliche Güter. Wenn ber reine Luxuskonsum fortfällt, so wurde ihr Normalkonsum entsprechend fteigen und mußte naturlich ebenfalls befriedigt werden. Berbieten wir das Tragen von Samt und Seide, so murden diese Kreise mehr Baumwolle und Wolle beanspruchen usw. Die materielle Gesamtersparnis an Materien, Silfsstoffen und Arbeitsfräften, die daraus entstehen, erscheint verschwindend. Das ergibt fich bereits aus dem, mas mir aus der Erhöhung des Geldanteiles früher ausgeführt haben. Es mürde aber felbst die völlige Wegnahme des überdurchschnittlichen Unteils der Besitzenden an Gütern, also die völlige Wegnahme ihres Überkonsums (Möbel, Wohnungseinrichtungen, Badereifen, Pferderennen, Schmuck, Mehrzimmerwohnung, Es- und Kleiderlugus) die Gesamtgutererzeugung für die große Mehrzahl nicht wesentlich vermehren. Absehen wollen wir davon, daß die Beseitigung jeder Differenzierung eine kulturelle Berarmung darftellt. Sie möchte in Rauf zu nehmen sein, wenn dadurch wirklich die Allgemeinheit Vorteil hatte. Das ift aber nicht der Fall.

Das Ergebnis ist also: der allgemeine Konsumtionssond erfährt durch die Verteilung des gefamten realen überkonfums der Besitzenden gar keine wesentliche Vergrößerung. Die auf Lurus eingestellte Produktion ift im Verhältnis zur Gesamtgütererzeugung viel zu gering. Gine Erhöhung des Nominalertrages, sei es durch Gewinnbeteiligung der Arbeiter am Ginzelbetriebe, sei es durch Lohnerhöhung der Arbeiter in fozialisierten Betrieben, bedeutet darum in Wirklichkeit gar keine ober nur eine geringe Befferstellung der Arbeiter in ihrer Gesamtheit. Der Berzicht auf Berftellung alles Lurus: und Überkonfums vermehrte die realen Güter für die übrige Bevölferung vollends nur in ganz verschwindendem Mage. Db dadurch jede Broletarierfamilie mehr als etwa eine Bluse oder ein Baar Stiefel. einen Kinderanzug und endlich noch das eine ober andere Hausgerät beziehen würde? Schwerlich. Die Wirkung eines Ausgleichs der Reichtumsunterschiede durch völlige Fortbesteuerung hat mehr eine psychologische Bedeutung als eine volkswirtschaftliche. Damit fallen all die Erwartungen, die sich die Arbeiter unmittelbar aus der Gewinnbeteiligung und der Bollfozialifierung ganzer Betriebe etwa versprechen follten, in fich zusammen. Alle Magnahmen, die eine Anderung des Verteilungs= problemes auf dem Boden der privaten Wirtschafts=

ordnung erstreben, sind in Wirklichkeit nur Scheins lösungen. Das Schwergewicht liegt ausschließlich auf seiten des Produktionsproblems.

3. Bleibt die Hauptfrage: die Erhöhung des Rohertrages der Volkswirtschaft, die Mehrung der absoluten Gütererzeugung überhaupt und die Stärfung der produktiven Kräfte. Wie weit können diese auf dem Wege der Sozialisierung erreicht werden? Das Produktionsproblem gibt sich in Form einer allgemeinen Rationalisierung der Wirtschaft überhaupt — sei es der Stoffökonomie, der Zeitausnutzung, der Standortswirtschaft, der Arbeitsökonomie, der Gebrauchsverwendung, sei es endlich der Durchsorganisierung der Volkswirtschaft im ganzen 1). Es ist die Frage nach der Erhöhung des ökonomischen Koefsizienten, d. h. des Verhältnissezwischen Ergiebigkeit und Auswand der nationalen Produktion, wir wir das östers genannt haben. Wird dies besser erreicht durch das System der freien Unternehmung und der energetischen Leitung oder durch eine dew ußte Organisierung der produktiven Kräfte? Das ist allein die entscheidende Frage des Sozialisierungsproblems.

Jedes Syftem der Gütererzeugung enthält eine Reihe von unprodufstiven Koften, die das Maximum der Leiftungsfähigkeit verhindern?). Sie verlangen Aufwendungen für an sich "wertlose" Leiftungen, ohne irgendswie der Gesamtheit schon materiell zu nützen. Sie mögen dabei für den einzelnen vorteilhaft genug sein. Das System des mittelalterlichen Handswerkes wie das des Merkantilismus enthielt eine große Menge solcher toten Kosten, die zu überwinden sich das liberale Wirtschaftssystem zur Aufgabe stellte. In diesem selbst sind nun von neuem solche tote Kosten entstanden. Bei der freien Verkerswirtschaft sind die hemmenden Momente oft hervorgehoben worden, indem man den Maßstab der absoluten Vernünftigkeit anlegte. Zersplitterung der Betriebe, überslüssige Zwischenglieder, übersetzung vieler Branchen, vor allem beim Detailhandel, Auswendung sür Reklame, Herstellung reiner Konkurrenzwaren mit tausend Mustern, unz günstiger Standort der Betriebe usw. Der Grund ist einsach darin zu suchen, daß das System nicht mit einem Male nach Vernunftprinzipien aufgebaut

¹⁾ Die Einzelheiten in meinen "Borfragen zur künftigen Finanzwirtschaft" und in den "Neuen Wegen der Wirtschaft".

²⁾ Die Lehre von den produktiven Kräften liegt bei uns im argen; ebenso die ganze Lehre von der Produktion. Sehr vieles, zum Teil Ausgezeichnetes bei Marx, Theorien über den Mehrwert, vor allem in Bd. I über Smith, aber auch sonst. Dazu vielleicht noch Philippovich, Begriff der Produktivität, in Schriften des Bereins für Sozialpolitik.

wurde, sondern organisch-historisch, also unrationell geworden ift: Der Wille hat mehr als die Vernunft bei seiner Entwicklung und Ausdehnung mitgewirkt. Aber jedes noch fo gut durchbachte und organisierte System würde tote Koften und unproduktive Leiftungen nicht entbehren können. Gerade die Organisation und der ganze Apparat der Verwaltung stellen eine folche unproduktive Verteuerung dar. Die Übersichtlichkeit leidet auf andere Weise als unter dem freien Sustem: nämlich durch die Kompliziertheit der Organisation selbst, durch die unökonomische Gesinnung aller nicht unmittelbar am Betriebe interessierten Persönlichkeiten, durch die enormen Kosten der Kontrolle und des bureaukratischen Instanzenweges. E3 sind Auswendungen, die an sich gänzlich wertlos und unproduktiv bleiben. Sie geben zwar Beschäftigung, sind aber doch nur Mittel zum Zweck und vermehren offenbar die produktiven Güter gar nicht. Reaulierungsapparat kostet eben selbst, abgesehen von der Frage, ob die Leiftungen eines solchen Apparates ebensoviel zu schaffen vermögen 1). Dazu fommt die Vermehrung der inneren Reibungen des Snftems, die einen Teil seiner Vorzüge wieder aufzuheben drohen. Es wird für die ideale Gestaltung einer Wirtschaftsordnung an sich darauf ankommen, die toten Kosten auf ein Minimum zu bringen.

Die Mehrzahl der vorgeschlagenen Maßnahmen, das sahen wir, lassen an sich das Produktionsproblem in der Hauptsache überhaupt gänzlich unbeeinslußt. Sie vermögen darum auch die reale Gütererzeugung der Bolkswirtschaft kaum nennenswert zu beeinslussen, außer soweit die Demoskratisierung der Gewerbe diesen Erfolg zeitigt. Allerdings erwiesen sich gewisse Momente imstande, durch flärkere Interessen der Arbeiter die Rationalisierung selbst zu fördern. Andere scheinen geeignet, dies bezüglich der technischen Errungenschaften zu tun. Die Frage des Arbeitsantriebes kann auf ganz neuen Kulturwerten beruhen, nachdem einzelne der alten Arbeitsantriebe zum Teil zurückgetreten sind. Die Hauptsache wird aber stets die Steigerung der Bedürsnisse und die Notwendigkeit ihrer Befriedigung durch intensive Arbeit bilden. Wir fanden auf der anderen Seite freilich

¹⁾ Als Organisationsproblem faßt die ganze Frage von vornherein H. Beck, Wege und Ziele der Sozialisierung. Die Lehre von der Organisation hat sich Plenge zum Gegenstand besonderer Untersuchungen gemacht; ein Kapitel in den Preußischen Jahrbüchern, 1919, Maihest. — Die Lehre von der Bureaukratie, die eine besondere Bedeutung künftig erlangen wird, ist überhaupt vollständig vernach-lässigt. Der einzige Max Weber hat ihre zentrale Bedeutung für jede künftige Wirtschaft, mag sie sich als "Gemeinwirschaft" oder wie sonst immer bezeichnen, erkannt und anregend behandelt.

ebenso ftarke hemmende Momente, die durch die Berücksichtigung der Gegenwartsinteressen der Arbeiter bedingt sind. Biele der Umstellungen organisationstechnischer Art setzen sich zum Teil über die unmittelbaren Interessen der lebenden Arbeitergeneration hinweg. Sie kommen erst einer künftigen Generation zugute. Die Frage ist, ob trotzdem solche Maßenahmen Aussicht auf Berwirklichung haben. Ich wage diese Frage nicht zu entscheiden. Aber allzu wahrscheinlich ist wohl ihre Bejahung nicht. Nur ist sie das eigentliche Zentralproblem aller Sozialisierung überhaupt, wenn sie wirklich die ökonomische Lage der großen Mehrzahl der Besvölkerung auf die Dauer verbessern soll.

Die Planwirtschaft im ganzen erweist sich noch nicht ohne weiteres als die wirtschaftlich ertragreichere: sie bringt eben ein neues Moment der toten Kosten und unproduktiver Leistungen gerade durch die Organisation selbst herein. Das Wirtschaftsprogramm der Wisselschen Denkschrift entshielt davon ein besonders abschreckendes Beispiel 1). Dieser Apparat entsbehrte jeder Appassgähigkeit und vermehrte die Menge der unproduktiven Auswendungen enorm. Selbst die Übersichtlichkeit des Ganzen ist durch eine planmäßige Leitung noch keineswegs gewährleistet. Jede zu starke Zentralisation birgt in sich wieder neue Momente der Unübersichtlichskeit, des inneren Reibungswiderstandes und der zunehmenden Generalkosten. Es ist aber das erste, was man in jedem System sessischen muß, wie groß der innere Widerstand und damit die toten Kosten sich stellen. Es liegt nur selten in unserer Hand, sie zu beseitigen.

Nur wenn die Leistungsfähigkeit der Bolkswirtschaft im ganzen geshoben wird, wenn die unproduktiven Aufwendungen sich wesentlich versmindern, die produktiven Kräfte also sich voll entwickeln, kann die absolute Gütererzeugung so gefördert werden, daß damit auch der Anteil am Erstrag des Arbeiters größer wird. Der Bunsch, daß es der Fall sein möge, bringt leider noch keine Erfüllung, Deklamationen noch keine Anderung. Der Bille des Politikers sieht Lösungen, wo einstweilen nur Probleme vorliegen. Wenn das Verteilungsproblem nicht das Wesentsliche ausmachen kann, so sind alle Sozialisierungsmaßnahmen vom Stands

¹⁾ Die obigen Bemerkungen erfahren durch den kürzlich herausgekommenen Gefetzenkwurf über die Sozialisierung der elektrischen Wirtschaft keine Anderung. Sie gehört ganz in das Kapitel der Staats= und Finanzmonopole, der "Bollsszialisierung" nach jetzigem Wortgebrauch. Sie bedeutet aber keine Durchsbrechung des privatwirtschaftlichen Systems. Über die Denkschrift des Keichswirtsschaftsministeriums im ganzen Eulenburg, Die geplante Planwirtschaft in "Deutsche Politik" Nr. 29 und 30 vom 11. und 18. Juni 1919.

punkt der Produktivität zu prüfen. Hier aber, das geht aus der Besichreibung der verschiedenen Stufen hervor, ist eine einwandfreie positive Antwort zurzeit nicht möglich. Mir scheinen einstweilen sehr starke Momente dagegen zu sprechen, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen das Ziel einer Erhöhung der Produktivkräfte irgendwie zu erreichen vermögen: selbst unter der Voraussehung, daß man die energetische Leitung der Unternehmer beibehält. Bisher geben alle Vorschläge weit mehr Probleme nach dieser Richtung auf, als daß sie etwa schon Lösungen bringen.

Es scheint immer als ein wissenschaftlicher Gewinn, die Fragestellung richtig zu formulieren. Das wurde hier versucht. Die ökonomische Seite ber Sozialifierung ift ausschließlich ein Brobuttionsproblem: Wie gelingt die Erhöhung und Entwicklung der produktiven Rräfte innerhalb eines gegebenen Syftems der Volkswirtschaft? Magnahmen bloß organisatorischer Art bedeuten an fich noch keine Lösung dieses Problems, so oft man es auch gemeint hat: auch bann kann es sich um eine Scheinlösung handeln. Es kommt auf das wirkliche Funktionieren an. Denn in jeder "Organijation" stecken eben an sich noch erhebliche unrationelle Momente: es fragt sich stets, wie teuer diese selbst arbeitet. In der Regel wird bei all den Organisationsvorschlägen eben ein Hauptposten vergeffen, der sich gedanklich freilich leicht der Aufmerksamkeit entzieht — das ift der innere Reibungswiderstand und die toten Rosten, die der Apparat der Organisation selbst verursacht 1). Beide sind unter allen Umftanden in Rechnung zu stellen. Es ift darum feineswegs sicher, wie weit durch bestimmte Organisationsanderung und Umbilden der Wirtschaftsverfassung das Problem der Lösung näher gebracht werden kann 2).

4. Die Frage, ob überhaupt Sozialisierung durchgeführt werden soll, stand hier nicht zur Erörterung. Sie ist ein politisches Problem.

¹⁾ Wie leicht dieses Moment verkannt wird, zeigt der Mehrheitsbericht der Sozialisierungskommission. Sie spricht (S. 8) davon, "die überslüssigen Reibungs» verluste der kapitalistischen Produktion zu vermeiden und durch Organisation zu ersehen" — als wenn diese letztere keine "überslüssigen Reibungsverluste" versursachte! Es ist hier wiederum der Gedanke nicht bis zu Ende gedacht.

²⁾ Ein vollständig durchgeführtes Programm der Sozialisierungspolitik als organisatorische Ausgabe enthält Beck a. a. D. S. 46/7. Es handelt sich um 5 Ausgaben: 1. Produktionsregelung, 2. Produktionssteigerung, 3. Lohn- und Preispolitik, 4. Berteilung des Produktionsgewinnes, 5. Berstaatlichung und Kommunalisierung. Das Moment der Kosten und der inneren Reibungen des Systems behandelt er freilich nicht. Es ist doch aber die Hauptsache! — Die neueste Schrift von Robert Wilbrandt, Sozialismus, konnte nicht mehr benugt werden.

Ich habe nach darauf beschränkt, die Tragweite der vorgeschlagenen oder schon ergriffenen Magnahmen gedanklich zu untersuchen. kasuistische Erörterung vermag, ift: die Gedanken zu Ende zu durchdenken. Unsere Pragestellung ist bewußterweise eine einseitige gewesen, indem sie ausschließlich die ökonomische Seite des Problems betrachtete. Die Sozialisierung hat aber noch eine andere Seite, wie schon hervorgehoben murde, die politisch-psychologische. Diese entzieht sich naturgemäß einer wissenschaftlichen Beurteilung. Es ift die Frage, ob nicht die ftärkere Beteiligung ber Volksgesamtheit am Wirtschaftsleben, ihre stärkere Mitverantwortlichkeit am Wirtschaftsprozeß, ihr Mitbestimmungsrecht am Schicksal bes Ganzen, auch neue Wirkungen psychischer Art auslösen kann. Db nicht gerade in dem Formalen die Erfüllung weitestgehender Forderungen der Arbeiterklaffe liegt, auch wenn der materielle Inhalt des Lebens selbst keine so umstürzende Anderung erfährt? Sozialpolitik würde nötig bleiben, um auf den verschiedenften Gebieten die Schadlichkeiten zu beheben und Vorsorgemagnahmen zu treffen. Aber die ganze Wirtschaftsverfassung vermöchte dabei eine neue Form zu erhalten, die eine ideelle Befferung bes Lebens darftellte. Dadurch vermöchte wenigstens das Bewußtsein der Freiheit ein anderes zu werden. Wollte man der Begelschen Deutung des geschichtlichen Prozesses folgen, so könnte die Sozialisierung als ein folcher "Fortschritt in Bewußtsein ber Freiheit" gedeutet werden auch ohne daß die ökonomische Anderung felbst von Belang mare. Das alles find politische Fragen, die sich nicht auf Grund wiffenschaftlicher Erörterungen beantworten laffen.

Nur dies eine scheint wiederum ein unmittelbares Ergebnis unserer Betrachtungen zu sein: auch die stärksten Maßnahmen der Sozialisierung vermögen nur außerordentlich langsam eine Anderung in der wirtschaftlichen Lage der großen Masse der Bevölkerung herbeizusühren. Sie vermögen es nur, wenn das Produktionsproblem selbst in Angriff genommen wird. Auf dem Gebiete der Wirtschaft vollziehen sich die großen Anderungen nicht durch Revolution, sondern durch organische Entwicklung von innen heraus und durch das stetige Wirken der gesellschaftlichen Kräfte. Sie vermögen durch politische Maßnahmen wohl beschleunigt, aber nicht grundstürzend geändert zu werden. Diese Maßnahmen selbst sind in ihrer Wirksamkeit an die Gesete der organischen Entwicklung gebunden.

Vierter Bericht.

Die Probleme der "Sozialisierung".

23on

Leopold v. Wiese.

Solange ein System der Wirtschafts und Gesellschaftsordnung nur eine Jdee ist, die als Wunschbild aus dem Widerspruche zu einer anders artigen, aber realen Sozialordnung in den Köpfen neuerungssüchtiger Menschen entstanden ist, erscheint es meist als ein einfaches, einheitliches und in sich widerspruchsloses Gebilde. Der Kampf der Parteien miße braucht die Idee als Schlagwort, unter dessen Herrschaft sie sich noch einfacher und unteilbarer ausnimmt, als sie sich wenigstens den Nache denklicheren bei einiger Vertiefung darstellen würde. Aber auch die theoretische Analyse vermag in diesem rein ideologischen Vorstadium die volle Kompliziertheit des Systems noch nicht wahrzunehmen. Je mehr es sodann in die Sphäre der Verwirklichung gerückt wird, und je mehr praktische Ausschlichen werden, desto mehr enthüllt sich das scheindar einzellige Gebilde als ein verwickelt zusammengesetzes und sormenreiches Etwas.

Dies zeigt sich deutlich beim Sozialismus. Seit Marx ihm ein — wenn auch nicht lückenloses, so doch im ganzen — methodisch aussgebautes, zentriertes System gegeben hatte, schien es klar, was man unter wissenschaftlichem Sozialismus zu verstehen hätte: Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Aus dieser organisatorischen Maßnahme würden sich die Fortschritte notwendig ergeben, die man im Interesse des Proletariats und der Gesellschaft im allgemeinen für wünschenswert hielt. Mochte über den Zeitpunkt des Eintritts dieses Zieles, über die Taktik zu seiner Beschleunigung und über die Reihenfolge der zu treffenden Vorbereitungen auch manche Meinungsverschiedenheit bestehen, so war man sich — wenigstens in Deutschland — ziemlich klar darüber, daß, wenn man wirklich vollen Sozialismus wollte, man den in sich begrifflich unzerlegbaren Prozeß der Vergesellschaftung der Produktionse und Verkehrse mittel wollen mußte.

Dadurch hob sich auch mit einiger Deutlichkeit der Sozialismus von den Bestrebungen bürgerlicher Sozialresorm ab. Hier waren die Schattierungen schon zahlreicher, da die aus dem Kathedersozialismus hervorgegangenen Reformspsteme bereits im Stadium der Realisierung standen und sich mit ihrer fortschreitenden praktischen Verwirklichung alsbald differenzierten.

Die scheinbare Einsachheit des sozialistischen Zieles lag in erster Linie darin begründet, daß man die Vergesellschaftung der Produktionsmittel als eine Aufgabe der Eigentumsgeskaltung auffaßte. Land und Kapital sollten in Gemeineigentum gewandelt werden. Unentschieden war nur, ob dieses Gemeineigentum als Staatsbesitz zu zentralissieren, oder ob es (zum größeren oder geringeren Teile) zu kommunalisieren und außerdem Genossenschaften zu überlassen wäre. Jedenfalls stand das Problem des Sigentumsrechts im Bordergrunde, und die Kernfrage war: ob Privats oder Gesamteigentum. Damit hoffte man, zugleich auch die den Sozialisten nicht minder wichtigen Fragen nach der Verteilung des Produktionsertrags und nach der Organisation der Betriebe zu lösen; denn es schien klar zu sein, daß der Eigentümer — also gegebenensfalls die Gesellschaft — die Arbeitskeilung und die Verteilung des Ertrags in seinen Werken nach eigenem freiem Ermessen gestalten könnte und würde.

Faßte man den Sozialismus als ein System des Eigentumsrechts auf, so hob er sich auch am deutlichsten von den bürgerlich-sozialreformastorischen Bestrebungen ab. Diese hielten grundsählich am Privateigentume als einer unentbehrlichen gesellschaftlichen Institution sest, wollten es aber mit Gemeineigentum ausgleichend mischen und die persönliche Berfügungssewalt, die — wenigstens nach römisch-rechtlicher Auffassung — reichlich aus dem Privateigentume sloß, nach mannigsacher Richtung im Dienste des Gemeinwohls abschwächen.

Aber schon im letzten Jahrzehnte vor dem Kriege zeigte sich, daß die Praxis der Sozialresorm schrittweise dem Sozialismus näher kam, und daß andererseits der Sozialismus Teilversuche der Realisierung unternehmen mußte. Dabei wurde hier und da einigen Beobachtern schon klar, daß mit der bloßen Veränderung des Eigentumsrechts die Aufgabe vom Sozialismus nicht zu lösen und daß der ganze Problemkompler viel verwickelter wäre, als man sich vorher gedacht hatte. Auch ergaden sich aus den Übergängen von der bloßen Sozialresorm bürgerlichen alten Stils zum eigentlichen Sozialismus Zwischengebilde, in denen ganz andere Gesichtspunkte als der genannte vorherrschten. Das galt besonders für den Staatssozialismus. Er war schwer einzuordnen. Bisweilen wurde er irrtümlicherweise einsach mit dem alten Kathedersozialismus

gleichgesett, obwohl bei ihm gar nicht wie bei diesem die Sorge um das Proletariat der Ausgangspunkt war. Für den Marxismus war der Staatssozialismus überhaupt kein Sozialismus. Denn es fehlte dem Staatssozialismus der Klassencharakter. Was ihn in einige Nachbarsschaft mit dem Marxismus brachte, war nicht die Gemeinschaft des Ziels, sondern der Mittel, nämlich Zentralisation, Intervention und Unterordnung des Privatinteresses unter das, was man für das Gemeinswohl hielt.

Heute nach Krieg und Revolution sieht man deutlich, daß der Sozialismus eine zufammengefette, vielschichtige Erscheinung ift, von der jedem etwas anderes als das Wichtigfte, Charafteriftische, jedenfalls als das Nächstliegende und am eheften zu Verwirklichende erscheint. Die einzelnen praktischen Versuche und gahllosen auf bem Papiere ausgearbeiteten Projekte zu Gang- oder Teilverwirklichungen von Sozialismus und radikaler Sozialreform aller Art erhalten den farblosen und unbestimmten Sammelnamen Sozialisierung, erweisen sich aber als eine bunte und nuancenreiche Mufterfarte. Worin man auch das Charakteristische des Sozialismus sehen mag, immer erweist sich, daß die eine oder andere von Sozialisten getragene und propagierte Bestrebung nicht unter den Begriff des Sozialismus fällt. Die Sozialdemokratie, die man doch als eigentliche Partei des Sozialismus wird ansehen muffen, ift völlig durchsett von Rlaffen- und auch von Gruppchen-Individualismus; andere gemeinwirtschaftliche - also doch sozialistische - Projekte hinwiederum find fo verquickt mit echt fapitaliftischen Steen, daß fie mit Rlaffensozialismus nur wenig gemein haben.

Die große Masse der Arbeiter fordert bessere Lebenshaltung. Die Kurzsichtigeren unter ihnen (also die Mehrzahl) erwarten sie von Ershöhung der Rominallöhne und Berkürzung der täglichen Arbeitszeit. Ob das Unternehmen, dem sie angehören, vergesellschaftet ist oder nicht, ist ihnen gleichgültig. Manche versprechen sich sogar bessere Ersolge ihrer Forderungen bei Fortbestehen des Privatbetriebes. Bei anderen Kreisen der Arbeiter gesellt sich zum Streben nach persönlicher materieller Besserstellung das Machtverlangen. Sie wollen in ihrem industriellen Betriebe Anteil oder alleinige Ausübung der Herrschaft für sich erslangen. Dabei ist ihnen wiederum die Volkswirtschaft Hesuba. Sie halten sich an das Nächstliegende, Greisbare: ihr Werk. Solche und ähnliche Tendenzen von Arbeitern und Angestellten haben mit Vergesellsschaftung der Produktionsmittel nichts Gemeinsames, gehören jedoch auch zur Sozialisserung.

Den Gegensat dazu bilden die mährend des Arieges — meift aus bürgerlichen Nationalideologien — entstandenen Bestrebungen auf Militaristerung des gesamten volkswirtschaftlichen Lebens, die für sich Bezeichnungen wie Gemeinwirtschaft, geschlossene Planwirtschaft und Ahnsliches in Anspruch nehmen, und die mit dem Marxismus die Tendenzum Kollektivismus und zur Zentralisation gemein haben. Mehr oder weniger sind bei solchen Borschlägen auch die Arbeiter als mitbestimmende Faktoren in die Organisationspläne einbezogen; aber das individuelle Los des Einzelmenschen, also auch des einzelnen Arbeiters, erscheint hier so untergeordnet, daß sogenannte "wilde Sozialisierungen", rücksichtslose Lohnsforderungen usw. auß schärsste verpönt sind.

Dazwischen liegen Bestrebungen in verwirrender Fülle. Alle die Sozialisierungen zum Beispiel, die man als Rätesysteme bezeichnet, sind mannigsaltig genug. Schon daß die Arbeiterräte bald vorwiegend als Glieder der politischen Organisation des Staatswesens erscheinen, bald mehr als Träger der wirtschaftlichen Interessenvertretung im Betriebe und lokalen Bezirke angesehen werden, ergibt eine schwierige Mischung der Standpunkte. Aber jenseits des Kätesystems erhebt jett auch in Deutschland der früher fast ausschließlich romanische Syndikalismus sein Haupt. Er strebt nach Dezentralisation und begnügt sich nicht mit einer bloßen Vertretung der Arbeiterschaft in der Betriebsverwaltung.

Dieses Durcheinander ift so groß, daß jeder Diskussion über Sozialifierung der Versuch einer orientierenden Systematik vorausgehen muß. Als eine unerläßliche Voraussetzung der Verständigung möchte ich vor allem innerhalb des überladenen Begriffs Sozialismus die Sonderung von formalem und materialem Sozialismus empfehlen. Diefer erstrebt stets eine Anderung der Gesellschafts= und speziell der Wirtschafts= (Produktions=, Verkehrs= und Berteilungs=) Ordnung zugunften der relativ besithlofen Bevölkerungsschichten. Er ift in der Hauptsache eine Arbeiter= bewegung. Aller formale Sozialismus hingegen fenn= zeichnet fich burch ben Begenfat jum Individualismus als eine Beftrebung auf mehr ober weniger vollständige Bergefellschaftung. (Beute ift klarer benn je, daß fich eine Arbeiterbewegung nicht mit einer Beftrebung auf Bergefellschaftung zu decken braucht.) Der Staatssozialismus bildet die Hauptform eines rein formalen Sozialismus.

Dabei kann freilich der materiale Sozialismus sich des formalen als Mittel zum Zwecke wie dieser sich jenes bedienen. Der Marxismus

ber als Klassenszialismus materialen Charakter trägt, erstrebt sein Ziel burch Zentralisation und andere Mittel bes formalen Sozialismus. Darin stimmt er mit dem Staatssozialismus der Vorkriegszeit, der nationalen Kriegswirtschaftspolitif und der geschlossenen Planwirtschaft (Rathenaus, Möllendorss, Wissels) überein. Aber für diese Richtungen ist im Gegensatz ihm Zentralisation, Intervention und Beamtensystem Selbstzweck (genauer: Hauptmittel zu einem sozialethischen Zwecke). Ein Mittel — aber eben bloß ein Mittel, nicht Zweck — wiederum, um diese und andere Gemeinwirtschaftssysteme durchzusühren, ist neben anderen positive Arbeitersörderungspolitik.

Bu zweit scheint mir notwendig, sich darüber flar zu werden, daß sich das Sozialisierungsproblem (b. h. die Berwirklichung jedweden Sozialismus) in drei Aufgabenfreise zerlegt: in das (obenerwähnte) Problem der Eigentumsgestaltung, in das Berwaltungsproblem und drittens in das Verteilungsproblem. Sie sind nicht, wie man früher glaubte, eines. Die Fragen des Gigentumsrechtes treten an praftischer Bedeutung zuruck hinter das Verteilungsproblem, besonders aber hinter die Fragen der Organisation der Leitung von Betrieb und Volkswirtschaft. In der alten (unvollständig) liberalen Wirtschafts= ordnung zerlegte sich die Gesamtorganisation von Industrie, Sandel und Transport (von der Urproduktion sei hier abgesehen) fast gang in die Organisation vieler Unternehmungen. In ihnen waren die ober der Unternehmer mehr ober weniger die ausschließlichen Leiter und Organisatoren der Betriebe. Es fragt sich, welche Berwaltungsprinzipien diefes sogenannte kapitalistische System infolge der Sozialisierung ablösen könnten? Ich sehe vier Möglichkeiten: das genossenschaftliche, das fonstitutionelle, das folleftive und das fleinkapitalistische Beim ersten übernimmt die Gesamtheit der Arbeiter und Angestellten auf der Grundlage des Vertretungssystems die Leitung; beim zweiten teilen fich die früheren Unternehmer mit den Vertretern von Arbeitern und Ungestellten in die Leitung; beim dritten wird die bisher relativ ein unter= und eingeordnetes Teilalied selbständige Unternehmung eines großen zentralifierten Produktionsorganismus; beim vierten wird die bisherige Groß- oder Mittelunternehmung aufgelöft in handwerksmäßige Kleinbetriebe mit relativ felbständigen Meistern an ihrer Spike.

Zusammengefaßt: Bei den Volkswirtschaftsproblemen insgesamt (in nationalwirtschaftlicher Hinsicht) unterscheide ich formalen und materialen Sozialismus. Bei den Problemen der Umgestaltung der einzelnen Unternehmungen in Industrie, Handel und Transport — zum größten Teil auch in Lands und Forstwirtschaft — zerlege ich den Borsgang der sogenannten Sozialisierung in drei Aufgaben: Gigentumssgestaltung, Ertragsverteilung und vor allem Betriebsleitungs. Organisation. Diese dritte, wichtigste Aufgabe setzt die Wahl voraus zwischen dem alten Prinzip der Unternehmerselbständigkeit oder dem genossenschaftlichen oder dem konstitutionellen, dem kollektiven oder schließlich fünstens dem kleinkapitalistischen Prinzipe.

Erst nach dieser begrifflichen Berlegung scheint mir eine Stellungnahme zu dem ungegliederten Kompler "Sozialisierung" möglich. heute in dem Streite um eine gesellschaftliche Kernfrage, wie es das Verhältnis einer mehr liberalen zu einer mehr sozialistischen Wirtschaftsordnung ift, Stellung nehmen will, muß bei feinen Auftimmungen oder Ablehnungen sich über den inneren Gegensatz von formalem und materialem Freilich wird ihm die Entscheidung dadurch Sozialismus klar sein. erschwert, daß, wenn man den Zweck will, man auch das Mittel wollen Ließe sich zeigen, daß ein materialer (Klaffen-) Sozialismus nicht erreichbar wäre ohne formalen Sozialismus (also ohne Intervention, Bureaufratisierung, Zentralisation, Bevormundung), so mußte der Unhänger des materialen Sozialismus auch diesen Formen zu feiner Berwirklichung zustimmen. Dem stelle ich aber — hier nur in furzer thefenartiger Fassung und ohne nähere Begründung - folgende (im anderen Busammenhange näher zu untersuchende) Sätze gegenüber:

- 1. Die Ziele des Klassensozialismus werden mit den Mitteln des formalen Sozialismus teils überhaupt nicht, teils höchst unvollsommen und nur unter großen anderweitigen Schädigungen der Volkswirtschaft erreicht.
- 2. Ablehnungen des formalen Sozialismus bedeuten nicht Ablehnung jeder in der Richtung auf Verwirklichung des materialen Sozialismus liegenden Arbeiterbestrebung.
- 3. Die Ablehnung der Haltung, die im folgenden gegenüber manchen Plänen auf "Sozialisierung" eingenommen werden soll, gilt dem formalen Sozialismus. Die Beurteilung der Grundfragen des Klassenschilismus muß einer von anderen Gesichtspunkten ausgehenden Betrachtung überslassen bleiben.

Hinzuzufügen wäre noch: die Anhänger einer Wirtschaftsordnung, die zumeist (wenn auch ungenau und übertrieben) als individualistische bezeichnet wird, sind heute wie gestern zumeist der irrtümlichen Ginschäung ausgesetz, daß sie den Klassenegoismus der Besitzenden gegen die Klassenansprüche des Proletariats oder gegen Erfordernisse des

Gemeinwohls verteidigen wollten. Diefe Absicht liegt mir fern (womit ich nicht fagen will, daß eine folche Absicht von vornherein und unbesehen grundfählich zu verwerfen mare). Sie liegt mir deshalb fern, weil mir eine andere Betrachtungsweise wichtiger, umfassender und sowohl missenschaftlich wie ethisch stichhaltiger erscheint. Die Argumente, die ich gegen ben formalen Sozialismus geltend zu machen habe, stehen jedenfalls außerhalb jedes Klasseninteresses; sie sind allgemein kultureller Natur und sind ebenso vom Standpunkte des Arbeiters wie von dem des Großbankiers oder des Handwerkers wirksam. Unter Vielregiererei leiden alle Gesell= schaftsschichten gleichmäßig. Was hier abgelehnt wird, ift Kollektivismus im formalen und eigentlichen Sinne bes Wortes. Er macht fich geltend in Uniformierung, Zentralisation auf Kosten ber Mannigfaltigkeit, burch Übergeschäftigkeit in papierenen Reformen, in Schaffung und Ausdehnung von Behörden und Salbbehörden, in einem Übermaß von Gesetten und Berordnungen und in der Lahmlegung felbständiger Naturen. Ich könnte furg fagen: es ift die Überschätzung der Organisation, die hier am formalen Sozialismus getadelt wird. Aber ber Begriff Organisation wird bisweilen in einem fo allgemeinen und zugleich vertieften Sinne gebraucht, daß ihm die bloße Routine und die rein mechanische Un-Eine solche Organisation, die in wahrhaft ordnung gegenübersteht. öfonomischer und also Kräfte sparender, den Ertrag steigernder Weise tätig ift, und die erft die Fähigkeiten tüchtiger Menschen zur Geltung bringt, wird selbstverständlich nicht abgelehnt werden dürfen. Niemand will das Chaos an die Stelle des Rosmos feten. Wenn Dragnisationen abgelehnt werden, jo find damit ftets äußere Gruppierungen gemeint, die in ihrem Mangel an Anyaffungsfähigkeit und in ihrer Umständlichkeit mehr die Merkmale des Mechanismus als des Organismus tragen. Sie kennzeichnen sich dadurch, daß sie nicht Leben fördern und schaffen, sondern es hemmen und erfticken.

Der formale Sozialismus frankt an dem Grundirrtume, daß er ein im Kerne ethisches Ziel auf außerethischem Wege erreichen will. Er will eine soziale Gemeinschaft auf einem allgemeinen Beamtentume begründen; in Wahrheit ließe sie sich jedoch nur auf inneren Überzeugungen und starken Gefühlen der Gegenseitigkeit aufbauen. Da die moralischen Kräfte hierzu in ausreichender Stärke offenbar nicht bestehen, so soll ein Zwangssystem durch äußeren Druck die sehlenden sittlichen Kräfte ersehen. Das aber ist allzeit ein soziologischer Hauptsehler. Es mag vorübergehend eine Scheinlösung (wie in den ersten zwei Jahren der Kriegswirtschaft) entstehen. In Wirklichkeit unterhöhlen alsbald die unvollkommen unters

17

brückten, eigennützigen Interessen das nur äußerlich hergestellte Gemeinwirtschaftssystem. Nur daß bei ihm der Gegensatzwischen der aller psychologischen Erfahrung widersprechenden Scheinlösung und der praktischen Alltagsersahrung um so peinlicher und demoralisierender wirkt.

Was an der deutschen Sozials und Wirtschaftspolitik so unheilvoll erscheint, sind die rein theoretischen unpsychologischen Konstruktionen von formalssozialistischen SollsSystemen, die man dem praktischen Leben aufswingen möchte. Gelänge es wirklich, eines der — infolge ihrer Umständlichkeit, Überladenheit mit Formalitäten und Kontrollorganen — unökonomischen Gemeinwirtschaftssysteme durchzusühren, so würde sich unter anderem der Zustand ergeben, daß gerade die Arbeiterschaft in immer stärkere Opposition zu dieser Art Sozialismus gedrängt würde und damit ein neuer Kampf entstände zwischen sozialistischen Arbeitern und einer zum Beamtentume umgewandelten Unternehmerschaft.

Wirkliche Förderung der Arbeiterklasse ift außerhalb des formalen Sozialismus leichter zu erreichen, weil eine vom überlasteten Verwaltungsmechanismus freie Bolkswirtschaft ergiebiger ist.

Redoch bedeutet die Ablehnung des formalen Kollektivismus keineswegs unbedingte Ablehnung von öffentlichen Monopolen. Ihre Ausdehnung ift von finanzpolitischen Berechnungen abhängig, die freilich meist zu dem Ergebnis führen, daß vorsichtiges und schrittmeifes Berfahren angebracht ift. Die eigentlichen Arbeiterfragen verlieren durch Berftaatlichung ober Kommunalifierung von Unternehmungen nicht an Schärfe und werden dadurch eher schwieriger und verwickelter. Durch Berstaatlichung von Produktionsmitteln wird die wirtschaftliche Lage der in den betreffenden Betrieben tätigen Arbeiter und Angestellten in der Regel feineswegs verbeffert. Zwischen einem großen Aftienunternehmen und einem Staatsbetriebe besteht in dieser Sinsicht fein wesentlicher Unterschied. Gher schon ift das private Unternehmen freier in seiner positiven Arbeiterpolitik (3. B. hinsichtlich Gewinnbeteiligung) als der öffentliche Betrieb von Gemeinwesen, die fo zur Sparfamteit genötigt find wie heute bie beutschen Staaten und Rommunen.

Die (oben zu zweit erwähnte) Ertragsverteilung ist in erster Linie von der Höhe des Reinertrages selbst abhängig und damit in nicht geringem Maße von objektiven Bedingungen bestimmt, die nicht durch sozialethische, sondern volkswirtschaftliche und politische Faktoren geleitet werden. Es ergibt sich bei ihr gegenwärtig die Notwendigkeit, das bisher kaum irgendwo ganz geglückte Problem der Gewinnbeteiligung

wieder aufzunehmen und nach neuen Gesichtspunkten erfolgreicher durche zuführen.

Das Kernproblem ift heute die Frage der Arbeitsteilung in der Leitung der Industries und Verkehrsanstalten. Die Zeit des Untersnehmerabsolutismus ist vorüber. (Bgl. meinen Aussatz in der "Untersnehmers Nummer" der "Freien Birtschaft", August 1919). Dieses System durch das kollektive abzulösen, dei dem also die gesamte Industrie und der Handel in einer die ganze Volkswirtschaft umfassenden Mammuts Organisation vereinigt wären, ist versehlt, weil dies nur auf dem oben abgelehnten Wege des formalen Sozialismus möglich wäre.

Das kleinkapitalistische Prinzip ist das eigentlich reaktionäre. Es wäre das unerwünschte Ergebnis einer rückläusigen Entwicklung unserer Bolkswirtschaft. Es anzustreben, wäre beschränkter Kleinmut und pessis mistische Verzweislung. Jedoch liegt leider eine solche Entwicklung nicht außerhalb der von unserem Willen unabhängigen Möglichkeiten, dann nämlich, wenn Deutschland politisch ganz zerbräche, zum vorwiegend agrarischen, vom Weltmarkte abgeschnittenen Kleinstaate herabsänke und auf lange Zeit hinaus unheilbar verarmte. Mit der dann eintretenden Auflösung aller größeren Unternehmungen wäre jene Unternehmungssform mittelalterlichen Gepräges gegeben. Alle tatkräftigen Deutschen werden ihre ganze Kraft darein sehen müssen, eine solche Entwicklung zu vermeiden.

Volls Produktivs Genossenschaften des Gewerbes waren bisher in Deutschland, soweit sie nicht im engsten Zusammenhange mit Verbänden der Konsumvereine standen, wenig vorhanden und, wo sie bestanden, wenig ertragreich. Aber ihr Mißlingen war nicht durch unabänderliche Ursachen bestimmt. Hier wird sich gleichfalls ein wirklich fruchtbarer Organisationsssinn und seiser betätigen können und müssen.

Als eigentlich typisches Gebilde der deutschen Industrie erscheint mir in Zukunft die konftitutionelle Unternehmung 1). Sie beruht auf der Berbindung eines in seiner Initiative möglichst ungehemmten Unternehmerstums und eines maßvollen Systems der Arbeiterräte. Die Schwierigkeit liegt hier in der Aussindung des rechten Kompromisses zwischen Untersnehmerselbständigkeit und wirksamer Mitarbeit der Vertreter der Arbeiter

^{&#}x27;) Daß ich in der "konstitutionellen Fabrik" keinen absoluten Fortschritt, sondern nur eine von den Zeitverhältnissen gebotene, problemreiche Notwendigkeit erblicken muß, darüber vergleiche den letzten Absat des Aufsates "Der Unternehmer und die sozialpolitischen Forderungen" in "Freie Wirtschaft" vom 1. August 1919 (1. Jahrg., Heft 6 u. 7).

und Angestellten. Mit Recht hat man sogar von sehr konservativer Unternehmerseite betont, daß es manchem Industriellen willkommener sein wird, mit vernünftigen Arbeitervertretern zusammen tätig zu sein, als in Abhängigkeit zu stehen von einer dividendengierigen Generalversammlung von Aktionären. Es ist hierbei der Erfolg von der rechten Erziehung und dem Grade der Einsicht der Arbeiterschaft abhängig. Ins einzelne gehende Vorschläge und Kritiken müssen besonderen Darlegungen überslassen bleiben.

Soviel wird vielleicht aus dieser kurzen Stizze ersichtlich sein, daß nach der hier vertretenen Ansicht das Vertrauen zum formalen Sozialismus versehlt erscheint, daß dagegen die Fortbildung von privaten Unternehmungen — nicht in erster Linie zu sogenannten gemischt-wirtschaft-lichen oder zu öffentlichen Monopolbetrieben, sondern im stärkeren Maße — zu konstitutionellen Unternehmungen und teilweise auch ihre Umwandlung zu Produktivgenossenschaften notwendig ist. Es bleibt zu untersuchen, welcher Grad von Mitwirkung der Handarbeiter und Angestellten sich mit dem Gedeihen der Volkswirtschaft verträgt. Sine solche Untersuchung, die hier nicht mehr vorgenommen werden kann, führt, wie mir scheinen will, zu dem Ergebnis, daß auch auf diesem Gediete Unisormierung unangebracht ist, vielmehr eine mannigsaltig abgestufte Fülle von Formen, die den speziellen Produktionsverhältnissen der einzelnen Werke angepaßt sind, entstehen kann und wird.

Es ift das törichte Schlagwort geprägt worden, Wirtschaft dürfe nicht mehr Sache des einzelnen, sondern müsse Sache der Gemeinschaft sein. Da Wirtschaft in erster Linie Arbeit bedeutet, so wäre nichts unheilvoller, als wenn man dem Einzelmenschen die Verantwortung und das Mühen um wirtschaftlichen Ersolg abnehmen wollte. Sbenso töricht wäre es freilich, wollte man Wirtschaft nur als Sache der Einzelmenschen und ihrer freien Vereine ansehen, Staat und Kommunen aber keine wesentlichen Aufgaben überlassen. Nicht nur Gelds und Kreditwesen, Eisenbahnen, Energiequellen und die Schähe der Erdrinde gehören zum Einslußbereiche der öffentlichen Körperschaften. Richtig allein ist der Sat, daß Wirtschaft auf dem sich gegenseitig fördernden Zusammenwirken von interessieren Einzelmenschen, Gemeinschaften und Gesellschaften beruht.

Verzeichnis der Redner.

```
Lusensky — (Bericht) S. 31. —
v. Altrock — S. 186.
Amonn — S. 83. 168.
                                    (Schlußwort) 89.
Bleger — S. 4.
                                 v. Mammen — S. 182.
Boefe — S. 97. 158.
                                 v. Mises — S. 84.
Bräuer — S. 86.
                                 Potthoff — S. 146.
Braun — S. 140.
                                 Rathgen (Versammlungsvorsitzender)
Clarus — S. 10.
                                    — S. 3. 4. 6. 8. 9. 10. 23.
Cohen — S. 81.
                                    31. 47. 63. 81. 88. 94. 95. 97.
Conrad — S. 150.
                                    99. 117. 139. 150. 155. 158.
Fuchs — S. 71. 177.
                                    170. 192. 204.
v. Gottl-Ottlilienfeld — S. 158.
                                 Spann — S. 63.
Hainisch — S. 8. — (Gedächtnis:
                                 Stephinger — S. 155.
   rede) 25. — 70. 180.
                                 Stolper — (Bericht) S. 49. —
Hamm — S. 3.
                                    (Schlußwort) 92. — 171.
Herkner (Vereinsvorsitzender) — (Er-
                                 Umbreit — S. 164.
   öffnung) S. 1. — (Gedächtnis-
                                 Vogelftein — (Bericht) S. 119. —
   rede) 11. — (Verabschiedung) 205.
                                    (Antrag) 139. — (Schlußwort)
Kaufmann — S. 174.
                                    201.
Leberer — (Bericht) S. 99.
                                 Weidinger — S. 6.
                                v. Wiese - S. 144.
   (Schlußwort) 193.
                                Wilbrandt — S. 161.
v. d. Legen — S. 95.
                                v. Wittek - S. 74.
Log — S. 190.
```

Stimmzettel für die Ausschufwahlen.

An Stelle der seit der letzten Generalversammlung ausgeschiedenen neun und der in der gegenwärtigen ausscheidenden sechs Ausschußmitglieder sind fünfzehn Herren zu wählen. Ferner scheiden sämtliche vom Ausschuß selbst kooptierte Mitglieder aus. Alle ausgeschiedenen Mitglieder sind wieder wählbar. Es kommen demnach für eine etwaige Wiederwahl in Betracht:

die Mitglieder des Ausschußvorstandes:

```
Herkner
Har Weber
v. d. Leyen
Francke
Boese
Geibel

Hooptiert
1893—1911;
```

die infolge erloschener Wahl (1907) ausscheidenden Herren:

Allbrecht Frhr. v. Berlepsch Bücher Delbrück 1907; Knapp Ludwig-Woss

Sering	Zuckerkandl	Rosin	
Stieda	Heckscher (Schwanhäußer	
Fuchs	Rauchberg	Sinzheimer _	
Log	Schumacher	Spiethoff	
Oldenberg	Tönnies	Stein	fooptiert
Rathgen	Jastrow	Troeltsch	1889—1918
v. Schulze-Gaevernig	Harms	Walz	(chronologisch
Hige	Redlich	Wiedenfeld	nach der
Eb. Gothein	Schott	v. Zwiedined=Südenhorft	frühesten
G. Gothein	Diehl	Grünberg	Kooptation
Mataja	Ectert	Hartmann	geordnet)
Naumann '	Eulenburg	Frhr. v. Wiefer	•
Pierstorff.	Liefmann	Ballod	
Alfr. Weber	Mombert	Bonn	
Wirminghaus	Potthoff	v. d. Borght	

r. Bortkiewicz	30epfl	v. Fellner)
Eßlen	Schacht	Schiff	
Günther	Wygodzinsti	Stolper	fooptiert
Kammerer	Bauer	v. Tyszka	1889—1918
Most	Feuchtwanger	Wagemann	(chronologisch
v. Nostiz	Gerlach=Rönigsberg	Winnig	nach der
Schmöle	v. Gottl	Wissell	frühesten
Seibt	Hesse	Diezel	Rooptation
v. Wiese	Jaffé	Schwarz	geordnet)
Wilbrandt	Neurath	Somary	
Zimmermann	Spann	Struß	J

Es steht jedem Wahlberechtigten frei, statt des vorliegenden Stimmzettels sich eines anderen zu bedienen und darauf fünfzehn hier nicht vermerkte Vereinsmitglieder zu wählen. Wird der vorliegende Zettel benutt, so sind die Namen der zu Wählenden mit einem zu bezeichnen. Werden Wahlzettel ohne Vermerke abgegeben, so werden die hier zuerst verzeichneten sünfzehn Herren als die vom Wähler Gewählten betrachtet. Diejenigen sünfzehn Herren gelten als gewählt, die die meisten Stimmen auf sich vereinigt haben.

Im Ausschuß verbleiben folgende Herren: im Jahre 1909 gewählt: Brentano, Cohn, v. Gierke, Behrend, Boehmert (Bremen); im Jahre 1911 gewählt: Sombart, Anton, Arndt, Auhagen.

Verzeichnis der Mitglieder des Vereins für Sozialpolitik

nach dem Stand vom 1. Dezember 1919.

1. Vorstand.

- H., Charlottenburg, Vorsitender.
- Beber, Professor Dr. Mar, Beidelberg, ftellvertretender Borfigender.
- Sainifch, Dr. Michael, Wien, ftellver= tretender Borfipender.
- Frande, Professor Dr. G., Diegen am Ummerfee, Schriftführer.
- herkner, Geh. Reg.-Rat Professor Dr. Geibel, Berlagsbuchhändler Carl St. A., München, Schriftführer.
 - Boefe, Frang, Berlin-Balenfee, Schriftführer (Generalfekretär).
 - von ber Legen, Wirklicher Geh. Rat Professor Dr. Alfred, Erzelleng, Berlin, Schahmeifter.

Ausichuß. 2.

- Lichterfelde.
- Altmann, Professor Dr. S. R., Mann-
- Amonn, Brof. Dr. Alfred, Wien.
- Anton, Brofeisor Dr. G. R., Jena.
- Arndt, Professor Dr. P., Frankfurt a. M.= Efchersheim.
- Auhagen, Professor Dr. D., Berlin-Dahlem.
- Bäumer, Fräulein Dr. Gertrub, Berlin.
- Behrend, Professor Dr., Mannheim. Böhmert, Direktor bes Statift. Umtes Dr. W., Bremen.
- Bonn, Profeffor Dr. M. J., München. Bingold, Syndifus der Sandelstammer
- Dr., Regensburg. van der Borght, Präsident Dr. Richard, Berlin-Wilmersdorf.
- von Bortkiewicz, Professor Dr. Ladis= laus, Berlin.
- Brauer, Redafteur Th., Röln.
- Braun, Redakteur Dr. A., Nürnberg.

- Albrecht, Professor Dr. Beinrich, Berlin- Brentano, Geh. Sofrat Brofessor Dr. Lujo, München.
 - Bücher, Geh. hofrat Professor Dr. R., Leipzig.
 - Clarus, Syndikus der Handelskammer Dr., Regensburg.
 - Delbrück, Geh. Reg.=Rat Professor Dr. H., Berlin-Grunewald.
 - Diehl, Geh. Hofrat Professor Dr. R. Freiburg i. B.
 - Diegel, Geh. Reg.=Rat Professor Dr. S., Bonn a. Rh.
 - Edert, Geh. Regierungsrat Professor Dr. Chr, Köln a. Rh.
 - Efflen, Professor Dr. J., Göttingen.
 - Gulenburg, Professor Dr. Frang, Berlin. von Fellner, Dr. Friedrich, Budapest.
 - Feuchtwanger, Dr. L., München.
 - Fuchs, Professor Dr. Carl Johannes, Tübingen.
 - Behrig, Brofeffor Dr. S., Dresden- 21.
 - Gerlach, Professor Dr. D., Königsberg i. Br.

- Gerloff, Professor Dr. W., Innsbruck. von Gierke, Geh. Justizrat Professor Dr. Otto, Charlottenburg.
- Gothein, Geh. Rat Professor Dr. Cbershard, Beidelberg.
- Gothein, Reichsschatzminister a. D. Georg, Berlin.
- von Gottl=Ottlilienfeld, Professor Dr. F., Loderham.
- Grünberg, Professor Dr. C., Wien.
- Sünther, Professor Dr. A., Berlin-Bilmersborf.
- Samm, baner. Handelsminister, München. Sarms, Geh. Reg.-Rat Professor Dr. B., Riel.
- Sartmann, Guftav, Borfitenber bes Berbandes ber beutschen Gewerkvereine (hirfc-Dunder), Berlin.
- Hartmann, Professor Dr. Ludo, Wien. Heckscher, Direktor ber hamburgs Amerika-Linie, Hamburg.
- Heffe, Professor Dr. A., Königsberg i. Pr. Hite, Professor Dr., Münster i. B.
- Jaffé, Professor Dr. E., München. Jaftrow, Professor Dr., Charlottenburg-
- Bestend.
- Kammerer, Professor Dr., Charlottens burg.
- Anapp, Professor Dr. Georg Friedrich, Strafburg i. E.
- Rucznnski, Direktor bes Statistischen Amtes Dr., Berlin-Schöneberg.
- Leberer, Professor Dr. E., Heibelberg. Liefmann, Professor Dr. R., Freiburg i. B.
- Log, Professor Dr. B., München.
- Ludwig=Wolf, Stadtrat a. D. L. F., Leipzig.
- Lufensky, Wirklicher Geh. Rat F., Erzellenz, Berlin-Grunewald.
- Mataja, Sektionschef Dr. Vikt., Wien. von Mises, Dr. Edler L., Wien.
- Mombert, Professor Dr. P., Freiburg i. Br.
- Moft, Oberbürgermeister Dr. O., Sterkrabe (Rheinland).

- von Roftit, Wirklicher Geh. Rat, Erzels leng, Dregden.
- DIbenberg, Professor Dr., Göttingen.
- Pierstorff, Geh. Rat Professor Dr., Jena.
- Potthoff, Dr. S., München.
- Rathgen, Professor Dr. K., Hamburg.
- Rauchberg, Professor Dr. g., Prag-
- Redlich, Professor Dr. Josef, Wien.
- Schiff, Profeffor Dr. Walter, Wien.
- Schmöle, Professor Dr. J., Münster i. B.
- Schott, Direktor bes Statistischen Amtes Prosessor Dr. S., Mannheim.
- von Schulze-Gaevernitz, Geh. Rat Professor Dr., Freiburg i. B.
- Schumacher, Geh. Rat Professor Dr. S., Berlin-Steglit.
- Schwanhäußer, Fabrikbefiger Dr. E., Nürnberg.
- Schwarz, Wirklicher Geh. Oberfinanzrat Dr., Berlin.
- Seibt, Geh. Reg.=Rat Dr. G., Berlin= Grunewald.
- Sering, Geh. Reg. Rat Professor Dr., Berlin-Grunewalb.
- Siemering, Fräulein Dr. rer. pol. Hertha, Charlottenburg-Westend.
- Sieveking, Professor Dr. S., Zürich (Schweiz).
- Singheimer, Professor Dr. Ludwig, München.
- Stalweit, Professor Dr. A., Gießen.
- Somarn, Dr., Berlin.
- Sombart, Geh. Reg. Rat, Professor Dr. B., Beilin-Wilmersdorf.
- Spann, Professor Dr. Othmar, Wien. Spiethoff, Professor Dr. A., Bonn.
- Stein, Professor Dr. Philipp, Frantfurt a. M.
- Stieda, Geh.Hofrat Professor Dr., Leipzig. Stolper, Dr. Gustav, Wien.
- Strug, Senatspräsident des Reichsfinanzhoss Wirklicher Geh. Ober-Reg.-Rat, München.
- Tonnies, Geh. Reg.-Rat Professor Dr. F., Gutin i. B.

Troeltsch, Geh. Reg.-Rat Professor Dr. B., Marburg a. Lahn.

von Tyszka, Professor Dr., Hamburg. Umbreit, Chefredakteur Paul, Berlin. Bogelstein, Dr. Th., Berlin.

Wagemann, Professor Dr. Ernst, Charlottenburg.

Weber, Professor Dr. Alfred, Heidelsberg.

Wiedenfeld, Geh. Reg. = Rat Professor Dr., Berlin=Wilmersdorf.

von Wiese, Prof. Dr. L., Köln a. Rh. von Wieser, Prosessor Dr. Freiherr, Wien.

Wilbrandt, Professor Dr. A., Tübingen.

Binnig, Reichstommiffar für ben Often, Königsberg i. Br.

Wirminghaus, Professor Dr. A., Köln a. Rh.

Biffell, Reichsminister a.D. Rub., Berlin. von Bittek, Staatsminister a. D. Dr. H., Ritter, Exzellenz, Wien.

Wngodzinski, Professor Dr., Bonna.Rh. Zahn, Präsident Dr. F., München.

Bimmermann, Professor Dr. W., Hamburg.

Zuckerkandl, Hofrat Professor Dr. A., Brag-Smichow.

von Zwiedined, Professor Dr. D., Karlsruhe i. B.

3. Übrige Mitglieder.

A. Berfönliche Mitglieber.

Abler, Dr. F., Frankfurt a. M. Abler, Professor Dr. S., Wien.

Albrecht, Dr. Gerhard, Berlin-Lankwit. Allers, Privatdozent Dr. Audolf, Wien.

Urnold, Reg.=Rat Dr. Ph., Regensburg.

Afchrott, Landger.-Direktor a. D. Geh. Juftigrat, Berlin.

Muer, Sefretar Ehrhardt, München.

Baer, Buchhändler Sowin, Frankfurt a. M.

Bahr, Dr. Eugen, Berlin.

Bahr, Bibliothefar, hermann, Berlin.

Bartich, Dr. Belmut, Mannheim.

von Beckerath, Privatdozent Dr. Erw., Leipzig.

Benario, Redakteur L., Nürnberg.

Bendigen, Bankbirektor Dr. Fr., Sam= burg.

Bergson-Sonnenberg, Rechtsanwalt Dr. Egon, Wien.

von Berlepsch, Staatsminister a. D. Dr. Frhr., Exzellenz, Seebach.

Bernhard, Georg, Herausgeber bes Plutus, Berlin.

Beumer, Generalsekretär Dr. ing. B., Duffelborf.

Beurle, hörer ber Rechte h., Ling a. b. Donau.

Biermann, Brofeffor Dr. E., Greifs= walb.

Bitter, Dr. W., Hamburg.

Blank, Dr. D., München.

Bonn, Direktor Dr. P., Berlin.

Borgius, Geschäftsführer bes Sandelsvertragsvereins Dr., Berlin.

Boich, Robert, Stuttgart.

Bosenick, Konsul Dr. A., Charlottens burg.

Böttger, Schriftsteller Dr. D., Berlin-Steglit.

Bräuer, Dozent an der Gehe-Stiftung Dr. K., Beißer Hirsch bei Dresden.

Brodnit, Professor Dr. Georg, Halle a. Saale.

Brud, Professor Dr. W. F., Sain im Riefengebirge.

Bungel, Kaufmann Hugo, Trieft.

Bungel, Finangrat Dr. Julius, Grag.

Carbe, Rechtsanwalt Dr. Martin, Berlin= Bilmersdorf.

Cohen, Professor Dr. A., Bullach bei München.

Conrad, Sefr. Stellv. an der Handels- Frenkel, Dr. Erich, Berlin-Dahlem. und Gewerbekammer Dr. Otto, Wien. Frenkag, Dr. C. T., Magdeburg.

Dabe, Profeffor Dr., Berlin.

Darmstaedter-Helversen, Dr. Frit, Berlin.

von Degenfeld-Schonburg, Landrat Graf, Reichenbach in Schlesien.

Deutsch, Affessor Dr. S., Berlin.

Dienstag, Rechtsanwalt Dr. B., Berlin.

Dietrich, Dr. jur. Albert, Kiel.

Dorn, Professor Dr. Hanns, Berlin-Dahlem.

Drenfuß, Frau Martha, Frankfurt a. M. von Dungern, Negierungsrat Freiherr Dr., Wiesbaben.

Dünkelberg, Geh. Reg. - Nat, Gumbinnen. Dyhren furth, Kommerzienrat Richard, Berlin.

Sberftabt, Professor Dr. R., Berlin. Siefelb, Dr. C., Berlin-Steglitz. Elbogen, Kommerzialrat R., Prag. Elsas, städtischer Rechterat Dr., Stuttgart.

Elfas, Fräulein stud. rer. pol. Grete, Karlsruhe i. B.

Engelbrecht, hofbefiger Dr. Th. B., Dbenbeich.

Epstein, Fabrikant J. H., Franksurta.M. Ergang, Direktor des Statistischen Amts Dr. C., Königsberg i. Br.

Ertheiler, Großhändler, Nürnberg. End, Rechtsanwalt Dr. Grich, Berlin.

Fauft, Buchhändler E., Heidelberg. Feig, Geh. Reg.=Rat Dr. J., Charlotten= burg.

Feiler, Redakteur A., Frankfurt a. M. Felber, Berlagsbuchhänbler Smil, Berlin. Flechtner, Generalsekretär Dr. Fr., Stettin.

Fleck, Professor Dr. Anton, Kiel. Flügge, Senatspräsident Dr., Berlin. Frank, Dr. Frz., Franksurt a. M. Frankenstein, Stadtrat & Reinzia

Frankenstein, Stadtrat L., Leipzig-Gohlis.

Frenkel, Dr. Erich, Berlin-Dahlem. Frentag, Dr. C. T., Magbeburg. Friedenthal, Fräulein Marg., Berlin. Friedmann, Heinrich, Frankfurt a. M. Frieß, Generalrat Dr. Heinr., Wien. Fuerst, Dr. med. M., Hamburg.

Georgi, Juftizrat Dr. Otto, Leipzig.

Gerhardt, Dr. Hans, Zwidau i. Sa.

Gerlach, Professor, Privatdozent an der Universität Kiel Dr. Kurt Albert, Kiel.

Gerold & Co., Buchhandlung, Wien.

Gert, Syndifus der Handelskammer Dr., Koblenz.

Goldichmidt, Dr. A., Berlin.

Goldschmidt, Rechtsanwalt Dr. Conr., Leipzig.

Solbich mit, Direktor ber Bestbeutschen Bodenkreditanstalt Dr. R., Köln a. Rh. Sottlieb=Billroth, Sektionschef Dr.

Otto, Wien.

Graben ftedt, Dr., Berlin.

Graet, Dr. Biftor, Bien.

Graeter, Schriftsteller Dr. Rud., Berlin-Schöneberg.

Grünfeld, Privatdozent Dr.E., Hallea.S. Guggenheimer, Dr. S., Rürnberg.

Günther, Privatdozent Dr. E., Dredben-R.

Gutmann, Professor Dr. Frang, Tü= bingen.

Saefner, Gerhard, Berlin.

Saefner, Johannes, Berlin.

Sahn, Dr. Albert, Berlin-Wilmersdorf. Sahn, Gerichtsaffeffor Karl, Bochum.

haller=hallerstein, Staatsrat Dr. Sigmund, München.

Hamburger, Dr. ph. M., Landeshut in Schlesien.

hammerschlag, Direktor ber Öfterreichischen Kreditanstalt für handel und Gewerbe Dr. Paul, Wien.

Sammerichmidt, Dr. B., Duffelborf. Sanfen, Geh. Reg. Rat Professor Dr., Königsberg i. Br.

Hafelberger, Regierungsaffeffor Dr. 3., München.

Safenkamp, Professor Dr., Zoppot. von Sec, Professor Dr. Ph., Tübingen. Seimann, Dr. Couard, Berlin-Grunewald.

heimann, Stadtverordnetenvorfteher= Stellvertreter, Berlin.

Beiß, Dr. Cl., Berlin-Mariendorf.

helander, Dozent und Leiter ber hanbelshochschulfurse Sven, Gothenburg in Schweden.

Helfferich, Staatsminister a. D. Dr. R., Erzellenz, Berlin.

Beraeus, Dr. B., Sanau.

herzfelder, Direktor Dr. G., Berlin.

Heurich, Geh. Kommerzienrat C. F., Frankfurt a. M.

Senman, Sugo, Berlin-Grunewald.

hierl, Mich., Schwabach.

Binsberg, Juftigrat Dr., Barmen.

Hirsch, Amtsgerichtsrat Dr. jur. K., Frankfurt a. M.

Sirfc, Diplom-Ingenieur M., Frantfurt a. M.

Sirfc, Ministerpräsident Paul, Charlottenburg.

Birichfeld, Dr. B., Berlin.

Sitschmann, Zeitungsverleger Dr. S., Wien.

hoffmann, Professor Dr. Friedrich, Riel. böfle, Dr., Techniferverband, Beilin.

Sohn, Dr. B., M.-Gladbach.

von Solgendorff, Direktor der hams burg-Umerika Linie, Berlin.

homburger, Dr. Paul, Karleruhe i. B.

Homburger, Dr. Biktor, Karlsruhe i. B.

Suber, Dr. Baul, Berlin.

hübener, Bolkswirtschaftlicher Syndikus ber Altesten der Kausmannschaft Dr. Erhard, Berlin-Halensee.

Jaehner, Reg.-Rat Dr., Schleswig. Jeidels, Direktor der Berliner Handels= gesellschaft Dr. D., Berlin.

Jenny, Dr. G., Berlin.

Jöhlinger, Dr. Otto, Berlin.

Rähler, Professor Dr., Greifsmald. Rammerlander, Dr. Franz, Wien. Kantorowicz, Fabrikbirektor Dr. Fr., Bosen.

Raufmann, Beinrich, Hamburg.

Kaulla, Professor Dr. R., Stuttgart. Reck, Dr. K., Berlin.

Reibel, Syndifus der Handelskammer Dr. R., Bochum.

Keller, Dr. phil. Karl, Berlin-Lankwiß. Kopeşki, Geh. Kommerzienrat W., Berlin. Köppe, Professor Dr. H., Marburg a. b. Lahn.

von Krasny, Sektionschef Professor Dr. A., Wien.

Kriegel, Stadtrat a. D. Dr. F., Berlin-Schöneberg.

Rrinner, Poftrat Dr., Augsburg.

Krueger, Sauptgeschäftsführer bes Deutsch. vollen. Berbandes Professor Dr. S. E., Berlin-Wilmersborf.

Rümpel, Rechtsanwalt, Samburg.

Rumpmann, Brofeffor Dr. R., Duffel=

Ruter, Oberbürgermeister Dr. Th., Mannheim.

Landauer, Dr. Ebgar, Berlin,

Landmann, Stadtiat Dr., Frankfurta.M. Langer, Rechtsanwalt Dr. Josef, Wien.

Lahusen, Geh. Kommerzienrat Carl, Delmenhorst.

Lang, Fabrifant S., Mannheim.

Leitner, Brofeffor Dr., Berlin.

Leng, Professor Dr. Friedrich, Braun-

Levn, Dr. A., Berlin.

Levy, Professor Dr. S., Beidelberg.

Lindemann, Minister Dr. H., Stuttgart= Degerloch.

Loewe, Rechtsanwalt Dr. J., Berlin. Loewenfeld, Rechtsanwalt Dr. Philipp,

München. Loewy, Bankier Georg Hermann, Breslau. Lotmar, Professor Dr.Ph., Bern(Schweiz).

Lübers, Dr. jur., Charlottenburg.

Ludewig, Oberingenieur Sans, Berlin-Bankom.

Quefen, Oberbürgermftr. Dr., Rüftringen.

von Lumm, Geh. Oberfinanzrat Dr., Berlin.

Magnus, Ingenieur H., Wandsbed. von Mammen, Professor Dr. Franz, Brandstein.

Manes, Generalsekretar Professor Dr. U., Berlin.

Mann, Privatdozent Dr. F. K., Kiel. Mannstaedt, Professor Dr. H., Bonn a. Rh.

Mardwald, Dr. E. W., Berlin = Wil = mersborf.

Man, R. E., Hamburg.

von Mayr, Unterstaatssetretär z. D. Prosessor Dr. Georg, Ezzellenz, Tutzing. Meiner, Buchhändler Dr. Felix, Leipzig. Meister, Handelskammersyndikus Dr. K., Gera (Reuß).

Merton, Rittmeifter Walter, Berlin-Grunewald.

Mitscherlich, Professor Dr. B., Breslau. Moll, Geh. Finanzrat Dr. E., Berlin. Moll, Professor Dr. Bruno, Kiel. Mollwo, Professor Dr. C., Berlin. Morgenstern, Kommerzienrat Dr. F., Fürth i. B.

Raffe, Geh. Reg.-Rat Landrat, Hufum. Raffe, Generaldirektor Dr., Schädlitz. Reißer, Frau Justizrat, Breslau. Reumann, Kaufmann Leopold, Karlsruhe i. B.

No ad, Archivar ber handelshochschule Dr. Frithjof, Munchen.

Obft, Professor Dr. Georg, Dresben. Oppenheim, Frau, Berlin. von Oppenheimer, Ministerialrat Frhr., Wien.

Pachnicke, Mitglied der deutschen Rastionalversammlung Dr., Berlin.
Passow, Prosessor Dr. R., Kiel.
Psipner, Privatbozent Dr., Berlin.
Pichler, Dr., Graz.
Pietrkowski, Fabrikdirektor Dr. E.,
Posen.

Plenge, Professor Dr. J., Münster. Prager, Gertrud, Berlin. Prager, Rechtsanwalt Dr. M., München. Brager, Berner, Berlin. Preuß, Reichsminister a. D. Dr. H., Berlin. Pribram, Professor Dr. K., Wien. Prion, Professor Dr. Wilhelm, Berlinsunewald.

Raunig, Sefretär des Industrie-Klubs G., Wien.

Redlich, Dr. Sarry, Wien.

stadt.

von Reibnit, Staatsminister Borsitens ber des Staatsministeriums Mitglied des Reichsrats Dr. jur. Dr. phil. Frcis herr, Reustrelit.

Reichensperger, Geh. Oberjustigrat Landgerichtspräsident a. D. Dr. C., Koblenz.

Robinson, Redakteur M., Graz.

Roghé, Synditus Dr., Berlin-Lichter-felde.

Rohrbed, Dr. W., Köln-Lindenthal. Rofcher, Birklicher Geh. Rat Ministerialdirektor, Egzellenz, Loschwig.

Rosenbaum, Dr. Couard, Altona= Ottenfen.

Rosenstod, Fraulein Lotte F., Leivzig. Rosenthal, Geh. Justizrat Professor Dr. E., Zena.

Rofin, Geh. Rat Professor Dr., Freisburg i. B.

Saenger, Präsident des Preuß. Statist. Landesamts Geh. Oberregierungsrat Dr., Berlin-Dahlem.

Salin, Dr. Ebgar, heibelberg.
Salz, Profeffor Dr. Arthur, München.
Salzer, Direktord. Baper. Lloyd, Schifffahrte-A.-G. R., Regensburg.

Sandhagen, A., Frankfurt a. M.

Sandvoß, Carl, Berlin-Bantow.

Schacht, Direftor Dr., Berlin. Schang, Raufmann Mor., Chemnis.

- Berlin.
- Franz, Riftiffen bei Ulm.
- Schmidmer, Georg, Nürnberg.
- Schmidt, Regierungsreferendar Gerh., Raffel.
- Schmidt=Ramfin, Dr. jur. Kurt Franz, Magdeburg.
- Schmitt, Geh. Rat Ministerialdirektor Dr., Dresden.
- Schubert, Dr. Emmerich, Beiger Sirfc b. Dregben.
- von Schulze-Reichenbach, Profeffor Dr. Ed. D., St. Gallen (Schweiz).
- Schwart, Barlamentsftenograph Bernhard, München.
- Schwitzer, Dr. E. L., Wien.
- Siebe, Direktor d. Bayer. Llond=Schiff=
- Siebed, Buchhändler Dr. P., Tübingen. fahrts: U .= G. F., Regensburg.
- Silverberg, Generaldireftor Dr. B., Köln a. Rh.
- Simon, Fraulein Belene, Berlin.
- Singheimer, Rechtsanwalt Dr. S., Frankfurt a. M.
- Soetbeer, Generalfefretar Dr. S., Berlin.
- Sofal, Bizedirektor des Wiener Giround Raffenvereins Dr. Mag, Wien.
- Sommerlad, Brofeffor Dr. Theo, Halle a. S.
- Sondheim, M., Frankfurt a. M.
- Spängler, Ingenieur, Direktor ber Stragenbahn 2., Wien.
- von Spigmüller, Wirklicher Geh. Rat Minister a. D. Freiherr Dr. Alexander, Erzelleng, Wien.
- von Sprung, Rechtsanwalt Dr.F., Wien.
- Steinbeis, Dr. Ferd., Bad Aibling.
- Steinborn, Stadtrat, Fabritbefiger M., Berlin-Wilmersdorf.
- Steiner, Dr., Wien.
- Steinit, Juftizrat Dr. R., Breslau.
- Stephinger, Brofeffor Dr., Tübingen.
- Stern, Rechtsanwalt Dr. B., Burgburg. Stern, Direktor J., Berlin.
- Stinnes, Dr. S., Köln-Lindenthal.

- von Scheller = Steinwart, Dr., von Strafofch, Dr. S., Großinduftrieller, Wien.
- Schenk von Stauffenberg, Freiherr von Ströll, Geheimrat Bankbirektor Dr. M., München.
 - Strube, Dr. A., Bremen.
 - Stubmann, Befchäftsführer b. Samb. Reeder Dr. P., Samburg.
 - Südekum, Breuß. Finanzminifter Dr. U., Berlin-Behlenborf.
 - Supf, Dr. Willy, Berlin-Wilmersborf.
 - Telekn, Dr. 2., Wien.
 - Thal, Regierungsaffeffor Dr., Berlin.
 - Thieß, Professor Dr., Roin a. Rh.
 - Trimborn, Staatsfefreiar a. D. Beh. Juftigrat Dr. R., Untel (Rhein).
 - Troeltsch, Dr. Hermann, Mannheim.
 - Troper, Rechtsanwalt Dr. Otto, Salzburg.
 - Uhlfelder, Rechtsanwalt Dr. W., Nürnberg.
 - Voerster, Buchhändler A., Leipzig.
 - Balg, Oberbürgermeifter Brofeffor Dr., Beidelberg.
 - Wegener, Landesökonomierat Dr. L., Bosen.
 - Weibinger, Kommerzienrat, Regens=
 - Beil, cand. rer. pol., Tübingen.
 - Weiß von Wellenstein, Generalfefretar Dr. Guftav, Wien.
 - Windler, Landrat, Salfit.
 - Böhler, Syndifus Dr. Otto, Berlin.
 - Molff, Professor Dr. helmuth, halle a. S.
 - Beiler, Erster Staatsanwalt Alois, Zweibrücken.
 - Beiß, Opt. Werkstätte, Jena.
 - Bielenziger, Kommerzienrat Alfred, Charlottenburg.
 - Zielenziger, Dr. rer. pol. Rut, Berlin-Schöneberg.
 - von Biget, Professor Dr., Frant= furt a. M.
 - Bung, Dr. J., Berlin.

B. Rörpericaftliche Mitglieber.

- Nachen, Bibliothet ber technischen Soch= Berlin, Berband beutscher Arbeitsnach= schule.
- Oberbürgermeifter.
- Bolfswirtschaftliches Inftitut ber tech= nischen Sochichule.
- Amsterdam, Centraal Bureau voor sociale Adviezen.
- Afchaffenburg, Zentralverband driftlicher Fabrit u. Transportarbeiter Deutsch= lands.

Angsburg, Sandwerkstammer.

Baden-Baden, Stadtgemeinde.

Barmen, Sandelefammer für ben Buppertaler Industriebezirk.

Bajel, Statistisches Umt bes Rantons.

- Statistische volkswirtschaftliche Gefellschaft.

Berlin, Archiv der Preußischen Zentral= bodenfredit A .= G .. Berlin.

- Bibliothet des Abgeordnetenhauses.
- Bibliothet bes Reichstages.
- Bund ber Landwirte.
- Bund ber technischen Angestellten und Beamten.
- Bücherei bes Minifteriums ber öffent= lichen Arbeiten.
- Deutscher Berficherungs-Schutverband,
- Generalkommission ber Gewerkschaften.
- Generalverband ber deutschen Raiff= eisen-Benoffenschaften, e. B.
- Gewertverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter.
- Sandelshochichule.
- Sandelekammer.
- Rorporation der Raufmannschaft.
- Landesökonomiekollegium.
- Landwirtschaftstammer für die Broving Brandenburg.
- Magiftrat (Statiftisches Umt).
- Reichsverficherungsamt.
- Staatswiffenschaftlich = ftatiftisches Seminar ber Universität.
- Universitätsbibliothek.

- meife.
- Berband deutscher Gewerkvereine (Birich=Dunder).
- Verband Deutscher Waren= und Kauf= häuser, e. B.
- Bereinigte Königs= und Laurahütte, M.= G. für Bergbau und Süttenbetrieb.
- Bereinigung ber leitenben Angeftellten in Sandel und Induftrie.
- Volkswirtschaftliches Seminar der Handelshochichule.

Bingen a. Rh., Soffische Sandelstammer.

— Magistrat. Bodum, Allgemeiner Anappichaftsverein.

— Sandelskammer.

- Bonn, Landwirtschaftstammer für die Rheinproving.
- Staatswiffenschaftliches Seminar ber Universität.
- Universitätebibliothef.

Bonn - Poppelsdorf, Landwirtschaftliche Afademie.

Brandenburg a. S., Sanbelstammer. Bremen, Gewerbefammer.

- Sandelskammer.

Breslau, Sandelstammer.

- Städtisches Statistisches Umt.
- Technische Sochschule.
- Universitätsbibliothef.

Bromberg, Sandelskammer.

Brunn, Stadtgemeinde.

- Charlottenburg, Allgemeiner Berband deutscher Ermerbs= und Wirtschafts= genoffenichaften, e. B.
- Magistrat.
- Technische Sochicule.

Chemnit, Statistisches Amt.

Dahlem, Bentralausschuß für innere Mission.

Dangig, Bibliothet ber Technischen Soch= schule.

Darmftadt, Finangminifterium.

Darmftabt, Banbelstammer.

- Beffische Sof= und Landesbibliothek.
- Hessische Landeshypothekenbank A.-G.
- heisische Landesversicherungsanftalt.

Deffau, Sanbelskammer für Unhalt.

- Magiftrat.

Dortmund, Statistisches Umt.

Dresben, Bücherei bes Minifteriums bes Innern.

- Gebe=Stiftung.
- Landesftelle für Gemeinwirtschaft Sachsen.
- Städtisches Statistisches Amt.
- Ständische Bibliothet.
- Ctatiftifches Landesamt.
- Technische Sochichule.
- Berein Deutscher Bollfammer und Kammgarnspinner.
- Bolkswirtschaftliches Seminar ber Technischen Hochschule.

Duisburg, Berein jur Wahrung ber Rheinschiffahrteintereffen.

Duisburg: Huhrort, Sandelefammer.

Duffeldorf, Deutscher Wertmeifterverband.

- Sandelstammer.
- Landesverficherungeanftalt.
- Landes= und Stadtbibliothek.
- Rheinische Provinzialverwaltung.
- Rheinischer Berein für Kleinwohnungs= wesen.
- Zentralverband driftlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Gifenad, Magiftrat.

Ciberfeld, Gewerkichaft beutscher Gifenbabner.

- Magistrat.

Effen, Gemerfverein driftlicher Bergarbeiter Deutschlands.

- Sandelstammer.
- Stadtgemeinde (Bohlfahrtsamt).
- Berein für die bergbaulichen Intereffen im Oberbergamtsbezirt Dortmund.

Frantfurt a. M., Banbelskammer.

- Inftitut für Gemeinwohl.
- Stadtbibliothek.

Schriften 159. - Berhanblungen.

Frantfurt a. M., Universität.

Frantfurt a. D., Sandwertstammer.

Freiberg i. Ca., Stabtrat.

Freiburg i. B., Magiftrat.

 Bolfewirtschaftliches Seminar der Universität.

Freiburg (Schweiz), Bolkswirtschaftliches Seminar.

Friedrichefelb i. Bb., Deutsche Steinzeugwarenfabrif.

M.=Gladbach, Katholischer Bolksverein.

(höteborg (Schweden), Stadtbibliothef.

Göttingen, Universitätsbibliothet.

— Staatswissenschaftliches Seminar.

Graz, Sandels: und Gemerbefammer.

- Statistisches Landesamt für Steiermark.
- Universitätsbibliothet.

Greifsmald, Staatswiffenschaftliche 3 Seminar.

- Universitätsbibliothet.

Sagen, Magiftrat.

Salle a. G., Sanbelsfammer.

- Statiftisches Amt ber Stabt.

- Staatswiffenschaftliches Seminar ber Universität.

Samburg, Gewerbefammer.

- Großeinkaufsgesellschaft ber Konsumvereine.
- Hamburg-Amerika-Linie.
- Ortsfrankenkasse für das Bekleidungs= gewerbe.
- Seminar für Nationalökonomie.
- Statistifches Landesamt.
- Berein für Sandlungekommis von 1858. Sanau, Sanbelekammer.

Sannover, Landesbirektorium.

— Magistrat.

Beidelberg, Sanbelstammer.

- Magiftrat.
- Universitätebibliothef.
- Bolkswirtschaftliches Seminar ber Universität.

Berne, Stadtgemeinbe.

Junsbrud, Universitätsbibliothef.

18

Jena, Magiftrat.

— Staatswiffenschaftliches Seminar ber Universität.

Rarlsruhe i. Bd., Bibliothek bes Landes= gewerbeamts.

- Bibliothek ber Technischen Hochschule.
- Gewerbeaufsichtsamt.
- Ministerium des Innern.
- Stadtrat.
- Statistifches Lanbesamt.

Raffel, Sandelstammer.

— Murhardtiche Stadtbibliothek.

Riel, Inftitut für Seeverfehr und Beltmirtschaft.

- Landwirtschaftstammer für die Proving Schleswig-holftein.
- Magistrat.
- Staatswiffenschaftliches Seminar ber Universität.

Köln a. Rh., Generalsekretariat bes Gefamtverbandes der chriftlichen Gewerkschaften Deutschlands.

- Internationaler Hotelbesitzerverein.
- Magiftrat.
- Rheinisch = Westfälisches Wirtschafts= archiv.
- Universität.
- Berein für die Intereffen der rheinischen Braunkohleninduftrie.

Rönigeberg i. Pr., Institut für oftdeutsche Wirtschaft.

- Magistrat.
- Staatswiffenschaftliches Seminar ber Universität.
- Universitätsbibliothef.

Arafau, Sanbele- und Gewerbekammer. Arefeld, Sanbelskammer.

Leipzig, Armenamt.

- Sandelstammer.
- Reichsgerichtsbibliothet.
- Stadtrat.
- Statistisches Amt.
- Universitätsbibliothek.
- Berband beutscher Handlungsgehilfen.

Leipzig, Bereinigte staatswiffenschaftliche Seminare.

— Bolkswirtschaftliches Seminar.

Ling a. D., Stadtgemeinde.

Lübed, Sandelsfammer.

- Statistisches Amt der freien und Sanseftadt.

Ludwigshafen, Babifche Anilin- und Sodafabrif.

- Sandelstammer.
- Magistrat.

Magdeburg, Deutscher Privatbeamtenverein.

- Handelskanımer.
- Magistrat.

Maing, Bürgermeifterei.

- Sandelskammer.
- Mittelrheinischer Fabrifantenverein.

Mannheim, Bibliothet ber Sandelehoch= foule.

- Sanbelstammer.
- Rheinische Hypothekenbank.
- Stadtgemeinde.
- Berein chemischer Fabrifen.
- Bereinigte Spediteure und Schiffer (Rheinschifffahrts-Ges. m. b. S.).
- Volkswirtschaftliches Seminar ber Handelshochschule.

Marburg i. S., Staatswiffenschaftliches Seminar ber Universität.

Meifen, Stadtrat.

Münden, Bayerifche Sanbelsbant.

- Sanbelshochichule.
- Institut für soziale Arbeit.
- Landessekretariat bes Bolksvereins.
- Ministerium für Soziale Fürsorge.
- Neueste Nachrichten.
- Stadtbibliothek.
- Statistisches Amt ber Stadt.
- Statistifches Landesamt.
- Staatswiffenschaftliches Seminar der Universität.

Münfter i. 28., Generalkommission.

- Sandelskammer.
- Seminar für Bolkswirtschaft und Berwaltung.

Neufölln, Magiftrat.

Rürnberg, Frankische Tagespoft.

- Sozialdemofratischer Berein.
- Berband banerifcher Metallinduftrieller.
- Zentralverband ber Schuhmacher.

Dibenburg, Statistisches Landesamt. Oppeln, Regierungsbibliothet. Donabrud, Regierung.

Bilfen, Sandels- und Gewerbefammer. Birna, Stabtrat. Blauen i. B., Handelskammer.

Stettin, Rorporation ber Raufmannschaft. - Stadtbibliothek.

Stralfund, Regierung.

Stuttgart, Städtische Bibliotheffverwaltuna.

- Statiftifches Landesamt.

Tetiden = Liebmerd, Landwirtschaftliche Akabemie.

Eroppau, Statiftifches Landesamt für Burich, Rantonsbibliothef. Schlefien.

Tübingen, Staatswiffenschaftliches Ceminar.

-- Universitätsbibliothek.

Weimar, Bibliothek.

— Verband thüringischer Industrieller.

Befel, Banbelstammer.

Wien, Deutschöfterreichisches Staatsamt für Juftig.

- -- Gewerbeförberungsamt.
- Gremium ber Raufmannschaft.
- Handels= und Gewerbekammer.
- Neues Wiener Tagblatt.
- Öfterreich-Ungarifche Bant.
- Öfterreichische Industrie=u. Handelsbank.
- Österreich = Ungarischer Berband ber Fabrifanten gebogener Holzarbeiten.
- Statistifche Zentralkommiffion.
- Bentralftelle des katholischen Bolksbunbeg.

Biesbaden, Naffauische Landesbibliothek. Wilmersdorf, Magiftrat.

Worms, Großherzogliches Kreisamt.

Bittau, Sandelstammer.

- Statistisches Amt ber Stabt.

Satzungen

ከቀፍ

Vereins für Sozialpolitik.

Festgestellt zu Gisenach am 3. Oktober 1873. Abgeändert in Bremen am 25. Oktober 1876.

- " Frankfurt a. M. am 29. Dezember 1881.
 - " Berlin ant 20. März 1893.
 - " Regensburg am 16. September 1919.
- § 1. Die Leitung des Bereins liegt einem ftändigen Ausschuffe ob.
- § 2. Der ständige Ausschuß besteht aus 24 Mitgliedern. Auf jeder Bereinsversammlung scheidet ein Drittel nach dem Alter der Wahl oder durch das Los aus. Die Wiederwahl ist zulässig.
- § 3. Die Wahl der Ausschußmitglieder erfolgt während der Versammlung durch Stimmzettel, die von den in der Versammlung anwesenden Bereinsmitgliedern einer dazu vom Vorsigenden zu bezeichnenden Wahlkommission übergeben werden.
- § 4. Der Ausschuß ist befugt, sich durch Zuwahl weiterer Mitglieder zu ers gänzen, beren Mitgliedschaft bis zur nächsten Vereinsversammlung dauert.
- § 5. Der Ausschuß erwählt seinen Vorsitzenden, seinen Schriftsührer (Generalsfektetär) sowie deren Vertreter und einen Schatzmeister. Die Verwalter dieser Ümter bilden den Vorstand des Vereins. Der Schatzmeister hat jährlich einen Kassenabschluß vorzulegen. Die Kasse und die Rechnungsslegung sind durch Ausschußmitglieder zu prüfen.
- § 6. Der Ausschuß hat seinen Sitz am Wohnorte des Vorsitzenden.
- § 7. Bur Gültigkeit der Befchlüffe des Ausschuffes ist die Sinladung aller Mitglieder erforderlich.
- § 8. Der Ausschuß hat für die Ausführung der von der Bereinsversammlung gefaßten Beschlüsse zu sorgen, nach eigenem Ermessen den Druck der Protokolle und Borlagen zu veranlassen, die Berteilung der Drucksachen an die Mitglieder zu bewirken und die Akten und Schriftstücke des Bereins zu bewahren.
- § 9. Der Ausschuß bestimmt Zeit und Ort ber nächsten Bereinsversammlung, trifft die Borbereitungen dafür, erläßt die Einladungen, stellt die Tagessordnung auf, bestimmt die zur Berhandlung kommenden Fragen und bereitet die Berhandlung durch Ernennung von Berichterstattern und, soweit möglich, durch gedruckte Berichte, Gutachten oder Borschläge vor.
- § 10. Die Borsitenden der Bereinsversammlung werden von den in der Berfammlung anwesenden Bereinsmitgliedern durch Stimmenmehrheit erwählt.

- § 11. Nur eine vom Ausschuß berufene Versammlung hat die in §§ 3 und 10 gedachten Wahlbesugnisse.
- § 12. Eine Erklärung, mit der der Verein ober der Ausschuß vor die Öffentlich= keit treten soll, muß acht Tage vorher zur Abgabe eines etwaigen Ginspruchs fämtlichen Ausschußmitgliedern zugestellt werden.
- § 13. Der Beitritt zum Verein erfolgt durch Einsendung des Jahresbeitrages und eine den Beitritt erklärende Mitteilung an den Schahmeister. Die Mitgliedsschaft beginnt mit dem Empfang der Mitgliedskarte. Diese berechtigt zur Teilnahme an den Verhandlungen und Abstimmungen.
- § 14. Die Vereinsversammlung wie der Ausschuß fassen nur über Vereinssangelegenheiten, nicht über Thesen wissenschaftlichen oder politischen Inhalts Beschluß. Bei allen Wahlen und Beschlüssen entscheidet, soweit nichts anderes bestimmt ist, einsache Mehrheit und im Falle der Stimmengleichsheit das Los.
- § 15. Wird bei den Berhandlungen Schluß der Aussprache beantragt, so wird über diesen Antrag sofort abgestimmt. Mit Ausnahme des Antrags auf Schluß sind in den Vereinsversammlungen alle Anträge schriftlich zu stellen.
- § 16. Der Beitrag ber persönlichen Bereinsmitglieder beträgt 20 Mt., der der körperschaftlichen Mitglieder 30 Mt. jährlich und ist innerhalb vier Wochen nach Beginn des neuen Bereinsjahres zu entrichten, widrigensalls er durch Postaustrag eingezogen wird. Nimmt ein Mitglied den durch Postaustrag beschwerten Brief nicht an, so wird dies einer ausdrücklichen Austrittserklärung gleichgeachtet. Der Beitrag berechtigt zum Bezug der Schriften des Bereins. Eine einmalige Zahlung von 500 Mk. seitens persönlicher, von 1000 Mk. seitens körperschaftlicher Mitglieder erwirdt die dauernde Mitgliedschaft. Für die Teilnahme an der Vereinsversammlung kann ein besonderer Beitrag zur Bestreitung der örtlichen Kosten durch Beschluß des Ausschusses erhoben werden.
- § 17. Das Geschäftsjahr des Vereins läuft vom 1. April jedes Jahres bis zum 31. März des darauffolgenden.
- § 18. An den Berhandlungen nehmen nur die Mitglieder und als Zuhörer nur folche Bersonen teil, denen der Borsigende den Ginlaß gestattet.
- § 19. Abänderungen der Satzungen oder der Geschäftsordnung können von der Bereinsversammlung durch einsache Stimmenmehrheit, jedoch nur auf schriftlichen, dem Vorsitzenden oder Schriftsührer vier Wochen vor der Zusammentunft des Vereins übergebenen Antrag beschlossen werden. Der Antrag ist den Ausschuhmitgliedern mindestens acht Tage vor der Verssammlung bekanntzumachen.